

Peter Boeger

**Die Stasi und die innerdeutschen  
Grenzübergangsstellen 1961–1989**

Eine kommentierte Edition  
ausgewählter Dokumente

Bundesarchiv  
– Stasi-Unterlagen-Archiv –  
10106 Berlin  
[publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de)

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr: 5,00 €  
Berlin 2024

ISBN 978-3-946572-36-7

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar:  
[urn:nbn:de:0229-97839465723671](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0229-97839465723671)

# Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	<b>7</b>
1.1 Thematische Vorbemerkung	7
1.1.1 Forschungsstand und Quellenlage	9
1.1.2 Aufbau der Studie	14
1.2 Die politische Dimension der Grenzübergänge nach dem Westen	15
1.2.1 Zur Dokumentenauswahl	17
1.2.2 Zäsuren im Grenzregime	18
<b>2. Der 13. August 1961 an einer Eisenbahn-GÜSt nach Westberlin</b>	<b>25</b>
2.1 Dokument: Anordnung von Sperrmaßnahmen im Verkehrsnetz nach Westberlin	25
2.2 Die Sperrmaßnahmen am Bahnhof Potsdam-Griebnitzsee	29
2.3 Die Transportpolizei an der GÜSt Griebnitzsee	31
2.4 Die Passkontrolleinheit an der GÜSt Griebnitzsee	34
2.5 Beispiele für Fluchtversuche und besondere Vorfälle an der GÜSt Griebnitzsee	38
2.6 Weitere Dokumente	41
<b>3. Übertragung von Aufgaben an den KPP an das MfS 1964</b>	<b>45</b>
3.1 Dokument: Übertragung der Passkontrolle an das MfS	45
3.2 Die Rolle des MfS bei der Neuorganisation der KPP	54
3.3 Die bauliche Modernisierung der KPP	61
3.4 Weitere Dokumente	65
<b>4. Der Neubau von innerdeutschen Autobahn-Grenzübergangsstellen 1966</b>	<b>69</b>
4.1 Dokument: Öffnung der Autobahn-GÜSt Hirschberg	69
4.2 Aufbau und Funktion der Autobahn-GÜSt Hirschberg	72
4.3 Überwachung des Vorfeldes der GÜSt Hirschberg	76
4.4 Die innere Überwachung der GÜSt Hirschberg mit IM	78
4.5 Die Verkehrsgruppen Transit der Deutschen Volkspolizei	85
4.6 Sanierung von Transitautobahn und GÜSt Hirschberg ab 1985	89

4.7	Beispiele für Fluchtversuche und besondere Ereignisse an den GÜSt Juchhöh und Hirschberg	93
4.8	Weitere Dokumente	100
5.	<b>Die Einrichtung von Übergangsstellen im innerdeutschen Kleinen Grenzverkehr ab 1973</b>	<b>103</b>
5.1	Dokument: Eröffnung der GÜSt Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland	103
5.2	Zielstellung und Umsetzung des Kleinen Grenzverkehrs	106
5.3	Die baulichen Erfordernisse des Kleinen Grenzverkehrs	109
5.4	Beispiele für Fluchtversuche und besondere Vorfälle im Kleinen Grenzverkehr	112
5.5	Weitere Dokumente	113
6.	<b>Die politische Inanspruchnahme des Transitverkehrs durch die DDR 1974</b>	<b>117</b>
6.1	Dokument: Ausschluss des Personals des Umweltbundesamtes vom Transit durch die DDR	117
6.2	Die Politik der SED gegen das Umweltbundesamt in Westberlin	120
6.3	Die Vier-Mächte-Kontroverse um das Umweltbundesamt	122
6.4	Einrichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin	124
6.5	Die Praxis der selektiven Transitsperre	126
6.6	Das Umweltbundesamt im Fokus des MfS	129
6.7	Kerndaten der Transitsperre	132
6.8	Weitere Dokumente	132
7.	<b>Der Mülltransfer über die innerdeutsche Grenze 1979</b>	<b>135</b>
7.1	Dokument: Ausbau der GÜSt Selmsdorf für den kommerziellen Müllimport der DDR	135
7.2	Die Funktion der GÜSt Selmsdorf	139
7.3	Das Müllgeschäft als Teil der KoKo-Aktivitäten	143
7.4	Die Deponie Schönberg	146

7.5	Territorialsicherung und Abwehr westlicher Kritiker	152
7.6	Beispiele für besondere Vorfälle und Fluchtversuche	155
7.7	Weitere Dokumente	158
<b>8.</b>	<b>Der Einsatz von Anti-Terrorkräften an DDR-GÜSt 1980</b>	<b>161</b>
8.1	Dokument: Ausbildung von Anti-Terrorkräften der DDR-Zollverwaltung	161
8.2	Spezialisten für Terrorabwehr von DDR-Zoll und PKE	166
8.3	Die Terrorabwehr im MfS	170
8.4	Die Spezialisten für Terrorabwehr an den GÜSt	172
8.5	Die Spezialkräfte am Beispiel der GÜSt Hirschberg	180
8.6	Weitere Dokumente	185
<b>9.</b>	<b>Die Einrichtung von Binnenwasserstraßen-GÜSt am Teltowkanal 1981</b>	<b>187</b>
9.1	Dokument: Eröffnung der GÜSt Dreilinden und Kleinmachnow	187
9.2	Überwachung und Kontrolle des Teltowkanals durch das MfS	192
9.3	Zur Vorgeschichte der Wiederinbetriebnahme des Teltowkanals	195
9.4	Fluchtversuche und besondere Vorfälle am Teltowkanal	200
9.5	Weitere Dokumente	201
<b>10.</b>	<b>Übersicht über die Grenzübergangsstellen</b>	<b>205</b>
10.1	Die GÜSt Griebnitzsee	206
10.2	Die GÜSt Hirschberg	212
10.3	Die GÜSt des Kleinen Grenzverkehrs	218
10.4	Die GÜSt Selmsdorf/Herrnburg	226
10.5	Die Binnenschifffahrt-GÜSt Dreilinden, Kleinmachnow und Nedlitz	230
10.6	Gesamtübersicht innerdeutscher GÜSt	235
<b>11.</b>	<b>Anlagen</b>	<b>241</b>
11.1	Glossar	242
11.2	Dienstränge der Zollverwaltung der DDR	253
11.3	Abkürzungsverzeichnis	254
11.4	Ortsverzeichnis	257

11.5	Personenverzeichnis	260
11.6	Abbildungsverzeichnis	262
11.7	Literaturverzeichnis	263
11.8	Quellenverzeichnis	269

# 1. Einleitung

## 1.1 Thematische Vorbemerkung

Grenzübergangsstellen waren integrale Bestandteile des Grenzsicherungssystems der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Zugleich waren sie kritische Berührungspunkte zwischen den Militärblöcken Warschauer Pakt und NATO (North Atlantic Treaty Organization). Die Machthaber in der DDR organisierten an diesen Punkten eine umfassende und lückenlose Überwachung mithilfe von Nationaler Volksarmee, Grenztruppen, der Grenzbrigade Küste der Volksmarine, Zoll, Volks- und Transportpolizei, freiwilligen Helfern und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Sie alle sorgten dafür, dass sogenannte Angriffe auf die Staatsgrenze durch die eigene Bevölkerung frühzeitig erkannt und vereitelt wurden. Transitreisende von und nach Westberlin sowie Personen und Güter im Besucher- und Warenverkehr durchliefen bei der Grenzpassage mehrstufige Kontrollen. Für den Fall eines von der DDR stets einkalkulierten militärischen Angriffs seitens der NATO gab es Alarmierungspläne, um diese Punkte zu schließen und zu sichern. Die hier zuständigen Institutionen der DDR perfektionierten über Jahrzehnte die technischen Sicherungsanlagen, die innere Organisation der Abläufe und die Kooperation untereinander.

Wenige Monate nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 übernahm das Ministerium für Staatssicherheit mit einer ersten Diensteinheit zentrale Aufgaben an den Kontrollpassierpunkten (KPP), die ab Mitte der 1960er-Jahre als Grenzübergangsstellen (GÜSt) bezeichnet wurden. Aus Sicht von Stasi-Chef Erich Mielke erforderten die »Souveränität und die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik [...], dass eine qualifizierte politisch-operative Passkontrolle und Fahndung an den KPP der Staatsgrenze der DDR durchgeführt wird«.<sup>1</sup> Vordergründig schien es um die Selbstbehauptung des sozialistischen Staates in Zeiten höchster politischer Spannungen zwischen den großen militärischen Blöcken zu gehen. Das offensichtliche Ziel aber war, nach dem Bau der Berliner Mauer letzte Fluchtwege über die KPP aufzuspüren und abzuschneiden.

Die vorliegende Studie ist eine nach Themen und Chronologie differenzierte und kommentierte Dokumentensammlung zur widersprüchlichen Politik der DDR zwischen Abschottung und Öffnung gegenüber dem Westen. Dargestellt wird diese am Regime der Grenzübergangsstellen zur Bundes-

---

<sup>1</sup> MfS-Befehl Nr. 446/62 über die Gründung der MfS-Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung (APF) v. 4.8.1962; BArch, MfS, SdM Nr. 1876, Bl. 196–198.

republik und Westberlin unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des Staatssicherheitsdienstes. Es entstand keine Gesamtgeschichte zum Thema GÜSt der DDR, sondern eine exemplarische Auswahl zu bestimmten Schwerpunkten der politischen Entwicklung an der Ost-West-Grenze.

Die Dokumentensammlung berücksichtigt die maßgeblichen Varianten der DDR-Grenzübergangsstellen nach dem Westen (Straße/Autobahn, Schiene, Binnenwasserstraße) und beleuchtet das jeweilige Grenzübergangsregime. Die Dokumente übernehmen eine Lotsenfunktion bei der Nachverfolgung der Entwicklung der GÜSt zwischen dem Mauerbau 1961 und dem Vorabend des Mauerfalls im Jahr 1989. Mit dem jedem Kapitel vorangestellten Aktendokument und der nachfolgenden Erläuterung wirft die Studie Schlaglichter auf zentrale Themen des MfS-Grenzregimes – eine fortlaufende Historiografie zur Geschichte der innerdeutsche Grenze ist nicht ihr Anliegen. Die Kapitel befassen sich chronologisch mit politischen, technischen und geheimpolizeilichen Entwicklungen der DDR-Grenzübergänge an der Westgrenze und denen nach Westberlin. In der Gesamtschau aller Kapitel entsteht ein vielgestaltiges Bild der maßgeblichen Interessen, Befürchtungen und Sicherheitsmaßnahmen, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) mit den kontrollierten Passagen durch den Eisernen Vorhang verband.

Der Eiserner Vorhang war mit der Aufmarschlinie des Warschauer Paktes im Kalten Krieg identisch. In dieser Phase der Systemauseinandersetzung wollte der Warschauer Pakt der NATO vorzugsweise mit einem Präventivschlag begegnen. Die militärische Bedrohung durch den Westen war ein zentrales Narrativ und Propaganda-Argument im gesamten Ostblock. Zu der äußeren Bedrohung für Grenzen und Grenzübergangsstellen der DDR traten zudem Fluchtversuche von Menschen aus der DDR. So bedrängte auch das eingesperrte DDR-Volk diese Ventilstellen. Die GÜSt bildeten daher eine ideologische und strategische Schwachstelle im Burgwall des Ostblocks. Nur ihrer Geheimpolizei traute die SED offensichtlich zu, das die Hermetisierung ihres Herrschaftsbereiches unterlaufende und unumgängliche Passage-Recht zwischen Ost und West in ihrem Sinne durchzusetzen. Der Staatssicherheitsdienst stellte an den Grenzübergangsstellen nicht nur die Passkontrollinheiten (PKE), sondern überwachte und unterwanderte beispielsweise auch das dort tätige Zollpersonal und nahm auf die Absicherung der territorialen Umgebung der GÜSt erheblichen Einfluss.

Alle abgedruckten Dokumente stammen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv, wenn auch die Urheberschaft nicht durchgängig beim MfS lag. Neben Befehlen des MfS sind ein Befehl der DDR-Zollverwaltung und zwei Erlasse des DDR-Ministerrates vertreten.



### 1.1.1 Forschungsstand und Quellenlage

Das Personal an den GÜSt zur Bundesrepublik und Westberlin stellten überwiegend die DDR-Grenztruppen, die Passkontrolleure des MfS und die Zöllner der DDR-Zollverwaltung. Der Fokus der Darstellung und der Erläuterungen in der Publikation liegt auf dem MfS. Zoll und Grenztruppen werden mit ihren Aufgaben und Handlungen an den GÜSt nur im notwendigen Maße gestreift. Weil die Zollkontrolle im engen Zusammenhang mit der Passkontrolle vollzogen wurde, gibt es hier eine größere Schnittmenge. Die Anmerkungen zu Forschungsstand und Quellenlage sind von der Schwerpunktsetzung auf das MfS geprägt.

Die Passkontrolleinheiten der Staatssicherheit waren ab 1970 Teil der Hauptabteilung VI und der Abteilungen VI der MfS-Bezirksverwaltungen, die insbesondere für Passkontrolle, Überwachung von Tourismus und Interhotels zuständig waren. Die Passkontrolleure waren gemeinhin nicht als Angehörige des MfS zu erkennen, es gab keine offenkundigen Bezüge zu den Dienststellen und der Tätigkeit der Staatssicherheit. Selbst innerhalb der Hauptabteilung VI (HA VI) und den Abteilungen VI (vom MfS zusammenfassend als Linie VI bezeichnet) nahmen die Passkontrolleure eine Sonderstellung ein.

Der Forschungsstand lässt sich folgendermaßen umreißen: Die innere Organisation der Linie VI des MfS wurde insbesondere von der Forschungsabteilung des vormaligen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) untersucht. Tantzschler legte 1995 eine Querschnittsdarstellung zur HA VI vor. Wiedmann berücksichtigte 2012 in seiner Organisationsübersicht zur Entwicklung des MfS zwischen 1950 und 1989 auch Historie und Besonderheiten der HA VI, deren Struktur, Baulichkeiten und dienstliche Bestimmungen. Im Jahr 2018 folgte innerhalb einer Zusammenstellung der Strukturen der ministerialen Ebene des MfS nach dem Stand von 1989 die Übersicht zur strukturellen Gliederung, Führungspersonal, Rahmenzuständigkeit und Planstellen der HA VI. Müller-Enbergs wertete Zahl und Funktion der inoffiziellen Mitarbeiter einiger Abteilungen der HA VI sowie der Abteilungen VI verschiedener Bezirksverwaltungen (BV) statistisch aus.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Tantzschler: Hauptabteilung VI; Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989, S. 276–285; Wiedmann/Erdmann: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, S. 225–239; Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Bd. 3. Das Literaturverzeichnis in der Anlage der Publikation verzeichnet alle im Werk erwähnten Quellen in der bibliografischen Langform.

Als Beiträge zu einzelnen Grenzübergangsstellen verfasste Springer 2013 eine Publikation zum Bahnhof Berlin-Friedrichstraße und Boeger legte 2011 eine Studie zur Autobahn-GÜSt Drewitz vor. Sierig untersuchte 2007 die Kaderakten der Hauptamtlichen des MfS an der Autobahn-GÜSt Marienborn. Die Aktivitäten der DDR-Zollverwaltung an den Grenzübergängen beleuchtete Goll 2011. Delius und Lapp widmeten sich 2000 den Transitstrecken nach Westberlin und betrachteten dabei auch die Abläufe an den GÜSt. Baugeschichtliche Darstellungen verfassten Cramer 2009 zur Schifffahrts-GÜSt Nedlitz, Boeger 2011 zu mehreren Übergangsstellen rund um Westberlin, Schmidt und Hörmannsdorfer folgten 2018 mit einer Darstellung zum Berliner Checkpoint Charlie.<sup>3</sup> Zur Rubrik der autobiografisch gefärbten Darstellungen zählt Behrendt mit seinem Werk von 2008. Behrendt war ehemals Major in der Abteilung VI der BV Potsdam des MfS. Strehlow schilderte 2004 fünf Fluchtversuche an Ostberliner Grenzübergangsstellen auf der Grundlage von MfS-Akten. Sälter und Schaller widmeten sich 2013 unter anderem dem Fluchtgeschehen über innerstädtische Berliner Grenzbahnhöfe. Staadt berichtete 2008 von einer Flucht über Marienborn in (sic!) die DDR. Den internationalen Verwicklungen um den Tod des italienischen Lkw-Fahrers Benito Corghi an der GÜSt Hirschberg gingen Zoratto 1991 und Staadt 2014 nach.<sup>4</sup> Hirschmann betrachtete 2015 in seiner Untersuchung das Generieren von Devisen an den Grenzübergängen für den SED-Staat. Die Autoren Kuhlmann und Bock widmeten sich verschiedentlich Grenzbahnhöfen.<sup>5</sup>

Wissenschaftliche Untersuchungen sind, abgesehen von der Autobahn-GÜSt Marienborn, deutlich auf die Übergänge im Berliner Raum konzentriert. Die DDR-Grenzübergänge zu den Ostblock-Nachbarstaaten standen immer dann im Fokus der Staatssicherheit, wenn sich der SED-Staat durch politische Krisen bei den Nachbarn Polen und ČSSR bedroht fühlte, wurden

---

<sup>3</sup> Springer: Bahnhof der Tränen; Boeger/Dollmann: Freundwärts-Feindwärts; Sierig: ... nach den Gesetzen des Krieges leben; Goll: Kontrollierte Kontrolleure; Delius/Lapp: Transit Westberlin; Cramer: Grenzübergangsstelle Nedlitz; Boeger: Die Grenzübergänge; Schmidt/Hörmannsdorfer: Reste und Spuren auf dem Gelände der ehemaligen Grenzübergangsstelle Friedrichstraße/Zimmerstraße.

<sup>4</sup> Behrendt: »Guten Tag, Passkontrolle der DDR«; Strehlow: Der gefährliche Weg in die Freiheit; Sälter/Schaller: Grenz- und Geisterbahnhöfe im geteilten Berlin; Staadt: Die Flucht des Schwarzen Panthers; Zoratto: DDR-Mord am Genossen Corghi; Staadt: Mehr Sachlichkeit: der Tod von Benito Corghi an der innerdeutschen Grenze.

<sup>5</sup> Hirschmann: Die Grenzübergangsstellen als Wirtschaftsraum; Kuhlmann: Deutsch-deutsche Grenzbahnhöfe; ders.: Züge durch Mauer und Stacheldraht; Bock: Interzonenzüge.

von der Forschung aber kaum berücksichtigt. Vernachlässigt sind auch die speziellen Übergangsstellen für den Import westeuropäischen Mülls, der der DDR enormen Gewinn einbrachte. Kaum bearbeitet sind die Grenzübergänge der »Staatsgrenze Nord«, also die Ostseehäfen mit Schiffslinien in die skandinavischen oder sozialistischen Länder oder die Grenzübertrittsstellen der Flughäfen. Zu erwähnen wäre darüber hinaus eine Erprobungs-GÜSt in Wünsdorf, die unter anderem zur Entwicklung und Erprobung von Fahrzeug-Durchleuchtungsvorrichtungen oder Fahrzeug-Sperrvorrichtungen diente.

Weitgehend unerforscht sind Sonderfunktionen, die von Angehörigen von PKE und Zoll neben ihren offenkundigen Tätigkeiten wahrgenommen wurden. Darunter fallen auch die Anti-Terrorkräfte der nichtstrukturellen »Spezialistengruppen« aus Angehörigen der PKE und des Zolls an den Grenzübergangsstellen. Die Grenzkontrollen der bundesdeutschen und Westberliner Gegenseite fanden in der Forschungsliteratur bislang ebenfalls kaum Niederschlag.<sup>6</sup>

#### Zur Quellenlage

Die Staatssicherheit der DDR war als Geheimpolizei und Geheimdienst ein nach sowjetisch-stalinistischem Vorbild geschaffener bürokratischer Apparat riesigen Ausmaßes. Nahezu jede Gängelei, Überwachung oder Maßnahme zur Repression konnte sich auf geheime Anweisungen oder Richtlinien stützen. Das galt umso mehr für Weisungen, die das offizielle staatliche Handeln lenken oder unterstützen sollten. In diese Rubrik fallen auch Bestimmungen zur Ausgestaltung des Grenzübergangs-Regimes oder des Ausbaus von Transitwegen. Die Überlieferungslage solcher grundlegenden Dokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv des Bundesarchivs (BArch/StUA) ist umfassend.

Dem Büro der Leitung (BdL) war als Stabsorgan des Ministers für Staatssicherheit eine Dokumentenstelle zugeordnet. Diese war zuständig für die Ausgabe, Verwaltung und einheitliche Nachweisführung der zentralen dienstlichen Bestimmungen des MfS. Im Jahr 1990 wurde ein Bestand von rund 12 000 Dokumenten überliefert bzw. durch Findhilfsmittel im Archiv nachgewiesen. Darunter befanden sich 7 000 dienstliche Bestimmungen des MfS und 5 000 weitere Dokumente etwa des Ministeriums des Innern (MdI) oder des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV) der DDR. Die Dokumentenstelle des MfS nahm neben den formgebundenen dienstlichen Bestimmungen auch Entwürfe und interne Stellungnahmen zu dienstlichen Bestimmungen auf. Der Zugriff auf die Dokumente erfolgt in der Regel über ein Nachweissystem zur Dokumentensammlung (DOSÄ) des BArch, das

---

<sup>6</sup> Vgl. Boeger: Deutsch-deutscher Janus.

laufend durch neu aufgefundene Dokumente ergänzt wird. Als thematisch relevant werden gegenwärtig rund 60 Dokumente zur HA VI beziehungsweise zu den Grenzübergangsstellen nachgewiesen. Wiedmann listet eine Auswahl von rund 70 Befehlen, Dienstanweisungen und Ordnungen auf, die sich aber auf das gesamte Zuständigkeitsspektrum der Hauptabteilung VI beziehen.<sup>7</sup> Aus der Sachaktenschließung des Stasi-Unterlagen-Archiv konnten weitere Dokumente nachgewiesen werden. Der Fundus an relevanten Dokumenten der Linie VI mit Bezug zu Grenzübergangsstellen dürfte sich auf mehrere Hundert belaufen und damit erheblich über die in der vorgelegten Studie erfassten Belege hinausgehen.

Das Spektrum der Überlieferung der Linie VI jenseits von GÜSt und PKE ist vielgestaltig. Es umfasst neben Karteien und Sachakten der Linie VI nahezu alle Quellenarten. Im Zentralarchiv und in den Außenstellen sind zusammengerechnet 1 319 laufende Meter Schriftgut erhalten. Zum Umfang personenbezogener Unterlagen, etwa von Flüchtlingen an den Grenzübergangsstellen, können keine Aussagen getroffen werden. Die Personalunterlagen und Kaderakten oder Fachschularbeiten der hauptamtlichen Mitarbeiter der Linie VI sowie die Akten der inoffiziellen Mitarbeiter sind ebenfalls kaum quantifizierbar.

Zu den speziellen Überlieferungen zählen beispielsweise Filme für interne Schulungszwecke des MfS, die unter anderem Verhöre festgesetzter Fluchthelfer, die Praxis der Passabfertigung oder Beispiele für Dokumentenfälschungen zeigen.<sup>8</sup>

In verschiedenen Sachakten sind Fotos von Grenzübergangsstellen, Beweisfotos von Fluchtversuchen, Dokumentationsfotos zum Personal der PKE wie auch des Zolls enthalten. Erhalten sind darüber hinaus Tonband-Aufzeichnungen, ein interner Schulungs-Dia-Ton-Vortrag zu Varianten getarnter Sprengsätze. In Gegenstandsablagen finden sich Fahndungslisten, Trainingswaffen der PKE aus Gummi sowie für MfS-interne Ausstellungen oder Schulungszwecke geschaffene Informationstafeln zu Grenzübergangsstellen.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989, S. 282 f.

<sup>8</sup> Operative Psychologie (Film), 1974; BArch, MfS, ZAIG, Fi Nr. 139. Befragung eines Fluchthelfers (Film, GÜSt Forst), 1973; BArch, MfS, ZAIG, Fi Nr. 21. Befragen eines Fluchthelfers (Film, GÜSt Marienborn), 1973; BArch, MfS, ZAIG, Fi Nr. 25. Grenzpassage (Film), o. D. (vor 1989); BArch, MfS, ZAIG, Fi Nr. 140. Fälscher: Methoden krimineller Menschenhändler zur Fälschung von Stempeln in Reisepässen und Ausweisdokumenten (Video), 1987; BArch, MfS, HA II/Vi/121.

<sup>9</sup> Varianten getarnter Sprengsätze (Dia-Vortrag); BArch, MfS, HA IX Nr. 17831. Siehe Gegenstandssammlung der Abteilung VF im BArch/StUA.

Eine Dokumentenart mit speziellem Informationsgehalt stellen Qualifikationsschriften von hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern dar, die an der Juristischen Hochschule des MfS, der MfS-Fachschule oder im Rahmen sonstiger Fortbildungen angefertigt wurden. Besonders an der Juristischen Hochschule des MfS machten die Absolventen, die zumeist einschlägige Erfahrungen aus dem Dienst in den Passkontrolleinheiten mitbrachten, diverse Vorschläge für Optimierungen an Grenzübergängen an der Autobahn, an Straßen, für Fußgänger, an Seehäfen, für die Eisenbahn, an Flughäfen oder für Grenzübergangsstellen zu den sozialistischen Nachbarländern Polen und ČSSR.<sup>10</sup>

Im Stasi-Unterlagen-Archiv existiert keine systematische Zusammenstellung oder Erschließung von Ministerrats-Beschlüssen und MfS-Befehlen zum Thema Grenzübergangsstellen. Die aufgefundenen Dokumente besitzen eine unterschiedliche Provenienz und weisen spezifische regionale Bezüge auf, sie sind im Duktus verschieden und liegen in ihren politischen Zielsetzungen mitunter weit auseinander. Zur heterogenen Überlieferung im

---

<sup>10</sup> Das Quellenverzeichnis im Anhang der Publikation enthält eine Zusammenstellung aller in der Studie erwähnten Qualifikationsarbeiten in der bibliografischen Langform. Hier seien exemplarisch für diese Quellenform genannt Rieger: Die Aufgaben und Anforderungen eines Zugführers der Passkontrolleinheit Marienborn/Autobahn für das gemeinsame abgestimmte Handeln mit dem Zugführer des Grenzkontrollamtes bei der Anfechtung und Verhinderung von staatsfeindlichem Menschenhandel; BArch, MfS, JHS MF 11260. Behring: Untersuchung einiger Seiten der vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung von Provokationen, Terror- und Gewaltakten am Beispiel der Straßen-GÜSt Selmsdorf; BArch, MfS, JHS 660/80. Haeckel/Kreher: Die Gewährleistung einer zielgerichteten, vorbeugenden und unmittelbaren Abwehr von terroristischen Angriffen und schweren Provokationen und anderen gewaltsamen Handlungen an der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße; BArch, MfS, JHS 560/77. Groß: Einige Grundsätze des operativ-taktischen Verhaltens zur Verhinderung von Terror- und Gewaltakten in den Fährhäfen-GÜSt; BArch, MfS, JHS 565/78. Rülke: Die Arbeitsweise des Offiziers für Sicherheit und Terrorabwehr zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung an der Eisenbahngrenzübergangsstelle; BArch, MfS, JHS 337/80. Marks/Weller/Heining: Studie zur Lösung grundsätzlicher politisch-operativer Probleme zur komplexen Sicherung der Flughäfen der DDR und des Flugverkehrs; BArch, MfS, JHS 338/78. Deckert: Das spezifische Anforderungsbild als wesentliches Mittel zur qualifizierten Suche, Auswahl, Aufklärung und Werbung von Kaderkandidaten für PKE der Linie VI, dargestellt am Beispiel der GÜSt Frankfurt/Oder/Autobahn; BArch, MfS, JHS 968/79. Wunderlich: Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Zusammenwirken zwischen Passkontrolleinheiten und Grenzollämtern an der Staatsgrenze Süd unter den Bedingungen der gemeinsamen Abfertigung mit den Organen der ČSSR; BArch, MfS, JHS 1087/79.

Stasi-Unterlagen-Archiv gehören neben Beschlüssen des Ministerrats und Befehlen des MfS auf zentraler wie regionaler Ebene auch Befehle anderer Ministerien, ferner ein Staatsvertrag oder Dokumente in Form diplomatischer Briefwechsel.<sup>11</sup>

Jedes ausgewählte Dokument gewährt dem Archiv-Nutzer lediglich punktuelle Einblicke und kann erst durch eine Kontextualisierung »zum Sprechen« gebracht werden. Entsprechend werden hier die ausgewählten Dokumente zu den Grenzübergangsstellen unterschiedlicher Verkehrskategorien, zur organisatorischen Weiterentwicklung an den GÜSt oder zur Reaktion des MfS auf vermeintlichen Missbrauch der Transitwege kontextualisiert .

### 1.1.2 Aufbau der Studie

Die Zusammenstellung der Dokumente zum DDR-Grenzregime an der innerdeutschen Grenze und nach Westberlin erstreckt sich zeitlich von 1961 bis 1981. Die berücksichtigten Dokumente sind DDR-Ministerrats-Beschlüsse, Befehle des MfS und der DDR-Zollverwaltung mit jeweils konkreten Auswirkungen auf das Grenzregime. Die kommentierenden und erläuternden Ausführungen zu den Dokumenten erweitern den berücksichtigten Zeithorizont in unterschiedlichem Maße geringfügig in die Zeit vor 1961, recht deutlich aber in den Zeitraum bis 1989. Die inhaltlichen Kapitel dieser Studie sind formal weitgehend identisch aufgebaut.

Den Einstieg in jedes Kapitel bildet der Abdruck eines Dokuments im Wortlaut. Dem schließt sich als erstes Unterkapitel eine Dokumentenerläuterung an, die das Dokument als Entwicklungsschritt bei der Veränderung, Weiterentwicklung und Typisierung der GÜSt an der innerdeutschen und Westberliner Grenze beleuchtet. Ein besonderes Augenmerk liegt auf generalisierenden, einordnenden Aussagen zu Funktion und Spektrum der Aufgaben

---

<sup>11</sup> Exemplarisch seien genannt: MfNV-Befehl Nr. 81/66 über die Eröffnung der Grenzübergangsstelle Hirschberg und Schließung der Grenzübergangsstelle Juchhöh, 17.12.1966; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 14021. Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Einrichtung eines Eisenbahn-Fährverkehrs zwischen dem Hafen Saßnitz/Mukran (DDR) und dem Hafen Klaipeda (UdSSR), 18.6.1982; BArch, MfS, AGM Nr. 588, Bl. 1-15. Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik: Gegenseitige Erklärungen zur Öffnung weiterer Grenzübergangsstellen, Ostberlin und Bonn, 21.12.1972 (Anlage 4 zum Grundlagenvertrag); BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 121, Bl. 24 f.

des MfS und der PKE an den GÜSt und im System des Grenzregimes, aber beispielsweise werden auch verklausulierte Formulierungen von SED und MfS in dem Dokument offengelegt.

Es folgen Unterkapitel mit zeithistorischen Einordnungen, die insbesondere den operativen, politischen und wirtschaftlichen Kontext der Anordnung aus dem Dokument verdeutlichen. In anderen Fällen liegt der Fokus stärker auf ergänzenden sicherheitspolitischen Aspekten und den dazu eingesetzten Mitteln und Institutionen auch außerhalb des MfS. Einige Kapitel sind um ein Unterkapitel mit Kurzinformationen zu Fluchtversuchen und besonderen Vorfällen an der jeweils behandelten GÜSt ergänzt. Eine kurze Übersicht zu thematisch relevanten Archivalien aus dem Bestand des BArch/StUA mit Archivnachweis rundet das jeweilige Kapitelthema ab.

Die Publikation ist mit einem umfangreichen Anlagenapparat ausgestattet. Die tabellarisch aufbereiteten Übersichten zu Funktion und Baulichkeiten sowie zur Binnenstruktur von Grenzübergangsstellen nehmen direkten Bezug auf die jeweiligen GÜSt, die im Mittelpunkt der einzelnen Kapitel stehen. Die einheitliche Darstellung und der Erhebungszeitraum der Daten in den 1980er-Jahren erleichtern vergleichende Betrachtungen. Erläuterungen von Begrifflichkeiten und Handlungsprotokollen rund um die Grenzübergangsstellen und zur Kontrolltätigkeit an den Übergängen wurden in einem alphabetisch geordneten Glossar konzentriert. Die in das Glossar aufgenommenen Begriffe sind im Text der Kapitel durch das Signet »<sup>g</sup>« kenntlich gemacht (z. B. <sup>g</sup>Avisierung). Die Kennzeichnung ist nicht auf die Ersterwähnung eines Begriffes beschränkt, sondern wird mehrfach wiederholt. Neben ein Literaturverzeichnis wurde ein Archiv-Quellenverzeichnis gestellt, das als Besonderheit eine kompakte Zusammenstellung von Qualifizierungsarbeiten von hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern zur Thematik Grenzübergangsstellen aufweist.

## 1.2 Die politische Dimension der Grenzübergänge nach dem Westen

Die getroffene Dokumentenauswahl will nicht über die strikte Zentralisierung maßgeblicher Entscheidungen des Staates DDR hinwegtäuschen. Alle Entscheidungsgewalt lag in der SED-Spitze, im Politbüro der SED. Zu den Realitäten der SED-Herrschaft zählte eine Verbrämung dieser Macht mit demokratischen Versatzstücken. Ganz gleich, wer als Herausgeber einer Weisung oder eines Befehls auftrat; in Grenzfragen gab es nur eine Autorität.

So verwies der DDR-Ministerrat im Fall der GÜSt Selmsdorf 1979 nur konsequent direkt auf die Vorgabe aus dem SED-Politbüro. Der Ministerrat war dem Staatsrat untergeordnet und dessen Exekutivorgan. Der Staatsrat war formal das kollektive Führungsgremium der DDR, in der Praxis dominierte die Personalunion von Staatsratsvorsitzendem und SED-Generalsekretär und gab der SED-Diktatur ihr Gesicht. Mielke begründete seine Befehle mit Beschlüssen des Ministerrates oder Befehlen des Ministeriums für Nationale Verteidigung oder kombinierte beide Instanzen (vgl. z. B. die Kapitel zu 1964, 1966, 1972). Auch der Wandel der Selbstdarstellung der SED-Diktatur von einer klaren Partei-Herrschaft hin zu einer Herrschaft mit einem latent verschleierte Machtzentrum wird in der Begründung der Mielke-Befehle sichtbar. Waren 1974 noch diffuse Interessen der DDR befehlsauslösend, war der Mielke-Befehl von 1981 die Folge sogenannter zentraler Festlegungen. Trotz Mielkes herausragender Position im Staat, die sich sicher nicht aus seiner Mitgliedschaft im DDR-Ministerrat ergab, sondern vielmehr aus seiner Position im SED-Politbüro resultierte, rechtfertigte er seine Regelungen mit höherrangigen Beschlüssen.

Ein anderes Charakteristikum der SED-Herrschaft war eine überbordende Geheimniskrämerei. Nicht selten wurden im Ministerrat Beschlüsse gefasst, die als vertrauliche oder geheime Ministerratsachen behandelt wurden. Das beruhte oft auf Vorlagen, die schon als Dienst- oder als Staatsgeheimnisse und somit als Vertrauliche Verschlussache (VVS) oder Geheime Verschlussache (GVS) eingestuft waren.<sup>12</sup>

Beschlüsse mit Bezug zu den Grenzübergangsstellen wurden gemeinhin als geheime Ministerratsache behandelt. Für Minister Mielke, ständiges Mitglied im Ministerrat, wurden im Rahmen der Beschlüsse keine konkreten Aufgaben formuliert beziehungsweise sind diese heute nicht mehr erkennbar. Er leitete aus den Beschlüssen den Handlungsbedarf für sein Ministerium selbstständig ab und gab diesen in Form von militärischen Befehlen an seinen Apparat weiter. Das konnte in der Praxis die politisch-operative Absicherung des Baugeschehens an einer GÜSt oder die Aufgabenzuweisung an seine dort eingesetzten Passkontrollseinheiten betreffen.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. dazu beispielsweise Wagner: Zum Verschlussachenwesen und zur Geheimhaltung im Staatsapparat der DDR, S. 41 oder Unverhau: Hatte »Janus« eine Chance, S. 115 sowie Suckut: Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 89 (Dienstgeheimnisse) u. S. 351 (Staatsgeheimnisse).

<sup>13</sup> Vgl. MfS-Ordnung Nr. 1/80 über die formgebundenen dienstlichen Bestimmungen im MfS (Bestimmungsordnung) v. 5.2.1980; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 7179.



### 1.2.1 Zur Dokumentenauswahl

In den 1960er-Jahren waren die Beschlüsse des DDR-Ministerrats militärisch knapp formuliert (z. B. Beschluss des Ministerrats von 1965 zur Einrichtung der Autobahn-GÜSt Dreilinden). Ab den 1970er-Jahren nahmen die Beschlüsse deutlich an Umfang zu. Eingang fanden nun auch Hinweise auf politische oder wirtschaftliche Hintergründe, konkrete Zahlenvorgaben und Angaben zur Qualität, Listen von Betrieben der Bauwirtschaft und anderes mehr (vergleiche z. B. den Beschluss des Ministerrats von 1973 zum Neubau von vier Straßen-GÜSt für den Kleinen Grenzverkehr).<sup>14</sup>

Beschlüsse des Ministerrats dominieren die Dokumentensammlung jedoch nicht. Es überwiegen Befehle von Staatssicherheits-Chef Mielke zur Ausgestaltung des Ost-West- beziehungsweise des West-Ost-Grenzübergangs durch Maßnahmen oder durch das Bereitstellen von Kontrollpersonal des MfS. Zunächst wurden zwei Befehle und ein Ministerratsbeschluss herangezogen, die mit unterschiedlichem Kontext Grenzübergangsstellen für Eisenbahnen (Griebnitzsee, 1961), Straßenfahrzeuge (Hirschberg, 1966) und Schiffe (Teltowkanal, 1981) betrafen. Mit solchen GÜSt kontrollierte und steuerte die DDR die wichtigen Transitverbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik. Hauptsächlich schildert das Dokument von 1961 die Anordnung von Sperrmaßnahmen im Verkehrsnetz nach Westberlin und diese werden durch Auswirkungen auf den Bahnverkehr am Beispiel des Bahnhof Potsdam-Griebnitzsee konkretisiert. Zu den für die innere Organisation der GÜSt wegweisenden Befehlen zählte zweifelsohne der MfS-Befehl Nr. 40/64 zur Übernahme der Passkontrolle an den GÜSt durch Kräfte des MfS und die Einrichtung einer dazu erforderlichen MfS-Hauptabteilung im Jahre 1964. Welchen politischen Einfluss Bonn seit Anfang der 1970er-Jahre auf die DDR entfaltete, zeigt der MfS-Befehl Nr. 22/73 zur Einrichtung eines Kleinen Grenzverkehrs, respektive die Neueinrichtung von mehreren kleineren Grenzübergangsstellen an der Westgrenze. Schon beim Wiederaufbau und Ausbau des Autobahnnetzes der DDR für den Autobahntransit ab 1966 gewann die Bundesrepublik an Einfluss auf die Politik der DDR, denn sie

---

<sup>14</sup> Ministerrat der DDR: Beschluss über die Teilverlegung des Autobahnzubringers und den Neubau einer Grenzübergangsstelle bei Dreilinden an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik/Westberlin, 21.6.1965; BArch, MfS, SdM Nr. 2383, Bl. 206–208. Ministerrat der DDR: Beschluss über die materielle und finanzielle Sicherstellung des Neubaus der vier Straßengrenzübergangsstellen (GÜSt) Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld an der Staatsgrenze der DDR zur BRD einschließlich der zugehörigen Folgeeinrichtungen v. 3.1.1973; BArch, MfS, SdM Nr. 2402, Bl. 161, Bl. 209–224.

finanzierte die Maßnahmen weitgehend. Der MfS-Befehl Nr. 33/66 versetzte Kontrollpersonal zur neu erbauten GÜSt Hirschberg. Gelegentlich schlugen sich innerdeutsche Differenzen unmittelbar auf den Transitverkehr nieder. Hier wurde MfS-Befehl Nr. 19/74 als Beispiel ausgewählt, mit dem Mielke die Einrichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin zu unterminieren suchte. Die SED trachtete stets nach neuen Einnahmequellen, mit denen der chronisch unterfinanzierte DDR-Staatshaushalt gestärkt werden sollte. Schon die Grenzübergangsstellen und Transitstrecken waren wichtige Einnahmequellen. Diese kombinierte die SED mit der Idee, Müll und Sonderabfälle aus dem Westen gegen Valuta im eigenen Land einzulagern. Das Projekt wurde mit der Deponie Schönberg in bis dato ungeahnte Dimensionen gesteigert.<sup>15</sup> Von dieser Politik zeugt der Beschluss des Ministerrates der DDR von 1979 über die Einrichtung der Deponie und den Ausbau der nahe gelegenen GÜSt Selmsdorf. Seit Übernahme der Passkontrolle durch die PKE des MfS wurde ein sogenanntes politisch-operatives Zusammenwirken zwischen den vor Ort eingesetzten Organen, insbesondere von PKE und dem Zoll, praktiziert.<sup>16</sup> Deren Durchschlagkraft sollten nichtstrukturelle »Spezialistengruppen für Terrorabwehr« steigern. Von den Anforderungen an diese Anti-Terrorkräfte aus den Reihen der Zöllner berichtet der Befehl Nr. 7/80 der Zollverwaltung der DDR. Die Zusammenstellung endet mit dem MfS-Befehl Nr. 62/81 zur Entsendung von Passkontroll-Personal des MfS an die GÜSt Dreilinden und Kleinmachnow am Teltowkanal 1981. Der Wiedereröffnung des damals auf DDR-Territorium liegenden Teilstücks des Teltowkanals bei Kleinmachnow ging ein zähes politisches Ringen zwischen Ost und West voraus. Die Einigung war schließlich ein bedeutender Fortschritt für den Transit auf den Binnenwasserstraßen und zur Versorgung Westberlins.

### 1.2.2 Zäsuren im Grenzregime

Der nachfolgende Überblick über bedeutsame Daten und Ereignisse im innerdeutschen Verhältnis und über erhebliche Veränderungen im Ost-West-Grenzverhältnis soll die zeitgeschichtliche Einordnung der Dokumentenauswahl erleichtern. Daten, die mit den abgehandelten Dokumenten identisch sind, werden lediglich mit einem erklärenden Stichwort versehen. Darüber hinausgehende Ereignisse oder Daten werden kurz erläutert.

---

<sup>15</sup> Vgl. Boeger: Die Stasi, der Müll und das Geld.

<sup>16</sup> Vgl. Suckut: Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 470 (Zusammenwirken, politisch-operatives).

### 13. August 1961 – Errichtung der Berliner Mauer

Am 13. August 1961 schloss die DDR sämtliche innerstädtischen Übergänge zu den Westsektoren Groß-Berlins. Die Außengrenze Westberlins zur DDR war vor dem 13. August 1961 weitgehend, die innerdeutsche Grenze bereits vollständig geschlossen und kontrolliert.

### 1964 – Übernahme der Passkontrolle an den GÜSt durch das MfS

Am 1. Januar 1964 übernahm das MfS die Passkontrolle an den Grenzen der DDR. Zur einheitlichen Führung und Instruktion der Passkontrolle richtete das MfS auf zentraler und bezirklicher Ebene parallel dazu die Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung (HPF) ein.

### 1966 – Erstes Typenmodell einer Autobahn-Grenzübergangsstelle

Der Anpassung der Autobahn-Transit-GÜSt an wachsende Verkehrsströme und DDR-Sicherheitsbestrebungen stand die unzulängliche DDR-Wirtschaft entgegen. Allein die GÜSt Hirschberg wurde neu gebaut und zum Typenmodell.

### 1970 – Gründung der HA VI des MfS

Am 15. Januar 1970 integrierte Mielke mit dem Befehl Nr. 4/70 verschiedene Diensteinheiten und Arbeitsbereiche, darunter die HPF, und schuf die neue Diensteinheit HA VI für Zwecke der Passkontrolle und zur umfassenden Überwachung des Tourismus. Die neue Diensteinheit war auf ministerieller und bezirklicher Ebene angesiedelt.

Während sich die Tourismusüberwachung der charakteristischen Methoden und Arbeitsweisen der Staatssicherheit bediente, behielt die Passkontrolle ihre schon in der HPF begründete Sonderstellung bei. Mit dem Einbeziehen der PKE in Ausstattung, Uniformierung und Versorgung durch die Grenztruppen der Nationalen Volksarmee (NVA) entstanden gewisse Analogien zur Einbettung der HA I in die NVA und Grenztruppen. Doch anders als die HA I leisteten die PKE keine operative (geheimdienstliche, geheimpolizeiliche) Arbeit und führten keine Vorgänge. Auch die fortlaufend enge Abstimmung mit dem militärischen Kommandanten der GÜSt entsprach nicht dem üblichen Vorgehen des MfS. Die PKE waren räumlich und institutionell von den sonstigen Diensteinheiten des MfS abgetrennt. Soweit bekannt nahm das MfS die unmittelbare Steuerung der PKE über die jeweiligen operativen Leitzentren (OLZ) in der Linie VI auf bezirklicher und ministerieller Ebene vor. Das schloss Fahndungen, Avisierungen und so weiter ein. Die Gründe für die so deutliche Separierung der PKE von den MfS-Diensteinheiten liegen im Dunkeln. Die personelle Ausstattung der PKE war eine bedeutsame Komponente und überschritt an den meisten GÜSt mühelos die Personalstärken mittlerer MfS-Kreisdienststellen.

## 1972 – Transitabkommen

Das deutsch-deutsche Transitabkommen vom 17. Dezember 1971, in Kraft ab 3. Juni 1972, war ein bedeutender Baustein der Ostverträge der Bundesregierung. Dem ging der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion voraus, in dem sich beide Seiten zur Entspannungspolitik bekannten.

Das Transitabkommen nahm erheblichen Einfluss auf die Praxis der Kontrollen an den GÜSt indem es die Willkür an den Grenzübergangsstellen, unabsehbar lange Wartezeiten, scheinbar beliebige Durchsuchungen, nötige Befragungen der Transitnutzer und so weiter beendete. Transitreisende durften nicht mehr grundlos festgehalten und Fahrzeuge nicht mehr schikanös durchsucht werden. Die Reisenden unterlagen nur der Pflicht sich auszuweisen. Fahrzeugkontrollen waren nur noch in begründeten Verdachtsfällen zulässig. Passkontrolle und Zoll der DDR wurden mit dem Abkommen plötzlich in ihre Schranken verwiesen. Mielke reagierte auf das Abkommen mit dem ungewöhnlich umfangreichen Befehl Nr. 20/72, der mit Anlagen 18 Seiten umfasste.<sup>17</sup> Siebenmal betonte Mielke darin eine »vertragsgerechte Durchführung« des Abkommens durch die DDR, zugleich mahnte er die Aufklärung und Verhinderung von feindlichen Handlungen an. Die nicht mehr zulässigen systematischen Fahrzeugkontrollen suchte die DDR durch den Einsatz verschiedener technischer Gerätschaften, darunter Anlagen zum Röntgen von Kfz, zu kompensieren, um das Ausschleusen fluchtwilliger DDR-Bürger in Transit-Fahrzeugen zu verhindern.

## 1987 – Autobahnneubau und Errichtung der Grenzübergangsstellen Stolpe und Zarrentin

Am 22. Dezember 1987 wies Mielke mit Befehl Nr. 19/87 seine Passkontrolleure an, der Verlagerung des innerdeutschen Transitverkehrs von Westberlin in Richtung Hamburg von der GÜSt Staaken (damalige Fernstraße F 5) zur

---

<sup>17</sup> Mit der Unterzeichnung des Schlussprotokolls des Vierseitigen Abkommens über Westberlin am 3.6.1972 traten das Vierseitige Abkommen über Westberlin vom 3.9.1971, das Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 17.12.1971, die Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR und dem Senat über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs vom 20.12.1971 und die Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR und dem Senat über die Regelung der Frage von Enklaven durch Gebietsaustausch vom 20.12.1971 in Kraft. MfS-Befehl Nr. 20/72 über die politisch-operativen Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs v. 2.6.1972; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1743, Bl. 1–18.

GÜSt Stolpe (damalige A 11, heute A 111) Folge zu leisten und die Kontrollen entsprechend an den GÜSt Stolpe und Zarrentin aufzunehmen.<sup>18</sup>

Die neu erbaute GÜSt Stolpe lag am nördlichen Stadtrand von Westberlin, gegenüber dem Reinickendorfer Ortsteil Berlin-Heiligensee. Die Besonderheit von GÜSt und Transitstrecke lag im gleichzeitigen Neubau einer Autobahn von Westberlin durch die DDR in Richtung Hamburg. Damit konnte die DDR den nur schwer kontrollierbaren Transitverkehr nach Westberlin auf der Fernverkehrsstraße F 5 einstellen und den Grenzübergang Staaken westlich von Berlin-Spandau schließen. Außerdem stand nun ein deutlich leistungsfähigerer Transitweg zur Verfügung.

Die DDR verfolgte ein Autobahnprojekt Berlin-Rostock und die Komplettierung des Berliner Ringes im Norden und Westen und begann 1970 mit dem Bau. Ein Vorstoß der Bundesregierung erweiterte 1978 das Bauprojekt erfolgreich um den Abzweig bei Wittstock in Richtung Hamburg und die Verbindung zwischen Stolpe und dem nördlichen Berliner Ring als ergänzende Transit-Autobahnstücke. Die Bundesrepublik trug in der Folge erhebliche finanzielle Anteile am gesamten Autobahnprojekt.

Die DDR stimmte Fragen der Grenzübergangsstellen und Transitwege mit der sowjetischen Besatzungsmacht ab. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko forderte beispielsweise, dass aus militärtaktischen Erwägungen der Bau neuer Autobahnen in der DDR eine Ausnahme bleiben müsse. Die Abstimmungen der DDR mit den sowjetischen Freunden verliefen nicht immer harmonisch. Moskaus Botschafter Abrassimow kritisierte 1978 Zugeständnisse der DDR gegenüber dem Westen bei der Einrichtung neuer Grenzübergangsstellen. Darunter fielen für ihn die Bereitschaft der DDR, mit der Bundesrepublik über einen Abzweig von der Autobahn Berlin-Hamburg nach Niedersachsen zu verhandeln oder die damals vorgesehene Wiedereröffnung des Teltowkanals. Die DDR müsse, so mahnte er, auch politische Ziele in den Verhandlungen mit der Bundesrepublik verfolgen, nicht nur kommerzielle. Es sei wichtig, »dass die DDR die BRD ökonomisch und politisch zahlen« lasse. Zum Autobahnbau-Projekt wurde vermerkt: »Persönlich bedauere Genosse Abrassimow nur, dass sich die DDR nur mit 1,2 Mrd. statt z. B. mit 1,8 Mrd. Mark von der BRD zufrieden geben wolle«.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> MfS-Befehl Nr. 19/87, Zulassung der Grenzübergangsstelle Stolpe für den vom Transitabkommen erfassten Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin und Aufhebung der Zulassung der Grenzübergangsstelle Staaken für diesen Transitverkehr; BAArch, MfS, HA XXII Nr. 1725, Bl. 170–172. Die GÜSt Horst an der F 5 bei Boizenburg blieb erhalten, entfiel aber für den innerdeutschen Transit.

<sup>19</sup> Andrej Gromyko (1909–1989), sowjet. Politiker, u. a. 1957–1985 sowjet. Außen-

#### April 1989 – Schießbefehl ausgesetzt

Am 5. Februar 1989 wurde Chris Gueffroy im Ostberliner Ortsteil Berlin-Baum-  
schulenweg bei dem Versuch erschossen, über die Mauer nach Westberlin zu  
fliehen. Gueffroy war das letzte Todesopfer an der Berliner Mauer. Sein Tod  
zog erhebliche internationale Proteste nach sich. Stillschweigend wurde der  
Schießbefehl zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen Anfang April 1989  
von der DDR daraufhin ausgesetzt.<sup>20</sup>

#### 9. November 1989 – Fall der Mauer

Faktisch zum Schluss einer im Fernsehen live übertragenen Pressekonferenz  
mit internationalen Korrespondenten am 9. November 1989 in Ostberlin  
erklärte Günter Schabowski, Chef der SED-Bezirksleitung von Ostberlin  
und Mitglied des Politbüros der SED, kurz vor 19.00 Uhr, allen DDR-Bür-  
gern stünden mit sofortiger Wirkung Ausreisen und Privatreisen in die  
Bundesrepublik und nach Westberlin ohne Vorbedingungen frei. Binnen  
weniger Stunden sammelten sich daraufhin Tausende Menschen an den  
innerdeutschen Übergängen und denen nach Westberlin, um die Grenze  
nach Westen zu passieren. Die Besatzungen der Grenzübergänge waren  
unvorbereitet und überfordert, zugleich war aus der politischen Führung  
in Ostberlin für Rückfragen niemand erreichbar. Die GÜSt hielten dem  
Ansturm unterschiedlich lange stand, öffneten aber schließlich nach und  
nach die Passagen.<sup>21</sup>

#### Dezember 1989 – Ausgliederung der Passkontrolle aus dem Amt für Natio- nale Sicherheit

Am 29. Dezember 1989 erließ Admiral Theodor Hoffmann, Minister für  
Nationale Verteidigung der DDR, den Befehl Nr. 144/89. Der Befehl ord-  
nete Passkontrolle und Fahndung im grenzüberschreitenden Verkehr den  
DDR-Grenztruppen als Aufgabe zu. Rund 12 000 hauptamtliche Mitarbeiter  
der Linie VI des MfS-Nachfolgers Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) wur-  
den daraufhin in die Grenztruppen übergeleitet, obwohl die Linie VI Anfang  
1989 nur 7 667 Mitarbeiter zählte.<sup>22</sup>

---

minister. Vermerk über ein Gespräch des Genossen Fischer mit dem Genossen  
P. A. Abrassimow am 12.9.1978; BArch, MfS, SdM Nr. 656, Bl 110–116. Pjotr  
Abrassimow (1912–2009), KPdSU-Funktionär, Diplomat, u. a. 1962–1971 und  
1975–1983 sowjetischer Botschafter in der DDR.

<sup>20</sup> Vgl. Information v. 6.2.1989; BArch, MfS, ZAIG Nr. 15217, Bl. 99–102. Tantzsch: Hauptabteilung VI, S. 88.

<sup>21</sup> Vgl. Hertle: Chronik des Mauerfalls.

<sup>22</sup> Befehl Nr. 144/89 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Zuordnung

## Danksagung

Das Projekt und das Manuskript zu den innerdeutschen Grenzübergangsstellen hätten ohne kollegiale Unterstützung aus der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen beziehungsweise im Stasi-Unterlagenarchiv des Bundesarchivs nicht realisiert werden können. Mein besonderer Dank gilt Martin Erdmann für die kritische Durchsicht des Manuskripts und Dr. Stephanie Schlesier für die Unterstützung bei der Recherche und Auswahl geeigneter Abbildungen.

---

der Aufgaben der Passkontrolle und Fahndung im grenzüberschreitenden Verkehr zu den Grenztruppen der DDR v. 29.12.1989; BArch, MfS, HA VI Nr. 17123, Bl. 161–165. Dem Befehl ging ein entsprechender DDR-Ministerratsbeschluss v. 14.12.1989 (V 1308/89) über die Neuregelung der Zuordnung von Passkontrolle und Fahndung voraus. Vgl. 12 000 Mitarbeiter der PKE zu den Grenztruppen übergeleitet; BArch, MfS, HA IX Nr. 5480, Bl. 187. Übersicht zur Ausgliederung des Personals, 13.12.1989; BArch, MfS, SdM Nr. 2356, Bl. 194. Theodor Hoffmann (1935–2018), DDR-Volksmarine-Offizier, u. a. 17.11.1989–23.4.1990 DDR-Verteidigungsminister.

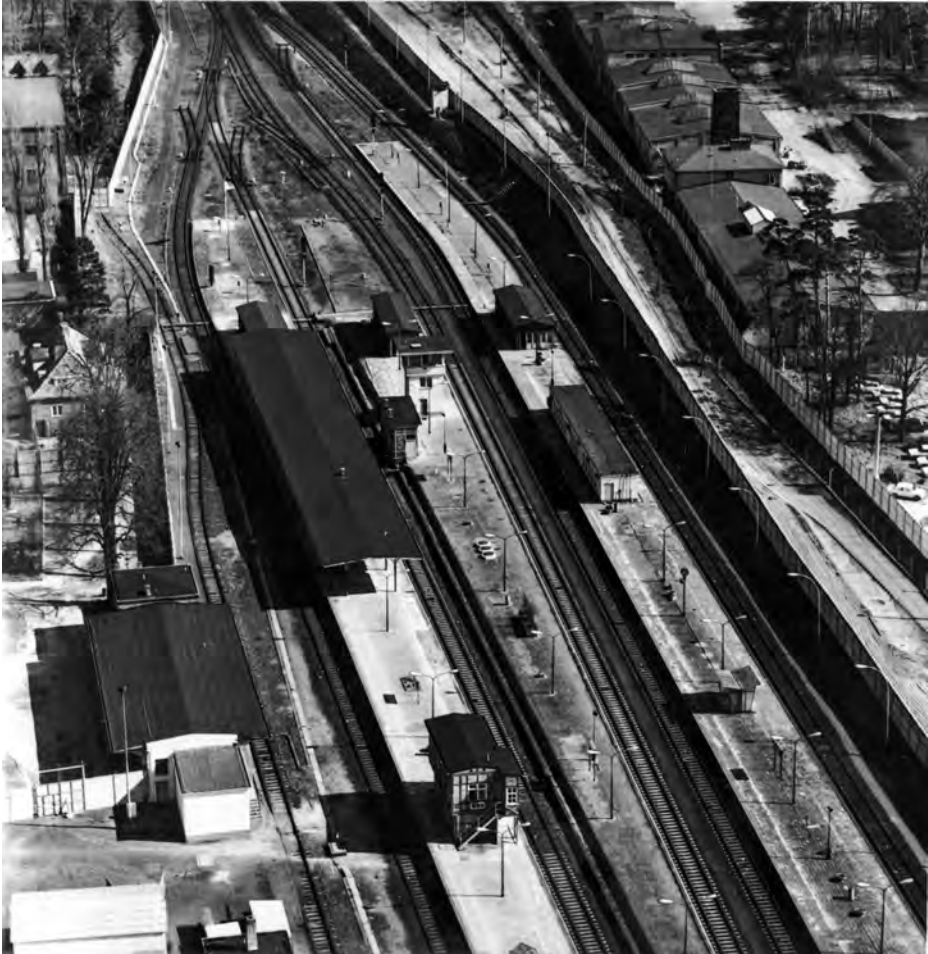


Abb. 1: Luftaufnahme der Eisenbahn-GÜSt Potsdam-Griebnitzsee in Blickrichtung Westberlin, um 1968/70. Das Areal ist von einer Mauer umschlossen, die Gleise nach Westberlin weisen Stumpfweichen auf.



## 2. Der 13. August 1961 an einer Eisenbahn-GÜSt nach Westberlin

### 2.1 Dokument: Anordnung von Sperrmaßnahmen im Verkehrsnetz nach Westberlin

Bekanntmachung des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR<sup>23</sup>

Zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961 werden ab sofort folgende Veränderungen im gesamten Verkehrsnetz des Raumes von Berlin durchgeführt:

#### I. Auf dem Streckennetz der Deutschen Reichsbahn

##### 1. Fernverkehr

Die Züge des internationalen Fernverkehrs und des Fernverkehrs zwischen Berlin und Westdeutschland verkehren nach ihrem bisher gültigen Fahrplan. Jedoch beginnen und enden diese Züge am Fernbahnsteig A des Bahnhofs Friedrichstraße.<sup>24</sup>

##### 2. Berliner S-Bahn-Verkehr

Der direkte S-Bahn-Verkehr zwischen den Randgebieten der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin wird eingestellt.

---

<sup>23</sup> DDR-GBl. T. II (1961) 51, S. 334. Zugleich in Neues Deutschland v. 13.8.1961 publiziert.

<sup>24</sup> Die Absperrung am innerstädtischen Bahnhof Berlin-Friedrichstraße war kompliziert. Die Anlagen der Deutschen Reichsbahn in Gesamtberlin, die S-Bahn eingeschlossen, befanden sich nicht im Eigentum der DDR, sondern gehörten zu dem von den Alliierten beschlagnahmten Vermögen des Deutschen Reiches. Die DDR konnte wegen der bahntechnischen Betriebspflicht für Groß-Berlin nach dem Mauerbau Teile von Westberliner Bahnlinien in Ostberlin weder gänzlich stilllegen noch Gebühren dafür erheben. Der Bahnhof Friedrichstraße als wichtiger Verkehrsknoten des innerstädtischen Schienenverkehrs von Groß-Berlin wurde nach 1961 mit umfangreichen Umbauten in verkehrstechnisch voneinander unabhängige Ost- und Westbereiche getrennt und zusätzlich als Grenzübergangsstelle für Fußgänger eingerichtet. Vgl. Sälter/Schaller: Grenz- und Geisterbahnhöfe im geteilten Berlin sowie Springer: Bahnhof der Tränen.

Ferner werden eingestellt der direkte S-Bahn-Verkehr zwischen den S-Bahnhöfen Pankow–Gesundbrunnen, Schönhauser Allee–Gesundbrunnen, Trepower Park–Sonnenallee, Baumschulenweg–Köllnische Heide.

Auf der Stadtbahn beginnen und enden die S-Bahn-Züge nach und aus Richtung Osten auf dem Bahnsteig C des Bahnhofs Friedrichstraße. Die Züge nach und aus Westen beginnen und enden auf dem Bahnsteig B des Bahnhofs Friedrichstraße.

Die S-Bahnhöfe Bornholmer Straße, Nordbahnhof, Oranienburger Straße, Unter den Linden und Potsdamer Platz werden für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Die Bahnhöfe Wilhelmsruh, Schönholz und Wollankstraße der Nordstrecken der S-Bahn können nur von der Westberliner Seite her betreten und verlassen werden. Die Züge der Nord-Süd-S-Bahn, die zwischen Frohnau und Lichterfelde-Süd, Heiligensee und Lichtenrade sowie zwischen Gesundbrunnen und Wannsee über Schöneberg verkehren, halten im demokratischen Berlin nur am unteren Bahnsteig des Bahnhofs Friedrichstraße. Das Hauptgebäude des Bahnhofs Friedrichstraße kann nur nach dem Passieren einer Kontrolle betreten und verlassen werden. Der Bahnsteig C des Bahnhofs Friedrichstraße kann über die Zugänge an seinem östlichen und westlichen Ende ohne Kontrolle betreten und verlassen werden.

Auf den im demokratischen Berlin gelegenen S-Bahnstrecken wird der Zugverkehr in der bisherigen Weise in vollem Umfang aufrechterhalten. Der S-Bahnverkehr von Bernau – über Pankow – Schönhauser Allee zum östlichen Teil des Innenrings wird verstärkt. Auf den S-Bahnstrecken Oranienburg–Hohen Neuendorf, Velten–Hennigsdorf, Nauen–Falkensee, Potsdam–Griebnitzsee und Mahlow–Rangsdorf wird der örtliche Nahverkehr durch Pendelzüge der S-Bahn bedient. Zur Verbindung der nördlich, westlich und südlich von Westberlin gelegenen Kreise des Bezirks Potsdam mit der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik wird der bereits bestehende Berufsschnellverkehr auf dem Berliner Außenring verstärkt.<sup>25</sup>

---

<sup>25</sup> Zur Abgrenzung von den drei Sektoren der Westalliierten schuf die SED für den sowjetischen Sektor von Groß-Berlin ideologische Kampfbegriffe wie »demokratischer Sektor von Groß-Berlin«, »demokratisches Berlin«, die schließlich in »Berlin, Hauptstadt der DDR« mündeten.

## II. Auf dem Streckennetz der U-Bahn

1. Die U-Bahn-Züge des im demokratischen Berlin gelegenen Teils der Linie A beginnen und enden für den öffentlichen Verkehr auf dem Bahnhof Thälmannplatz. Der U-Bahnhof Potsdamer Platz wird für den öffentlichen Verkehr geschlossen.<sup>26</sup>
2. Der Bahnhof Warschauer Brücke der U-Bahn-Linie B wird für den öffentlichen Verkehr geschlossen.<sup>27</sup>
3. Die Züge der U-Bahn-Linie C halten im demokratischen Berlin nur auf dem U-Bahnhof Friedrichstraße, der nach dem Passieren einer Kontrolle betreten und verlassen werden kann. Die Bahnhöfe Walter-Ulbricht-Stadion, Nordbahnhof, Oranienburger Tor, Französische Straße und der zu dieser Linie gehörende Bahnsteig des Bahnhofs Stadtmitte werden für den öffentlichen Verkehr geschlossen.<sup>28</sup>
4. Die Züge der U-Bahn-Linie D durchfahren das demokratische Berlin ohne Halt. Die U-Bahnhöfe Bernauer Straße, Rosenthaler Platz, Weinmeisterstraße, der Bahnsteig D des Bahnhofs Alexanderplatz, die Bahnhöfe Jannowitzbrücke und Heinrich-Heine-Straße dieser Linie werden für den öffentlichen Verkehr geschlossen.<sup>29</sup>
5. Der parallel zu den U-Bahn-Linien C und D verlaufende Omnibus- und Straßenbahnverkehr der BVG wird verstärkt.<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> Der unmittelbar im Bereich der Berliner Mauer gelegene Bahnhof Potsdamer Platz wurde für den Publikumsverkehr geschlossen. Der Nord-Süd-Verkehr der S-Bahn passierte ohne Halt, die U-Bahnlinie A (heute U2) wurde gekappt und in Ostberlin auf die Strecke Pankow-Thälmannplatz (heute Mohrenstraße) reduziert.

<sup>27</sup> Der Endbahnhof Warschauer Brücke der U-Bahnlinie B (heute U1) wurde samt Gleisführung über die Oberbaumbrücke vom Netz abgeschnitten, worauf mit dem provisorischen Endbahnhof Schlesischer Busch eine dann rein Westberliner Linie geschaffen wurde.

<sup>28</sup> Die U-Bahnlinie C (heute U6) verlief nur in ihrem Mittelteil durch Ostberlin. Mit Ausnahme der Friedrichstraße wurden die Ostberliner Bahnhöfe der Linie für den Publikumsverkehr gesperrt, vermauert und konnten von der Westberliner U-Bahn als Geisterbahnhöfe ohne Halt durchfahren werden.

<sup>29</sup> Die Ostberliner Bahnhöfe der U-Bahnlinie D (heute U8) wurden ohne Ausnahme vermauert und dann von der Westberliner U-Bahn ohne Halt durchfahren.

<sup>30</sup> Auch in der Ostberliner Stadtmitte verdrängte das Auto zunehmend die Stra-

### III. Fahrgastschiffahrt

Der Ausflugsverkehr der »Weißen Flotte« zwischen den Havelseen und dem Seengebiet im Osten Berlins wird eingestellt.

### IV. Sonderfahrten mit Kraftomnibussen

Alle grenzüberschreitenden Sonderfahrten mit Kraftomnibussen aus Westberlin sind genehmigungspflichtig.

Die Genehmigung zu solchen Fahrten ist beim Deutschen Reisebüro zu beantragen. Einige dieser Maßnahmen werden zu Fahrzeitverlängerungen und andere zu Fahrzeitverkürzungen führen. Das Ministerium für Verkehrswesen wird sofort die erforderlichen Maßnahmen einleiten, um so schnell wie möglich auftretende Unbequemlichkeiten zu vermindern.

Diese Maßnahmen tragen vorläufigen Charakter und bleiben in Kraft bis zum Abschluss eines Friedensvertrages.

Berlin, den 12. August 1961

Kramer<sup>31</sup>

Minister für Verkehrswesen

---

ßenbahn. Die Kompensation der verlorenen Untergrund-City-Stationen blieb eher Stückwerk.

<sup>31</sup> Erwin Kramer (1902–1979), SED-Politiker, u. a. 1954–1970 DDR-Verkehrsminister, zugleich 1950–1970 Generaldirektor der Dt. Reichsbahn.

## 2.2 Die Sperrmaßnahmen am Bahnhof Potsdam-Griebnitzsee

Am 13. August 1961 schloss die DDR alle innerstädtischen Verkehrswege zwischen den Sektoren der westlichen Alliierten und dem sowjetischen Sektor in Groß-Berlin. Die Maßnahme überraschte die Bevölkerung in Ost und West und wurde vom Staatsapparat der SED orchestriert umgesetzt.<sup>32</sup> Die vom Warschauer Pakt sanktionierten Maßnahmen wurden am 13. August 1961 veröffentlicht: »Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen durch die der Wühlätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin eine verlässliche Bewachung und wirksame Kontrolle gewährleistet wird.«<sup>33</sup> Es lag auf der Hand, dass nicht »Wühlätigkeit« der treibende Faktor war, sondern die ungebremste, massenhafte Flucht der Bevölkerung aus der DDR. Bei der Vorbereitung, Durchführung und Überwachung der Maßnahmen stützte sich die SED auch auf das MfS.<sup>34</sup>

Ab dem 13. August 1961 durfte kein DDR-Bürger mehr ohne Genehmigung Westberlin betreten. Von zunächst zwölf innerstädtischen Sektorenübergängen wurden am 23. August 1961 fünf gesperrt.<sup>35</sup> Der S-Bahn-Verkehr nach Westberlin wurde eingestellt. DDR-Bewohner aus dem Umland von Westberlin konnten nicht mehr durch Westberlin hindurch nach Ostberlin fahren. Als Ersatz ließ die DDR-Regierung Omnibus-Linien einrichten, die die Werktätigen um Westberlin herum zum Zielort transportierten. Die von Verkehrsminister Kramer verfügten Absperrungen blieben bis 1989 bestehen.

Auch der Bahnhof Griebnitzsee, der an den südwestlichen Stadtrand von Westberlin grenzte, wurde mit Befehl von Kramer am 13. August 1961 abgeriegelt.<sup>36</sup> Die S-Bahn, die bislang Potsdam mit Erkner verband und dazu

---

<sup>32</sup> Vgl. Mehls: Im Schatten der Mauer, S. 12–15.

<sup>33</sup> Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten. In: Neues Deutschland v. 13.8.1961, S. 1.

<sup>34</sup> Vgl. Eisenfeld/Engelmann: 13.8.1961.

<sup>35</sup> Als <sup>→G</sup>Kontrollpassierpunkt (KPP) blieben nach dem 23. August 1961 offen: Friedrichstraße/Zimmerstraße, Bornholmer Straße, Heinrich-Heine-Straße, Chausseestraße, Invalidenstraße, Oberbaumbrücke und Sonnenallee. Das Signet <sup>→G</sup> verweist auf einen Glossareintrag im Anhang.

<sup>36</sup> Der Bahnhof Griebnitzsee hieß bis 1933 Bahnhof Neubabelsberg und von 1933 bis 1949 Bahnhof Babelsberg-Ufastadt. Am 13.8.1961 gingen wahrscheinlich gleichlautende Befehle von Kramer, die Abfertigung des S-Bahn-Verkehrs nach Westberlin einzustellen, an die Vorstände sämtlicher Grenzbahnhöfe. Vgl.

West- und Ostberlin durchquerte, endete von Potsdam kommend schon hier und büßte damit ihre verkehrstechnische Funktion ein. Die Interzonenzüge zwischen der Bundesrepublik und Westberlin durften Griebnitzsee dagegen passieren. Lediglich das DDR-Kontrollpersonal hatte hier Zugang, um die zivilen Transitzüge auf ihrer Fahrt durch die DDR im Blick zu behalten. Ohne Halt konnten den Grenzbahnhof Griebnitzsee die Militärtransporte der West-Alliierten durchfahren. Damit änderte sich der Charakter des Bahnhofs Griebnitzsee vom Vorort-Bahnhof zum Grenzbahnhof. Das zog Personal zur Bewachung der Grenze und zur Kontrolle der Reisenden nach sich. Für die Passkontrolle rückte Grenzpolizei ein, eine Funktion, die später Passkontrolleinheiten des MfS (PKE) übernahmen. Die Eisenbahn-Transportpolizei (Trapo) leistete nun statt der Kontrolle der S-Bahn-Reisenden an dieser Außengrenze der Westsektoren von Groß-Berlin die Überwachung von Bahnhofsanlagen und Bahnhofsumfeld.

Doch die angestrebte hermetische Abriegelung der Verkehrswege nach Westberlin konnte zunächst nur bedingt umgesetzt werden. Im Dezember 1961 gelang der spektakuläre Durchbruch eines vollbesetzten Zuges am Berliner Grenzbahnhof Albrechtshof.<sup>37</sup> Seither wurden an Grenzbahnhöfen der DDR vorzugsweise <sup>Y</sup>-Entgleisungsweichen<sup>38</sup> eingebaut, die erst passiert werden konnten, nachdem die Ausfahrt der Züge von den Kontrollkräften freigegeben worden war. Die Sperren wurden in beiden Fahrtrichtungen eingebaut und führten auf kurze Abstellgleise, an denen ein versuchter Grenzdurchbruch mit einem Zug oder eine sogenannte Nachfahrt in Richtung Grenze nach wenigen Metern mit einer Entgleisung enden musste.<sup>39</sup> Über die Ausfahrt eines Zuges aus einem Grenzbahnhof entschied ab den 1960er-/1970er-Jahren der diensthabende Offizier der Grenzübergangsstelle. Er durfte die Entgleisungsweiche und Ausfahrtsignale gegenüber dem Fahrdienstleiter der Deutschen Reichsbahn erst freigeben, wenn die Meldung des diensthabenden Offiziers der Grenztruppen und die der Passkontrolle über

---

Flemming/Koch: Die Berliner Mauer, S. 42.

<sup>37</sup> Vgl. Müller: Das Husarenstück, S. 95–102.

<sup>38</sup> Y- oder Entgleisungsweiche, diese Weichenform fand in der Fachliteratur der DDR keinerlei Erwähnung; Vgl. Bauzière: VEB Schienenschlacht.

<sup>39</sup> Vgl. Anweisung für besondere Maßnahmen auf Grenzbahnhöfen der DR, 8.12.1987; BArch, MfS, HA VI Nr. 5306, Bl. 148–157.

den Abschluss der Kontrollen vorlag und kein Vorfall im <sup>→G</sup>Grenzstreckenabschnitt gemeldet wurde.<sup>40</sup> Die Weichen und Signale der Grenzbahnhöfe wurden über bahnübliche <sup>→G</sup>Gleisbildstellpulte angesteuert und gestellt.

Bereits in den 1950er-Jahren wurden Fahrgäste der S-Bahnen und die Transitreisenden der Interzonenzüge an den Grenzbahnhöfen kontrolliert. Grundsätzlich mussten an den Grenzbahnhöfen der DDR alle zivilen Züge von und nach Westberlin halten. Nach dem Mauerbau hielten die verschlossenen Interzonenzüge nicht mehr in der DDR.<sup>41</sup> Die vier verbliebenen Grenzbahnhöfe um Westberlin wurden gegen alle denkbaren Durchbrüche mit Zügen gesichert.<sup>42</sup>

Im August 1962 ordnete Verkehrsminister Kramer, der zugleich Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn war, für den Bahnhof Griebnitzsee an, dass ein Vor- oder Nachfahren von Zügen über das durchgehende Hauptgleis 1 verhindert werden müsse.<sup>43</sup> Ferner sollte die grenzüberschreitende Langsamfahrstrecke bei der Exklave Steinstücken nahe dem Grenzbahnhof Drewitz für Güterzüge auf Geschwindigkeiten von 70 km/h ausgelegt werden. Weiterhin sei »sicherungstechnisch zu veranlassen, dass kein Güterzug zwischen Drewitz und Wannsee »Halt« bekommt.«<sup>44</sup> So sollte ein eventuelles Aufspringen von Flüchtlingen aus der DDR auf Züge im Grenzstreckenabschnitt verhindert werden.

### 2.3 Die Transportpolizei an der GÜSt Griebnitzsee

Die Transportpolizei (Trapo) unterstand seit 1957 dem MdI. Die Trapo sicherte Infrastruktur, rollendes Material, Technik und Sozialbereiche der Deutschen Reichsbahn der DDR ebenso, wie sie das Personal der Deutschen Reichsbahn vom Lokführer über Bahnhofspersonal bis zum Bahn-Wagenbaumeister überwachte. Ein besonderes Augenmerk galt dem Militäreisenbahnverkehr

---

<sup>40</sup> Vgl. Hermann: Löcher im eisernen Zaun, S. 43.

<sup>41</sup> Eine Ausnahme bildeten die über Leipzig laufenden Interzonenzüge. Diese konnten einen gesonderten Waggon für Reisende von und nach Leipzig führen und einem Halt dort vorsehen. Vgl. Maßnahmen des Ministeriums für Verkehrswesen, 7.9.1961; BArch, MfS, SdM Nr. 2615, Bl. 168.

<sup>42</sup> Das waren die Bahnhöfe Griebnitzsee/Wannsee (Interzonenpersonenverkehr), Drewitz/Wannsee (Güterverkehr), Staaken-West/Spandau (bis 1976 Güterverkehr, ab 1976 auch Personenverkehr), Friedrichstraße/Zoologischer Garten (Personenverkehr).

<sup>43</sup> BArch, MfS, SdM Nr. 2615, Bl. 144.

<sup>44</sup> Protokoll vom 29.8.1962; BArch, MfS, SdM Nr. 2615, Bl. 141–143.

und dem militärstrategischen Objektschutz. Die Trapo verfügte dafür über verschiedene Untergliederungen, zu denen beispielsweise eine Schutzpolizei, ein kriminalpolizeilicher Zweig mit einem gesonderten Arbeitsgebiet I oder besondere Observationskräfte in Form von Zugbegleit-Kommandos (ZBK) zählten.<sup>45</sup>

Zunächst war die Trapo nach den acht Reichsbahndirektionen gegliedert. Ab 1970 wurden die Transportpolizeiämter den Chefs der Bezirksbehörden der Volkspolizei (BdVP) unterstellt und bezirksweise aufgestellt. Hinzu kam ein Transportpolizeiamt II für den Eisenbahnverkehr der Reichsbahn in Westberlin. Die Transportpolizeiämter (TPA) in den Bezirksstädten wurden durch Transportpolizeireviere (TPR) auf ausgewählten Bahnhöfen ergänzt. Unterhalb der Ebene TPR existierten Gruppenposten (Strecken-Bevollmächtigte). Die TPR waren nach einer Verantwortungslinie für den Transitverkehr und einer nach dem jeweiligen Zuständigkeitsterritorium differenziert. Zu den Aufgaben der Trapo zählten auch Überwachung und Kontrolle von »Personenbewegungen auf Knoten- und Unterwegsbahnhöfen.«<sup>46</sup>

In diesem Kontext fahndete die Trapo im Bahnverkehr insbesondere nach Menschen, die vermeintlich ins Grenzgebiet gelangen und dort flüchten wollten. Die Verdachtsmomente waren sehr breit gestreut. So galt beispielsweise eine längere Beschäftigung von Reisenden mit mitgeführtem Kartenmaterial, Kursbüchern oder Fahrplänen, das Besteigen von Zügen mit Fahrtrichtung Grenzgebiet erst unmittelbar vor der Abfahrt oder die Kontaktaufnahme mit anderen Personen im oder vor dem Bahnhof schon als verdächtig.<sup>47</sup> Die Trapo überwachte und kontrollierte Fahrgäste in den Reisezügen, fragte beispielsweise nach Fahrausweisen, Anschriften von Übernachtungsmöglichkeiten am Reiseziel oder den Arbeitsrechtsverhältnissen.

---

<sup>45</sup> Die Zuständigkeiten des Arbeitsgebietes I (ARI) der Kriminalpolizei erstreckten sich auf Delikte gemäß § 213 StGB der DDR (Republikflucht), auf Antragstellung auf Übersiedlung, auf Straftaten, die mit dem Grenzregime in Verbindung standen und schwere Straftaten aus dem Bereich der allgemeinen Kriminalität. Die ARI hatte eigene inoffizielle kriminalpolizeiliche Mitarbeiter (IKM). Sie arbeitete eng mit dem MfS zusammen und wurde von diesem teilweise gesteuert. Zugbegleitkommandos nahmen vorwiegend sichernde und Beobachtungsaufgaben wahr. Dazu traten sie teils offen und uniformiert an, teils waren sie verdeckt in Zivilkleidung tätig.

<sup>46</sup> Handbuch Staatsgrenze, S. 121.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 122. Die Schwerpunkte der Überwachung von Reisenden unterlagen zwischen 1961 und 1989 einem Wandel. Besaß zunächst die Suche nach westlichen Reisespionen oder westlichen Druckerzeugnissen hohen Rang, verlagerte sich das Interesse in den 1980er-Jahren beispielsweise auf Vandalismus und Fluchtversuche aus der DDR.



Dabei achtete sie auf Widersprüche bzw. Glaubwürdigkeit bei den Angaben. Die Trapo kontrollierte auch Versteckmöglichkeiten und Gepäckschließfächer auf den Bahnhöfen. Weiter zählten zu ihren Aufgaben Kontrollen an den Güterbahnhöfen und das Feststellen verdächtiger Personen im Güterzugverkehr.<sup>48</sup>

In den Zügen gehörte die Kontrolle von Versteckmöglichkeiten zur Routine. Das Personal der Trapo führte Kontrollgänge und <sup>→G</sup>Transportmittel-Innenkontrollen durch, etwa in »Hohlräumen in den Dachböden, Toiletten, Schaltschränken, unter Sitzbänken, in Drehgestellen«. <sup>49</sup> Die Trapo beobachtete Reisende zum Erarbeiten operativ bedeutsamer Anhaltspunkte, um angeblich feindliche Handlungen zu verhindern. Bei einem Halt auf der Transitstrecke sollte sie den Zug absichern, um »Angriffe von außen rechtzeitig zu verhindern bzw. zu bekämpfen«. <sup>50</sup> Dahinter steckte die Überlegung, dass fluchtwillige DDR-Bürger einen Halt des Zuges zum Aufspringen nutzen könnten. Gleichermäßen sollten Personen am Verlassen des Zuges gehindert werden. An einem Grenzbahnhof hielten die Züge für den Ein- und Ausstieg der Passkontrolleure und der Transportpolizei sowie für weitere Kontrollen. Hierzu zählten eine äußere Beschau des Zuges und der Einsatz von Spürhunden.

Eine besondere Funktion besaßen die Zugbegleitkommandos der Transportpolizei, die die Fernzüge auf ihrer Transitfahrt begleiteten. Die Züge waren je nach Strecke zwischen 110 und 280 Minuten unterwegs. <sup>51</sup> Während der Fahrt hatte das ZBK die Aufgabe, die Sicherheit und Ordnung etwa bei Kontrollen zu gewährleisten und damit eine entsprechende Vereinbarung des MfS mit dem Mdl durchzusetzen. <sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Vgl. Kuhlmann: Deutsch-deutsche Grenzbahnhöfe, S. 149.

<sup>49</sup> Handbuch Staatsgrenze, S. 121–128, hier 126.

<sup>50</sup> Anweisung zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von Terrorverbrechen an der Grenzübergangsstelle Griebnitzsee, o. D.; BArch, MfS, HA VI Nr. 14674, Bl. 16–28, hier 22.

<sup>51</sup> Die Fahrzeiten zwischen den Grenzbahnhöfen variierten unter den Bedingungen des Dampflokomotiv-Betriebs und denen wenigstens teilweiser Elektrifizierung erheblich. In den 1980er-Jahren waren als Reisezeiten vorgesehen: Griebnitzsee–Marienborn (Eisenbahn): ca. 110 Minuten; Griebnitzsee–Gerstungen: ca. 270 Minuten; Griebnitzsee–Probstzella: ca. 250 Minuten; Griebnitzsee–Gutenfürst: ca. 280 Minuten; Griebnitzsee–Schwanheide: ca. 150 Minuten.

<sup>52</sup> Vgl. Vereinbarung zwischen dem Mdl und dem MfS über die Zusammenarbeit bei der Sicherung der Züge im Grenzverkehr; BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XIX Nr. 638.

Um Hinweise und Informationen über verdächtige Personen im Zugverkehr zu erlangen, unterhielt die Trapo Kontakte zu Mitarbeitern der Deutschen Reichsbahn, der *Mitropa* und der örtlichen Handelseinrichtungen.

## 2.4 Die Passkontrolleinheit an der GÜSt Griebnitzsee

Die Passkontrolleinheiten waren Formationen der Staatssicherheit und als solche ab 1970 in die Hauptabteilung VI (Passkontrolle, Überwachung von grenzüberschreitendem Reiseverkehr und Tourismus) beziehungsweise die Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen des MfS mit identischer Rahmenaufgabe integriert. Mit der Einrichtung der PKE im Jahr 1964 begannen sich sowohl die Einrichtung der DDR-Grenzübergangsstellen als auch die grundsätzliche und bis 1989 beibehaltene Funktionsaufteilung zwischen NVA-Grenztruppen (NVA-GT), MfS-PKE und Zollverwaltung der DDR an den GÜSt zu etablieren. In die komplexe Absicherung einer GÜSt konnten neben den genannten Akteuren beispielsweise auch die Transportpolizei und die Deutsche Reichsbahn einbezogen sein. Die PKE waren an den Ost- und Westgrenzen an allen Typen von GÜSt (Eisenbahn-, Autobahn-, Straßen-, Binnenwasserstraßen-, Personenübergänge sowie an Häfen und Flughäfen) tätig. Zu ihren Besonderheiten zählte, dass die PKE äußerlich wegen ihrer NVA-Uniform und der räumlichen Abgrenzung zu MfS-Dienststellen nicht als Einrichtung der Staatssicherheit erkannt wurden.<sup>53</sup>

Die Tätigkeit der PKE erschöpfte sich nicht in der offensichtlichen Tätigkeit der Passkontrolle. Die Passkontrolle verbanden die PKE mit einer Reihe verdeckter Handlungen z. B. zur Kontrolle und Überprüfung der Reisenden oder zum Erkunden der Motivation der grenzüberschreitenden Reise sowie mit Fahndungen nach Personen oder Sachen. Die diversen Interessenlagen der Staatssicherheit bei der Passkontrolle in der Endphase der DDR sollen am Beispiel Griebnitzsee anhand der funktionellen Posten und Funktionsoffiziere der PKE illustriert werden.

---

<sup>53</sup> Zu den PKE in der HA VI und deren Vorgängerkonstruktionen vgl. u. a. Wiedmann: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, S. 225–239; Wiedmann: Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989, S. 217 ff. u. 338 ff. Die BV Potsdam/Abt. VI verfügte über PKE u. a. an den GÜSt Waltersdorfer Chaussee (Straße (S)), Dreilinden (Autobahn (A)), Heerstraße/Staaken (S), Heiligensee/Stolpe (A), Griebnitzsee/Drewitz (Eisenbahn (E)), Spandau/Staaken (E), Dreilinden/Teltowkanal (Binnenwasserstraße (B)) und Nedlitz/Jungferensee (B).

Die PKE Griebnitzsee war zugleich für den nahe gelegenen Güterbahnhof Drewitz zuständig. Insgesamt stand in der Endphase der DDR für die unmittelbare Passkontrolle und Visaerteilung dort Personal in vier Zügen zur Verfügung, bestehend aus Zugführer und Stellvertreter, einem Fahnder bzw. Chiffrierer, vier bis sechs Brigadeleitern, neun bis elf Passkontrolleuren sowie zwei weiteren Passkontrolleuren für den Bahnhof Drewitz. Darüber hinaus war dem Leiter und dem Stellvertreter des Leiters einer PKE weiteres, spezialisiertes Personal zugeordnet.

Die Leitung der PKE Griebnitzsee wurde zuletzt Major Siegfried Edelmann (\*1938) übertragen. Im Jahr 1987 stellte ihm die vorgesetzte Abteilung VI der BV Potsdam ein exzellentes Zeugnis aus. Ausgezeichnete Ergebnisse habe er auch im Zusammenwirken mit der Trapo erzielt, wobei »Konspiration, Geheimhaltung und Wachsamkeit im vollen Umfang gewährleistet« gewesen seien. Besonders hob OSL Behrendt<sup>54</sup> hervor, dass Edelmann die Sicherheitserfordernisse des MfS an der GÜSt durchgesetzt und diese im Zusammenwirken mit dem militärischen Kommandanten, dem Leiter des Grenzzollamtes und dem Bahnhofsvorsteher beraten habe.<sup>55</sup>

Die vier Zugführer Passkontrolle, jeweils im Range eines Majors, unterstanden direkt dem Leiter der PKE. Sie waren zuständig für die Kontrolle, Abfertigung, Fahndung, Filtrierung und Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs. Dabei hatten sie »eine niveaувolle, zügige und weisungsmäßige Kontrolle und Abfertigung« des grenzüberschreitenden Verkehrs »unter Ausschaltung vermeidbarer Standzeiten zu organisieren«.<sup>56</sup> Ihre vier Stellvertreter, Angehörige des jeweiligen Zuges, vertraten die Zugführer bei Abwesenheit. Zu ihren regelmäßigen Aufgaben gehörten die Kontrolle der Gemeinschaftsunterkunft, die Gewährleistung von Ordnung und Sauberkeit und die Einhaltung der Heimordnung in den Zimmern der Passkontrolleure, die auch durch »Hausbesuche« überprüft wurde. Für die Vorgesetzten hatten die Vertreter Einschätzungen des »politisch-moralischen Zustandes des Dienstzuges« auszuarbeiten.<sup>57</sup>

---

<sup>54</sup> Oberstleutnant (OSL) Hans-Dieter Behrendt (1930–2018), von 1951 bis 1990 Mitarbeiter von DVP und MfS, ab 1965 Leiter der Abteilung VI der BV Potsdam.

<sup>55</sup> Beurteilung des Major Siegfried Edelmann v. 18.5.1987; BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. KuSch Nr. K 2678, Bl. 134 f., hier 134.

<sup>56</sup> Funktionsplan (Zugführer) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 10–13. Funktionspläne des MfS waren Rahmendokumente zur Abgrenzung oder Zuweisung von Kompetenzen, Verantwortlichkeiten, Hierarchien und Arbeitsaufgaben. In der Person liegende Voraussetzungen zur Bekleidung einer bestimmten Position waren ebenso vermerkt wie der dort maximal erreichbare militärische Dienstrang.

<sup>57</sup> Funktionsplan (Stellvertreter Zugführer) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 14–16.

Der Funktionsoffizier für Sicherheit/Terrorabwehr, Schulung/Ausbildung im Range eines Hauptmanns war dem PKE-Leiter direkt unterstellt. Er organisierte das praxisnahe Training des Personals der PKE, der Transportpolizei und der Grenztruppen für den Fall von Fluchtversuchen und terroristischen Angriffen auf die GÜSt. Daran nahmen die Spezialkräfte Sicherheit/Terrorabwehr teil. Der Funktionsoffizier überprüfte regelmäßig die Sperr-, Sicherungs-, Signal- und Alarmanlagen und das Zusammenwirken mit dem Kommandanten der GÜSt und der Deutschen Reichsbahn zur Abwehr der erwähnten Angriffsversuche.<sup>58</sup> Darüber hinaus sollte er den Fernschreib- und Chiffrierdienst zur Linie VI (Dienstseinheiten der HA VI oder Abt. VI) aufrechterhalten.

Auch der Offizier für Fahndung, Auswertung und Informationstätigkeit der PKE im Range eines Hauptmanns war dem PKE-Leiter direkt unterstellt. Er hatte im grenzüberschreitenden Verkehr die politisch-operative Fahndung effektiv zu organisieren und materiell-technisch sicherzustellen.<sup>59</sup>

Dem Funktionsoffizier (FO) Finanzen im Range eines Hauptmanns unterstand dem PKE-Leiter ebenfalls direkt. Der FO leitete die Passkontrolleure oder Kassierer bei der Einnahme von Gebühren an und achtete auf den sicheren Umgang mit dem Geld sowie dessen Transport. Ihm unterstand die Hauptkasse der PKE. Er rechnete die Kasse gegenüber der Abteilung Finanzen der BV Potsdam ab.<sup>60</sup>

Ein Mitarbeiter zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs, kurz Offizier für Ermittlung im Range eines Hauptmanns, war gleichfalls unmittelbar dem Leiter der PKE unterstellt. Er war verantwortlich für die Werbung und die damit verbundenen Ermittlungen bei Kadern für Neueinstellungen. Er führte im Auftrag des PKE-Leiters bzw. der Abteilung Kader und Schulung Ermittlungen gegen Angehörige der PKE, deren Ergebnisse

---

<sup>58</sup> Funktionsplan (Funktionsoffizier für Sicherheit/Terrorabwehr, Schulung/Ausbildung) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 22-24.

<sup>59</sup> Funktionsplan (Offizier für Fahndung, Auswertung und Informationstätigkeit) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 25-27.

<sup>60</sup> MfS/BV Potsdam: Funktionsplan (Funktionsoffizier Finanzen), 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 28-30. Waren Ausweise von Reisenden im Interzonenzug abgelaufen oder beschädigt, mussten diese sich kostenpflichtig ein Personalersatzdokument (Identitätsbescheinigung – ID) ausstellen lassen, in den Zügen ohne Lichtbild. Eine solche Forderung wurde nicht gerade selten erhoben. Die PKE im Bezirk Potsdam stellten 1988 genau 112 356 und 1989 weitere 132 075 ID aus und generierten damit Valuta für den Staatshaushalt der DDR (für eine ID wurden 10 DM, für ein Lichtbild weitere 2 DM fällig). Vgl. Behrendt: »Guten Tag, Passkontrolle der DDR«, S. 138.

in der Personalakte der BV Potsdam abgelegt wurden. Bei Ermittlungen, die Untersuchungscharakter trugen, wandte der Offizier gegebenenfalls →<sup>c</sup>Legenden an.<sup>61</sup>

Dem Stellvertreter des PKE-Leiters Griebnitzsee im Range eines Majors unterstanden gemäß Funktionsplan unmittelbar der Funktionsoffizier TAO/ PKR (Technologie, Arbeitsorganisation/Passkontrollregime) und der Funktionsoffizier Wirtschaft. Sein Verantwortungsbereich umfasste die Planung, Organisation und Koordinierung von Kontrolle, Abfertigung, Fahndung, Filtrierung und Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs sowie die materiell-technische und kräftemäßige Sicherstellung. Kurzum, er sollte die Sicherheit der Grenzübergangsstelle gewährleisten und laufend weiterentwickeln. Eine besondere Bedeutung besaß die ihm übertragene Anleitung der sogenannten Spezialkräfte zur Terrorabwehr.<sup>62</sup>

Dem Funktionsoffizier für TAO/ PKR sowie für Kontroll- und Sicherungstechnik im Range eines Hauptmanns oblagen Planung und Koordinierung der Kontrollen, weiter wurde ihm die materiell-technische Sicherstellung der Kontroll- und Abfertigungsprozesse übertragen. Dazu zählte die Unterweisung der Passkontrollere im Umgang und in der Pflege der Kontroll-, Abfertigungs- und Sicherungstechnik. Außerdem unterstützte er die Spezialkräfte auf dem Gebiet der kriminalistischen Personenidentifizierung und Dokumentenuntersuchung.<sup>63</sup>

Der Funktionsoffizier Wirtschaft im Range eines Hauptmanns war zuständig für die Versorgung sowie Planung und Beschaffung aller erforderlichen Ausrüstungsgegenstände. Kontrollen von Waffen und Munition sowie die Anleitung der Waffenträger nahm er in Zusammenarbeit mit dem selbstständigen Referat (sR) BCD (Bewaffnung, chemischer Dienst) der BV Potsdam vor. Die Raumpflegerin der GÜSt war ihm unterstellt.<sup>64</sup>

Jedem Zugführer der PKE war ein Lageoffizier im Range eines Hauptmanns zugeordnet. Er hatte koordinierende, berichterstattende und Kontrollaufgaben. Das reichte vom Führen von Nachweisjournalen über das Betreten von Dienstgebäuden und eine tägliche Verkehrsstatistik bis hin zu telefonischen Rücksprachen mit den Lageoffizieren der Grenzübergangsstel-

---

<sup>61</sup> Funktionsplan (Offizier für Ermittlungen) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 18.

<sup>62</sup> Funktionsplan (Stellvertreter des Leiters der Passkontrolle) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 7–9.

<sup>63</sup> Funktionsplan (Funktionsoffizier TAO/PKR, Kontroll- und Sicherungstechnik) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 19–21.

<sup>64</sup> Funktionsplan (Funktionsoffizier Wirtschaft) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 31–33.

len an der Staatsgrenze West zur Besetzung der Transitzüge. Bei Besonderheiten in der Zugbesetzung war auch die PKE Friedrichstraße zu informieren. Alle 24 Stunden war eine Lage-Meldung an das OLZ der Abteilung VI der BV Potsdam abzusetzen.<sup>65</sup>

Rund 60 Mitarbeiter, verteilt auf vier Züge, waren als Passkontrolleure tätig. Sie waren unmittelbar verantwortlich für Kontrolle und Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs. Dazu gehörten Identitätskontrollen und Echtheitsprüfung von Reisedokumenten. Bei der politisch-operativen Fahndung bedienten sich die Passkontrolleure in den Transitzügen spezieller →<sup>G</sup>Fahndungsmittel wie eines BTW-Blocks (Bahntransit-West).

Die Passkontrolleure sollten durch »höfliches, korrektes, sachliches Auftreten und Verhalten die DDR gegenüber Personen des grenzüberschreitenden Verkehrs würdig [...] vertreten«. <sup>66</sup> In seinen Erinnerungen bezeichnete der ehemalige Leiter der Abteilung VI der BV Potsdam seine Passkontrolleure im Jahr 2008 als Diplomaten in Uniform.<sup>67</sup>

## 2.5 Beispiele für Fluchtversuche und besondere Vorfälle an der GÜSt Griebnitzsee

Januar 1962:

Festnahme von fünf Personen wegen des Versuchs der Republikflucht auf dem Schienenweg. Der Kopf der Gruppe beobachtete zunächst den Schienenbetrieb zwischen Potsdam und Griebnitzsee, um Möglichkeiten zum Aufspringen auf den Zug zu erkunden. Wegen zu hoher Geschwindigkeit der Züge wurde der Plan fallen gelassen. Dann sollte mit entwendeten Hemmschuhen eine Lok abgebremst, der Lokführer zum Verlassen der Lok genötigt und die Lok für einen Durchbruch genutzt werden. Auch der Plan wurde verworfen. Mit entwendeten Schildern wurde dann eine Langsamfahrstrecke ausgewiesen, die

---

<sup>65</sup> Funktionsplan (Lageoffizier) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 34–36. Das Operative Lagezentrum überbrückte die Distanz zwischen den einzelnen PKE und deren organisatorischer Zentrale, hier der BV Potsdam/ Abt. VI. Das OLZ steuerte das Vorgehen der PKE, war die Fahndungsleitstelle und sicherte beispielsweise politisch oder protokollarisch korrekte Kontrollen von herausgehobenen Reisenden oder Diplomaten durch detaillierte Voranmeldungen und Anweisungen zur Kontrolltiefe.

<sup>66</sup> Funktionsplan (Passkontrolleur) v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 39.

<sup>67</sup> Vgl. Behrendt: »Guten Tag, Passkontrolle der DDR«.

jedoch von den Lokführern als nicht vorschriftmäßig erkannt und ignoriert wurde. Drei Personen aus der Gruppe wurden festgenommen, als sie schließlich versuchten, die Grenze nach Westberlin bei Klein-Glienicke zu überwinden.<sup>68</sup>

November 1965:

Flucht von Potsdamern unter einer Lokomotive versteckt über Griebnitzsee nach Westberlin.<sup>69</sup>

11. Juni 1966:

Festnahme eines Republikflüchtigen infolge einer Fahndungsmaßnahme. Die DDR warf der Person ein strafbares Delikt vor.<sup>70</sup>

26. Februar 1968:

Auf dem Grenzbahnhof Griebnitzsee entgleiste der amerikanische »Besatzerzug« Db 637. Der Triebfahrzeugführer des Db 637 erhielt die Freigabe, seinen haltenden Zug in Richtung Westberlin in Bewegung zu setzen, jedoch versäumte der Fahrdienstleiter die »Weiche 23« umzulegen. Die Weiche führte in der Grundstellung zum Prellbock. Ihre Bedienung war nur im Zusammenwirken mit dem Sicherungsposten der NVA-Grenze möglich. Verletzt wurde niemand, der Schaden wurde auf 300 000 Mark geschätzt. Gegen den Fahrdienstleiter wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.<sup>71</sup>

17. Mai 1968:

Festnahme eines ehemaligen Grenzsoldaten der Grenzkompanie Groß-Thurrow wegen Fahnen- und Republikflucht im schweren Fall an der GÜSt Griebnitzsee in einem Interzonen-D-Zug. Der Inhaber eines bundesdeutschen Personalausweises wurde wegen Spionage und Beeinträchtigung der Einsatzbereitschaft der Kampftechnik zu 5 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt (Strafaussetzung nach drei Jahren).<sup>72</sup>

---

<sup>68</sup> Vgl. Ergänzung zur Festnahmemeldung v. 12.1.1962 im U.-Vorg. IV/46/62 der Abt. IX der BV Potsdam; BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. XIX Nr. 1605, Bl. 1–6.

<sup>69</sup> Vgl. BArch, MfS, BV Potsdam AOP 1654/73.

<sup>70</sup> Vgl. BArch, MfS, BV Halle, Abt. IX Nr. 5505.

<sup>71</sup> Erstinformation v. 27.2.1968 über eine Entgleisung des amerikanischen Militärzuges Db 637 auf dem Grenzbahnhof Griebnitzsee am 26.2.1968; BArch, MfS, ZAIG Nr. 1448, Bl. 1–3 (online abrufbar unter [www.ddd-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1968/report/entgleisung-eines-us-truppenzuges-auf-dem-grenzbahnhof-griebnitzsee](http://www.ddd-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1968/report/entgleisung-eines-us-truppenzuges-auf-dem-grenzbahnhof-griebnitzsee); letzter Zugriff: 15.11.2023). »Besatzerzug« war die MfS-Diktion für die regelmäßig zwischen dem Gebiet der Bundesrepublik und Westberlin pendelnden Transit-Militärzüge der drei Westalliierten.

<sup>72</sup> Vgl. BArch, MfS, BV Schwerin AU 22/71.

7. Dezember 1981:

Zwischenfall mit einem Angehörigen der US-Armee im D-Zug 359.<sup>73</sup>

13. Mai 1984:

Einem 20-jährigen Soldaten der US-Armee in Zivil wurde die Weiterreise verwehrt, da er nicht im Besitz eines Transportscheines für Militärzüge war. Nach einem Verhör durch die Hauptabteilung IX wurde er über die GÜSt Gutenfürst zurückgewiesen.<sup>74</sup>

17. September 1984:

Eine 15-jährige Ausreißerin aus der Bundesrepublik wurde an der GÜSt Griebnitzsee ohne Personalausweis aufgegriffen und später über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik zurückgeführt. MfS-Minister Mielke zeichnete den Vorschlag, eine mit der Abteilung Agitation abgestimmte Meldung über die DDR-Nachrichtenagentur *Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst* zu veröffentlichen, mit »Einverstanden« ab.<sup>75</sup>

28. Juli 1987:

Einer Krankenschwester (\*1964) aus dem Bezirk Potsdam wurde von der DDR eine Reise zum Geburtstag der Großmutter nach Hannover genehmigt (DFA-Reise = Reise in dringenden Familienangelegenheiten). Das Vorhaben der Krankenschwester, nicht wieder in die DDR zurückkehren und künftig in Westberlin leben zu wollen, verriet der Lebenspartner der Großmutter dem MfS. Dazu fuhr er eigens von Hannover zur Raststätte Michendorf im DDR-Bezirk Potsdam. Die HA VI des MfS veranlasste daraufhin über das OLZ eine Fahndung im Eisenbahntransit nach der Frau und das Anlegen einer Operativen Personenkontrolle (OPK) »Schiene«. Im Eisenbahntransit nach Westberlin wurde sie dann von der PKE Griebnitzsee festgenommen. Später

---

<sup>73</sup> Vgl. Bildbericht zum Vorkommnis am 7.12.1981 im Reisezug D 359 an der GÜSt Griebnitzsee mit dem Angehörigen der US-Armee [Nachname, Vorname] v. 18.12.1981; BArch, MfS, HA IX Nr. 4035, Bl. 1–8.

<sup>74</sup> Meldung v. 13.5.1984. Die HA IX war das strafrechtliche Untersuchungsorgan des MfS und nicht allein auf politische Gegner ausgerichtet. Zuständig oder untersuchungsberechtigt war das MfS beispielsweise auch bei wirtschaftlichen Delikten, Havarien und es konnte auch Fälle von Mord und Entführung an sich ziehen. Siehe insgesamt Engelmann/Joestel: Hauptabteilung IX.

<sup>75</sup> Erstinformation v. 18.9.1984; BArch, MfS, HA IX Nr. 3588, Bd. 1, Bl. 53 f. Jugendliche in die BRD zurückgeführt (BZ v. 21.9.1984); BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. VI Nr. 490, Bl. 56.



wurden das Strafverfahren gegen Zahlung von 800,- Mark eingestellt und die OPK archiviert.<sup>76</sup> Der Frau gelang über die bundesdeutsche Vertretung in Ostberlin schließlich die Flucht in den Westen.

## 2.6 Weitere Dokumente

Beschluss des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik	Auf Grund der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und des Beschlusses der Volkskammer beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik: [...] Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere ihrer Hauptstadt Berlin, und zur Gewährleistung der Sicherheit anderer sozialistischer Staaten [...], 12. August 1961. <sup>77</sup>
Befehl des MdI	Zur Erhöhung der Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik sind mit »X«-Zeit Maßnahmen zur Einschränkung des Verkehrs von der Deutschen Demokratischen Republik nach dem demokratischen Berlin sowie von der Deutschen Demokratischen Republik und dem demokratischen Berlin nach Westberlin durchzuführen, 12. August 1961. <sup>78</sup>
Beschlussübernahme des Magistrat von Groß-Berlin	Auf Grund des Beschlusses des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961 ist es Bürgern des demokratischen Berlins nicht mehr möglich, in Westberlin eine Beschäftigung auszuüben, 12. August 1961. <sup>79</sup>

---

<sup>76</sup> Vgl. BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. VI Nr. IV 1532/87.

<sup>77</sup> DDR-GBl. T. II (1961) 51, S. 332 f., zugleich Neues Deutschland v. 13.8.1961.

<sup>78</sup> Landesarchiv Berlin, SED-BL Berlin IV 2/12/1275-2; abgedruckt in: Mehls: Im Schatten der Mauer, S. 12–15, vgl. Maron-Befehl, [www.berliner-untergrundbahn.de/mauer.html](http://www.berliner-untergrundbahn.de/mauer.html) (letzter Zugriff: 15.11.2023). Die Zeitangabe X plus ... besagt, dass von der Alarmierung bis zur Einsatzfähigkeit einer Einsatzkraft oder bis zur Realisierung einer vorgeplanten Maßnahme am vorgegebenen Ort die Zeitvorgabe in Form der gezählten Minuten oder Stunden nicht überschritten werden sollte.

<sup>79</sup> Rühle/Holzweißig: 13. August 1961, S. 98.

Eisenbahngrenzübereinkommen	Übereinkommen zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesbahn, vertreten durch die Hauptverwaltung, über den Eisenbahngrenzverkehr (Eisenbahngrenzübereinkommen), 25. September 1972. <sup>80</sup>
Übereinkommen MfV/Deutsche Bundesbahn	Vorläufige Ausführungsbestimmungen zum Übereinkommen zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesbahn, vertreten durch die Hauptverwaltung, über den Eisenbahngrenzverkehr (Eisenbahngrenzübereinkommen), Anlage: Übersicht über die zugelassenen grenzüberschreitenden Nachrichtenverbindungen 17. Oktober 1972. <sup>81</sup>
MfS-Befehl Nr. 18/76	über die Zulassung der Grenzübergangsstelle Bahnhof Staaken für den Transitverkehr von Personen, 17. September 1976. <sup>82</sup>

---

<sup>80</sup> Eisenbahngrenzübereinkommen v. 25.9.1972; BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XIX Nr. 638, Bl. 169–207.

<sup>81</sup> Übereinkommen zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der DDR und der Deutschen Bundesbahn v. 17.10.1972; BArch, MfS, HA I Nr. 15841, Bl. 26–47.

<sup>82</sup> Befehl Nr. 18/76 v. 17.9.1976; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 5679.





Abb. 2: Abfertigung am Transitstraßen-KPP Juchhöh, 1960

### 3. Übertragung von Aufgaben an den KPP an das MfS 1964

#### 3.1 Dokument: Übertragung der Passkontrolle an das MfS

Regierung *Der Deutschen Demokratischen Republik*  
Ministerium für Staatssicherheit  
- Der Minister -

Berlin, den 16.1.1964<sup>83</sup>

*Geheime Verschlussache*  
*MfS 008 Nr. 27/64*<sup>84</sup>  
*110 Ausfertigungen*  
*110. Ausfertigung 5 Blatt*<sup>85</sup>

Befehl Nr. 40/64

Im Interesse einer weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der an den Grenzübergangsstellen (<sup>→</sup>GKPP) eingesetzten Kräfte sowie einer einheitlichen Kommandoführung werden mit Wirkung vom 1. Januar 1964 vom Minister für Nationale Verteidigung Kommandanten der KPP eingesetzt.<sup>86</sup> Vom selben Zeitpunkt an wird die Passkontrolle und Fahndung an den KPP ausschließlich von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit durchgeführt. Zur Durchsetzung der sich daraus ergebenden Aufgaben

*befehle ich*<sup>87</sup>:

1. Die Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung ist eine Diensteinheit des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Leiter der HPF und die Leiter der

---

<sup>83</sup> Datum handschriftlich.

<sup>84</sup> BArch, MfS, BdL Nr. 852 Bl. 1-12.

<sup>85</sup> Stempelabdruck, Zahlenangaben handschriftlich.

<sup>86</sup> Bezugnahme auf den Befehl Nr. 3/64 des MfNV v. 6.1.1964.

<sup>87</sup> Gesperrt gedruckt.

Diensteinheiten der HPF sind für die Durchführung der von mir gegebenen Befehle und Weisungen persönlich verantwortlich und auf dieser Grundlage in ihrem Verantwortungsbereich weisungsberechtigt.<sup>88</sup>

2. Die Leiter der Diensteinheiten der HPF an den KPP haben an den festgelegten KPP zu gewährleisten, dass die Passkontrolle und Fahndung auf der Grundlage der dazu erteilten Befehle und Weisungen durchgeführt wird. Zur ständigen Gewährleistung der Passkontrolle und Fahndung sind außer dem Leiter der Passkontrollkräfte an allen KPP »diensthabende Offiziere« einzusetzen.

3. Der Leiter und der diensthabende Offizier der Passkontrollkräfte unterstehen unmittelbar dem Kommandanten und dem diensthabenden Offizier des KPP in folgenden Fragen:

- a) Sicherung der Staatsgrenze,
- b) Ordnung und Kontrollablauf am KPP,
- c) Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte.

Sie haben Befehle und Weisungen des Kommandanten und des diensthabenden Offiziers des KPP in diesen Fragen durchzuführen. Eine disziplinarische Unterstellung besteht nicht, mit Ausnahme der in Ziffer 9 aufgeführten Fälle. Auf Flugplätzen mit Auslandsflugverkehr nimmt der Leiter der Passkontrollkräfte gleichzeitig die Befugnisse eines Kommandanten des KPP wahr.

4. Der Leiter und der diensthabende Offizier der Passkontrollkräfte sind gegenüber dem Leiter und dem diensthabenden Offizier des Grenzzollamtes und den Leitern der anderen Kontrollorgane in Fragen der Bekämpfung der Feindtätigkeit und der Durchführung der Kontrollen weisungsberechtigt.

5. Der Leiter der Passkontrollkräfte hat den Kommandanten des KPP über den Inhalt der vom Minister für Staatssicherheit und der von ihm damit Beauftragten erteilten Befehle und Weisungen zu informieren, soweit es für die Lösung der in Ziffer 3 a–c aufgeführten Fragen und für die Einschätzung der Lage notwendig ist. Entsprechend Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung haben der Kommandant und die diensthabenden Offiziere des KPP diese Befehle und Weisungen bei der Durchführung ihrer Maßnahmen einzuhalten.

---

<sup>88</sup> Der Vorläufer der Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung des MfS war bis zum 31.12.1963 die Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung (APF). Als erster Leiter der Diensteinheit HPF wurde Oberst Eduard Switala eingesetzt.

6. Vorkommnisse und Hinweise, die Sicherungsmaßnahmen erfordern, sind dem Kommandanten oder dem diensthabenden Offizier des KPP unter Einhaltung der Geheimhaltungsbestimmungen zu melden. Weiterhin sind alle Mängel und Unzulänglichkeiten zu melden, die die Sicherung der Grenze sowie die Sicherheit und die reibungslose Abfertigung am KPP beeinträchtigen oder beeinträchtigen können. Die Entscheidung über notwendige Maßnahmen, die den Kontrollablauf und die operative Aufgabenstellung der Passkontrollkräfte nicht beeinträchtigen dürfen, werden vom Kommandanten oder diensthabenden Offizier des KPP nach Absprache mit dem Leiter oder diensthabenden Offizier der Passkontrollkräfte getroffen.

7. Über die Einleitung operativer Maßnahmen und die Weitergabe von Informationen, die sich aus der Arbeit und für die Arbeit der Passkontrollkräfte ergeben, entscheidet der Leiter der Passkontrollkräfte auf der Grundlage der gegebenen Befehle und Weisungen.

8. Das Betreten des KPP durch dort tätige oder andere Personen, die aus dienstlichen Gründen den KPP aufsuchen müssen, ist grundsätzlich nur mit den dafür vorgesehenen Dokumenten gestattet. Für das Betreten des KPP durch Angehörige der Nationalen Volksarmee gelten die Bestimmungen des Ministers für Nationale Verteidigung. Für die Einhaltung der Festlegungen über das Betreten des KPP ist der Leiter der Passkontrollkräfte zuständig und dem Kommandanten des KPP verantwortlich.

9. Mit dem Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung über die Schließung des KPP treten die auf dem Gebiet der Passkontrolle und Fahndung von mir oder den von mir Beauftragten erlassenen Befehle und Weisungen sowie die für die Zollabfertigung geltenden Bestimmungen für die Dauer der Schließung außer Kraft. Die Pass- und Zollkontrollkräfte werden für diese Zeit in die unmittelbaren Grenzsicherungsaufgaben einbezogen. Die vorstehenden Regelungen gelten auch dann, wenn wegen einer unmittelbaren Gefahr für den KPP der Kommandeur der Grenzbrigade die vorläufige Schließung des KPP befohlen hat. Die vorläufige Schließung ist mir sofort direkt zu melden.

10. Der Einsatzplan für die Passkontrollkräfte (außer Fahndung) ist so zu erarbeiten, dass die Kräfte entsprechend der Verkehrsdichte variabel eingesetzt werden können. Der Plan ist mit dem Kommandanten des KPP abzustimmen. Die geplanten Kräfte dürfen ohne Zustimmung des Kommandanten des KPP und des Leiters der Passkontrollkräfte nicht vermindert werden. Der Leiter der Passkontrollkräfte hat zu gewährleisten, dass die Posten entsprechend dem Plan besetzt werden.

11. Alle Einzelfragen der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der am KPP eingesetzten Kräfte werden auf der Grundlage der in der Anlage dargelegten Prinzipien unter Beachtung der örtlichen Bedingungen in einer »Ordnung über das Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte ...« geregelt. Für besondere Lagen am KPP (Alarmfälle) wird dazu ein »Plan des Zusammenwirkens aller Kräfte am KPP ...« erarbeitet und als Bestandteil der Ordnung beigefügt.<sup>89</sup> Die Ordnung und der Plan werden vom Kommandanten des KPP mit den Leitern aller eingesetzten Kräfte abgestimmt und von ihm bestätigt.

12. Der Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung hat gemeinsam mit dem Leiter der HPF zu gewährleisten, dass mit Wirkung vom 1.1.1964 die bei der HPF tätigen Angehörigen der Nationalen Volksarmee, die für den Dienst im MfS geeignet sind, übernommen werden. Die Leiter der vorgenannten Hauptabteilungen haben bei der Übernahme der Kräfte und der systematischen Auffüllung des Kaderbestandes der HPF eng mit den zuständigen Stellen des Ministeriums für Nationale Verteidigung zusammenzuarbeiten.

*Mielke*<sup>90</sup>

Generaloberst

Anlagen<sup>91</sup>

---

<sup>89</sup> Die Ordnung war dem MfS-Befehl Nr. 40/64 nicht beigefügt. Gemäß Befehl Nr. 3/64 des MfNV sollte diese von der NVA verfasst werden und umfasste 29 Aufgaben, Maßnahmen, Ordnungen etc. Vgl. Anlage »Prinzipien für die ›Ordnung über das Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte am KPP ...‹«, Befehl Nr. 3/64 des MfNV v. 6.1.1964; BArch, MfS, HA XIX Nr. 10073, Bl. 2–16, hier Bl. 12–14, Anlage Ergänzung zum Befehl Nr. 3/64 des MfNV »über die Verbesserung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der an den Grenzübergangsstellen (KPP) eingesetzten Kräfte« v. 17.6.1964; ebenda, Bl. 15 f.

<sup>90</sup> Unterschrift.

<sup>91</sup> Mit dem Befehl wurde nur die hier beigefügte Anlage überliefert.



## Anlage

Prinzipien für die »Ordnung über das Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte am →<sup>G</sup>KPP ...«

### I. Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze und des KPP

1. Der Kommandant des KPP trägt die volle Verantwortung für die Sicherung der Staatsgrenze am KPP und für die Sicherung der Flanken des KPP. Zu diesem Zweck untersteht ihm die Sicherungseinheit (Gruppe, Zug, Kompanie) der Grenztruppen der NVA. Im Interesse der Sicherung der Staatsgrenze am KPP und der Flanken des KPP kann er nach den Bestimmungen dieser Ordnung alle am KPP eingesetzten Kräfte heranziehen. In diesen Fragen hat er Befehls- und Weisungsbefugnis gegenüber den am KPP eingesetzten Kräften. Eine disziplinarische Unterstellung besteht grundsätzlich nicht. (Ausnahmen siehe Ziffer 4 und 5)

2. Im Falle der Auslösung von Alarm am KPP haben alle eingesetzten Kräfte entsprechend den einzelnen Alarmstufen die festgelegten Aufgaben durchzuführen.

3. Die Schließung und Sperrung des KPP wird vorbereitet auf Befehl des Kommandeurs der Grenzbrigade. Alle zur Vorbereitung der Schließung und Sperrung des KPP erforderlichen Maßnahmen werden vom Kommandanten oder diensthabenden Offizier des KPP angewiesen. Dazu gehört insbesondere:

- a) Herstellung der Gefechtsbereitschaft aller Sicherungskräfte;
- b) Vorbereitung und – soweit notwendig und möglich – Einleitung pionier-technischer Maßnahmen;
- c) Vorbereitung zur Herstellung der Gefechtsbereitschaft aller am KPP eingesetzten Kräfte;
- d) Sicherstellung des Abtransportes der Passkontroll-, Fahndungs- und Zollkontrollunterlagen.

Die Befehle und Weisungen des Ministers für Staatssicherheit und der von ihm Beauftragten sowie die für die Zollabfertigung geltenden Bestimmungen bleiben weiterhin in Kraft.

4. Die Schließung und Sperrung des KPP erfolgt auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung. Mit Erteilung des Befehls über die Schließung und Sperrung übernimmt der Kommandant des KPP die volle Befehls- und

Weisungsbefugnis über alle am KPP eingesetzten Kräfte. In diesem Fall unterstehen alle am KPP eingesetzten Kräfte dem Kommandanten des KPP auch disziplinarisch.

Der Kommandant des KPP trifft alle erforderlichen und befohlenen Maßnahmen zur Sicherung bzw. Verteidigung des KPP entsprechend der Lage. Dazu gehört insbesondere die Durchführung der gemäß Ziffer 3 vorzubereitenden Maßnahmen.

Mit dem Befehl über die Schließung und Sperrung des KPP treten alle Befehle und Weisungen des Ministers für Staatssicherheit sowie seiner Beauftragten und die für die Zollabfertigung geltenden Bestimmungen für die Dauer der Schließung außer Kraft.

5. Tritt eine solche unmittelbare Gefahr für den KPP ein, die eine vorläufige Schließung des KPP erforderlich macht, hat der Kommandant des KPP dies sofort dem Kommandeur der Grenzbrigade zu melden. Dieser kann die vorläufige Schließung des KPP befehlen. In diesem Fall sind die in Ziffer 4 genannten Maßnahmen durchzuführen und treten die gleichen Folgen wie bei der Schließung des KPP ein.

6. Die nach Ziffer 2–5 durchzuführenden Aufgaben aller am KPP eingesetzten Kräfte sind für jeden einzelnen Mann im »Plan des Zusammenwirkens aller Kräfte am KPP ...« festzulegen. Dieser Plan ist der Ordnung als Anlage beizufügen und ständig auf den neuesten Stand zu halten.

## II. Ordnung und Kontrollablauf am KPP

7. Das Betreten des KPP ist nur gestattet

- a) mit gültigen Reisedokumenten,
- b) mit dafür vorgesehenen Dokumenten,
- c) in Ausnahmefällen mit Zustimmung des Leiters oder des diensthabenden Offiziers der Passkontrollkräfte.

Durch den Leiter der Passkontrollkräfte ist in einer Postenanweisung festzulegen, wohin die den KPP betretenden Personen zu leiten bzw. welche Personen wohin zu begleiten sind. Diese Postenanweisung ist vom Kommandanten des KPP zu bestätigen. Bei der Ausarbeitung und Bestätigung der Postenanweisung ist zu gewährleisten, dass die Sicherungsaufgaben für den KPP als auch die operativen Aufgaben der Passkontrollkräfte erfüllt werden können. In jedem Fall sind Angehörige der Nationalen Volksarmee unmittelbar zum Kommandanten bzw. diensthabenden Offizier des KPP zu leiten.

Für die Einhaltung der Postenanweisung ist der Leiter der Passkontrollkräfte zuständig und dem Kommandanten des KPP verantwortlich.

8. Der Kommandant bzw. der diensthabende Offizier des KPP ist verantwortlich dafür, dass sich nicht mehr Personen und Fahrzeuge als festgelegt (getrennt nach Ein- und Ausreise) im KPP befinden.<sup>92</sup> Er ist berechtigt, im Interesse der Sicherung der Staatsgrenze und des KPP, den Personen- und Fahrzeugverkehr vorübergehend einzuschränken oder zu stoppen.

9. Für die Passkontrolle und Fahndung trägt der Leiter der Passkontrollkräfte die persönliche Verantwortung. Er hat die zur Durchführung der Passkontrolle und Fahndung erlassenen Befehle und Weisungen des Ministers für Staatssicherheit und der von ihm Beauftragten durchzuführen. Er ist verpflichtet, den Kommandanten des KPP über den Inhalt dieser Weisungen zu informieren, soweit es für die Sicherung der Staatsgrenze, die Ordnung und den Kontrollablauf am KPP, das Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte und die Einschätzung der Lage erforderlich ist.

Der Kommandant und der diensthabende Offizier des KPP haben bei der Erteilung ihrer Befehle und Weisungen die vom Ministerium für Staatssicherheit auf dem Gebiet der Passkontrolle und Fahndung getroffenen Festlegungen sowie die für die Zollabfertigung geltenden Bestimmungen einzuhalten. Sie sind jedoch nicht befugt, in die Passkontrolle und Fahndung einzugreifen oder diese zu kontrollieren.

10. Für die Zollkontrolle und die anderen Kontrollmaßnahmen am KPP sind der Leiter des Grenzzollamtes (GZA) bzw. die Leiter der betreffenden Kontrollorgane persönlich verantwortlich. Sie haben die auf ihren Gebieten erlassenen Bestimmungen durchzuführen.

---

<sup>92</sup> In den ersten Jahren gab es an den KPP kaum bauliche oder verkehrstechnische Einrichtungen, um Kontrollen bzw. die Abfertigung systematisch zu steuern. Kräder, Pkw, Busse und Lkw parkten auf der Straße im Bereich der Dienstbaracken. Pass- und Gepäckkontrollen fanden unter freiem Himmel statt. Zusätzlich mussten Straßenbenutzungsgebühren entrichtet werden. Die zeitaufwendige Durchsuchung der Fahrzeuge, Fahndungsmaßnahmen und das Ausstellen von Laufzetteln führten zu stundenlangen Rückstaus. Vgl. Behrendt: Guten Tag, Passkontrolle der DDR, S. 66.

Hinsichtlich der Information des Kommandanten des KPP über den Inhalt dieser Bestimmungen sowie deren Beachtung durch den Kommandanten und den diensthabenden Offizier des KPP gelten die in Ziffer 9 getroffenen Festlegungen.

11. Der Leiter und der diensthabende Offizier der Passkontrollkräfte sind gegenüber dem Leiter und dem diensthabenden Offizier des GZA und den Leitern der anderen Kontrollorgane in Fragen der Bekämpfung jeglicher Feindtätigkeit und der Durchführung der Kontrollen weisungsberechtigt. Die Erfüllung der Aufgaben dieser Kontrollorgane ist dabei weitgehendst zu beachten.

### III. Gegenseitige Informations- und Meldepflicht

12. Die Leiter aller am KPP eingesetzten Kräfte informieren sich gegenseitig im notwendigen Maße über alle Fragen und Vorkommnisse, die die Aufgaben des anderen Organs betreffen oder berühren.

13. Meldepflichtig gegenüber dem Kommandanten bzw. diensthabenden Offizier des KPP sind alle Vorkommnisse und Hinweise, die Sicherungsmaßnahmen erfordern, sowie alle Mängel und Unzulänglichkeiten, die die Sicherung der Staatsgrenze und die Sicherheit und reibungslose Abfertigung am KPP beeinträchtigen können. Diese Meldungen sind von den Leitern der am KPP eingesetzten Kräfte unverzüglich zu erstatten.

### IV. Militärische Ausbildung der am KPP eingesetzten Kräfte

14. Für die militärische Ausbildung der Pass- und Kontrollkräfte sind die Leiter dieser Kräfte persönlich verantwortlich.

15. Der Kommandant des KPP unterstützt die Leiter bei der Ausarbeitung der Pläne für die militärische Ausbildung und auf Anforderung mit Ausbildern.

### V. Dienst- und Bauleistungen am KPP

16. Der Kommandant des KPP ist verantwortlich, dass die im KPP vorhandenen baulichen, verkehrstechnischen und Sicherungsanlagen ständig den Erfordernissen des Verkehrs, der Sicherheit und einer reibungslosen Dienstdurchführung entsprechen. Alle diesbezüglichen Mängel und Vorschläge zur Verbesserung bzw. Veränderung sind dem Kommandanten des KPP von

den Leitern aller am KPP eingesetzten Kräfte zu melden. Durchzuführende Maßnahmen sind vom Kommandanten des KPP mit den zuständigen Leitern am KPP abzustimmen und von ihm zu veranlassen.

17. Für alle Dienstleistungen (Verpflegung, Heizung, Energie, Wasser, Reinigung) ist der Kommandant des KPP zuständig. Er ist dafür verantwortlich, dass die dazu erforderlichen Kräfte sowie die finanziellen und materiellen Mittel geplant sind und zur Verfügung stehen.

### 3.2 Die Rolle des MfS bei der Neuorganisation der KPP

Augenscheinlich ließ sich das von der SED mit dem Mauerbau verfolgte Konzept der hermetischen Abgrenzung der DDR nicht durchhalten. Davon zeugt auch der Wandel der Begrifflichkeit. Aus <sup>→G</sup>KPP wurden im Wortlaut des Befehls stillschweigend Grenzübergangsstellen.<sup>93</sup> An diesem Wandel hatte das 1. Passierscheinabkommen für Westberliner zu Weihnachten im Jahr 1963 sicher erheblichen Anteil. Für 1964 war ein weiteres derartiges Abkommen in Planung. Durch den Einsatz der Staatssicherheit an den KPP wollte und sollte Mielke den Zutritt in die DDR politisch steuern.<sup>94</sup>

Die zuvor teils hybriden Lösungen befriedigten offensichtlich nicht. Passkontrolle und Fahndung waren zwischen 1958 und 1964 teils bei dem Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW), teils bei der Grenzpolizei (DGP) beziehungsweise den Grenztruppen (NVA/GT) und in Ostberlin bei der Bereitschaftspolizei (Bepo) angesiedelt.<sup>95</sup> Das MfS formierte schon im Herbst 1961 eine eigene AG OPF (Arbeitsgruppe operative Passkontrolle und Fahndung), die mit bislang unklaren Strukturen und Personalstärken in die HA VII eingebettet war. Die OPF ersetzte das MfS 1962 durch die AG Passkontrolle und Fahndung mit klaren Strukturen und einer Personalstärke

---

<sup>93</sup> KPP meinte Kontrollierte Passage-Punkte, übersetzte sich damals aber formelhaft als Kontrollpassierpunkte. In der Anfangsphase verwendeten NVA/GT, MfS und Zoll die Bezeichnungen KPP und GÜSt parallel. Im Sinne einer besseren Lesbarkeit ist in diesem Abschnitt durchgängig von Kontrollpassierpunkten respektive KPP die Rede.

<sup>94</sup> Mielkes Stellvertreter, Generalmajor Bruno Beater, machte schon im Dezember 1961 Handlungsbedarf an den KPP geltend. Dort müssten, »Agenten, Spione und Kuriere, die sich getarnt und maskiert durch die Kontrollpunkte begeben«, wirksamer aufgespürt werden; BArch, MfS, AS Nr. 19/82, S. 31.

<sup>95</sup> Zur Übertragung grenzpolizeilicher Funktionen an das AZKW vgl. DDR-GBl. T. I (1958) 4, S. 38. In der Folge leistete das AZKW Pass- und Warenkontrolle. Im Zuge des Überganges von der DGP zu den NVA/GT im November 1961 verlagerte sich die Personen- und Passkontrolle zu den NVA/GT und das AZKW konzentrierte sich auf die Waren- und Zollkontrolle. Diese Aufteilung wurde auch beibehalten, als das AZKW 1962 durch die Zollverwaltung der DDR abgelöst wurde. Zum Zollgesetz v. 28.3.1962 vgl. DDR-GBl. T. I (1962) 3, S. 42–47. Einen Abriss der historischen Entwicklung von DDR-Grenzpolizei und DDR-Grenztruppen bietet beispielsweise Sälter: Grenzpolizisten, S. 78–90.

von knapp 400 Mann. Die APF war aber nicht nur für die innerdeutschen Grenzen, sondern für alle DDR-Außengrenzen und alle Verkehrswege, Flughäfen eingeschlossen, zuständig.<sup>96</sup>

Der MfNV-Befehl Nr. 3/64 zielte auf eine verbesserte institutionelle Aufgabenzuweisung und mit der Einsetzung von <sup>→G</sup>Kommandanten der KPP auf eine klare militärische Führung. Der Minister für Nationale Verteidigung Heinz Hoffmann<sup>97</sup> professionalisierte mit seinem Befehl im Januar 1964 Verantwortlichkeiten sowie Abläufe und nahm Abgrenzungen der Zuständigkeit innerhalb der KPP vor.<sup>98</sup> Gleichzeitig wurden die KPP mit den neuen Funktionen eines Kommandanten und der des diensthabenden Offiziers (DHO) in das System der Grenzüberwachung durch die NVA/GT strukturell besser integriert. Der Kommandant war der militärisch relevante und dienststranghöchste Leiter der KPP/GÜSt. Kommandanten und das DHO-System wurden an Straßen-KPP, Grenzbahnhöfen und Seehäfen eingesetzt. Die Kommandanten und die DHO sollten die KPP in die militärische und pioniertechnische Sicherung der Staatsgrenzen integrieren und dabei auch die Flanken der KPP berücksichtigen. So bildeten nun KPP mit den <sup>→G</sup>Grenzstreckenabschnitten und dem unmittelbaren Grenzverlauf einen einheitlichen Grenzraum. Kommandant und DHO hatten die militärische Organisation der KPP beziehungsweise die Gefechtsbereitschaft allen dort eingesetzten uniformierten Personals zu gewährleisten. Die Bestätigung des jeweiligen KPP-Kommandanten erfolgte durch den Chef der Grenztruppen, den Chef der Volksmarine oder den Stadtkommandanten von Ostberlin.

---

<sup>96</sup> Zu OPF und APF siehe Wiedmann: Die Diensteinheiten des MfS, S. 216–218. Den Gründungsbefehl der MfS/APF (MfS-Befehl Nr. 446/62 v. 4.8.1962) enthält BArch, MfS, SdM Nr. 1876, Bl. 196–198.

<sup>97</sup> Generaloberst Heinz Hoffmann (1910–1985), SED-Politiker, u. a. 1960–1985 DDR-Verteidigungsminister.

<sup>98</sup> Der Befehl Nr. 3/64 des MfNV über die ›Verbesserung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der an den Grenzübergangsstellen (KPP) eingesetzten Kräfte‹ v. 6.1.1964 integrierte die KPP in das System der militärischen Grenzsicherung und regelte Kommando-Gewalt, Unterstellungen, Aufgaben und Kompetenzen der an den KPP vertretenen Institutionen. Details wurden in die Anlage des Befehls Nr. 3/64 als ›Prinzipien für die Ordnung über das Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte am KPP‹ verlagert. Diesen Prinzipien folgte Mielke und fügte sie daher seinem Befehl Nr. 40/64 bei. Nachjustierungen vom 17.6.1964 waren Gegenstand einer weiteren Anlage zum Befehl Nr. 3/64, die auf ›Verbesserung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der an den Grenzübergangsstellen (KPP) eingesetzten Kräfte‹ abzielte. Der Befehl und die erwähnten Anlagen sind überliefert; BArch, MfS, HA XIX Nr. 10073, Bl. 2–16.

Die Kommandanten waren darüber hinaus für die funktionelle Einbettung der sowjetischen Kräfte an den KPP zuständig, die allein die Passage von Vertretern der West-Alliierten kontrollieren durften.<sup>99</sup> Vertreten waren an den KPP an der innerdeutschen Grenze ab 1964 grundsätzlich die NVA/GT mit der Aufgabe der militärischen Grenzsicherung, die HPF des MfS zur Passkontrolle und Fahndung sowie die Zollverwaltung zur Kontrolle des Güter-, Waren- und Geldverkehrs.

Der MfNV-Befehl Nr. 3/64 legte ausdrücklich fest, dass »alle Aufgaben der Passkontrolle und Fahndung an den KPP ausschließlich von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit durchgeführt« werden sollten.<sup>100</sup> Mielke setzte mit dem Befehl Nr. 40/64 die Neuorganisation der KPP, die der Minister für Nationale Verteidigung mit dem Befehl Nr. 3/64 mit Wirkung vom 1. Januar 1964 angewiesen hatte, für seinen Bereich um.

Die Aufgaben und Befugnisse von Kommandant, dem Leiter der PKE des MfS/HPF und dem Leiter des Grenzzollamtes schienen eben noch klar definiert, da erhielten die Kommandanten und Leiter der PKE gegenüber den Leitern der GZÄ eine erweiterte Weisungsbefugnis. Eine entsprechende Vereinbarung trafen Mielke, Hoffmann und Julius Balkow<sup>101</sup> im März 1964.<sup>102</sup> Hinzu kamen Überlappungen und Unschärfen bei den Kompetenzen des Kommandanten und des Leiters der PKE. So besaß der Kommandant der KPP gegenüber allen anderen Kräften Befehls- und Weisungsbefugnis, Fragen des Kontrollablaufs eingeschlossen. Andererseits waren der Leiter und der diensthabende Offizier der PKE gemäß Mielkes Befehl in Fragen der Bekämpfung

---

<sup>99</sup> Im besatzungsrechtlich gesondert organisierten Gebiet von Groß-Berlin durften keine deutschen militärischen Linieneinheiten stationiert werden. Daher wurden in Ostberlin statt Grenztruppen Grenzbereitschaften (Bereitschaftspolizei, Bepo) eingesetzt. Die Stadtkommandantur in Ostberlin galt als nachgelagerte Dienststelle der sowjetischen Besatzungsmacht. Das Personal der vier Siegermächte ließ sich uniformiert und beim Wahrnehmen der Besatzerrechte nicht von Vertretern der Nachfolgeterritorien des besiegten Deutschen Reiches kontrollieren. Dieses Kontrollrecht besaßen nur Vertreter der vier Alliierten.

<sup>100</sup> Hoffmann nennt dazu in seinem Befehl unter Punkt 3.(1) als Termin den 15.1.1964. Vgl. Befehl Nr. 3/64 des MfNV v. 6.1.1964; BArch, MfS, HA XIX Nr. 10073, Bl. 2–16, hier Bl. 4. Mielkes Befehl Nr. 40/64 datiert v. 16.1.1964 und bezieht sich auf den 1.1.1964.

<sup>101</sup> Julius Balkow (1909–1973), SED-Politiker, u. a. 1961–1965 Minister f. Außenhandel und Innerdeutschen Handel.

<sup>102</sup> Vereinbarung über die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der Organe des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Ministeriums für Staatssicherheit mit den Organen der Zollverwaltung der DDR, 5.3.1964; BArch, MfS, SdM Nr. 425, Bl. 32–36.



der Feindtätigkeit und der Durchführung der Kontrollen gegenüber dem Leiter und dem diensthabenden Offizier des Grenzzollamtes und den Leitern der anderen Kontrollorgane weisungsberechtigt. Auch die Kommandanten hatten »bei Erteilung ihrer Befehle und Weisungen die vom Ministerium für Staatssicherheit getroffenen Festlegungen auf dem Gebiet der Personen- und Passkontrolle sowie die für die Zollabfertigung geltenden Bestimmungen einzuhalten«, legte Hoffmann fest.<sup>103</sup>

Diese Verschränkung von Aufgaben und Zuständigkeiten führte, was absehbar war, zu einem hohen internen Abstimmungsbedarf. Gerade die Kommandanten und die Leiter der PKE mussten sich gegenseitig über alle Fragen und Vorkommnisse informieren, die die Aufgaben der jeweils anderen Institution berührten. Selbst der Einsatzplan der Passkontrollkräfte musste täglich mit dem Kommandanten abgestimmt werden. Dennoch war der Leiter der PKE dem Kommandanten disziplinarisch ausdrücklich nicht unterstellt. Trotzdem waren die Leiter der PKE verpflichtet, die Kommandanten über den Inhalt dienstlicher Weisungen des MfS zu informieren, »soweit es für die Sicherung der Staatsgrenze, die Ordnung und den Kontrollablauf am KPP, das Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte und die Einschätzung der Lage erforderlich ist.«<sup>104</sup> Das räumte den Leitern der PKE ein gewisses Ermessen ein. Entscheidend war aus Sicht des MfS, dass die Leiter der PKE und ihre DHO gegenüber den Leitern der GZÄ und anderer Kontrollorgane in Fragen der Bekämpfung von Feindtätigkeit und der Durchführung der Kontrollen weisungsberechtigt waren. De facto waren die Leiter der PKE die Entscheider in politisch-operativen Fragen auf den Grenzübergangsstellen. Diese grundsätzliche Aufgabenteilung hatte bis Ende 1989 Bestand.

Mit Mielkes Befehl Nr. 40/64 übernahm das MfS im Januar 1964 im vollen Umfang die Passkontrollen und Fahndungsaufgaben an den KPP. Passkontrolle und Fahndung der APF gingen in der Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung auf. Die Absätze Nummer 1 und 12 des Mielke-Befehls Nr. 40/64 verdeutlichen eine Besonderheit der HPF bei deren Bildung. Zur HPF wurden alle mit Passkontrolle und Fahndung befassten Kräfte umgruppiert. Anfänglich waren das auch Angehörige der NVA/GT, die im Falle der individuellen Eignung vom MfS als hauptamtliche Mitarbeiter übernommen werden sollten. Deswegen betont der erste Absatz, dass es sich bei der HPF um eine Diensteinheit des MfS handelte.

---

<sup>103</sup> Vgl. Punkt 4(1) im Befehl Nr. 3/64 des MfNV.

<sup>104</sup> Prinzipien für die »Ordnung über das Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte am KPP ...« (Anlage zum MfS-Befehl Nr. 40/64, 1964); BArch, MfS, BdL/Dok. Nr. 852, Bl. 5–9, hier 7.

Für Außenstehende war das Konstrukt nicht zu durchschauen. Die Verschleierung wurde dadurch bestärkt, dass die Kräfte der PKE einheitlich nicht mit eigenen, sondern gemäß MfNV-Befehl Nr. 3/64 mit Uniformen aus grauem Offizierstrikot der NVA ausgestattet wurden. Die NVA kleidete das Personal der PKE nicht nur ein. Sie stellte die gesamte materielle und technische Versorgung, wozu neben Bekleidung und persönlicher Ausrüstung auch Waffen, Kraftfahrzeuge mit Instandhaltung und Betrieb, die Verpflegung, Einrichtung und Unterhalt der Dienst- und Unterkunftsräume wie auch die medizinische Betreuung zählten. Einzig die Einrichtung ihrer Nachrichtenverbindungen überließ das MfS nicht der NVA, sondern nahm diese wohl aus konspirativen Gründen in eigener Regie vor. Die Zuständigkeit und Tätigkeit der HPF war nicht auf die innerdeutsche Grenze beschränkt, doch bildete die innerdeutsche Grenze den ideologischen Kristallisationspunkt der Ausrichtung des Personals der HPF.

Oberst Eduard Switala, Leiter der HPF,<sup>105</sup> behielt nicht nur die organisatorischen und operativ-technischen Aspekte an den KPP im Blick, sondern auch die politische Agitation der eigenen Reihen, einer »bunt zusammengesetzte[n] Schar«, der es wohl etwas an innerer Haltung fehlte.<sup>106</sup> Immerhin war die HPF im ersten Jahr ihres Bestehens bereits 706 Mann stark.<sup>107</sup> Das Bewusstsein für das gemeinsame Feindbild musste geschärft werden. »Mord, Terror, Menschenhandel, Provokation, Verleumdung, Hetze, Agententätigkeit und Spionage kennzeichnen die menschenfeindliche Politik der Ultras und anderer reaktionärer Kräfte des Imperialismus in aller Welt«, erklärte Switala im Oktober 1964 und forderte mit seinem Aufruf an die »Genossen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere!«, der als Matrizenabzug an alle PKE verteilt wurde, stete Aufmerksamkeit und Kampfbereitschaft gegenüber dem Westen.<sup>108</sup> Die Übernahme der Passkontrolle an den KPP durch das MfS sollte republikweit zu identischen Kontrollabläufen führen.

Doch bereiteten Switala die Führungsebenen in den Bezirksverwaltungen des MfS Sorge. Die HPF wies sowohl ministerielle wie bezirkliche Strukturen auf. HPF-Stabschef Engelbrecht stellte eine »relativ gute Führungstätigkeit in Rostock, Magdeburg und Karl-Marx-Stadt« fest, hingegen »mangelhafte

---

<sup>105</sup> Der erste Leiter der HPF war Oberst Eduard Switala (1919–2004); BArch, MfS, HA KuSch Nr. 1567. Zur Leitung zählten als Stellvertreter Operativ OSL Eichler und als Stabschef Oberst Engelbrecht.

<sup>106</sup> Behrendt: Guten Tag, Passkontrolle der DDR, S. 52.

<sup>107</sup> Vgl. Tantzsch: Hauptabteilung VI., S. 54.

<sup>108</sup> MfS/HPF: Genossen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere! v. 15.10.1964; BArch, MfS, HA VI Nr. 14051, Bl. 39–41. Die Abzüge mussten nach Kenntnisnahme an die HPF zurückgegeben werden.

Führungstätigkeit in Dresden, Frankfurt (O), Gera, Erfurt und Potsdam«. <sup>109</sup> Mit anderen Worten: Die HPF/PKE einiger Bezirksverwaltungen hielten mit dem Entwicklungstempo der anderen nicht mit. Er forderte mehr Erziehungsarbeit, Schulung und Ausbildung, straffe Führung von oben nach unten. Die Beachtung der Befehle sei entscheidend für eine erfolgreiche Arbeit. »Befehle ergeben sich aus der richtigen Ableitung und Durchführung der Parteibeschlüsse; Befehle sind Gesetz und für jeden bindend. Straffe Disziplin und Ordnung bei der Durchsetzung.« <sup>110</sup>

Auch Eigenwilligkeiten des lokalen Personals musste begegnet werden. So löste die Sperrung von Marienborn (Autobahn) durch die örtliche PKE für einen 15-minütigen Probealarm wohl Fassungslosigkeit in der HPF-Führung aus. Der Alarm wurde Berlin nicht gemeldet und führte in der Westpresse zu Spekulationen. »Ein Teil der Leiter hat noch nicht begriffen, dass jede Maßnahme an den Grenzübergangsstellen als politische Maßnahme zu betrachten ist und ein dementsprechendes Echo auslöst«, so Switala. <sup>111</sup> Unbefriedigend verlief auch das Zusammenwirken mit den GZÄ. »Die gegenwärtige Zusammenarbeit mit den Genossen der Zollverwaltung durch die PKE reicht nicht aus, um die vor uns stehenden Aufgaben zu lösen. Es geht besonders darum, ein enges sozialistisches Verhältnis zwischen beiden Kontrollorganen herzustellen.« <sup>112</sup>

Neben der Passkontrolle zählte die Fahndung zu den Kerntätigkeiten der HPF. Die Bedeutung der Begrifflichkeit für die PKE ging inhaltlich wohl deutlich über das landläufige Verständnis einer Fahndung hinaus. Eine komplette Rekonstruktion der ehemals unter Fahndung subsummierten Aufgaben und Handlungen ist hier nicht möglich. Durch Fahndungen steuerten die PKE grundsätzlich den Zugang von Personen, Objekten und Produktgruppen in die DDR und auf deren Transitwegen. Ergänzend dazu konnten geheimpolizeiliche Überwachungen eingeleitet werden.

---

<sup>109</sup> MfS/HPF: »Konzeption für den Vortrag über den Aufbau und Inhalt des Referates zur Verbesserung der Führungs- und Leitungstätigkeit in Auswertung der Komplexbrigade Einsätze in einigen Abteilungen Passkontrolle und Fahndung in den Bezirksverwaltungen, 1.11.1965« (Vortrag von Stabschef Engelbrecht); BArch, MfS, HA VI Nr. 16613, Bl. 35–42, hier 36.

<sup>110</sup> Ebenda, Bl. 40.

<sup>111</sup> MfS/HPF: Genosse General, Genossen Offiziere! (Vortrag von Switala), o. D.; BArch, MfS, HA VI Nr. 16163, Bl. 43–86, hier 75.

<sup>112</sup> MfS/HPF: Genossen, im Mittelpunkt unserer heutigen Mitgliederversammlung [...], (Vortrag von Switala oder einem Vertreter anlässlich eines Kurzlehrgangs für Auswertungsoffiziere der PKE), o. D., nach April 1966; BArch, MfS, HA VI Nr. 16163, Bl. 183–237, hier Bl. 234.

Im ersten Halbjahr 1966 wurden 117 Personen an den KPP festgenommen, 447 weitere wurden zurückgewiesen. Darüber hinaus wurden 11 372 weitere Fahndungserfolge im Zusammenhang mit operativen Kontroll- und Überwachungsaufgaben verzeichnet, 1 030 <sup>→G</sup>Fahndungsobjekte wurden der Linie VIII zur Beobachtung übergeben. Die Zahl der Einreisesperren erhöhte sich von 900 im Jahr 1965 auf 1 700 im ersten Halbjahr 1966.<sup>113</sup> Für die Fahndung bediente sich die PKE unterschiedlicher Karteikartensysteme, die laufend aktualisiert und bis 1989 fortgeführt wurden.<sup>114</sup> Ein Abgleich von Personaldaten des Reisenden mit der Fahndungskartei entschied letztendlich darüber, ob eine Reise fortgesetzt werden konnte oder nicht.

Das Einhalten der Fahndungsabläufe an den KPP wurde von der HPF streng überwacht. Im Jahr 1966 brachten Überprüfungen 45 Verstöße ans Licht, worunter insbesondere unterlassene oder fehlerhafte Aktualisierungen der Fahndungskarteien fielen. Aber auch verschmutzte oder verfärbte Kunststoffmappen des <sup>→G</sup>Fahndungssystems Flexid, die ein Ablesen der Daten erschwerten, wurden moniert. In einer Dienstkonferenz im September 1966 mahnte Switala scharf an: »Es ist eines Tschekisten unwürdig, durch nicht konsequente Durchsetzung der angewiesenen Fahndungsmaßnahmen dem Gegner immer wieder Lücken offen zu lassen, durch welche er zur Organisation seiner Feindseligkeit in die Deutsche Demokratische Republik schlüpfen kann.«<sup>115</sup> Künftig sollte bei operativen Fahndungen zwischen Festnahmen, operativen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, Sachfahndungen mit entsprechend angewiesener Aufgabenstellung, sowie Sperren der Ein-, Aus- und Durchreise unterscheiden werden.<sup>116</sup>

---

<sup>113</sup> MfS/HPF: Genosse Oberst, Genossen Offiziere! Dienstkonferenz v. 29./30.9.1966; BArch, MfS, HA VI Nr. 16162, Bl. 128–177, hier Bl. 134.

<sup>114</sup> 1971 entwickelt das MfS eine Fahndungskartei für GÜSt, die nach 1975 per EDV-Anlagen erstellt und vielfach ausgedruckt wurde. 1988 wurden 28 Millionen Karteikarten für die periodische Aktualisierung hergestellt und ausgeliefert. Die Einarbeitung der Karteikarten auf den GÜSt erforderte 450 000 Arbeitsstunden. 1989 umfasste die Kartei 160 000 Fahndungsobjekte. Vgl. Konzeption zur Rationalisierung der Passkontrolle und Fahndung ... v. April 1989; BArch, MfS, Sekr. Neiber Nr. 466, Bl. 38–56, hier Bl. 44.

<sup>115</sup> BArch, MfS, HA VI, Nr. 16162, Bl. 139.

<sup>116</sup> Ebenda, Bl. 174.

### 3.3 Die bauliche Modernisierung der KPP

Mielke kritisierte im Oktober 1964, die KPP würden nicht den Entwicklungsstand und die Bedeutung der DDR repräsentieren. Er verwies in diesem Zusammenhang auf einen Ministerratsbeschluss zur Gestaltung der Grenzübergangsstellen, den er zur Forderung erhob. Zur Erhärtung der Forderung setzte Mielke eine Arbeitsgruppe für den perspektivischen Auf- und Ausbau der Grenzübergangsstellen ein.<sup>117</sup>

In Anbetracht des desolaten Zustands der KPP Mitte der 1960er-Jahre war das eine nicht zu unterschätzende Aufgabe. Nach dem Beschluss des Ministerrates war vorgesehen, zunächst an der Westgrenze und zu Westberlin ein Neubauprogramm durchzuführen. HPF-Chef Switala forderte, die Kontrollpassierpunkte Drewitz und Bahnhof Friedrichstraße neu zu gestalten. Für beide Projekte wurde der Minister für Verkehrswesen Erwin Kramer beauftragt, bis zum 15. August 1964 dem Ministerrat eine mit MfS, MfNV und Zollverwaltung der DDR abgestimmte Konzeption vorzulegen. Kramer war praktischerweise zugleich Generaldirektor der Reichsbahn. Das MfV war von nun an Rechtsträger und Bauherr in den <sup>9</sup>„Kontrollterritorien der KPP. Switala verlangte, dass neben den Baumaßnahmen auch eine »niveauvolle Sichtagitation« verwirklicht werde.<sup>118</sup> In der Regel waren dies für die Reisenden gut sichtbare Wände mit politischer Propaganda.

Zunächst ordnete Kramer die Bildung von acht Kommissionen mit Vertretern von MfNV und MfV an, die im Juli 1964 die KPP an der Westgrenze und um Westberlin überprüften.<sup>119</sup> Die Kommissionen suchten im Zeitraum vom 13. bis 25. Juli 1964 alle Grenzübergangsstellen mit Personenverkehr auf. Vor Ort wurden in Beratungen mit den Kommandanten, den Leitern

---

<sup>117</sup> MfS/HPF: Plan der funktionellen Pflichten für die Arbeitsgruppe der Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung für den perspektivischen Auf- und Ausbau der Grenzübergangsstellen, 20.10.1964; BArch, MfS, HA VI Nr. 14051, Bl. 9–13. Mielke bezog sich auf den Beschluss des Sekretariats des ZK der SED v. 16.10.1963, auf den Beschluss des Ministerrates v. 17.6.1964 und auf den Befehl des MfNV v. 8.7.1964. Information über den Stand der Durchsetzung des Befehls des Ministers für Nationale Verteidigung vom 8.7.1964; BArch, MfS, HA VI Nr. 1353, Bl. 1–6. Die im Schreiben genannten Unterlagen sind heute nicht mehr auffindbar.

<sup>118</sup> MfS/HPF: Information über den Stand der Durchsetzung des Befehls des Ministers für Nationale Verteidigung, Switala an Mielke-Stellvertreter Oberst Schröder, 13.7.1964; BArch, MfS, HA VI Nr. 1353, Bl. 1–6, hier Bl. 2.

<sup>119</sup> MfS/HPF: Information über die Durchführung des Befehls 65/64 des Ministers für Nationale Verteidigung, Switala an Mielke-Stellvertreter General Beater, 29.8.1964; BArch, MfS, HA VI Nr. 1353, Bl. 10–12.

der Passkontrollseinheiten und den Leitern der Grenzzollämter Protokolle erstellt, in denen die Forderungen der beteiligten Vertreter aufgenommen und Sofortmaßnahmen festgelegt wurden.<sup>120</sup> Zumeist lief es darauf hinaus, Alarm- und Sicherungsanlagen zu verbessern, Maßnahmen zur schnelleren Abfertigung zu ergreifen und Hinweisschilder in mehreren Sprachen anzubringen. Kaum anders als erwartet, hielten die Kommissionen schließlich Listen mit sehr heterogenen Maßnahmen in den Händen. »An fast allen Kontrollpassierpunkten wurde mit der Durchführung der in den Protokollen festgelegten Maßnahmen begonnen«, erklärte Switala später gegenüber dem Mielke-Stellvertreter Generalmajor Beater.<sup>121</sup> Probleme gab es mit zu hohen Investitionskosten (Eisenbahn-KPP Gerstungen) oder mit der Reichsbahndirektion, die Termine nicht einhielt (Eisenbahn-KPP Wartha und Schwanheide). Für das Typenprojekt eines Straßen-KPP wurde von den Filmstudios der DEFA in Potsdam-Babelsberg sogar ein Modell nach den eingereichten Plänen gefertigt.<sup>122</sup>

Das Beispiel des KPP Drewitz für den Autobahn-Transit bietet einen Einblick in die internen Probleme dieser Phase. Den sowjetischen Kontrolleuren standen dort in den Jahren 1945/1946 errichtete Postenhäuser, Abfertigungsbaracken und Lkw-Rampen in einfacher Holzbauweise zur Verfügung. Bis in die 1960er-Jahre hinein blieb es in Drewitz bei Um- und Ausbauten sowie einer Vergrößerung der Stau- und Abfertigungsanlagen beidseits der ehemaligen Reichsautobahn.<sup>123</sup> Für den rapide zunehmenden Transitverkehr von und nach Westberlin war der KPP nicht ausgelegt. Wurden dort 1958 noch 3 Millionen Personen kontrolliert, stieg deren Zahl bis 1965 auf das Doppelte.<sup>124</sup> Zu diesem Zeitpunkt erstreckte sich der KPP mit seinen verstreuten Gebäuden über eine Länge von 1 000 m entlang der Autobahn.<sup>125</sup> Bereits 1959 monierte eine Kommission bei einer Überprü-

---

<sup>120</sup> Information über die Durchführung des Befehls 65/64 des MfNV, 27.8.1964; BArch, MfS, HA VI Nr. 14051, Bl. 1–3.

<sup>121</sup> MfS/HPF: Information über die Durchführung des Befehls 65/64 des MfNV, 29.8.1964; BArch, MfS, HA VI Nr. 1353, Bl. 7–9, Bl. 8. Generaloberst Bruno Beater (1914–1982), MfS seit 1950, ab 1955 Stellvertreter des Minister für Staatssicherheit, 1964–1982 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit. MfS-Lexikon, S. 54 f.

<sup>122</sup> Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 14051, Bl. 28.

<sup>123</sup> Vgl. Lageplan der Kontroll- und Dienstbaracken des KPP Drewitz, o. D.; BArch, MfS, HA VI Nr. 21278, Bl. 369.

<sup>124</sup> Begründung zum Vorschlag über die perspektivischen Baumaßnahmen (Ergänzungsbauten) an der Grenzübergangsstelle Drewitz Autobahn, um 1965; BA-MA VA-07, 8446, Bd. 3, S. 195–198.

<sup>125</sup> NVA: Übergabe der Grenzübergangsstellen der 4. Grenzbrigade an die 2. Grenz-

fung der Kontroll- und Verwaltungsbaracken, Rampen oder Schuppen das Erscheinungsbild der Anlage.<sup>126</sup> Später wurde nicht nur die Baufähigkeit der Holzbaracken bemängelt, sondern auch, dass »schlechte Möglichkeiten zur Beobachtung und Feuerführung« bestanden hätten.<sup>127</sup> Im Jahr 1967 kritisierte die PKE Drewitz, dass die Mitarbeiter des GZA bei der Einreise mitunter 40 bis 50 Pkw ohne Zollkontrolle passieren ließen, wenn die Stand- und Wartezeiten zu hoch waren. Auch die eigenen Arbeitsbedingungen wurden beklagt: Die PKE störte sich an fehlenden Belüftungsmöglichkeiten der Fahndungsräume. Neben der schnellen Ermüdung sei die einheitliche Anzugsordnung des Personals nicht zu gewährleisten, denn die Fahnder würden ihren Dienst teilweise im Turnhemd versehen. Unter den Mitarbeitern der PKE entwickelte sich eine Diskussion über die gesundheitlichen Auswirkungen der Abgase an Abfertigungspunkten mit stündlich 500 bis 1 000 Fahrzeugen. Der Gefahr sollte mit der Verabreichung von zusätzlicher Milch begegnet werden.<sup>128</sup> Die PKE sah zudem die politisch-operative Arbeit gefährdet und forderte eine strikte räumliche Trennung von Mitarbeitern des GZA, um die eigene Tätigkeit nicht zu dekonspirieren.

Am 17. Juli 1967 berichtete Engelbrecht General Beater über Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit der bewaffneten Organe mit dem Ministerium für Verkehrswesen der DDR. Der Ministerratsbeschluss vom 8. Juli 1964 werde nur mangelhaft erfüllt.<sup>129</sup> An den Schwerpunkten Marienborn (Autobahn), Drewitz (Autobahn), Horst und an der Nordgrenze bestünden die seit Jahren bekannten Probleme fort. In einer Beratung mit dem stellvertretenden Minister des Ministerium für Verkehrswesen (MfV) Otto Arndt »konnten die

---

brigade, 1–13, 5.10.1966; BA-MA VA-07, 17838, S. 6.

<sup>126</sup> SAPMO-BA Rep 203, Nr. 233, hier zit. nach Behrendt: Guten Tag, Passkontrolle der DDR, S. 65.

<sup>127</sup> Begründung zum Vorschlag über perspektivische Baumaßnahmen (Ergänzungsbauten) an der Grenzübergangsstelle Drewitz-Autobahn; BA-MA VA-07, 8446, Band 3, S. 198. Möglichkeit der Feuerführung wurde hier als Synonym für (eingeschränkt) freies Schussfeld genutzt.

<sup>128</sup> BArch, MfS, HA VI Nr. 16178, Bl. 56 f. Milch galt zeitweilig als geeignet, die gesundheitliche Belastung an bestimmten Arbeitsplätzen zu lindern oder zu neutralisieren. Teilweise wurde den Inhabern von Arbeitsplätzen mit besonderer Emissionsbelastung kostenfrei täglich eine Milchration zur Verfügung gestellt. In einigen Belegschaften kursierte dafür direkt die Bezeichnung »Gift-Milch« im Sinne eines Gift-Neutralisators.

<sup>129</sup> MfS/HPF: Bericht über Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Verkehrswesen, 17.7.1967; BArch, MfS, HA VI Nr. 14051, Bl. 136–144. Engelbrecht war zum damaligen Zeitpunkt noch HPF-Stabschef, im Oktober des Folgejahres löste er Switala als Leiter der HPF ab.

uns bewegenden Probleme, besonders in der Zusammenarbeit und Erfüllung der Aufgaben durch das Ministerium für Verkehrswesen, nicht befriedigend gelöst werden«. <sup>130</sup> Engelbrecht bat Beater dringend um Unterstützung bei der Lösung des Problems. Die Bilanz der baulichen Erneuerung der KPP war nach drei Jahren aus Sicht des MfS wenig erfreulich. Das Projekt KPP Horst kam zum Erliegen, für den KPP Drewitz lag 1967 bereits die 3. Konzeption seit 1964 vor.

Zwei Jahre nach Mielkes Befehl Nr. 40/64 dürfte die HPF trotz massiver Anfangsprobleme bei der Umsetzung der politisch und strategisch wichtigen Aufgaben an den KPP dennoch zufrieden gewesen sein. Dem MfS war es gelungen, ein politisch-operatives System der Passkontrolle und Fahndung zu implementieren, erfahrenes Personal insbesondere des MfNV für die neue Aufgabe der PKE zu gewinnen und vor allem: an einem vermeintlich öffentlichen Ort weitgehend unsichtbar zu bleiben.

Im Jahr 1970 bündelte das MfS Passkontrolle und Fahndung, die Überwachung von Reisenden und touristischer Infrastruktur sowie den Tourismus der DDR-Bürger, ferner die Überwachung des Zolls in einer neuen Dienst-einheit, der HA VI. Die HA VI wies ministerielle und bezirkliche Strukturen auf und wurde aus den damals bestehenden Dienst-einheiten gebildet und entsprechend den wachsenden Anforderungen laufend organisatorisch angepasst und ausgebaut. Die HPF ging in der HA VI mit deren Gründung auf. Die PKE wurden damit zwar umfassend in geheimdienstliche Strukturen eingebettet, blieben von den unmittelbar geheimpolizeilichen Strukturen jedoch räumlich, organisatorisch und hinsichtlich ihrer Tätigkeit getrennt und behielten auch die Tarnung als vermeintliche NVA-Angehörige bei.

---

<sup>130</sup> Ebenda, Bl. 142.



### 3.4 Weitere Dokumente

MfNV-Befehl Nr. 3/64	über die Verbesserung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der an den Grenzübergangsstellen (→ <sup>G</sup> KPP) eingesetzten Kräfte, 6. Januar 1964. <sup>131</sup>
MfNV-Befehl Nr. 65/64	Befehl Nr. 65/64 des Ministers für Nationale Verteidigung zur Funktionsüberprüfung der KPP an der Westgrenze. <sup>132</sup>
MfS-Befehl Nr. 104/64	Der ständig wachsende grenzüberschreitende Reiseverkehr erfordert von allen operativen Linien des Ministeriums für Staatssicherheit erhöhte Absicherungsmaßnahmen, 30. Januar 1964. <sup>133</sup>
Vereinbarung MfNV/MfS	über die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der Organe des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Ministeriums für Staatssicherheit mit den Organen der Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik, 5. März 1964. <sup>134</sup>
MfS-Befehl Nr. 373/64	über Abwehrmaßnahmen auf dem Gebiet des Menschenhandels unter Missbrauch des Reise- und Touristenverkehrs, 6. Mai 1964. 1. Durchführungsbestimmung, 11. Mai 1964. <sup>135</sup>
Ministerratsbeschluss	Beschluss über Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit an den Grenzübergangsstellen der DDR, 8. Juli 1964. <sup>136</sup>
Vereinbarung MfNV, MfS/Zoll	Änderung der Vereinbarung vom 5. März 1964 über die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der Organe des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Ministeriums für Staatssicherheit mit den Organen der Zollverwaltung der DDR, 18. Dezember 1964. <sup>137</sup>

---

<sup>131</sup> Befehl Nr. 3/64 des MfNV mit Anlage: Prinzipien für eine »Ordnung über das Zusammenwirken der eingesetzten Kräfte am KPP ...« v. 17.6.1964; BArch, MfS, HA XIX Nr. 10073, Bl. 2–16.

<sup>132</sup> BArch, MfS, HA VI Nr. 6314.

<sup>133</sup> BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 860, Bl. 1 f.

<sup>134</sup> BArch, MfS, SdM Nr. 425, Bl. 32–36.

<sup>135</sup> BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 887.

<sup>136</sup> Nur als Auszug überliefert in BArch, MfS, HA VI Nr. 21278, Bl. 1–9.

<sup>137</sup> BArch, MfS, SdM Nr. 425, Bl. 29 f.

MfS-Befehl Nr. 299/65

zum Organisieren eines einheitlichen Systems der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit und Informationsfluss zwischen den AIG (Auswertungs- und Informationsgruppen) der HPF, HA VII, IX, und XX.<sup>138</sup>

---

<sup>138</sup> BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 3900.





Abb. 3: Einfahrt in die Autobahn-GÜSt Hirschberg (Blickrichtung nach Westen), nach 1966

## 4. Der Neubau von innerdeutschen Autobahn-Grenz- übergangsstellen 1966

### 4.1 Dokument: Öffnung der Autobahn-GÜSt Hirschberg

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

Berlin, den 17. Dez. 1966

*Vertrauliche Verschlusssache*  
*MfS 008 Nr. 804/66*<sup>139</sup>  
*Ausfertigungen*  
*22. Ausfertigung 2 Blatt*<sup>140</sup>

Befehl Nr. 33/66

Inhalt: Eröffnung der Grenzübergangsstelle Hirschberg für den grenzüberschreitenden Reise- und Güterverkehr und Schließung der Grenzübergangsstelle Juchhöh

Gemäß Beschluss des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 1.12.1966 sowie auf der Grundlage des Befehls 81/66 des Ministers für Nationale Verteidigung<sup>141</sup> wird die Grenzübergangsstelle Hirschberg am 19. Dezember 1966 um 12.00 Uhr eröffnet und die Grenzübergangsstelle Juchhöh geschlossen.

Zur Gewährleistung der termingemäßen Eröffnung der Grenzübergangsstelle Hirschberg und der reibungslosen Abfertigung des grenzüberschreitenden Reise- und Güterverkehrs sowie der Einstellung der Passkontroll- und Fahndungstätigkeit an der Grenzübergangsstelle Juchhöh befehle ich:

---

<sup>139</sup> BArch, MfS, BdL Nr. 852, Bl. 1–12.

<sup>140</sup> Stempelabdruck, Zahlen handschriftlich.

<sup>141</sup> Der Beschluss des Ministerrates der DDR vom 1.12.1966 ist im Bestand des Stasi-Unterlagen-Archivs nicht nachweisbar. Der Befehl Nr. 81/66 des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR ist hier überliefert; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 14021.

Mit der Passkontroll- und Fahndungstätigkeit an der Grenzübergangsstelle Hirschberg ist am 19. Dezember 1966 zu beginnen. Die Abfertigung des Reise- und Güterverkehrs hat auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen, Befehle und Weisungen zu erfolgen.

Die Passkontroll- und Fahndungstätigkeit an der Grenzübergangsstelle Juchhöh<sup>142</sup> ist mit der Schließung der Grenzübergangsstelle, die auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung erfolgt, einzustellen. Die durch die Passkontrollereinheit genutzten Räumlichkeiten und Einrichtungen sind in ordnungsgemäßem und sauberem Zustand bis zum entsprechenden Zeitpunkt an den Kommandanten der Grenzübergangsstelle zu übergeben.

Der Leiter der Bezirksverwaltung Gera hat auf der Grundlage des bestätigten Stellenplanes die erforderlichen Kader für die Grenzübergangsstelle Hirschberg vorzubereiten und einzusetzen.

Die für die Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs notwendigen Dokumente wie

- Objektbeschreibung der Grenzübergangsstelle,
- Arbeitsordnung der Passkontrollereinheit,
- Ordnung des Betretens der Grenzübergangsstelle und
- die Grundsätze des Zusammenwirkens mit den anderen Kontroll- und Sicherungsorganen sind durch die Bezirksverwaltung Gera zu erarbeiten und durch den Leiter der Bezirksverwaltung zu bestätigen.

Die HA Passkontrolle und Fahndung hat bei der Vorbereitung und Eröffnung der Grenzübergangsstelle umfassende Anleitung und Hilfe zu gewähren. Erfahrungen und Erkenntnisse, die auf dem Gebiet der Kontrolle und Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit dem neubauten Typenprojekt<sup>143</sup> gewonnen werden, sind im Interesse der allseitigen Erhöhung des Nutzeffektes der politisch-operativen Arbeit an der Grenzübergangsstelle auszuwerten und zu verallgemeinern.

---

<sup>142</sup> Zur Führung des Transitverkehrs über Juchhöh bis 1966 und die Wiederherstellung der Autobahn-Verbindung mit der GÜSt Hirschberg s. Kap. 4.2.

<sup>143</sup> Auf der neu konzipierten DDR-GÜSt wurde der Verkehr erstmalig auf mehrere Spuren aufgliedert und dort zeitgleich abgefertigt.

Die materiell-technische Sicherstellung und Versorgung der Passkontroll-  
leinheit an der Grenzübergangsstelle und in den Internaten<sup>144</sup> hat durch die  
Bezirksverwaltung Gera in Zusammenarbeit mit der HA Passkontrolle und  
Fahndung zu erfolgen.

Die Arbeitsbereitschaft der Passkontroll- und Fahndungskräfte ist bis zum  
19. Dezember 1966, 11.00 Uhr, herzustellen.

Der Leiter der Bezirksverwaltung Gera hat mir über die ordnungsgemäße  
Eröffnung der Grenzübergangsstelle Hirschberg und Schließung der Grenz-  
übergangsstelle Juchhöh am 19.12.1966 fernschriftlich Vollzug zu melden.

Mielke  
Generaloberst

F. d. R.:  
Ludwig OS<sup>145</sup>

---

<sup>144</sup> In diesem Kontext wurde das Objekt »Hirsch« in der Stadt Hirschberg als  
Unterkunft der PKE mit 30 Schlafplätzen bekannt. Dazu wurde der vormalige  
Gasthof *Goldener Hirsch* gegenüber dem Rathaus umgewidmet. Vgl. BV Gera:  
Absicherung der Objekte Güst Hirschberg und Wohnunterkunft »Hirsch« in  
Hirschberg; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6940, Bl. 1–44. Der alte Gasthof  
war bis zu seiner Enteignung durch die sowjetischen Besatzer im Besitz des  
Lederfabrikanten Knoch und wurde vom MfS nicht allein zu dienstlichen, mit-  
unter auch zu privaten, touristischen Zwecken von MfS-Angehörigen genutzt.  
Information aus einem Interview von Peter Boeger mit dem Bürgermeister von  
Hirschberg, Rüdiger Wohl, am 10.10.2013.

<sup>145</sup> Unterschrift von Ludwig, Generalmajor Egon Ludwig (\*1929) war von 1960  
bis 1989 Leiter der MfS-Dienst Einheit Büro der Leitung, vgl. Wiedmann: Die  
Dienst Einheiten des MfS, S. 232.

## 4.2 Aufbau und Funktion der Autobahn-GÜSt Hirschberg

Mit seinem Befehl komplettierte der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke die Voraussetzungen für das Schließen der alten Straßen-GÜSt Juchhöh und die Eröffnung der neuen Autobahn-GÜSt Hirschberg. Der DDR-Ministerrat traf dazu die Rahmenentscheidung, der Minister für Nationale Verteidigung integrierte die GÜSt in das System der Grenzüberwachung und Mielke setzte seine Passkontrolleure von Juchhöh nach Hirschberg um. Zugleich wies er die HPF und BV Gera des MfS an, die weitere Organisation zu übernehmen.

Eine entscheidende Rolle für die Funktionsfähigkeit der GÜSt Hirschberg spielte die unmittelbar anschließende Saale-Brücke. Die 1936 errichtete hohe Bogenbrücke der Reichsautobahn quert an der bayerisch-thüringischen Grenze, zwischen Rudolphstein und Hirschberg, ein Kerbtal der Saale. Die deutsche Wehrmacht sprengte 1945 einen Brückenpfeiler, um so den Vormarsch der Amerikaner zu verzögern. Ein Wiederaufbau der eingestürzten Brücke an der innerdeutschen Demarkationslinie besaß nach Kriegsende zunächst kaum Priorität. Erst der anwachsende Transitverkehr rückte die Ruine in den Fokus.

Die DDR leitete seit 1951 den Grenz- und Transitverkehr über die Fernstraße F 2 und den neu eingerichteten <sup>→GKPP</sup> Töpen-Juchhöh über Dörfer und winklige Straßen. Am 14. August 1964 unterzeichneten die Delegationsleiter Siegfried Kasper für die DDR und Kurt Leopold für die Bundesrepublik Deutschland<sup>146</sup> eine Vereinbarung über den Wiederaufbau der Autobahnbrücke. Die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich bereit, die Kosten für den Wiederaufbau in Höhe von 5,5 Mio. DM zu übernehmen. Der DDR oblag es, die Bauleistungen zu erbringen und das Material zu stellen. Aus Sicht der DDR-Machthaber war die Kostenübernahme durch die Bundesrepublik Deutschland gerechtfertigt, da der Wiederaufbau der Brücke vor allem Verkehrserleichterungen und Fahrtzeitverkürzungen für die bundesdeutschen Kraftfahrer mit sich brachte.<sup>147</sup>

---

<sup>146</sup> Siegfried Kasper (\*1928) war Vizechef der Hauptverwaltung Straßenwesen im Verkehrsministerium der DDR, später Direktor des VEB Autobahndirektion. Dr. Kurt Leopold war Chef der »Treuhandstelle für den Interzonenverkehr« (TSI) und unterstand in dieser Funktion dem »Deutschen Industrie- und Handelstag«. Die »Treuhandstelle für den Interzonenhandel« war privatrechtlich organisiert. Vgl. Behling: Leben in der DDR.

<sup>147</sup> Mitteilung des Bundesministers für Wirtschaft v. 14.8.1964. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 4. Bd. 10.2, S. 856.





Abb. 4: Wiederaufbau der gesprengten Bögen der Autobahnbrücke über die Saale bei Hirschberg, 1965/66

Mit dem Neubau einer GÜSt verfolgte die DDR nicht nur verkehrstechnische Ziele. Die Straßen- und Autobahnverbindungen zwischen den KPP Drewitz (DDR-Bezirk Potsdam) und KPP Juchhöh hatte das MfS als Schwerpunktstrecke für Treffs und Kontaktaufnahmen von Ost- und Westdeutschen ausgemacht.<sup>148</sup> Weiterhin hatte die Topografie des Mittelgebirges insbesondere in schneereichen Wintermonaten nachteilige Auswirkungen auf den Verkehr. Die Fernstraßen im Bereich des KPP Töpen/Juchhöh wiesen starke Gefälle Strecken auf, zudem behinderten zwei unübersichtliche Ortsdurchfahrten den Verkehr und nicht zuletzt war die Wartung der Strecke finanziell aufwendig.<sup>149</sup> Es war also vorteilhaft, die seit Kriegsende unterbrochene Autobahnverbindung wieder zu aktivieren. Aus politisch-operativer Sicht des MfS war die jahrelange Umleitung des Transitverkehrs auf Fernstraßen mit weiteren Nachteilen verbunden. Transitreisende nutzten, sehr zum Missfallen des MfS, mitunter die Ortsdurchquerungen zum Einwerfen von Post in öffentliche Briefkästen, insbesondere in der Ortschaft Zollgrün.<sup>150</sup>

---

<sup>148</sup> Vgl. Notiz (vermutl. Stichworte für eine Rede im MfS), o. D. (ca. Anfang 1966); BArch, MfS, HA VI Nr. 16162, Bl. 1–28, hier 15.

<sup>149</sup> Aufgabenstellung Wiederaufbau Autobahnbrücke Hirschberg einschl. Folgemaßnahmen, 25.3.1965; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9672, Bl. 39–54, hier Bl. 42.

<sup>150</sup> Vgl. Maßnahmeplan der VP zum Material »Post« in Zollgrün, 17.3.1962; BArch, MfS, BV Gera, AOG 1627/62, Bd. 2, Bl. 7 f. Das archivierte Material entstammt

Ein weiteres und sehr viel gewichtigeres Ziel war politischer Natur. Die Verhandlungen zum ersten deutsch-deutschen Verkehrsprojekt versuchte die SED mit einer Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR durch die Bundesrepublik zu verbinden. Ostberlin verfolgte das Ziel eines bilateralen Staatsvertrages, um die Verhandlungen für den Brückenbau zu besiegeln. Doch Kanzler Adenauer<sup>151</sup> ließ sich nur auf eine Vereinbarung zum Bauprojekt ein.<sup>152</sup> In dieser war die formelhafte Umschreibung »Währungsgebiete der DM-West bzw. DM-Ost« für die beiden Vertragsparteien gewählt worden, aus der keine politischen Ableitungen für die DDR möglich waren.<sup>153</sup> Die Brücke wurde zwischen 1964 und 1966 wiederaufgebaut und zusammen mit der Grenzübergangsstelle Hirschberg am 19. Dezember 1966 dem Verkehr übergeben. Als Erster passierte Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz aus Bayern kommend das Bauwerk mit einem Dienst-Mercedes.<sup>154</sup> Auf der Saalebrücke markierte ein weißer Strich über beide Fahrbahnen die Demarkationslinie zwischen der DDR und der Bundesrepublik. An dieser Markierung endete auch der <sup>→G</sup>Grenzstreckenabschnitt der GÜSt Hirschberg.

Der Neubau der GÜSt Hirschberg war ein Pilotprojekt. Erstmalig waren die Anlagen strikt auf Grenzsicherung und effiziente Kontrollabläufe ausgerichtet. Das äußerlich prägende Element war eine Kontrollanlage mit einer großflächigen Dachkonstruktion, unter der 14 Kontrollspuren lagen. Das Personal von Zoll und Passkontrolleinheiten sollte weitgehend unabhängig von der Witterung tätig werden können. Integriert wurden in diesen neuen Typ von Grenzübergangsstelle zwei Dienstgebäude sowie verschiedene <sup>→G</sup>Kontrollgaragen.

---

der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei. Die Arbeitsrichtung I (AR I) der Kriminalpolizei (auch Arbeitsgebiet I (AG I) der Volkspolizei/Abt. Kripo u. der Transportpolizei/Abt. Kripo) arbeitete einerseits eng mit der Staatssicherheit zusammen und wurde andererseits von dieser effektiv überwacht. Die AR I bediente sich wie das MfS inoffizieller Mitarbeiter, führte operative Vorgänge und leistete z. B. verdeckte Beobachtungen, um ideologische Abweichler, Kritiker, Ausreisewillige verfolgen, aber auch Havarien oder kriminelle Delikte (im Falle der Trapo besonders bei der Deutschen Reichsbahn) bearbeiten zu können. Zur Geheimhaltung bestritt das MfS Logistik der AR I, Besoldung oder medizinische Versorgung des Personals der AR I zur Gänze oder in Teilen.

<sup>151</sup> Konrad Adenauer (1876–1967), u. a. 1949–1963 deutscher Bundeskanzler.

<sup>152</sup> Vgl. Kabinettsprotokolle 1963, Protokoll der 102. Kabinettsitzung am 4. Dezember 1963; [https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/10/k/k1963k/kap1\\_2/kap2\\_50/index.html](https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/10/k/k1963k/kap1_2/kap2_50/index.html) (letzter Zugriff: 15.11.2023).

<sup>153</sup> Vgl. Fässler: Der Brückenschlag, S. 981–999.

<sup>154</sup> Heinrich Albertz (1915–1993), Pastor und Politiker der SPD, war 1966/67 Regierender Bürgermeister von Berlin. Zur Eröffnung siehe z. B.: Hinter der Brücke steht eine Mauer des Misstrauens. In: Münchener Merkur v. 20.12.1966, S. 5.

In der neu organisierten Kontrollpraxis wurden aus- und einreisende Fahrzeuge nun auf mehrere Kontrollspuren verteilt. Auf jeder dieser Kontrollspuren unterhielten PKE und der Zoll der DDR eigene Abschnitte. Bei der Einreise erfolgte die Zollkontrolle nach der Passkontrolle, bei der Ausreise erfolgte die Zollkontrolle vor der Passkontrolle. So war <sup>→G</sup>feindwärts sichergestellt, dass das MfS immer den ersten beziehungsweise den letzten operativen Zugriff hatte. Die konzeptionell funktionsfähige GÜSt Hirschberg wurde schließlich zur Blaupause für alle größeren, neu zu errichtenden Grenzübergangsstellen.

Die Autobahn- und Transit-GÜSt Hirschberg musste wegen der stetig wachsenden Inanspruchnahme bis 1989 immer wieder erweitert werden. Im Jahr 1977 wurden in allen Verkehrsrichtungen 1,6 Mio. Fahrzeuge und 3,8 Mio. Personen abgefertigt, Nach einem Ausbau 1986 verfügte die GÜSt bereits über 24 Spuren.<sup>155</sup> Im Jahr 1987 passierten 2,2 Mio. Fahrzeuge und 5,2 Mio. Personen die GÜSt Hirschberg.<sup>156</sup> Im gleichen Jahr begann eine neue Ausbauphase. In den 1980er-Jahren lief rund ein Viertel des Transitverkehrs zwischen dem Bundesgebiet und Westberlin über diesen innerdeutschen Grenzübergang.

An den KPP bzw. GÜSt herrschten bei den Kontrollen ein spezifisches, mitunter angespanntes Klima. Kontrollen konnten bewusst einschüchternd gestaltet werden und die Kontroll-Tiefe konnte teils exzessive Ausmaße annehmen. Am KPP Juchhöh wiesen die Kontrolleure der HPF fast täglich Reisende wegen fehlerhafter oder ungültiger Dokumente zurück. Nach Berichten des MfS beförderten Durchsuchungen der Fahrzeuge faschistische, andere politisch unerwünschte und klerikale Druckerzeugnisse zu Tage, sehr oft fanden sich demnach pornografische Fotos, mitunter auch Schusswaffen und Munition. Diese Dinge wurden eingezogen. Potenzielle Versteckmöglichkeiten für Personen-Schleusungen in Fahrzeugen wurden gegebenenfalls an den KPP Drewitz im Bezirk Potsdam vorgemeldet.<sup>157</sup>

---

<sup>155</sup> Vgl. Grundriss der GÜSt Hirschberg, 1986; BArch, MfS, HA VI Nr. 1514, Bl. 37. Der Plan ist abgedruckt bei Boeger/Catrain (Hg.): Stasi in Thüringen, S. 90–91. Die Fahrspur Nr. 23 der GÜSt wurde als »Lokomotive« bezeichnet. Die Bezeichnung stand für eine besonders gesicherte Durchbruchspur als <sup>→G</sup>Lockspur; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10619, Bl. 23 f.

<sup>156</sup> Vgl. Information über den Stand der Bau- und Rekonstruktionsmaßnahmen im Bereich der Grenzübergangsstelle Hirschberg und sich daraus ergebende Probleme, 28.3.1988; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3734, Bl. 21–36, hier 22.

<sup>157</sup> Vgl. Analyse »Verhinderte Versuche und bekanntgewordene ungesetzliche Grenzübertreite über die Grenzübergangsstellen aller Staatsgrenzen der DDR«, 27.8.1966; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9741, Bd. 9, Bl. 9–16 (Überlieferung ist unvollständig).

Durchsuchungen von Fahrzeugen konnten durchaus intensiv ausfallen, bei großem Andrang von Reisenden fielen mitunter jedoch ganze Kontrollschritte aus, was seitens der Leiter missbilligt wurde. Immer wieder boten wartende Reisende den Kontrolleuren Zigaretten an, was diese als Versuch der Fraternisierung ablehnen mussten; die Anbieter von Zigaretten wurden belehrt und die Sachverhalte schriftlich dokumentiert.<sup>158</sup>

Die PKE fahndete im Rahmen der <sup>→G</sup>Filterierung nach Republikflüchtigen, Fluchthelfern und anderen politischen Gegnern, schöpfte aber bei den Reisenden auch Informationen ab. Das geschah überwiegend in der Form anlassloser oder kaschierter Gespräche und beiläufiger Befragung der Reisenden. Die Befragungen dienten insbesondere dem Zweck, von Transitreisenden Informationen über Personen oder relevante Sachverhalte zu gewinnen. Dabei ging es nicht nur um die Absicherung der Grenze, sondern auch um die Gewinnung von Informationen für andere Dienstseinheiten im MfS, wofür Beobachtungen und Einschätzungen von Reisenden von Interesse waren.<sup>159</sup>

### 4.3 Überwachung des Vorfeldes der GÜSt Hirschberg

Grenzübergangsstellen stellten aus der Sicht der Staatssicherheit Schwachpunkte im System der Abriegelung der DDR dar: Sie konnten vom Westen militärisch angegriffen werden, Ziele für Anschläge und Spionage bilden oder Republikflüchtige konnten hier versuchen, gewaltsam durchzubrechen. Daher hatte das MfS ein gesteigertes Interesse an der laufenden Überwachung des östlichen und westlichen Vorfeldes der GÜSt Hirschberg.

Auf westlicher Seite stand die Kontrollstelle Rudolphstein mit der Bayerischen Grenzpolizei und dem Zoll im Fokus. Alles was hier vorging, war insbesondere für die Abteilung VI/4 der BV Gera von großem Interesse. Nahe dem nur aus wenigen Häusern bestehenden Weiler Lehesten bei Sparnberg

---

<sup>158</sup> Meldefilme und Rapporte 1963 bis 1966; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9322–9347.

<sup>159</sup> So meldete die PKE Hirschberg 1988 im 1. Quartal 1 782, im 2. Quartal 1 853 und im 3. Quartal 2 000 Informationen aus der operativen Filterierung. Nach MfS-Verschriftlichung bezogen diese sich auf Fluchthilfe, ungesetzlichen Grenzübertritt, auf operativ-interessierende Personen und Verbrechen. Darüber hinaus wurden 1988 von der PKE Hirschberg 14 662 Dokumentationen für die Auslandsspionage (HV A) des MfS gefertigt. Vgl. BV Gera: PKE Hirschberg zur Informationstätigkeit, operative Filterierung, 13.10.1988; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10619, Bl. 58.

richtete die BV Gera/Abt. VI/4 nach 1971 einen hoch gelegenen Beobachtungspunkt (B-Punkt) ein. Von hier überblickten die Späher den <sup>→G</sup>Grenzstreckenabschnitt bis zum bundesdeutschen Kontrollpunkt Rudolphstein. Bei klarer Sicht und mit entsprechender Technik konnten auch die Vorgänge auf der sogenannten <sup>→G</sup>Gegen-GÜSt, der bayerischen Kontrollstation, beobachtet werden.

Die BV Gera gewann eine Anwohnerin aus Lehesten als GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit) »Ilona«, die die konspirative Einrichtung fortlaufend beobachten und Personen registrieren sollte, die sich für den Holzbau des Beobachtungspunktes zu sehr interessierten. Für die Absicherung des B-Punktes durch »Ilona« sprach, dass sie von ihrer Wohnung eine gute Sicht auf das Objekt hatte, sich mit Heimarbeit befasste und daher überwiegend zu Hause aufhielt.<sup>160</sup>

Den Bürgern in Lehesten fiel auf, dass zum Beobachtungsbau Kabel verlegt wurden und zwei Fenster nach Bayern ausgerichtet waren, was zu entsprechenden Schlussfolgerungen führte. 1976 brannte der als Stall getarnte Beobachtungspunkt mitsamt darin befindlicher Technik, Fernsehkamera und Telefon ab.<sup>161</sup> Ende der 1980er-Jahre wurde bei Göritz ein hoher Beobachtungsturm aus Stahl errichtet, von dem aus die Vorgänge am bayerischen Kontrollpunkt Rudolphstein beobachtet werden konnten.

Auch auf der Kreis-Ebene war das MfS zur Sicherung der innerdeutschen Grenze aktiv. Eine neue Kategorie von B-Punkten erfanden Major Gottfried Plötzsch, Grenzbeauftragter im Kreis Schleiz, und Oberleutnant Peter Neumann von der Kreisdienststelle (KD) Schleiz.<sup>162</sup>

---

<sup>160</sup> GMS »Ilona« (\*1935); BArch, MfS, BV Gera, AGMS 1425/74.

<sup>161</sup> Vgl. das diesbezügliche Fernschreiben; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3257, Bl. 219.

<sup>162</sup> Nach Auswertung von Informationen, über welche Wege und Ortschaften sich sogenannte Grenzverletzer im Kreis Schleiz in Richtung DDR-Grenze bewegten, legten 1987 Plötzsch (\*1939) und Neumann (\*1954) als Maßnahme fest: »Errichtung von Kanzeln am Rande des Grenzgebietes mit Blickrichtung Hinterland an beherrschenden Höhen und ihre wirkungsvolle Besetzung in den Nachmittagsstunden bis zum Einbrechen der Dunkelheit.« Vgl. Analyse: Angriffe auf Staatsgrenze im Grenzkreis Schleiz 1980–1986, o. D. (ca. 1987); BArch, MfS, BV Gera, sR GS Nr. 53, Bl. 63–69, hier 69. Vgl. auch Kaderakte Peter Neumann; BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 4747. Die MfS-Grenzbeauftragten wurden 1986 eingerichtet und waren in der HA I angesiedelt (HA I/Kommando Grenztruppen/Unterabteilung Grenzsicherheit/Grenzbeauftragte Kreis). Diese leiteten ein selbstständiges Referat Grenzsicherung (sR GS) in MfS-Kreisdienststellen an, das nur in KD mit Territorien an der innerdeutschen Grenze eingerichtet wurde (BV Bezirk XY/KD Grenzkreis YZ/selbstständiges

Zur Überwachung ziviler Aufgabenbereiche der GÜSt versuchte das MfS ebenfalls, geeignete inoffizielle Mitarbeiter (IM) zu gewinnen. Im Jahr 1981 unternahm das MfS den Versuch, in der Wechselstelle der GÜSt Hirschberg eine KassiererIn der Staatsbank als inoffizielle MitarbeiterIn der MfS zu verpflichten.<sup>163</sup> Die Kandidatin im IM-Vorlauf »Ökonom« zeigte allerdings keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Der Versuch wurde eingestellt und der Vorgang archiviert.<sup>164</sup>

Im Jahr 1988 stellte sich die KD Schleiz die Frage, ob der *Mitropa*-Komplex neben der GÜSt in die abwehrmäßige Sicherung einbezogen werden müsse. Der *Mitropa*-Komplex lag <sup>g</sup>freundwärts der GÜSt Hirschberg und nicht in deren <sup>g</sup>Kontrollterritorium. Es wurde entschieden, dass die *Mitropa* formal wie ein Betrieb im Grenzbereich zu behandeln sei. Zur Entlastung der überwachenden KD Schleiz sollte beim Personal darauf geachtet werden, dass in der *Mitropa*-Einrichtung keine Angehörigen von MfS-Mitarbeitern oder der Deutschen Volkspolizei (DVP) beschäftigt wurden. Ziel war, »dass die KD Schleiz nicht unnötig Personen aufklärt, sondern nur noch die, die auch echt [auf der Grenzübergangsstelle] zum Einsatz kommen«. <sup>165</sup>

#### 4.4 Die innere Überwachung der GÜSt Hirschberg mit IM

Neben den Mitarbeitern der PKE bestimmte das Personal des Zolls das Bild der GÜSt. Die Mitarbeiter des DDR-Zolls auf der GÜSt Hirschberg sollten wie ihre Kollegen der PKE Republikfluchten verhindern. Weiterhin hatten sie die Einfuhr unerwünschter Zeitungen, Bücher oder technischer Pro-

---

Referat Grenzsicherheit).

<sup>163</sup> In die operative Absicherung der GÜSt Hirschberg war die KD Schleiz einbezogen. Jede auf der GÜSt eingesetzte Zivilperson, gleich, ob in der Wechselstelle, der Veterinärstelle, ob Bauarbeiter oder Arbeiter des Winterdienstes, wurde vor ihrem Einsatz durch die KD überprüft. Die KD bestätigte oder versagte eine Beschäftigung oder ein »Betreten der GÜST mit vorgelagertem Handlungsraum«. Vgl. BArch, MfS, BV Gera, KD Schleiz ZMA Nr. 3043, Bl. 224.

<sup>164</sup> IM-Vorlauf »Ökonom«; BArch, MfS, BV Gera, X 138/81, Teil I, Bd. 1, Bl. 123. (Zum Jahreswechsel 1989/90 vom MfS noch nicht archivierte, de facto noch aktive IM-Vorgänge, erhielten im Zuge der Sicherung und Erschließung der MfS-Unterlagen der BV Gera keine Archivsignatur, sondern wurden unter der jeweiligen MfS-Registrier-Nummer der Vorgänge archiviert.)

<sup>165</sup> BV Gera: Beratung über *Mitropa*-Komplex und Zivilinstitutionen im freundseitigen Raum der GÜSt Hirschberg, 10.3.1988; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3734, o. Pag. (S. 1–3).

dukte in die DDR zu unterbinden. Da die Zöllner unmittelbaren Kontakt mit den Reisenden hatten, waren sie aus Sicht des MfS laufend feindlichen Einflüssen ausgesetzt. Diesen wollte das MfS entgegenwirken und zugleich Kenntnisse über Stimmungen, Korrumpierbarkeit und Ordnungsverstöße des Zollpersonals erlangen. Zu diesem Zweck setzte die Staatssicherheit verdeckt eigenes Personal und inoffizielle Mitarbeiter ein. Ein an der GÜSt eingesetzter Offizier im besonderen Einsatz (OibE) sollte die Organisation und Aufgabenerfüllung im Grenzzollamt im Sinne des MfS beeinflussen. Die erforderlichen Informationen spielten ihm inoffizielle Mitarbeiter zu.<sup>166</sup> Für die Überwachung des Zolls mithilfe des OibE und seinem IM-Netzwerk war die Abteilung VI/3 der BV Gera zuständig.

Die Werbung der IM und der IMK (Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens) oblag klassisch nicht dem OibE, diese wurden ihm von seinem Führungsoffizier für den Einsatz übergeben.<sup>167</sup>

Als zentrale Überwachungsaufgabe an der GÜSt definierte das MfS: »Die Sicherung und Durchdringung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche erfasst den Komplex der GÜSt Hirschberg mit den Angehörigen der Zollverwaltung und Zivilinstitutionen.«<sup>168</sup> Im Mittelpunkt stand die Gewährleistung einer inneren Sicherheit und Ordnung im Bereich des Grenzzollamts und der zivilen Einrichtungen der Grenzübergangsstelle. Die Überwachung

---

<sup>166</sup> OibE waren hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, die u. a. auf strategisch einflussreichen Positionen beispielsweise in Verwaltungen, Dienststellen oder staatlichen Betrieben der DDR eingesetzt wurden. Bestimmte institutionelle Positionen wurden planmäßig mit OibE besetzt. Die MfS-Anbindung sollte in der Einsatz-Institution unerkannt bleiben. Gesteuert wurden OibE von höher-rangigen MfS-Mitarbeitern. In der DDR-Zollverwaltung waren OibE nicht selten, auch der Leiter der DDR-Zollverwaltung war OibE. Vgl. u. a. MfS-Lexikon, S. 251.

<sup>167</sup> IM durften nur ausgewiesene Mitarbeiter des MfS aus sogenannten operativ tätigen MfS-Dienststeinheiten (darunter fielen z. B. auch die HA VI und BV/Abt. VI) anwerben und führen. Die Führung etablierter IM konnte auch an besonders geschulte (hauptamtliche) IM zur Führung anderer IM (FIM – Inoffizieller Mitarbeiter mit Führungsaufgaben/HFIM – Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter mit Führungsaufgaben) übertragen werden. Im vorliegenden Fall nahm ein OibE die Stelle eines HFIM ein. Die Konstruktion eines so geführten IM-Netztes wählte das MfS, wenn die Lebensumstände der IM das regelmäßige Anlaufen eines IM-führenden MfS-Mitarbeiters als nicht lebensnah zuließen und damit dekonspirierend gewirkt hätten. Zur Beauftragung der IM instruierte der Führungsoffizier den OibE und nahm auch die Arbeitsergebnisse der IM vom OibE entgegen. Vgl. u. a. MfS-Lexikon, S. 96.

<sup>168</sup> BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6073, Bl. 14.

konzentrierte sich dabei auf die Personen und Bereiche, die nach Einschätzung der Abteilung VI der BV Gera am stärksten den gegnerischen Einflüssen unterlagen. Ende der 1980er-Jahre notierte Hauptmann Wetzel, ein IM-führender Mitarbeiter der BV Gera: »Die inoffizielle Basis im Sicherheitsbereich der Abwehrarbeit im Bereich der Zollverwaltung und Zivilinstitutionen ist ausreichend.«<sup>169</sup> Das IM-System wurde vom OibE »Thomas« geführt, der als Offizier des Zolls eine Doppel- beziehungsweise als HFIM sogar eine Dreifachrolle übernahm.<sup>170</sup> Nach Einschätzung von Hauptmann Wetzel hatte sich das IM-Netz binnen 16 Jahren weiterentwickelt und vervollkommen. Die Zusammensetzung des Systems wie auch das Verbindungssystem bewertete Wetzel als stabil. Die Treffdurchführung im System »Thomas« erfolgte weitgehend außerhalb des GZA an dafür vorgesehenen Treff-Orten, meist in konspirativen Wohnungen (IMK/KW) gelegentlich auch in den Dienstzimmern der GMS/IM auf der GÜSt.

GMS, IM, IMK mit Decknamen	Einsatz, Funktion im GZA, sonstige Funktion	Registrier-Nummer
GMS »Hans«	Aktion <sup>→G</sup> »Bitumen VI«	X 704/86
GMS »Hartmut«	IV. Zug	X 2143/81
GMS »Kurt«	Wohn- u. Freizeitbereich	X 2135/81
GMS »Peter Krause«	Stab	X 2145/81
GMS »Seppl«	Aktion »Bitumen VI«	X 487/86
GMS »Techniker«	Stab	X 2144/81
IMK/KW »Aula«	durch IMK bereitgestellt	X 50/69
IMK/KW »Bande«	durch IMK bereitgestellt	X 410/79
IMK/KW »Hain«	Treff-Ort ohne IMK	X 336/ 80
IMK/KW »Heiko«	durch IMK bereitgestellt	X 491/71

<sup>169</sup> Hptm. Roland Wetzel (\*1949), war operativer Mitarbeiter der BV Gera/Abt. VI/Referat 3; vgl. Kadermaterial der BV Gera; BArch, MfS, BV Gera, VSH Abt. KuSch; KuSch KK NSW-Kontakte; Laufzettel, Verfügungen. BV Gera: Handschriftlicher Aktenvermerk von Hptm. R. Wetzel, o. D.; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6073, Bl. 16.

<sup>170</sup> OibE »Thomas« (Reg.-Nr. X 211/87) war identisch mit MfS-Ltn. Klaus Grimm (\*1956). Vgl. dazu Einsatz als OibE, 11.12.1984; BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 9437, Bl. 83.



GMS, IM, IMK mit Decknamen	Einsatz, Funktion im GZA, sonstige Funktion	Registrier-Nummer
IMK/KW »Herberge«	durch IMK bereitgestellt	X 1279/88
IMK/KW »Klaus«	durch IMK bereitgestellt	X 581/76
IMK/KW »Vertrag«	Treff-Ort ohne IMK	X 716/77
IMK/KW »Waldeck«	Treff-Ort ohne IMK	X 142/81
IMS »A. Möckel«	III. Zug	X 29/72
IMS »Brenz«	II. Zug, Stv. Sekretär der APO	X 31/72
IMS »Dieter Klein«	IV. Zug	X 475/68
IMS »Dieter Steuber«	I. Zug	X 41/78
IMS »Egon Schulz«	I. Zug	XIV 234/80
IMS »Erika«	k. A.	XV 1038/64
IMS »Erwin Wolf«	k. A.	X 219/71
IMS »Frank Hammer«	I. Zug	X 865/85
IMS »Frank Körner«	Aktion »Bitumen VI«	VIII 784/84
IMS »Frank Schulz«	II. Zug	XVIII 389/79
IMS »H. Meier«	II. Zug	X 94/79
IMS »Hans Leuchte«	Wohn- u. Freizeitbereich	X 586/77
IMS »Heinz«	III. Zug	X 43/74
IMS »Karin Baier«	k. A.	X 262/72
IMS »Kurt Koch«	Stab	X 1343/81
IMS »Maik«	II. Zug	X 297/85
IMS »Molle«	III. Zug, Stv. Sekretär der APO	X 25/72
IMS »Peter«	II. Zug	X 296/85
IMS »Reinhold«	I. Zug, APO-Sekretär	X 551/70
IMS »Renate«	k. A.	k. A.
IMS »Rudolf«	IV. Zug	X 179/75

GMS, IM, IMK mit Decknamen	Einsatz, Funktion im GZA, sonstige Funktion	Registrier-Nummer
IMS »Schleifer«	II. Zug	X 55/87
IMS »Stephan«	IV. Zug, APO-Sekretär	X 876/56
IMS »Uwe Ströbl«	III. Zug	X 379/84

Tabelle 1: Das IM-System des OibE »Thomas«<sup>171</sup>

Das IM-System von »Thomas« lieferte unter anderem Informationen über die Stimmung unter den Zollangehörigen, das Verhalten der dienstlich Vorgesetzten sowie über verschiedene Aspekte der Sicherheit und Ordnung. IMS »Alexander Möckel« etwa berichtete OibE »Thomas«, dass von Transitreisenden legal mitgeführte Waffen unzureichend auf die im Lauf oder Magazin befindliche Munition kontrolliert wurden. Der für die Überprüfung vorgesehene Sandbehälter diene als Abfallbehälter. Auch kritisierte IM »Alexander Möckel«, dass viele Genossen der Meinung waren, ihre Aufgabe am GZA bestünde im »Winken« – gemeint war das Heranwinken wartender Transitfahrzeuge zur Kontrolle und im »Schaffen von Durchlauf«. Beanstandungen seien Nebensache und würden selten getroffen. GMS »Hartmut« stellte fest, dass es keinen sicheren Umgang mit Dokumenten und Weisungen des Zolls gab. Die Unterlagen wurden ohne Vermerk den Mappen entnommen und verschwanden dann bei den Zollangehörigen. Die Beobachtung konnte OibE »Thomas« während eines Zoll-Lehrgangs aus eigener Erfahrung bestätigen.

<sup>171</sup> Vgl. MfS-Analyse zur inoffiziellen Besetzung in den Dienstkollektiven sowie notwendige perspektivische Veränderungen im GZA, 1.2.1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 6073, Bl. 59 f. Die Tabelle zum IM-System wurde aus handschriftlichen Aufzeichnungen von Hptm. R. Wetzel entwickelt. Vgl. Karteikarten mit Liste der Zollangehörigen im GZA Hirschberg, o.D.; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3342, Bl. 1–6. Die konspirative Wohnung (KW) steht für einen Treff-Ort des MfS, der durch einen inoffiziellen Mitarbeiter mit Aufgabenstellungen zur Konspiration (IMK) in seinem privaten oder dienstlichen Zugriffsbereich für die Instruktionstreffen von Führungsoffizier/FIM und IM vorgehalten wurde. In anderen Fällen besaß der Führungsoffizier/FIM direkten Zugriff auf geeignete Treff-Orte und benötigte keinen IMK. Der OibE »Thomas« traf verschiedene GMS/IMS auch in deren Dienstzimmern und nutzte dann keine KW. Die KW »Hain« diente nur für Treffen zwischen dem OibE und seinem Führungsoffizier oder dem Referatsleiter; BV Gera: Bestand IMK/KW (handschriftl. Aufzeichnung), o. D.; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6073, Bl. 28.

Immer wieder monierte IMS »Dieter Steuber« Verstöße gegen die Weisung, wonach der Hinterlegungsraum nur gemeinsam von mindestens zwei Zollangehörigen zu betreten sei. Als ein hinterlegtes Spielzeugauto mit Funksteuerung an einen DDR-Besucher bei dessen Ausreise wieder herausgegeben wurde, beschwerte sich dieser über den Zustand der Hinterlegungssache. IM »Dieter Steuber« hatte zuvor einen Genossen gesehen, der den Raum betreten hatte und vermutlich mit dem Auto gespielt hatte. Der Führungsoffizier verdächtigte IMS »Alexander Möckel«, was belegt, dass auch IM zu schlechter Disziplin und Dienstdurchführung beitrugen. Später wurden mehrfach Verpackungs-Plomben hinterlegter Gegenstände entfernt, insbesondere an Videotechnik. Der Zustand dieser Geräte deutete darauf hin, dass mit der Technik im Hinterlegungsraum hantiert wurde.

Eine andere Festlegung, nach der der Gruppenführer den Raum nach dem Verlassen petschieren musste, wurde nicht durchgesetzt. IMS »Molle« wusste zu berichten, dass die Sicherheit bei eingezogenen Druckerzeugnissen nicht beachtet wurde. Diese lagen während der gesamten Schicht über offen beim Kommandeur vom Dienst herum, da nur der Zugführer über einen Schlüssel für den dafür vorgesehenen Einlagerungs-Panzerschrank verfügte. IMS »Egon Schulze« beobachtete, dass der Parteisekretär in keiner Weise Parteiarbeit leistete, auch der ordnende Einfluss der Zollamtsleitung fehlte.<sup>172</sup>

Die Berichte und Beobachtungen der IM führten durchaus zu Konsequenzen. Aus der Berichterstattung über die Zollangehörigen entwickelte die BV Gera die operativen Personenkontrollen »Dürre«, »Mediziner« oder »Mauersberger«.<sup>173</sup> Dabei ging es mal um Westkontakte einer nahen Ver-

---

<sup>172</sup> Bericht IMS »Alexander Möckel«, 4.10.1985; BArch, MfS, BV Gera Abt. VI Nr. 3015, Teilband 1 von 2, Bl. 60. Bericht IMS »Alexander Möckel«; ebenda, Bl. 62. Bericht GMS »Hartmut«, 20.12.1985; ebenda, Bl. 80. Bericht IMS »Dieter Steuber«, 21.11.1985; ebenda, Bl. 72. Berichte IMS »Dieter Steuber«, 23.12.1985 u. 3.6.1986; ebenda, Bl. 83 u. 131. Bericht IMS »Molle«, 17.6.1985; ebenda, Bl. 148. Bericht IMS »Egon Schulze«, 28.7.1986; ebenda Bl. 150. Petschieren ist die Sicherung eines Raumes, Schanks oder Behältnisses vor unbefugtem Zugriff. Dazu wird ein Faden oder eine Kette durch Siegelstellen geführt, so dass beim Öffnen das Siegel bricht. Die Siegelstellen aus Wachs wurden hier durch den Eindruck eines nummerierten Siegelstempels (Petschaft) gesichert.

<sup>173</sup> Vgl. Berichte von OibE »Thomas«; BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 8603, u. a. Bl. 220 u. 247. Die operative Personenkontrolle war eine geheimpolizeiliche Aktivität des MfS, die in einem Regelwerk gefasst war. Die OPK-Richtlinie des MfS wurde 1981 erneuert und löste eine Vorgängerrichtlinie aus dem Jahr 1971 ab. Die OPK war ein Hilfsmittel zur Klärung der geheimpolizeilichen »Wer-ist-wer-Frage«, der Frage danach, wer ist Freund, wer ist Feind. Ausgerichtet wurde die Kontrolle als aktiv vorbeugende Maßnahme insbesondere auf Personen in

wandten eines Zöllners oder um das Schauen von Westfernsehen. Als eine Zielstellung für das IM-System von »Thomas« notierte Hauptmann Wetzels in der BV Gera, »das Objekt [GZA Hirschberg] von labilen und negativen Kräften zu säubern und zu schützen«. <sup>174</sup>

Die Überwachung des Personals der GÜSt durch das MfS war keine Erscheinung der 1980er-Jahre. Schon im Dezember 1971 gelang es Oltn. Roland Funke von der der BV Gera/Abt. VI, einen Zollkontrolleur im Bereich Güterverkehr auf der Basis politischer Überzeugung als IMS »Reinhold« zu werben. <sup>175</sup> Ziel war die Überwachung der Zöllner des GZA Hirschberg und die Klärung der Frage »Wer ist wer?« im Dienst- und Freizeitbereich. IM »Reinhold« galt als sehr zuverlässig, erschien zu den Treffs durchweg gut vorbereitet und berichtete umfassend. Besonders im Blick hatte IM »Reinhold« dienstliche Vergehen und Unachtsamkeiten, auffällige Kontakte der Kollegen zu den Lkw-Fahrern, persönlich motivierte Schikanen gegenüber den Transitnutzern oder auch bauliche Besonderheiten an den Lkw. Auch den Umgang mit Diensthunden, mit denen gemäß Transitabkommen von 1972 Verdachtskontrollen durchgeführt werden konnten, berücksichtigte er in seiner Berichterstattung.

In den 1980er-Jahren bedurfte es bei den Pkw-Kontrollen kaum noch eines Diensthundeeinsatzes. Die HA VI, Abteilung Technologie und Arbeitsorganisation, stellte 1981 die Effektivität von Diensthunden dem »Mittel <sup>g</sup>Technik VII« gegenüber. Eine Kontrolle mit Hilfe eines Hundes dauerte etwa 30 Minuten, das Mittel Technik VII zeigte nach 5 bis 8 Minuten ein Ergebnis. <sup>176</sup> Die Führungsoffiziere von IM »Reinhold«, später dann die OibE »Gerd Seifert« <sup>177</sup> und »Thomas«, zeigten sich überaus zufrieden mit den Ergebnissen

---

sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen. Als bedrohlich galt insbesondere eine Verführung durch den politischen Gegner. Die OPK-Richtlinie Nr. 1/81 ist abgedruckt in Engelmann/Joestel: Grundsatzdokumente, S. 362-383.

<sup>174</sup> BV Gera: Handschriftlicher Aktenvermerk von Hptm. R. Wetzels, o. D.; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6073, Bl. 31.

<sup>175</sup> Roland Funke (\*1937), war von 1960 bis 1962 operativer Mitarbeiter in der KD Schleiz, kam dann in die BV Gera/Abt. VI; BArch, MfS, BV Gera, KKK Roland Funke. BArch, MfS, BV Gera Vorgangsheft Nr. 435. IMS »Reinhold« (\*1942); BArch, MfS, BV Gera, X 551/70.

<sup>176</sup> Technik VII stand für Erschütterungssensoren, die ab 1977 als handliche Geräte eingesetzt wurden; BArch, MfS, HA VI Nr. 124, Bl. 176-193. HA VI: Einschätzung der Wirksamkeit und Effektivität des Diensthundeeinsatzes bei Verdachtskontrollen an Pkw im spezifischen Transitverkehr, 17.8.1981; BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 104 f.

<sup>177</sup> OibE »Gerd Seifert« (\*1949); BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10382 u. 10892. Kaderakte Stephan Seidel; BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 9437.

und überreichten IM »Reinhold« regelmäßig Geldprämien zwischen 50 und 300 Mark, die sich bis 1989 auf rund 7 000 Mark summierten. Schon 1974 ehrte das MfS den IM mit der Medaille »Für vorbildlichen Grenzdienst« und am 7. Oktober 1979 mit der »Verdienstmedaille der NVA« in Bronze.<sup>178</sup>

#### 4.5 Die Verkehrsgruppen Transit der Deutschen Volkspolizei

Für eine durchgängige Überwachung der Transitstrecken und des Transitverkehrs fehlte es der Staatssicherheit an personellen Voraussetzungen. Die für derartige Überwachungen zuständige Linie VIII des MfS konzentrierte sich auf nur wenige Schwerpunkte. Das Tagesgeschäft der Überwachung lag hauptsächlich bei den Verkehrsgruppen Transit der Deutschen Volkspolizei (VKG/T DVP) und bei der Abteilung Transitüberwachung der DDR-Zollverwaltung. Die Staatssicherheit instruierte und koordinierte die Überwachungsleistung beider Institutionen und sicherte sich deren Überwachungsergebnisse.<sup>179</sup>

Eine besondere Aufgabe hatte der Volkspolizei-Gruppenposten/Grenze (VPGP/G) bei der Vorfeld-Sicherung der GÜSt. Die Kontrolle der Transitautobahn wurde mit Befehl Nr. 12/72 des Ministeriums des Innern den Bezirksbehörden der Volkspolizei übertragen.<sup>180</sup> Die Aufgabenübertragung an die Volkspolizei war eine Folge des Transitabkommens zwischen der Bundesrepublik und der DDR, das 1972 in Kraft trat. Aus Sicht der BdVP Gera war die Lage auf der Transitstrecke von einem vielfältigen »Missbrauch der vertraglichen Regelungen des Transitabkommens« gekennzeichnet.<sup>181</sup> Der Volkspolizei oblag neben den Aufgaben der Verkehrsüberwachung gemäß der

---

<sup>178</sup> MfS-Befehl Nr. K 462/75 v. 8.2.1975 u. MfS-Befehl Nr. K 3928/79 v. 7.10.1979; BArch, MfS, BV Gera, X 551/70, T. I/1, Bl. 97 und 126.

<sup>179</sup> Auf der ministeriellen Ebene des MfS lag die Koordinierung der Transitüberwachung Straße bei der HA VIII/Abt. 4. Siehe Wiedmann/Erdmann: Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, S. 249. Die Abteilung III Transitüberwachung und Beobachtung in der DDR-Zollverwaltung wurde ab 1972 aufgebaut. Die Struktur der DDR-Zollverwaltung 1989 enthält z. B. Suwalski: Die Entwicklung der Zollverwaltung der DDR, S. 588.

<sup>180</sup> Vgl. Befehl Nr. 12/72 des MdI v. 3.6.1972 sowie Durchführungsanweisungen über Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Transitverkehr ziviler Personen und Güter auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) durch das Gebiet der DDR, 1972; BArch, MfS, AG XVII Nr. 3261.

<sup>181</sup> BArch, MfS, BV Gera, Abt. VII Nr. 416, Bl. 35.

Kontrollpunktordnung-Autobahn besonders, »Versuche des ungesetzlichen Grenzübertritts und des Eindringens in das Grenzgebiet sowie andere gegen die Sicherheit an der Staatsgrenze gerichtete Handlungen rechtzeitig zu erkennen und wirksam zu verhindern.«<sup>182</sup> Exakt festgelegte Streifenfahrten der Volkspolizei auf den letzten Autobahnkilometern vor dem Grenzübergang über Parkplätze und Raststätten dienten der offensichtlichen Kontrolle von Fahrzeugen und Personen.

In der Streifenordnung des Volkspolizeikreisamtes (VPKA) Schleiz war die Aufgabenstellung definiert. An erster Stelle standen

»Verhinderung, Feststellung und Aufdeckung von:

- Angriffen auf die Staatsgrenze,
- kriminellem Menschenhandel,
- Aufnahme/Absetzen von Personen,
- unberechtigtem Verlassen der Transitstraßen,
- Einhaltung der Bestimmungen durchgehender KOM,
- Verbreitung/Aufnahme von Materialien sowie Warenübergaben,
- Provokationen, Schmierereien u. a. Straftaten oder Rechtsverletzungen.«<sup>183</sup>

Die Hauptabteilung VIII des MfS entwickelte 1982 »Methodische Hinweise« für die Verkehrspolizei in Form von Broschüren, die den Volkspolizisten zugleich Hinweise für taktisches Verhalten gaben.<sup>184</sup> Die Broschüren wurden in durchnummerierten Exemplaren herausgegeben. Die Vorbereitung einer Flucht über die Staatsgrenze sollte die Volkspolizei anhand von »Anhaltspunkten« ausmachen können, wenn etwa Adressenmaterial von Kontaktpersonen, Gasflaschen und Brenner, Fachliteratur über Flugwesen oder Tauchgeräte, Konserven, Stoffe oder auch Decken im Auto zu sehen waren. Auch die äußere Erscheinung sollte demnach einen »Täter« verraten: etwa Übermüdung, ein ungepflegtes Aussehen oder eine unübliche Bekleidung.<sup>185</sup>

In der Kontroll-Praxis konnte das MfS auch auf raffiniert durchdachte Strategien stoßen. Im Jahr 1985 fiel Mitarbeitern der Abteilung VIII des MfS eine DDR-Familie auf der Transitstrecke auf, die sich mit einer bundesdeut-

---

<sup>182</sup> BArch, MfS, BV Gera, BdL Nr. 1911, Bl. 5.

<sup>183</sup> DVP: Streifenordnung, o. D. (vermutl. 1989); BArch, MfS, BV Gera, Abt. VII Nr. 323, Bl. 1–10, hier Bl. 4.

<sup>184</sup> Methodische Hinweise für die Durchführung von Kontrollen der Fahrzeuge und Fahrzeuginsassen im Transitverkehr und das taktische Verhalten der Kräfte (Handreichung des MdI für die Straßenverkehrsaufsicht, Verkehrspolizei); BArch, MfS, BV Gera Abt. VII Nr. 416, Bl. 32.

<sup>185</sup> Vgl. Streifenordnung (für Stadtroda); BArch, MfS, BV Gera, Abt. VII Nr. 416, Bl. 1–26, hier 5.

schen Familie traf. Die beiden Ehefrauen trugen identische Bekleidung und Frisuren und wechselten kurzzeitig die Fahrzeuge. Das MfS vermutete den Test »einer Schleusung auf dem Prinzip der Ähnlichkeit«.<sup>186</sup>

Im letzten Abschnitt der Autobahn vor der Grenzübergangsstelle Hirschberg richtete die Volkspolizei Kontrollpunkte ein. Besetzt wurden diese Kontrollpunkte von gesonderten Volkspolizei-Gruppenposten/Grenze. Die Kontrollpunkte waren in ihrer Bedeutung und ihren Kompetenzen abgestufte Einrichtungen, die teilweise mit Schranken und Ampelanlagen ausgestattet waren: Der Sicherungsposten I (S I) war durchgängig besetzt und überwachte den gesamten Verkehr. Der Sicherungsposten II (S II) wurde bei Bedarf, etwa bei starkem Verkehr oder bei Hinweisen auf ein drohendes gewaltsames Durchfahren der Kontrolle besetzt. Der Kontrollposten 1 (P 1) war durchgängig besetzt und kontrollierte bei Auffälligkeiten Fahrzeuginsassen und deren Papiere. Der Kontrollposten 2 (P 2) war ebenfalls durchgängig besetzt und kontrollierte im grenzüberschreitenden Verkehr alle Fahrzeuginsassen und Papiere; der Kontrollposten 3 (P 3) wurde bei Bedarf auf der Fahrspur aus dem Grenzgebiet besetzt, um ausgewählte Fahrzeuginsassen zu kontrollieren.<sup>187</sup>

Die Kontrollposten arbeiteten eng mit den PKE und dem GZA der Grenzübergangsstelle zusammen. Bei Vorkommnissen nahm der Leiter des VP-Kontrollpunktes direkt mit dem <sup>→G</sup>Kommandanten der GÜSt Hirschberg Kontakt auf. Dazu waren die Kontrollpunkte mit Alarm- und Wechselsprechtechnik zur Grenzübergangsstelle ausgerüstet. Die VP-Angehörigen waren bewaffnet und in besonderen Lagesituationen mit Maschinenpistolen ausgestattet. Bei unkontrollierter oder gewaltsamer Durchfahrt war laut Kontrollpunktordnung die Schusswaffe anzuwenden.<sup>188</sup>

Spätestens ab Oktober 1988 fanden monatlich »Beratungen des Zusammenwirkens« mit dem Leiter der PKE, der VPKA, dem Kommandanten der GÜSt, dem Leiter des Grenzzollamts, dem Grenzbeauftragten des MfS und dem Grenztruppen-Kommandeur II/GR 10 statt. Ziel der Beratungen war es, die Wirkung des der GÜSt Hirschberg vorgelagerten VP-Kontrollpunktes Blintendorf zu optimieren.<sup>189</sup> Die perfide Wirksamkeit des Systems belegen

---

<sup>186</sup> BV Gera: Eröffnungsbericht zum OV »Marmor«, 29.6.1987; BArch, MfS, BV Gera, X 641/87, o. Pag. (Bl. 1–3).

<sup>187</sup> Siehe dazu Mdl-Ordnung Nr. 169/86 über die Aufgaben und Organisation des Dienstes der Volkspolizei-Gruppenposten/Grenze (Gruppenpostenordnung/Grenze) v. 16.5.1986; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 11805.

<sup>188</sup> Kontrollpunktordnung/Autobahn des Mdl v. 16.5.1986; BArch, MfS, BV Gera, BdL Nr. 1911, Bl. 1–33, hier Bl. 7, 10 u. 21.

<sup>189</sup> Vgl. Vereinbarung des Zusammenwirkens zwischen der PKE Hirschberg und dem

Durchbruchversuche, die spätestens an der GÜSt Hirschberg endgültig vereitelt wurden. Tödliche Folgen für die Beteiligten eines Fluchtversuches wurden dabei einkalkuliert.<sup>190</sup>

In den frühen Jahren der Transitweg-Überwachung versuchten verschiedene Angehörige der DVP den Kampf gegen den reisenden Feind aus dem Westen mit eigenen Vorteilen zu verbinden. Ein Vorgang von 1962 zeigt, in welchem Ausmaß VP-Dienststellen selbst »Ausgangspunkte für die Organisation von Feindtätigkeit« werden konnten.<sup>191</sup> Die Transitstrecke führte in den 1960er-Jahren abschnittsweise noch über Landstraßen und wurde von Binsenfleck (Gefell) und Heinrichsruh (bei Schleiz) aus überwacht. Der Kontrollpunkt Binsenfleck war dem VPKA Schleiz unterstellt, das Volkspolizei-Kommando Heinrichsruh der BdVP Gera. Die an den Innenminister der DDR Karl Maron gerichtete Beschwerde eines Westberliners über ständige Betteleien durch die Volkspolizei setzte eine Untersuchung in Gang, welche zunächst ergebnislos verlief. Als am 16. September 1962 zwei Kontrollkräfte der Volkspolizei Binsenfleck dabei ertappt wurden, als sie von einem Westfahrer ihrerseits bestellte Lebensmittel in Empfang nahmen, untersuchte das MfS den Vorgang. Es deckte in zahlreichen Fällen auf, wie sich VP-Angehörige in den Besitz von westlichen Lebens- und Genussmitteln brachten. Mal wurde ohne dienstlichen Anlass kontrolliert, mal wurden direkt Bestellungen an Westbürger aufgegeben. Selten wurden die Transitreisenden selbst aktiv, um Kontrollen zu verhindern. Es wurden in DM-West erhobene Strafgeelder unterschlagen oder verunglückte Westfahrzeuge geplündert. Die Untersuchung zeigte, dass es sich keineswegs um eine lokale Entgleisung an der Transitstrecke handelte. Transitreisende gaben an, dass »sie bereits von den Weißenfelsern ausgenommen wurden oder bereits an der Elbebrücke ihre Zigaretten weggegeben haben«.<sup>192</sup> Das Kommando Heinrichsruh wurde am 19. Oktober 1962 aufgelöst, 20 Volkspolizisten fristlos entlassen, 48 frist-

---

der GÜSt vorgelagerten VP-Kontrollpunkt/Autobahn Blintendorf, 22.10.1988; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9923, Bl. 2–6.

<sup>190</sup> Davon zeugen z. B. Alarmauslösung VP-Kontrollpunkt v. 9.4.1989, Information der HA VI des MfS über einen verhinderten Grenzdurchbruch am VP-Kontrollpunkt am 20.3.1989, Fernschreiben der PKE Hirschberg über den Durchbruchversuch am VP-Kontrollpunkt; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9923, Bl. 34–36 und 50.

<sup>191</sup> Stand der Untersuchungen gegen ehemalige VP-Angehörige des VP-Kommandos Heinrichsruh (BdVP Gera) und des Kontrollpunktes Binsenfleck (VPKA Schleiz) wegen strafbarer Handlungen und Disziplinarverstöße; BArch, MfS, BV Gera, AIG Nr. 685, Bl. 1–6, hier 2.

<sup>192</sup> Ebenda, Bl. 3.



gemäß entlassen und 24 versetzt. Drei VP-Angehörige vom KP Binsenfleck wurden verhaftet, sieben mit Arrest bestraft, drei fristlos, einer fristgemäß entlassen. Der Leiter des VPKA Schleiz wurde abgelöst.

#### 4.6 Sanierung von Transitautobahn und GÜSt Hirschberg ab 1985

Anfang der 1980er-Jahre waren die einstigen Neubauten der GÜSt Hirschberg wieder ein Sanierungsfall. Wegen des immens angestiegenen Verkehrsaufkommens waren zudem eine Erweiterung der GÜSt und eine grundlegende Überholung der Autobahn unumgänglich. Derart umfängliche Baumaßnahmen überforderten die Möglichkeiten der DDR-Planwirtschaft. Die Bundesrepublik hatte großes Interesse an sicheren und leistungsfähigen Transitverbindungen zwischen dem Bundesgebiet und Westberlin und ebnete schließlich mit finanzieller Unterstützung den Weg zur Bauaufnahme.

Am 15. August 1985 vereinbarten das Bundesverkehrsministerium und das Ministerium für Verkehrswesen der DDR die Erneuerung der Transitautobahn. Zwischen Triptis und Hirschberg sollten 41 Kilometer Autobahn beidseitig sowie 47 Brücken saniert oder erneuert werden, darunter auch die Saalebrücke, die diesmal bundesdeutsche Firmen überholen sollten. Die DDR-Autobahn sollte zudem mit Schutzplanken und Notrufsäulen ausgestattet werden. Die GÜSt Hirschberg wurde mit einer flächenmäßigen Erweiterung in die Bauplanung einbezogen. Bis 1988 sollten alle Baumaßnahmen abgeschlossen sein. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich mit einem Festpreis von 148 Millionen DM am Projekt.<sup>193</sup>

Eine gesonderte Absicherung der Grenzübergangsstelle und eine angepasste Organisation der Kontrolltätigkeit während der umfangreichen Bauarbeiten waren aus Sicht der DDR unumgänglich und führten im Juli 1986 zu einem Treffen von Vertretern der maßgeblichen Organe: Oberst Trübenbach (→<sup>G</sup>Kommandant der GÜSt Hirschberg, Grenztruppen), Major Beyer (Leiter der Abteilung VI der BV Gera des MfS), Oberstleutnant Peterhänsel (Leiter PKE der GÜSt Hirschberg), Major Siegert (Stellv. Leiter der PKE), Zollrat Gottlich (Leiter Abteilung Operativ der BV Erfurt der Zollverwaltung), Zollrat Bohms (Leiter Grenzzollamt Hirschberg) und Zollunterkommissar Schwanengel (Stellv. Operativ des GZA).<sup>194</sup>

---

<sup>193</sup> Siehe Vereinbarung mit der DDR über Verbesserungen im Transitverkehr. In: Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe 3, Bd. 3, S. 394–402. »Bitumen VI«, Schriftwechsel BRD-DDR; BArch, MfS, ZOS Nr. 3411, Bl. 3–19.

<sup>194</sup> Zum beteiligten Personal: Major Jürgen Siegert (\*1943) sollte als 2. Stellver-

Parallel dazu bereitete das MfS die politisch-operative Sicherung des Bauvorhabens unter der Deckbezeichnung <sup>7c</sup>»Bitumen VI« vor. Die Operativgruppe »Bitumen VI« der BV Gera des MfS stand unter der Leitung von Oberst Horst Seidel und quartierte sich im November 1985 in der Kreisdienststelle Schleiz ein.<sup>195</sup> In Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung I des MfS und den Grenztruppen wurden die personelle Absicherung der Grenze verstärkt, wöchentliche Bauberatungen beim Kommandanten der GÜSt Hirschberg durchgeführt und Arbeitskräfte auf ihre politische Eignung hin überprüft.

Im Jahr 1986 überprüfte das MfS 1 797 Arbeiter und Projektanten, von denen 298 für den Baustelleneinsatz abgelehnt wurden. Die häufigsten Ablehnungsgründe waren unklare familiäre Verhältnisse, aktive Verbindungen ins »nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet« oder Verdachtsgründe gemäß § 213 Strafgesetzbuch der DDR, also Verdacht auf Fluchtabsichten. Als besonders problematisch wurden Einsätze in der »Bauzone 1«, <sup>7c</sup>feindwärts der Kfz-Sperre, angesehen. Die dafür bestätigten 154 Arbeiter und Leitungskader hätten Kenntnisse zum Regime der Grenzübergangsstelle erlangen und ausnutzen können.

Bei der Überwachung spielte der Einsatz von IM und GMS der Staatsicherheit eine zentrale Rolle: sieben IM/GMS sicherten die Arbeitskräfte im Bereich der Grenzübergangsstelle, vier IM/GMS den termin- und qua-

---

treter des PKE-Leiters vermutlich die Kontrollpraxis anpassen; BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 6264 und Nr. 7548. Zollrat Wolfgang Bohms (\*1940), 1973 als GMS »Rolf« geworben. Bohms war für das MfS eine Schlüsselquelle in Richtung Zoll-Abwehr. Allerdings stellte die BV Gera/Abt. VI/Ref. 3 wiederholt fest, dass Bohms bedeutsame Informationen und Disziplinarverstöße seines Personals gegenüber dem MfS verschwie. Die inoffizielle Zusammenarbeit galt im Mai 1989 als uneffektiv und nicht zweckmäßig; BArch, MfS, BV Gera, AGMS 536/89 C. GMS »Rolf«; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6073, Bl. 59. BArch, MfS, BV Gera, AIM 1735/67. ZUK Matthias Schwanengel (\*1955) war als IMS »Horst Heinrich« tätig; BArch, MfS, BV Gera, AOPK 1081/81. BArch, MfS, BV Gera, X 572/77. Den Sachverhalt spiegelt das MfS-Protokoll vom 4.7.1986 über die gemeinsame Beratung mit dem GZA Hirschberg zur Gestaltung der Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs unter den Bedingungen der Bau- und Rekonstruktionsarbeiten (1. Baulos), 7.7.1986; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3341, Bl. 126 f.

<sup>195</sup> Oberst Horst-Jürgen Seidel (\*1940), war 1. Stellvertreter von Generalmajor Dieter Dangriß, dem Leiter der MfS-BV Gera; BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 4514 u. KuSch Nr. 5974 sowie KuSch ZMA Nr. 1438. BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Fo 9164. Vgl. Maßnahmeplan zur politisch-operativen Sicherung des Vorhabens »Grunderneuerung von Teilstrecken der Autobahn Berliner Ring–Hirschberg« im Bezirk Gera, 9.12.1985; BArch, MfS, BV Gera, BdL Nr. 1370, Bl. 1–8.

litätsgerechten Bauablauf, dreizehn IM/GMS sollten vorbeugend Schaden verhüten, zwei IM/GMS überwachten den grenznahen Raum, drei IM/GMS waren in Schlüsselpositionen eingesetzt. Kritisch merkte die Operativgruppe im Sommer 1986 an, dass die vorhandenen IM/GMS zahlenmäßig noch nicht ausreichten, um den vorhandenen Informationsbedarf zu decken.<sup>196</sup>

Auch die KD Schleiz des MfS befasste sich als Territorial-Anlieger mit den Baustellen an der Autobahn A 9. Das geschah teils mit Blick auf Rückmeldungen genervter Transitnutzer über den katastrophalen Zustand der Autobahn. Mal wurde gehupt, mal Arbeitern der »Vogel« gezeigt, mal zugerufen »Im Kassieren seid ihr schnell, aber eure Autobahn könnt ihr nicht bauen«.<sup>197</sup> Teils interessierte sich die KD auch für fachliche Fragen des Straßenaufbaus. IM »Erich Balzer« bezweifelte 1985, dass ein sogenannter Hocheinbau bei Blintendorf, also ein Aufbau auf der alten Straße, wegen der schlechten Beschaffenheit der alten Autobahn sinnvoll und vielmehr ein Tiefeinbau erforderlich sei.<sup>198</sup> MfS-Kreisdienststellenleiter OSL Martin Eck sah Probleme eher in Umleitungen durch die Baustelle, weil sich in unmittelbarer Nähe einer Umleitungsvariante über Göttengrün ein militärisches Objekt der Grenztruppen befand.<sup>199</sup> Das sollte vor fremden Blicken geschützt bleiben.

Ab 1988 sollten in die Grunderneuerung der Autobahn auch Bereiche der GÜSt Hirschberg bei laufendem Betrieb einbezogen werden. Die Abfertigungskapazitäten an der GÜSt sollten durch zusätzliche überdachte Abfertigungsanlagen für den Lkw- und KOM-Verkehr erweitert, verbesserte Arbeitsbedingungen für die Kontrolleure geschaffen sowie Signal- und Sicherungseinrichtungen neu angelegt werden. Weiter sollten Verkehrsflächen erneuert und mehrere Hochbauten errichtet werden, darunter ein neues Dienstgebäude. Allerdings reduzierte das Ministerium für Verkehrswesen schrittweise die Baumaßnahmen an der GÜSt. Es fehlte an Baumaterial und

---

<sup>196</sup> Leitungsvorlage der Operativgruppe »Bitumen VI« zum Stand der Sicherung der Autobahn-Rekonstruktion Triptis–Hirschberg, 25.9.1986; BArch, MfS, BV Gera, BdL Nr. 2225, Bl. 1–8.

<sup>197</sup> Einschätzung des Autobahnzustandes/Transitstrecke Schleiz bis zur GÜSt Hirschberg, 26.3.1985; BArch, MfS, BV Gera, KD Schleiz, Nr. 3043, Bl. 416–419, hier 418.

<sup>198</sup> IM »Erich Balzer« (\*1936); BArch, MfS, BV Gera, KD Schleiz, X 713/79. Vgl. Information zum geplanten Neubau der A 9 im Bereich der ABM (Autobahnmeisterei) Blintendorf, 19.4.1985; BArch, MfS, BV Gera, KD Schleiz, Nr. 3043, Bl. 415.

<sup>199</sup> OSL Martin Eck (\*1939); BArch, MfS, BV Gera, Kaderakte Martin Eck (Anm.: Kaderakten sind hier als Teilbestand der Abt. KuSch teilw. alphabetisch abgelegt). Vgl. Einschätzung des Autobahn-Zustandes Transitstrecke Schleiz bis zur GÜSt Hirschberg, 26.3.1985; BArch, MfS, BV Gera, KD Schleiz, Nr. 3043, Bl. 416–418.

Bauarbeitern. Den kaum motivierten Bauarbeitern wurde wegen Geldmangel die Mehrlohnprämie gekürzt, was deren Arbeitselan spürbar minderte. Die vorgegebenen Termine waren nicht mehr einzuhalten. Das komplexe Bauvorhaben kam fast zum Erliegen.<sup>200</sup> Der Leiter der BV Gera Generalmajor Lehmann war alarmiert und fasste seine politischen Befürchtungen in einer Parteiinformation zusammen.<sup>201</sup> Er informierte den Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung (BEL) und den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Gera Werner Ullrich (\*1928) über die »politischen Brisanz dieser Problematik« und richtete an ihn die dringende Bitte, gegenüber den verantwortlichen zentralen und bezirklichen Organen seinen Einfluss geltend zu machen. Einen Monat später unternahm Oberst Dangrieß, Nachfolger von Lehmann, einen weiteren Versuch, den Vorsitzenden der BEL auf die Missstände aufmerksam zu machen und verwies auf die Schaufensterfunktion der GÜSt Hirschberg für die gesamte DDR. Der 1. SED-Bezirkssekretär und Leiter der BEL hatte zwar am 14. April 1988 auf das Schreiben von Lehmann geantwortet, die in der Rückantwort genannten Maßnahmen und Ansätze, so Dangrieß, bildeten »jedoch noch keine endgültigen, den politischen und sicherheitsmäßigen Notwendigkeiten Rechnung tragenden Lösungen ab«.<sup>202</sup>

---

<sup>200</sup> Das Ministerium für Verkehrswesen reduzierte die Baukosten nachträglich von 11,3 Mio. auf 5,3 Mio. Mark der DDR, was zu unlösbaren Problemen bei der Beschaffung von Material und beim Einsatz der Arbeitskräfte führte. Der Hauptauftragnehmer BMK Erfurt setzte von 500 überprüften Arbeitskräften bald nur noch 12 auf der Baustelle der GÜSt ein. Siehe Information der BV Gera/ Abt. VI/3, 24.3.1988; BArch, BV Gera, AKG Nr. 3734, Bl. 11–14, hier 12. Die Gesamtkosten der Baumaßnahmen sind nicht bekannt.

<sup>201</sup> Generalmajor Dieter Lehmann (1928–2013), war von 1970 bis 1988 Leiter der BV Gera, MfS-Lexikon, S. 223. Vgl.: Parteiinformation 39/88. Information über den Stand der Bau- und Rekonstruktionsmaßnahmen im Bereich der Grenzübergangsstelle Hirschberg und sich daraus ergebende Probleme, 28.3.1988; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3753 (PI Nr. 39/88). In einer Fotounterschrift im Bericht merkte die BV Gera an: »Bis zur Wiederaufnahme der Bauarbeiten an diesem Objekt bleibt der Servicepunkt im Rohbau als ›Investruine‹ vor den Augen des gesamten grenzüberschreitenden Verkehrs stehen«; ebenda, Bl. 37.

<sup>202</sup> Dieter Dangrieß (\*1940) war 1988/89 Leiter der BV Gera und wurde 1989 vom Oberst zum Generalmajor befördert, MfS-Lexikon, S. 69. Vgl.: Parteiinformation (Nr. 39/88-2): Information über den Stand der Bau- und Rekonstruktionsmaßnahmen im Bereich der Grenzübergangsstelle Hirschberg und sich daraus ergebende Probleme, 23.4.1988; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3754 (PI Nr. 39/88). Die Bezirkseinsatzleitung war das Verteidigungsrats- und Notstandsgremium auf der Bezirksebene. Den Vorsitz hatte der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung inne, vertreten waren in der BEL u. a. die Leiter von Staatssicherheit, Volkspolizei

Als letzten Satz zitierte Dangriß den hämischen Zuruf eines Transitreisenden an die Bauarbeiter: »Nun ist das Westgeld alle und es dreht sich nichts mehr.«<sup>203</sup> Derweil reduzierte das Ministerium für Verkehrswesen die Zahl der Bauarbeiter von 120 im November 1987 sukzessive auf zwölf zum Ende des Jahres 1988. Der zeitliche Verzug auf den verschiedenen Baustellen der GÜSt, so die Einschätzung des MfS, ließ eine Bau-Fertigstellung erst Anfang der 1990er-Jahre erwarten.

#### 4.7 Beispiele für Fluchtversuche und besondere Ereignisse an den GÜSt Juchhöh und Hirschberg

KPP Juchhöh

16. August 1963:

In einem umgebauten Lastkraftwagen versuchten zwei Frauen und drei Männer die DDR zu verlassen.<sup>204</sup>

17. Mai 1965:

In den frühen Morgenstunden bemerkten PKE und Zoll eine versuchte Schleusung mit einem Lkw.<sup>205</sup>

17. November 1965:

Ein Transittfahrer (\*1931) äußerte, dass mit dem von ihm genutzten Wagen vor einem halben Jahr eine Person geschleust werden sollte, die aber »hier ertappt« worden sei.<sup>206</sup>

26. Februar 1966:

Ein Kradfahrer aus Westberlin (\*1942) erklärte, er fahre nach Hof (Saale) und käme gleich zurück. Anschließend wolle er über Helmstedt nach Hamburg fahren. Er hatte kein Gepäck bei sich. Die PKE vermutete einen Test der Grenzkontrollen für eine spätere Schleusung.<sup>207</sup>

---

und Wehrbezirk.

<sup>203</sup> Ebenda.

<sup>204</sup> BV Gera: Information, 17.8.1963; BArch, MfS, BV Gera, Abt. XX Nr. 9421.

<sup>205</sup> BV Gera: Meldefilm v. 17.5.1964; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9330, Bl. 32.

<sup>206</sup> BV Gera: Rapport Nr. 322/65, 17.11.1965; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9339, Bl. 14.

<sup>207</sup> BV Gera: Rapport Nr. 57/66 v. 26.2.1966; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9342, Bl. 20.

GÜSt Hirschberg

29. September 1968:

Ein 26-jähriger Transitreisender wurde wegen Zeitüberschreitung<sup>208</sup> an der GÜSt zur Rede gestellt. Bei dem Versuch, mit seinem Auto vom Gelände der GÜSt zu flüchten, wurde der Mann festgenommen und später zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.<sup>209</sup>

15. November 1972:

Nach einer Meldung über eine Beobachtung der Abt. VIII/4 der BV Potsdam auf einem Autobahnparkplatz wurde ein Pkw mit Campinganhänger genauer untersucht. Die Fahrer (\*1944, \*1941) kamen aus Westberlin. Im Anhänger wurde eine versteckte polnische Bürgerin (\*1936) mit ihrem Kind entdeckt. Sie versuchte noch, die Sicherungsposten der PKE mit 1 000 Mark der DDR zu bestechen.<sup>210</sup>

1. Oktober 1973:

Ein Transitreisender machte besondere Eile wegen einer Italienreise geltend. Er wurde in Richtung <sup>→G</sup>Kontrollgarage gelotst, versuchte dann vergeblich, mit dem Auto aus dem Kontrollgebiet auszubrechen. Im Fahrzeug des Westberliners (\*1941) entdeckten die Kontrolleure eine versteckte Frau aus Dresden (\*1943) mit ihren zwei Kindern.<sup>211</sup>

15. Dezember 1975:

An der GÜSt wurden in einem hecklastigen Pkw vom Typ *BMW* mit einem Spürhund eine Frau (\*1944) und ihre zwei Kinder entdeckt, die die Fahrerin (\*1946) ausschleusen wollte.<sup>212</sup>

---

<sup>208</sup> Zeitüberschreitung: Deutliche Unter- oder Überschreitungen der üblichen <sup>→G</sup>Laufzeiten zwischen Einreise und Ausreise waren verdächtig und konnten zu Kontrollen des Fahrzeugs führen. Bei Zeitüberschreitungen setzten sich Kraftfahrer z. B. dem Verdacht aus, den Transitweg verbotenerweise verlassen zu haben.

<sup>209</sup> Fernschreiben zu provokatorischem Verhalten während der Kontrolle mit versuchtem Grenzdurchbruch, 29.9.1968; BArch, MfS, BV Gera, AU 12/69, Bd.1, Bl. 27.

<sup>210</sup> BV Gera: Bericht, 17.11.1972; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8057, Bl. 35–38.

<sup>211</sup> BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8060.

<sup>212</sup> Dokumentation über den Missbrauch des Transitabkommens zwischen der DDR und der BRD durch Transitreisende, 15.12.1975; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8081.

17. April 1976:

Mit Unterstützung eines Spürhundes wurde ein Flüchtling im Kofferraum eines Autos entdeckt.<sup>213</sup>

5. August 1976:

Der Kraftfahrer Benito Corghi (\*1938) ließ seinen Kühltransporter, beladen mit Schweinefleisch aus der DDR, an der Kontrollstelle Rudolphstein auf bayerischer Seite stehen und machte sich in den frühen Morgenstunden zu Fuß auf den Weg zurück zur GÜSt Hirschberg, um dort vergessene Unterlagen zu holen. Der Fernfahrer aus Italien wurde im <sup>→G</sup>Grenzstreckenabschnitt der GÜSt vom Grenzsicherungspersonal der DDR erschossen. Sein Tod löste eine internationale Krise aus.<sup>214</sup>

19. Februar 1977:

Kurz nach 22 Uhr scheiterte an der GÜSt Hirschberg der Fluchtversuch von Eva-Maria Neumann (\*1951) mit ihrer dreijährigen Tochter im Kofferraum einer Limousine.<sup>215</sup>

30. Oktober 1981:

Das MfS saß einer Falschinformation über eine angeblich vorgesehene Massenschleusung auf und startete an der Transitautobahn einen dagegen gerichteten Großeinsatz.<sup>216</sup>

---

<sup>213</sup> BV Gera: Treffnachweis mit IMS »Reinhold«, 22.4.1976; BArch, MfS, BV Gera, X 551/70, Teil II/2, Bl. 449 f.

<sup>214</sup> Fernschreiben zu Festnahme einer Person durch die Grenztruppen der DDR an der GÜSt Hirschberg, 5.8.1976 (4.30 Uhr); BArch, MfS, BV Gera, AP 1101/81, Bl. 18 f.; BArch, MfS, HA IX Nr. 1493; Bericht, 17.8.1976; BArch, MfS, BV Gera, X 597/69, Bd. 2, Bl. 8–11. Vgl. zur Problematik Zoratto: DDR-Mord am Genossen Corghi sowie Staadt: Mehr Sachlichkeit: der Tod von Benito Corghi.

<sup>215</sup> BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8070 sowie Neumann: Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit.

<sup>216</sup> 1981 gelangte das MfS an Informationen über vorgebliche Pläne für eine Massenschleusung, die ihren Ausgangspunkt auf der Transitautobahn nehmen sollte. Die HA VIII des MfS gab aufgelaufene Informationen per Fernschreiben an die MfS-BV Gera. Danach plante die sogenannte kriminelle Menschenhändlerbande »Lampl« (Julius Lampl, \*1936) auf einem Tieflader einen Container über die Transitstrecke zu transportieren. An verabredeter Stelle sollten binnen zweieinhalb Minuten fünfzig DDR-Bürger in den Container klettern. Daran sollte sich eine vorgetäuschte Panne anschließen, die eine Begleitung des Tiefladers durch die DVP bis zur Staatsgrenze bewirken sollte. »Nach dem Gelingen der Schleusungsaktion will Lampl westliche Publikationsorgane

20. Juli 1982:

Eine 17-jährige Frau aus Gera wurde von einem bundesdeutschen Lkw-Fahrer ausgeschleust. Am 27. Juli 1982 reiste die Frau über die GÜSt Horst wieder in die DDR ein.<sup>217</sup>

29. November 1982:

Mit einem Pkw Typ *Volga* versuchte ein Mann aus Dresden (\*1954) vergeblich, die Sperranlagen der GÜSt zu durchbrechen. Im Fahrzeug befanden sich weitere drei Erwachsene und zwei Kinder. Die Angehörigen der PKE versuchten gewaltsam in das verriegelte Fahrzeug zu gelangen, während der Fahrer im Innenraum des Pkw eine brennbare Flüssigkeit vergoss und mit Feuer eine Verpuffung auslöste. Die Scheiben des Pkw flogen heraus und die Insassen konnten herausgezogen werden.<sup>218</sup>

4. Dezember 1983:

Einer DDR-Bürgerin gelang die Flucht aus der DDR. Sie versteckte sich vermutlich in einer großen Werkzeugkiste.<sup>219</sup>

---

informieren, um damit die DDR international zu diskreditieren«. Mit jedem Detail wurde die Geschichte abstruser, was dem MfS offenbar nicht auffiel. Die Schleusungskandidaten waren vorgeblich Angehörige einer kirchlichen Gemeinde oder religiösen Sekte. Als Kurier zwischen den Schleusungswilligen sei eine nicht identifizierte Nonne eingesetzt worden, möglicherweise aus dem Westen. Die Anzahlung für die Schleusung aller Personen sollte ein kirchlicher Würdenträger aus der Bundesrepublik bzw. aus Westberlin geleistet haben. Das MfS setzte am 30.10.1981 umfangreiche Aktivitäten in Gang: Alle Kreisdienststellen entlang der Transitstrecke im Bezirk Gera wurden in die Überwachung einbezogen. Diese mobilisierten 158 Volkspolizisten, 28 VP-Helfer, 11 IM, hinzu kamen 52 MfS-Angehörige der Abt. VIII. Das MfS saß einer Desinformation vermutlich aus Kreisen westlicher Fluchthelfer auf. Diese mussten ständig eine Unterwanderung durch die Staatssicherheit und den Verrat von Fluchtplänen fürchten. Fernschreiben über geplante Ausschleusungen v. 27.10.1981; BArch, MfS, BV Gera, BKG, Sachakte Nr. 91, Bl. 70. Vorgang zur Schleusung von kirchlichen Mitgliedern; ebenda, Bl. 71–86. BArch, MfS, BV Gera, AOP 564/83. BV Gera: AOPK »Plane«; BArch, MfS, BV Gera, X 1275/83.

<sup>218</sup> BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8112, Bl. 1–43.

<sup>219</sup> BV Gera: Untersuchungsbericht zu der am 4.12.1983 am Grenzzollamt Hirschberg gelungenen Menschenschleusung, 8.2.1984; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10045, Bl. 1–4.



12. Februar 1988:

Zwei Männer (\*1965, \*1966) verabredeten sich zur Flucht aus der DDR. Einer der Männer war Kraftfahrer und besaß Zugriff auf einen Lkw Typ *W 50*, mit dem sie die GÜSt gewaltsam durchbrechen wollten. Die Männer wurden wegen »Vorbereitungshandlungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR« in Haft genommen und ein Ermittlungsverfahren gegen beide eingeleitet.<sup>220</sup>

18. März 1988:

Um 00.59 Uhr durchbrach ein Pkw *Trabant 601* den Schrankenbaum des VP-Kontrollpunktes Blintendorf und setzte seine Fahrt in Richtung GÜSt Hirschberg fort. In der GÜSt kam der Pkw zum Stehen. Der Fahrer wurde festgenommen.<sup>221</sup>

15. Mai 1988:

Der Fahrer (\*1956) eines Kleintransporters *Barkas B 1000* durchbrach zunächst die Schranke des VP-Kontrollpunktes Blintendorf und prallte dann vor dem Kontrollgelände der GÜSt gegen einen massiven Sperr-Schlagbaum. Der Fahrer war sofort tot, seine Ehefrau und die zwei Kinder wurden schwer verletzt.<sup>222</sup>

5. Oktober 1988:

Der Fluchtversuch eines DDR-Bürgers scheiterte an den Schranken der GÜSt. In dem Pkw *Moskwitsch* befanden sich drei Erwachsene und vier Kinder. Der 3. Zug der PKE Hirschberg wurde unter namentlicher Nennung von elf Angehörigen mit einem Eintrag im »Ehrenbuch der Abt. VI« gewürdigt. Drei-Angehörige des Zuges wurden mit der Verdienstmedaille der Grenztruppen in Silber, vier Angehörige mit der Medaille für vorbildlichen Grenzdienst ausgezeichnet, vier weitere erhielten Geldprämien.<sup>223</sup>

---

<sup>220</sup> Parteiinformation; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3754, PI 19/88.

<sup>221</sup> Parteiinformation; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3757, PI 49/88.

<sup>222</sup> BV Gera: Erstmeldung der BV Gera an Neiber, 15.5.1988; BArch, MfS, BV Gera, AU 1449/88, Bd. 2, Bl. 7. BV Gera: Information über den verhinderten Grenzdurchbruch an der GÜSt Hirschberg, 15.5.1988; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3754, PI 64/88, o. Pag.

<sup>223</sup> Operative Information 658/88, 5.10.1988; BArch, MfS, HA VI Nr. 1514, Bl. 39–42. BV Gera: Ehreintrag der PKE Hirschberg, 3. Zug, im Ehrenbuch der Abt. VI der BV Gera, 6.10.1988; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10619, Bl. 52 f.

9. Dezember 1988:

Die PKE der Grenzübergangsstelle Hirschberg verhinderte die Ausschleusung einer Frau (\*1961) und eines fünfjährigen Kindes. Der Schleuser aus Westberlin und zugleich Ehemann (\*1964) wurde festgenommen.<sup>224</sup>

10. März 1989:

Die Flucht eines Medizinstudenten im Kofferraum seiner Verlobten wurde »unter Nutzung spezifischer Mittel und Methoden des MfS«, verhindert. Vermutlich kam <sup>→</sup>*Technik V* zum Einsatz.<sup>225</sup>

20. März 1989:

Alarmauslösung am VP-Kontrollpunkt nach einem verhinderten Grenzdurchbruch.<sup>226</sup>

4. November 1989:

Am Tag der Demonstration auf dem Alexanderplatz in Ostberlin wurden an der GÜSt Hirschberg elf Rückkehrer in die DDR gezählt, ein deutlicher Anstieg gegenüber den vereinzelt Rückkehrern der vorhergehenden Tage.<sup>227</sup>

5. November 1989:

Es meldeten sich 267 Rückkehrer mit 108 Pkw an der GÜSt.<sup>228</sup>

---

<sup>224</sup> Parteiinformation, 9.12.1988; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3756, PI 241/88.

<sup>225</sup> Information über die Verhinderung der Ausschleusung einer DDR-Person in die BRD an der GÜSt Hirschberg, 10.3.1989; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3757, PI 44/89, Bl. 1 f.

<sup>226</sup> BV Gera: Fernschreiben der PKE Hirschberg über den Durchbruchversuch am VP-Kontrollpunkt; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9923, Bl. 34–36 und 50.

<sup>227</sup> Unter den Rückkehrern befanden sich viele DDR-Bürger, die wenig zuvor über die bundesdeutsche Botschaft in Prag in den Westen geflüchtet waren. Deren Beweggrund mochten nun Hoffnungen auf schnelle gesellschaftliche und politische Veränderungen in der DDR gewesen sein. Vor genau diesen Rückkehrern hatte Generalmajor Dangriß, Chef der MfS-BV Gera, noch Tage zuvor eindringlich gewarnt und Wachsamkeit angemahnt. Es müsse mit eingeschleusten Agenturen unter den Rückkehrern gerechnet werden. BV Gera: Aktuelle Erfordernisse für die Organisierung der Spionageabwehr, 19.10.1989; BArch, MfS, BV Gera, KD Schleiz Nr. 3009/2, Bl. 103–105, hier 105 und Lageinformation v. 4.11.1989; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 4944, Mappe 24, Bl. 1 f.

<sup>228</sup> BV Gera: Lageinformation v. 5.11.1989; ebenda, Mappe 25, Bl. 1 f.

6. November 1989:

Es meldeten sich 229 Erwachsene mit 19 Kindern als Rückkehrer.<sup>229</sup>

7. November 1989:

Es meldeten sich 199 Erwachsene mit 17 Kindern als Rückkehrer.<sup>230</sup>

8. November 1989:

Es meldeten sich 331 Erwachsene mit 20 Kindern als Rückkehrer.<sup>231</sup>

9. November 1989:

Es meldeten sich 394 Erwachsene mit 9 Kindern als Rückkehrer.<sup>232</sup>

10. November 1989:

Am frühen Morgen, um 1.43 Uhr, demontierte die PKE Hirschberg den Schlagbaum. An diesem Tag reisten allein über die GÜSt Hirschberg 11 791 DDR-Bürger besuchsweise in die Bundesrepublik. In den nächsten Tagen reisten täglich zwischen 30 000 und 60 000 Menschen über die GÜSt Hirschberg in den Westen. An den Straßengrenzübergängen wurden gemäß fernschriftlicher Weisung von Oberst Ziegenhorn VP-Angehörige eingesetzt, die sofort Visa zum Grenzübertritt erteilten.<sup>233</sup>

---

<sup>229</sup> BV Gera: Lageinformation v. 6.11.1989; ebenda, Mappe 25, Bl. 4 f.

<sup>230</sup> BV Gera: Lageinformation v. 7.11.1989; ebenda, Mappe 25, Bl. 7 f.

<sup>231</sup> BV Gera: Lageinformation v. 8.11.1989 (Zahlen der Rückkehrer für GÜSt Hirschberg und Eisenbahn-GÜSt Probstzella); ebenda, Mappe 26, Bl. 1–3, hier 1.

<sup>232</sup> BV Gera: Lageinformation v. 9.11.1989; ebenda, Mappe 27, Bl. 1–3, hier 2.

<sup>233</sup> Zur Demontage des Schlagbaumes vgl. Heimatjahrbuch 18 (2010), S. 278–307, hier 293. Zur Ausreisenzahl siehe BV Gera: Lageinformation v. 10.11.1989; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 4944, Mappe 27, Bl. 6 f. Zu den Ausreisenzahlen der Folgetage vgl. Parteiinformationen v. 21.11.1989, 22.11.1989, 24.11.1989, 29.11.1989, 1.12.1989; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3762, PI 385/89, PI 389/89, PI 394/89; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3764, PI 407/89, PI 410/89. Zur Weisung an die DVP siehe MfS/HA VI, Oberst Ziegenhorn: Fernschreiben v. 10.11.1989; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 4944, Bd. 27, Bl. 9 f. Oberst Rudi Ziegenhorn war der 1. Stellv. des Leiters der HA VI.

## 4.8 Weitere Dokumente

- Vereinbarung zwischen der DDR und der Bundesrepublik über den Wiederaufbau und die Unterhaltung der Autobahnbrücke bei Hirschberg, 14. August 1964.<sup>234</sup>
- MfS-Befehl Nr. 725/64 zur Gewährleistung der politisch-operativen Absicherung der Baustelle Autobahnbrücke Hirschberg, 14. September 1964 (Aktion »Granit«).<sup>235</sup>
- MfNV-Befehl Nr. 81/66 über die Eröffnung der Grenzübergangsstelle Hirschberg und Schließung der Grenzübergangsstelle Juchhöh, 17. Dezember 1966.<sup>236</sup>
- MfS-Befehl Nr. BV Gera/14/70 →<sup>G</sup> Filtrierung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs in und aus dem Bezirk Gera, 12. November 1970.<sup>237</sup>
- MfS-Befehl Nr. 16/85 Politisch-operative Sicherung des Vorhabens Grunderneuerung von Teilstrecken der Autobahn Berliner Ring–Hirschberg sowie der Autobahn zwischen dem Abzweig Drewitz und der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin, 13. November 1985 (Aktion →<sup>G</sup> »Bitumen VI«).<sup>238</sup>
- MdI-Befehl Nr. 134/85 betreffend Gewährleistung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit während der Durchführung des Bauvorhabens Grunderneuerung von Teilstrecken der Autobahn Berliner Ring–Hirschberg (A 9) sowie der Autobahn zwischen dem Abzweig Drewitz und der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin (A 12), vom 15. November 1985.<sup>239</sup>

---

<sup>234</sup> BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 70, Bl. 3–7.

<sup>235</sup> MfS-Befehl Nr. 725/64 v. 14.9.1964; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 923.

<sup>236</sup> MfNV-Befehl Nr. 97/85 v. 7.12.1985; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 14021.

<sup>237</sup> MfS-Befehl Nr. BV Gera/14/70 v. 12.11.1970; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6932, Bl. 1–5.

<sup>238</sup> MfS-Befehl Nr. 16/85 v. 13.11.1985; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 8376.

<sup>239</sup> MdI-Befehl Nr. 134/85 v. 15.11.1985; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 11635.

MfNV-Befehl Nr. 97/85

Die Aufgaben der Grenztruppen der DDR zur Gewährleistung der Sicherung der Staatsgrenze während der Grunderneuerung der Autobahn in den Grenzübergangsstellen Hirschberg und Drewitz, 7. Dezember 1985.<sup>240</sup>

---

<sup>240</sup> MfNV-Befehl Nr. 97/85 v. 7.12.1985; BArch, MfS, HA I Nr. 14557, Bl. 38–41.



Abb. 5: Blick auf die Straßen-GÜSt Worbis für den innerdeutschen Kleinen Grenzverkehr, Sommer 1973

## 5. Die Einrichtung von Übergangsstellen im innerdeutschen Kleinen Grenzverkehr ab 1973

### 5.1 Dokument: Eröffnung der GÜSt Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

Berlin, den 18.6.1973

*Vertrauliche Verschlussache*  
*MfS 008 Nr. 462/73*<sup>241</sup>  
*318. Ausfertigung 2 Blatt*<sup>242</sup>

Befehl Nr. 22/73

Eröffnung der Grenzübergangsstellen Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat in Übereinstimmung mit dem bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland am 21. Dezember 1972 erfolgten Briefwechsel<sup>243</sup> zur gegenseitigen Information über die Eröffnung von Grenzübergangsstellen beschlossen, mit Wirkung vom 21. Juni 1973 an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur BRD die Stra-

---

<sup>241</sup> BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1831.

<sup>242</sup> Stempelabdruck, Zahlen eingefügt.

<sup>243</sup> Der Briefwechsel vom 21.12.1972 zwischen Michael Kohl, Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, und Egon Bahr, Bundesminister ohne Geschäftsbereich, wurde als Anlage 4 dem Grundlagenvertrag beigelegt. Das MfS verfügte über wortgleiche Vorentwürfe. Siehe Entwürfe zum innerdeutschen Briefwechsel, o. D. (Dezember 1972); BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 121, Bl. 24 f.

ßen-Grenzübergangsstellen Salzwedel, Worbis, Meiningen, Eisfeld zu eröffnen und sie für den Wechselverkehr von Personen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit zuzulassen.

In Durchsetzung des Beschlusses des Ministerrates und zur Gewährleistung einer reibungslosen und sicheren Abwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs befehle ich:

Der Leiter der Hauptabteilung VI hat die Durchführung der zur Aufnahme und Gewährleistung der Kontrolle, Abfertigung und Überwachung des an den Grenzübergangsstellen Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld zugelassenen grenzüberschreitenden Verkehrs ab 21. Juni 1973, 00.01 Uhr, notwendigen Maßnahmen sicherzustellen.

Es ist zu sichern, dass die Grenzübergangsstellen von den Reisenden nur mit den dafür erforderlichen Dokumenten und im Rahmen der bestehenden Festlegungen über ihre Kontrolle, Abfertigung und Überwachung passiert werden.

In Übereinstimmung mit dem Beschluss des Ministerrates<sup>244</sup> ist der Wechselverkehr von Gütern und der Transitverkehr von Personen und Gütern nicht zuzulassen.

Die Leiter der Bezirksverwaltungen Magdeburg, Erfurt und Suhl haben die zur Gewährleistung einer reibungslosen und sicheren Abwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs und der politisch-operativen Absicherung der Grenzübergangsstellen erforderlichen Kräfte und Mittel bereitzustellen.

Der Leiter der Hauptabteilung VI hat auf der Grundlage der bestehenden dienstlichen Bestimmungen sowie unter Beachtung des Befehls Nr. 88/75 des Ministers für Nationale Verteidigung<sup>245</sup> das Zusammenwirken mit den Grenztruppen der Nationalen Volksarmee und der Zollverwaltung der DDR bei der Abwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs und der Gewährleistung der Sicherheit an den neu eröffneten Grenzübergangsstellen sicherzustellen.

---

<sup>244</sup> Im Beschluss des Ministerrates vom 3.1.1973 heißt es: »Die GÜST werden für den grenzüberschreitenden Personenverkehr, mit Kraftfahrzeugen (Pkw und KOM) und für Fußgänger gestaltet.«; BArch, MfS, SdM Nr. 2402, Bl. 217.

<sup>245</sup> Siehe Befehl Nr. 88/73 des Ministers für Nationale Verteidigung; BArch, MfS, AGM Nr. 605, Bl. 482–486.



Die Leiter der Bezirksverwaltungen Magdeburg, Erfurt und Suhl und die Leiter der Hauptabteilungen I, VI, VII, VIII und IX<sup>246</sup> haben sicherzustellen, dass in der politisch-operativen Tätigkeit der ihnen unterstellten bzw. nachgeordneten Diensteinheiten die sich aus der Eröffnung der Grenzübergangsstellen ergebenden Aufgaben,

- insbesondere zur Verhinderung und Aufdeckung illegaler Grenzübertritte und Menschenschleusungen sowie anderer subversiver oder krimineller Handlungen unter Ausnutzung des grenzüberschreitenden Verkehrs,
- Realisierung operativer Fahndungsmaßnahmen zur Kontrolle und Überwachung von Reisenden,
- Absicherung der Grenzübergangsstellen, vornehmlich zur Verhinderung gewaltsamer Grenzdurchbrüche, und des Personals der an den Grenzübergangsstellen tätigen zivilen Organe und Institutionen,
- Gewährleistung der Sicherheit im Hinterland der Grenzübergangsstellen sowie auf und an den Zufahrtsstraßen zu den Grenzübergangsstellen,
- Aufklärung des Vorfeldes der Grenzübergangsstellen, insbesondere der Grenzübergangsstellen der BRD Uelzen, Duderstadt, Bad Neustadt und Coburg, umfassend berücksichtigt und die Plandokumente entsprechend präzisiert werden.

Bei der Lösung der politisch-operativen Aufgaben ist ausgehend von den bestehenden dienstlichen Bestimmungen und operativen Konzeptionen ein enges Zusammenwirken zu gewährleisten.

Der Leiter der Hauptabteilung VI meldet mir über die Eröffnung der Grenzübergangsstellen und die Aufnahme der Kontrolle und Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs bis zum 21. Juni 1973, 9.00 Uhr, Vollzug.

*Mielke*<sup>247</sup>

Generaloberst

---

<sup>246</sup> Die Leiter der MfS-BV waren in der Reihenfolge der Bezirksnennung Oberst Heinz Kühne (1921–1996), Generalleutnant Martin Weikert (1914–1997), Oberst Kurt Richter (1921–1981). Die Kernaufgaben der Hauptabteilungen waren: HA I – Überwachung von NVA und Grenztruppen, HA VI – Tourismus-Überwachung und Passkontrolle, HA VII – Überwachung von MdI und DVP, HA VIII – Beobachtungen, Durchsuchungen und Festnahmen, HA IX – MfS-Untersuchungsorgan.

<sup>247</sup> Unterschrift.

## 5.2 Zielstellung und Umsetzung des Kleinen Grenzverkehrs

Mit dem Befehl Nr. 22/73 vom 18. Juni 1973 setzte MfS-Minister Mielke die Vorgaben aus den Reihen der SED-Führung und des DDR-Ministerrates zur Einrichtung des innerdeutschen Kleinen Grenzverkehrs um, indem er für seinen Zuständigkeitsbereich die erforderlichen Anweisungen traf. Der Leiter der HA VI und die Chefs der betroffenen MfS-Bezirksverwaltungen sollten die Voraussetzungen für die Passkontrolle, die Sicherheit und Überwachung der Grenzübergangsstellen, deren Umland und Zufahrtsstraßen gewährleisten sowie das Zusammenwirken mit den NVA-Grenztruppen und dem DDR-Zoll sichern.<sup>248</sup> Darüber hinaus forderte Mielke die Überwachung der Reisenden und die Aufklärung der gegnerischen Grenzposten.

Für bundesdeutsche Bewohner grenznaher Bereiche erwachsen aus dem Abschluss des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages von 1972 zusätzliche Erleichterungen in Form des Kleinen Grenzverkehrs.<sup>249</sup> Rund 6,5 Millionen Bundesbürger konnten fortan Anträge auf Tagesaufenthalte in der DDR stellen und über die vier neuen wie auch über die bereits bestehenden

---

<sup>248</sup> Im Jahr 1970 gründete das MfS die HA VI als Diensteinheit zur Überwachung von grenzüberschreitendem Reiseverkehr und Tourismus sowie für Passkontrolle. Die HA VI existierte auf ministerieller und auf bezirklicher Ebene. Die zum damaligen Zeitpunkt vorhandenen PKE wurden entsprechend zur HA VI umgruppiert. Die vormalige HPF ging mit anderen Diensteinheiten in der Neugründung HA VI auf.

<sup>249</sup> Die Bezeichnung »Kleiner Grenzverkehr« wurde in der Bundesrepublik verwendet. Tatsächlich waren, abgesehen von DDR-Rentnern, keine wechselseitigen Besuche möglich. Nur Bewohner mit erstem Wohnsitz im westdeutschen Zonenrandgebiet zogen aus der neuen Regelung Nutzen. Von der Besuchsregelung ausgeschlossen waren 315 Orte und 274 Ortsteile im DDR-Grenzsperregebiet. Das DDR-Sperregebiet an der innerdeutschen Grenze war etwa fünf Kilometer tief und durfte nur mit gesondertem Passierschein betreten werden. Vgl. Landkarte alte und neue Übergänge sowie Grenzkreise Ost und West, die den kleinen Grenzverkehr für Tagesaufenthalte in Anspruch nehmen können, o. D. (1973); BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VII Nr. 4280. Einen echten wechselseitigen Grenzverkehr richtete die DDR hingegen an der Grenze zur ČSSR ein. Vgl. Fernschreiben von Generaloberst Dickel an die Chefs der BdVP 1 bis 14 (Bezirke Rostock bis Suhl) und an den Präsidenten der Volkspolizei Berlin zur Eröffnung der GÜSt Seifhennersdorf (ČSSR). Auf Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 20.4.1967 wurde am 28.4.1967 die erwähnte GÜSt für den Reiseverkehr (<sup>→G</sup>Wechselverkehr) einschließlich des Kleinen Grenzverkehrs eröffnet; BArch, MfS, HA VI Nr. 16178, Bl. 164–167.

Grenzübergangsstellen für 30 Besuchstage im Jahr in grenznahe Kreise der DDR einreisen.<sup>250</sup> Für Besucher, die nicht mit dem Pkw einreisten, wurden Busverbindungen mit Umsteigepunkten auf den Grenzübergangsstellen eingerichtet.

Das DDR-Ministerium für Verkehrswesen nahm für die Berechnung einer angemessenen Größenordnung der Kontrollterritorien für die Spitzenzeiten zunächst 250 Pkw, 3 Reisebusse und 75 Fußgänger, ab 1. Juli 1973 bereits 500 Pkw, 6 Reisebusse und 150 Fußgänger pro Stunde an. Die PKE registrierten in den ersten zwei Wochen nach der Eröffnung der GÜSt Meiningen und Eisfeld allerdings einen deutlich geringeren Verkehr, als in der Planung vermutet. Die GÜSt Eisfeld zählte bei der Einreise täglich 209 Personen (Ausreise 266 Personen) und die GÜSt Meiningen sogar nur 98 Personen (Ausreise 90 Personen).<sup>251</sup> Warum die Bundesbürger das neue Angebot anfänglich nur in geringem Umfang wahrnahmen, war auch für Bonner Stellen rätselhaft.<sup>252</sup> In Medienberichten wurde vermutet, dass die Besucherzahl von der Erhöhung des verbindlichen <sup>→G</sup>Mindestumtauschs gebremst wurde. In der Folgezeit erhöhte sich die Frequenz des Kleinen Grenzverkehrs jedoch.

Dass es zum innerdeutschen Kleinen Grenzverkehr kam, zeugt von einer gewissen Abkehr des Ostblocks von der Abschottungspolitik, vom Erfolg der Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt<sup>253</sup> und dem Streben der SED-Führung nach internationaler Anerkennung. Diese asymmetrisch auftretenden Interessen und Entwicklungen im deutsch-deutschen Verhältnis führten jedoch nicht per se zu einem linearen Prozess. Vielmehr war er von Widersprüchen und Kompromissen geprägt.

Den Start für die Planung und Einrichtung der vier Grenzübergangsstellen markierte ein kurzer Briefwechsel vom 21. Dezember 1972 zwischen Michael Kohl, Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, und Bundesminister Egon Bahr.<sup>254</sup> Der diplomatische Tonfall in dem deutsch-deutschen Briefwechsel,

---

<sup>250</sup> Informationsblatt Tagesaufenthalte im grenznahen Bereich der DDR für Bewohner der grenznahen Bereiche der Bundesrepublik Deutschland. Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 1973; BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VII Nr. 4180, Bl. 1 f. Exemplarisch für das Medien-Echo sei erwähnt: Kleiner Grenzverkehr für 6,5 Millionen. In: Die Zeit v. 28.6.1973.

<sup>251</sup> Vgl. BArch, MfS, BdL Nr. 5033, Bl. 3–15.

<sup>252</sup> Vgl. Tagesbericht zu den offiziellen Aktivitäten an der Grenzkontrollstelle Rottenbach zur Begrüßung des millionsten Reisenden, 20.07.1988; BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VI Nr. 294.

<sup>253</sup> Willy Brandt (1913–1992), SPD-Politiker, u. a. 1969–1974 deutscher Bundeskanzler.

<sup>254</sup> Michael Kohl (1929–1981), SED-Politiker, u. a. Ämter als Staatssekretär und 1974–1978 Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik.

der als Anlage 4 dem Grundlagenvertrag beigefügt wurde, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der inhaltlichen Abstimmung ein zähes politisches Ringen vorausging.<sup>255</sup>

Im Jahr 1973 wurden die beiden deutschen Staaten mit Billigung der vier alliierten Siegermächte zeitgleich in die UNO aufgenommen. Erst die Ratifizierung des Grundlagenvertrages schuf die politische Voraussetzung für diesen Schritt, da beide Seiten die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des anderen Staates in seinen jeweiligen inneren und äußeren Angelegenheiten zu respektieren erklärten. Um die innerdeutsche Grenze für die Menschen durchlässiger zu machen, drang die Bundesregierung auf weitere Grenzübergangsstellen. Im Bonner Kontaktausschuss erklärte Egon Bahr noch im März 1972, Michael Kohl habe hinsichtlich neuer Grenzübergänge keinerlei Entgegenkommen gezeigt. Aus Sicht der DDR seien die Eisenbahnübergänge nur zur 30 Prozent ausgelastet und es gäbe noch Kapazitäten bei den Straßenübergängen.<sup>256</sup> Auch die Sowjetunion konnte dem Gedanken an weitere Grenzübergangsstellen wenig abgewinnen.

Als sich im April 1972 DDR-Außenminister Otto Winzer und der sowjetische Botschafter trafen, erkläre Michail Jefremow, er verstehe nicht, wozu neue Grenzübergangsstellen notwendig seien.<sup>257</sup> Zudem befänden sich zwischen Hof (Bayern) und Gerstungen (Thüringen) militärische Objekte, sodass das nicht zweckmäßig sei.<sup>258</sup> Kurz darauf berichtete Winzer dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko vom anhaltenden Interesse der

---

Egon Bahr (1922–2015), SPD-Politiker, u. a. Ämter als Staatssekretär und Bundesminister, darunter Bundesminister für besondere Aufgaben, galt als Architekt der Ostverträge.

<sup>255</sup> Vgl. Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Grundlagenvertrag, 21.12.1972. Vgl. Erklärung des Staatssekretärs beim Ministerrat der DDR, Dr. Michael Kohl, bei der Unterzeichnung des Vertrags, o. D., sowie die Erklärung von Bundesminister Egon Bahr bei Unterzeichnung des Vertrags, o. D.; BArch, MfS, HA XX Nr. 16454, Bl. 1–7.

<sup>256</sup> 21. Sitzung des Kontaktausschusses für Gespräche mit der DDR, bestehend aus dem Vertreter der Bundesregierung, Staatssekretär Bahr, und Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Bonn 24./29.3.1972. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 6. Bd. 2.1, S. 502.

<sup>257</sup> Otto Winzer (1902–1979), SED-Politiker, u. a. 1965–1975 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR; Michail Jefremow (1911–2000), sowjetischer Politiker, u. a. 1971–1975 Botschafter in Ostberlin.

<sup>258</sup> Gespräch des Außenministers der DDR Winzer mit dem sowjetischen Botschafter Jefremow, Berlin, 4.4.1972. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 6. Bd. 2.1, S. 509.

Bundesrepublik an der Frage der Grenzübergangsstellen. Winzer erklärte, die DDR werde auf dieses Ansinnen nicht eingehen und an dem abgestimmten Standpunkt festhalten.<sup>259</sup> Im September 1972 sprach Bahr im Beisein von Staatssekretär Kohl mit Honecker über den Grundlagenvertrag. Bahr thematisierte auch Einzelfragen im Grenzbereich. Honecker stellte dabei »auch die Öffnung einiger Grenzübergangsstellen nur für Besuche in bestimmten grenznahen Gebieten der DDR« in Aussicht.<sup>260</sup> Ende September 1972 kam von sowjetischer Seite die Wende in der Frage der Grenzübergangsstellen. Im Prinzip habe man keine Einwände.<sup>261</sup> Allerdings müssten die Interessen der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland berücksichtigt werden. Was den Sinneswandel in Moskau beförderte, ist nicht erkennbar.

### 5.3 Die baulichen Erfordernisse des Kleinen Grenzverkehrs

Die Einrichtung der zusätzlichen Grenzübergangsstellen war mit einer Reihe von Bauaufgaben sowie erweiterter industrieller Baustoffproduktion verbunden. Doch auf ein kurzfristiges Hochfahren der Baukapazitäten war die dysfunktionale DDR-Planwirtschaft Anfang der 1970er-Jahre nicht eingestellt. Die Folge politisch erwünschter Extraforderungen waren Umplanungen, Provisorien und Minderleistungen. Die volkswirtschaftliche Notlösung bestand oft genug im Einsatz von Militär, Polizei und anderen uniformierten Kräften, die die geforderten Ergebnisse dann mehr schlecht als recht erbrachten.

Am 22. Dezember 1972, einen Tag nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrags, reichte der Minister für Verkehrswesen beim Ministerrat der DDR eine Beschlussvorlage zum Neubau von vier Grenzübergangsstellen ein. Am 3. Januar 1973 beschloss der Ministerrat, dass die Grenzübergangsstellen binnen weniger Monate unter Hochdruck, selbst bei widrigen Witterungsbedingungen, errichtet werden müssen. Die Verantwortung für das

---

<sup>259</sup> Konsultation zwischen dem Außenminister der DDR Winzer und dem sowjetischen Außenminister Gromyko, Moskau, 10.4.1972. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 6. Bd. 2.1, S. 512.

<sup>260</sup> Gespräch des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees des SED Honecker mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt Bahr, Berlin, 7.9.1972. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 6. Bd. 2.1, S. 598.

<sup>261</sup> Information der sowjetischen Führung an die Führung der DDR, 25.9.1972. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 6. Bd. 2.1, S. 613.

Gesamtprojekt lag beim Minister für Verkehrswesen. Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke Magdeburg, Erfurt und Suhl waren für die termingerechten Bauarbeiten verantwortlich.

Die praktische Baudurchführung wurde dadurch erschwert, dass die Standorte überwiegend in Höhenlagen der Mittelgebirge und in versorgungstechnisch nicht oder kaum erschlossenen Gebieten lagen. Selbst Energie-, Wasser- und Nachrichtenverbindungen mussten neu herangeführt werden. Zudem waren die Fernstraßen in den Grenzgebieten größtenteils zerstört oder kaum befahrbar. Die baulichen Anlagen und Einrichtungen sollten aus mobilen Raumzellen und Fertigteilbaracken errichtet werden. Zusätzlich zu den eigentlichen GÜSt wurden Kontrollpunkte für die Volkspolizei an den Zufahrten zum Grenzgebiet mit eigenen Dienstgebäuden, Postenhäusern, Signal-, Sicherungs- und Nachrichtenanlagen eingeplant. Weiterhin mussten Wohnungen für das Personal gebaut werden, das an den Grenzübergangsstellen eingesetzt werden sollte.

Schon am 1. März 1973 sollte nach Ministerratsbeschluss die erste Ausbaustufe abgeschlossen sein und die vier Grenzübergangsstellen eröffnet werden. In einer zweiten Ausbaustufe sollten bis zum 30. Juni 1973 die Kontrollterritorien erweitert und weitere vorproduzierte Raumzellenelemente aufgebaut sein. Das finanzielle Gesamtvolumen für beide Ausbaustufen wurde mit rund 74,9 Mio. Mark beziffert.

Das maßgebliche Problem bestand 1973 allerdings darin, dass die vier GÜSt-Neubauprojekte in den Wirtschaftsplänen der Ministerien und der betroffenen Bezirke nicht vorgesehen waren. Daher mussten finanzielle Mittel, Kapazitäten und Baumaterial aus anderen, bereits früher beschlossenen Projekten durch Umverteilung bereitgestellt werden. Die drei betroffenen Bezirke mussten Reserven auflösen sowie Investitionen reduzieren oder aufschieben. Die Ministerratsliste diesbezüglich zurückzustellender Projekte umfasste 34 Positionen.<sup>262</sup>

Insbesondere die für die erste Ausbaustufe vorgesehenen Raumzellen waren knapp. Daher sollten bereits produzierte Raumzellen nicht an die planmäßigen Erwerber ausgeliefert werden. Massivbauten sah erst die dritte Ausbaustufe der GÜSt vor. Tatsächlich standen noch 1982 an den vier GÜSt die Provisorien und sollten erst in einer Perspektivplanung bis 1990 ersetzt werden.<sup>263</sup> Die Gesamtkosten in der Endausbaustufe wurden mit 240 Mio. Mark beziffert. In die Gesamtkalkulation waren die Aufwendungen von

---

<sup>262</sup> Vgl. Vorschläge für zeitweilige Reduzierungen bzw. Zurückstellungen von Baumaßnahmen zur Sicherung des Sofortprogrammes GÜSt (Beschluss des Ministerrates, Anlage 2), 3.1.1973; BArch, MfS, VRD Nr. 11034, Bl. 44–45.

<sup>263</sup> Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 130, Bl. 84.

MfS, NVA und DDR-Zoll ebenso wenig eingerechnet wie die Kosten der 364 Wohneinheiten für die Bediensteten der GÜSt. Die Einrichtung der vier Grenzübergangsstellen für den Kleinen Grenzverkehr entwickelte sich zu einem enormen volkswirtschaftlichen Kraftakt.<sup>264</sup>

Mielke beorderte mit Befehl Nr. 2/73 Kräfte aus den eigenen Reihen auf die Baustellen. Die betroffenen BV des MfS mussten jeweils einen fachlich qualifizierten und befähigten Mitarbeiter in die Baustäbe der GÜSt entsenden. Für Transporte sollte der Kommandeur des Wachregiments des MfS fünf Lkw W 50 mit qualifizierten und erfahrenen Besatzungen und der Leiter der HA VI weitere sieben Lkw bereitstellen. Für allgemeine Bauarbeiten sollten BV und Wacheinheiten des MfS 80 »physisch geeignete Arbeitskräfte, vorwiegend aus Bauberufen« einschließlich Leitern einsetzen.<sup>265</sup> Eigenständig gelöst werden sollten Fragen der Unterbringung, Ausrüstung, Verpflegung sowie der politisch-kulturellen Betreuung des rekrutierten Personals.

Mielke befahl, die Bauvorhaben unter dem Kennwort »Asphalt« politisch-operativ abzusichern.<sup>266</sup> Die Leiter der MfS-Bezirksverwaltungen Magdeburg, Erfurt und Suhl richteten Operativgruppen für Abwehrarbeit ein, deren Leiter eng mit den Führungs- und Baustäben zusammenarbeiteten. Der Leiter der HA VI Generalmajor Heinz Fiedler sicherte eine enge Zusammenarbeit mit den beteiligten Ministerien, den Planern der Bauprojekte und den bauausführenden Betrieben, um die Forderungen des MfS an die künftige Funktion der GÜSt durchzusetzen.<sup>267</sup> Der Leiter der HA VII gewährleistete Maßnahmen zur Sicherung des Baustellenbereiches und im Grenzhinterland. Dazu gehörten der Aufbau eines Betriebsschutzes mit Personal der Volkspolizei sowie ein strenges Kontrollregime für das Betreten der Baustellen.

Bis zum 1. März 1973 waren zwei Grenzübergangsstellen, bis zum 21. Juni 1973 zwei weitere fertiggestellt und wurden für den Kleinen Grenzverkehr in Betrieb genommen. Die ambitionierten Vorgaben der Partei- und Staatsführung konnten erfüllt und Terminzusagen gegenüber der Bundesrepublik eingehalten werden. Das war nach dem Grundverständnis der SED wichtig für die politische Außenwirkung der DDR.

---

<sup>264</sup> Demgegenüber schätzte der Ministerrat der DDR die Kosten für die GÜSt Drewitz (Autobahn) 1968 auf 55,5 Mio. Mark. Die tatsächlichen Kosten für die GÜSt Drewitz sind nicht belegt.

<sup>265</sup> BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1684, Bl. 1 f.

<sup>266</sup> MfS-Befehl Nr. 1/73 v. 9.1.1973; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1682.

<sup>267</sup> Generalmajor Heinz Fiedler (1929–1993) war von 1970, dem Zeitpunkt der Gründung der HA VI bis zur Auflösung des MfS Leiter dieser HA.

## 5.4 Beispiele für Fluchtversuche und besondere Vorfälle im Kleinen Grenzverkehr

GÜSt Worbis

23. Oktober 1983

Neun Mitglieder des Ortsverbands Duderstadt der Partei Die Grünen übergaben der PKE einen an Honecker gerichteten Brief. In dem Schreiben wendeten sie sich gegen die Stationierung von Kernwaffen in der Bundesrepublik und in der DDR. Die Gruppe erklärte, an Bundeskanzler Kohl sei ein gleichlautender Brief abgesandt worden. Anschließend verließ die Gruppe die GÜSt wieder Richtung Bundesrepublik. Aus Sicht der PKE handelte es sich um eine sogenannte Demonstrativhandlung, weswegen der Brief nicht weitergeleitet wurde.<sup>268</sup>

GÜSt Meiningen

24. Mai 1989

Einem Kraftfahrer des VEB Stadtwirtschaft Meiningen gelang mit einer Kehrmaschine auf der Basis eines Lkw *W 50* die Flucht aus der DDR.<sup>269</sup>

GÜSt Eisfeld

22. Oktober 1989

Es meldeten sich drei aus der Bundesrepublik kommende Rückkehrer an der GÜSt. Das Volkspolizei-Kreisamt Hildburghausen protokollierte den Antrag von drei ehemaligen DDR-Bürgern auf Wiederaufnahme in der DDR.<sup>270</sup>

---

<sup>268</sup> Vgl. Übergabe eines Briefes [...] an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, 23.10.1983; BArch, MfS, HA VI Nr. 12042, Bl. 254 f.

<sup>269</sup> Schreiben des Stellv. des Ministers an die BV, 27.5.1989; BArch, MfS, BV Schwerin, Stv. Op. Nr. 3, Bl 23.

<sup>270</sup> Vgl. BArch, MfS, BV Dresden, KD Dresden-Land Nr. 16046.



## 5.5 Weitere Dokumente

- Deutsch-deutscher Grundlagenvertrag  
Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland (Grundlagenvertrag), 1972, mit Anlagen und politischen Erklärungen, darunter:  
Anhang 4 zum Vertrag: Gegenseitige Erklärungen zur Öffnung weiterer Grenzübergangsstellen, Ostberlin und Bonn, 21. Dezember 1972.<sup>271</sup>
- Ministerrat der DDR  
Beschluss über die materielle und finanzielle Sicherstellung des Neubaus der vier Straßen-Grenzübergangsstellen Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld an der Staatsgrenze der DDR zur BRD einschließlich der zugehörigen Folgeeinrichtungen, beraten im Ministerrat am 3. Januar 1973.<sup>272</sup>
- MfS-Befehl Nr. 1/73  
Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland trägt entscheidend zur Erhöhung der internationalen Autorität der Deutschen Demokratischen Republik bei und ist Ausdruck der konsequenten Friedenspolitik unserer Partei und Regierung, 9. Januar 1973.<sup>273</sup>
- MfS-Befehl Nr. 2/73  
Zur Durchführung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 3. Januar 1973 über die Errichtung von weiteren Grenzübergangsstellen/Straße an der Staatsgrenze zur BRD haben die bewaffneten Organe der DDR zur Entlastung der Volkswirtschaft und zur Gewährleistung des Termins der ersten Ausbaustufe bis zum 1. März 1973 bestimmte Aufgaben im Auf- und Ausbau dieser GÜSt zu übernehmen, 17. Januar 1973.<sup>274</sup>

---

<sup>271</sup> Grundlagenvertrag, 1972, mit Anlagen und politischen Erklärungen; BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 121; Anlage 4 zum Grundlagenvertrag, Bl. 24 f.

<sup>272</sup> BArch, MfS, SdM Nr. 2402, Bl. 209–224.

<sup>273</sup> MfS-Befehl Nr. 1/73 v. 9.1.1973; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1682.

<sup>274</sup> BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1684.

Ministerrat der DDR	Beschluss zur Konzeption über die konstruktive Gestaltung, den zeitlichen Ablauf und die materielle Sicherstellung der erforderlichen Anschlüsse der Fernverkehrsstraßen 71, 247, 19 und 4 der DDR an das Territorium der BRD, 16. März 1973. <sup>275</sup>
MfNV-Befehl Nr. 88/73	über die Öffnung von Grenzübergangsstellen im grenzüberschreitenden Personenwechselverkehr an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland, 14. Juni 1973. <sup>276</sup>
MfS-Befehl Nr. BV Suhl/2/73	Zur politisch-operativen Sicherung des Wechselverkehrs sowie aktionsmäßigen Sicherung von Tagesreisen der Bürger der BRD in die grenznahen Gebiete des Bezirkes Suhl in der Anfangsphase nach der Eröffnung der GÜSt Meiningen und Eisfeld; Aktion »Bereitschaft«, 21. Juni 1973 <sup>277</sup> .

---

<sup>275</sup> BArch, MfS, SdM Nr. 2402, Bl. 76–82.

<sup>276</sup> BArch, MfS, AGM Nr. 605, Bl. 482–486.

<sup>277</sup> BV Suhl/Leiter der BV: Befehl Nr. Suhl/2/73; BArch, MfS, BV Suhl, BdL Nr. 496. Das Recht zur Befehlsausgabe besaßen im MfS der Minister und dessen Stellvertreter sowie insbesondere die Leiter von selbstständigen Dienstseinheiten auf der ministeriellen Ebene (HA, Abt., AG), die Leiter von BV und KD jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich. Die Zählungen der einzelnen Befehlsreihen bestanden parallel zueinander und begannen jeweils mit der Nr. 1/Kalenderjahr. Unterhalb der Ministerebene mussten die Befehle einen Hinweis auf den Regelnden in der Befehls-Nummer tragen.





Abb. 6: Luftbild der Westberliner Dienststelle des Umweltbundesamtes in Berlin-Grünwald am Bismarckplatz, um 1990/95

## 6. Die politische Inanspruchnahme des Transitverkehrs durch die DDR 1974

### 6.1 Dokument: Ausschluss des Personals des Umweltbundesamtes vom Transit durch die DDR

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

Berlin, den 23.7.1974  
Tgb.-Nr. VMA/<sup>278</sup>

*Geheime Verschlussache*  
*MfS 008 Nr. 574/74*<sup>279</sup>  
*53. Ausf. 5 Blatt*<sup>280</sup>

*Persönlich*<sup>281</sup>

Befehl Nr. 19/74

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Einrichtung des Umweltbundesamtes der BRD in Westberlin ist die Deutsche Demokratische Republik in Wahrnehmung ihrer Interessen und zur Gewährleistung der Einhaltung des Vierseitigen Abkommens<sup>282</sup> gezwungen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die Durchreise von Mitarbeitern dieses Bundesamtes der BRD sowie die Beförderung entsprechenden Eigentums und entsprechender Dokumentationen auf Kommunikationen<sup>283</sup> der DDR wird als ungesetzlich betrachtet.

---

<sup>278</sup> Weil die nachstehende Verschlussachenzählung vermutlich Vorrang besaß, unterblieb im Vorzimmer des Ministers im Post-Ausgangsjournal (VMA) ein Eintrag.

<sup>279</sup> BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1961, Bl. 1–5.

<sup>280</sup> Stempelabdruck mit handschriftlicher Zählung der Ausfertigung.

<sup>281</sup> Stempelabdruck.

<sup>282</sup> Meint das Viermächteabkommen über Berlin zwischen den vier Besatzungsmächten Frankreich, Großbritannien, USA und Sowjetunion von 1971.

<sup>283</sup> Kommunikationen hat hier den früher üblichen Wortsinn von Verbindungen

Demnach gibt es keine Rechtsgrundlage für Transitreisen von Vertretern dieser Bundesbehörde für die Beförderung ihres Eigentumes und ihrer Dokumentationen.

Ich befehle:

Nach Mitarbeitern des Umweltbundesrates ist zu fahnden. Ihnen ist die Durchreise durch die DDR im Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin bzw. zwischen Westberlin und der BRD zu versagen.

Bei Zurückweisungen ist ihnen zu erklären, dass mit der widerrechtlichen Errichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin eine Durchreise nicht möglich ist.

Im Zusammenwirken mit der Zollverwaltung der DDR sind Transporte von Gütern u. a. Materialien, die für das Umweltbundesamt der BRD in Westberlin bestimmt sind oder von diesem versandt werden, nicht zur Durchfuhr durch das Gebiet der DDR zuzulassen.

Bei den Zurückweisungen ist den Transportführern<sup>284</sup> zu erklären, dass im Zusammenhang mit der widerrechtlichen Errichtung des Umweltbundesamtes der BRD in Westberlin der Transport der von ihnen beförderten Güter nicht möglich ist.

Bei Eisenbahntransporten ist die Aussetzung und Rückleitung der entsprechenden Güterwagen durch die Organe der Zollverwaltung im Zusammenwirken mit der Deutschen Reichsbahn zu veranlassen.

Teilnehmer am Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin, die sich mit Ministerialpässen oder Dienstpässen der BRD sowie mit Reisepässen der BRD, deren Berufsangabe auf einen Regierungsbeamten hinweisen, ausweisen, werden beim Grenzübertritt mit Verzögerung abgefertigt, indem sie nach der Passabnahme kurzzeitig aus dem Reisestrom herausgelöst werden und die Ausgabe der Pässe mit den Transitvisa an sie erst erfolgt, nachdem einwandfrei geklärt ist, dass sie nicht Angehörige dieses Amtes sind.

---

und meint Straßen und Schienenwege der DDR.

<sup>284</sup> Transportführer waren nach dieser Regel die Mitarbeiter gewerblicher westlicher Umzugsfirmen, die das Transportgut der Behörde über den innerdeutschen Transitweg befördern sollten.

Sollten davon Betroffene nach Gründen der kurzzeitigen Herauslösung aus dem Reisestrom fragen, ist ihnen mitzuteilen, dass es sich um Fahndungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der widerrechtlichen Errichtung des Umweltbundesamtes der BRD in Westberlin handelt und diese Maßnahme sich nicht gegen sie richtet.

Die Maßnahmen der Grenzabfertigung sind so durchzuführen, dass keine irgendwie ernstere Störungen durch längere Wartezeiten oder Verkehrsstauungen größeren Ausmaßes entstehen können.

Der Befehl tritt am 26.7.1974, 6.00<sup>285</sup> Uhr, in Kraft.

Besondere Vorkommnisse sind mir persönlich, in meiner Abwesenheit an meinen Stellvertreter, *sofort*<sup>286</sup> zu melden.

*Mielke*<sup>287</sup>

Generaloberst

Anlage zum Befehl Nr. 19/74

Bisher bekannte Personen, die als Kader für das Umweltbundesamt der BRD in Westberlin vorgesehen sind:

Dr. Heinrich Ludwig Freiherr von Lersner als Leiter des Umweltbundesamtes (bisher Ministerialdirigent im BMI)

[...]<sup>288</sup>

BRD-Institutionen, die auf dem Gebiet des Umweltschutzes gegenwärtig bereits arbeiten und zugleich auch für eine Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt der BRD in Westberlin in Frage kommen können.

[...]<sup>289</sup>

---

<sup>285</sup> Datum und Uhrzeit handschriftlich.

<sup>286</sup> Gesperrt gedruckt.

<sup>287</sup> Unterschrift.

<sup>288</sup> Es folgen weitere 23 Namen von Mitarbeitern des Umweltbundesamtes im Range von Ministerialdirigenten, Ministerialdirektoren, Ministerialräten oder Regierungsdirektoren.

<sup>289</sup> Tabellenübersicht mit Angaben zum jeweiligen Bundesministerium, zur Einrichtung und zum Aufgabenbereich.

## 6.2 Die Politik der SED gegen das Umweltbundesamt in Westberlin

Die drei Westsektoren und der sowjetische Sektor von Groß-Berlin unterlagen einem besonderen Besatzungsstatut. Das Statut und das Viermächteabkommen über Berlin von 1971 bestimmten unter anderem, dass Westberlin nicht konstitutiver Teil der Bundesrepublik war. Nichtsdestotrotz existierten besondere Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin. Auch bedurfte Westberlin zu seiner wirtschaftlichen und sozialen Existenz einer besonderen Bundeshilfe. Die Ansiedlung eines bundesdeutschen Amtes stärkte die besondere politische Bindung und bediente zugleich die Interessen Westberlins an Subventionen.

Mielkes Befehl war die Konsequenz aus der politischen Ablehnung einer Ansiedelung des Umweltbundesamtes (UBA) in Westberlin durch die SED-Führung und behauptete pauschal eine Einschränkung von Interessen der DDR durch eine Existenz des UBA in Westberlin. Durch den Befehl wollte Mielke die DDR quasi als Hüterin der Bestimmungen des Viermächteabkommens über Berlin implementieren und die Interessen der sowjetischen Siegermacht wahren.<sup>290</sup> Zur unmittelbaren Gefahrenabwehr erließ er ein Transitverbot für Beschäftigte, Güter und Schriftgut des UBA und regelte die Praxis von Fahndungen und Zurückweisungen. Mielke lieferte keinerlei Begründung oder Hinweis auf die Art einer möglichen Benachteiligung der DDR. Auch ließ er offen, warum sich die DDR als Nichtvertragspartei und ohne jedes Recht der Einflussnahme zur Durchsetzung des Vierseitigen Abkommens genötigt sah.

Der Befehl reihte sich in die Politik des Kalten Kriegs der Sowjetunion und der DDR ein, die eine strikte Trennung zwischen der Bundesrepublik und Westberlin anstrebten und damit auf eine Schwächung der Lebensfä-

---

<sup>290</sup> Das MfS fasste den vielschichtigen Prozess für den eigenen Überblick zusammen: Mit der Unterzeichnung des Schlussprotokolls des Vierseitigen Abkommens über Westberlin am 3.6.1972 traten das Vierseitige Abkommen über Westberlin vom 3.9.1971, das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 17.12.1971, die Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat von Berlin über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs vom 20.12.1971 und die Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat über die Regelung der Frage von Enklaven durch Gebietsaustausch vom 20.12.1971 in Kraft, 2.6.1972; BArch, MfS, BdL/Dok, Nr. 1743, Bl. 1–18.



higkeit Westberlins zielten. Die DDR betonte den Status von Westberlin als Teil von Groß-Berlin, der unter der besonderen Verantwortlichkeit der vier Alliierten stand. Als Beleg dieser Sicht galt, dass die Westmächte auch die oberste Gewalt in Westberlin in Anspruch nahmen. Die DDR bestand hartnäckig darauf, dass Westberlin kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik sei, obwohl diese Westberlin wie ein Bundesland mit zeitweilig suspendierter Bundeszugehörigkeit behandeln würde. Die DDR bezeichnete Westberlin deswegen immer als selbstständige, besondere politische Einheit.<sup>291</sup>

Das Unterfangen der Bundesregierung, das Umweltbundesamt in Westberlin einzurichten, berührte also politisch sensible Punkte. Die deutsch-deutschen Auseinandersetzungen, ob die im Viermächteabkommen genannten Begriffe »Swjasi bzw. liens bzw. ties« als »Bindungen« oder als »Verbindungen« zu übersetzen seien, nahmen Fahrt auf.<sup>292</sup>

Am 31. August 1973 reagierte die DDR-Regierung öffentlich auf Planungen der Bundesrepublik, in Westberlin ein Umweltbundesamt unter dem Dach des Bundesinnenministeriums einzurichten. Ein Kommentar im *Neuen Deutschland* nahm Bezug auf den Besuch von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher bei Klaus Schütz, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin. Es sei doch erstaunlich, so das zentrale Presseorgan der SED, dass das Bundesinnenministerium eine Dienststelle außerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik einrichten wolle.<sup>293</sup> Auf den vergleichsweise diplomatisch formulierten Fingerzeig sollte bald eine politische Eskalation folgen.

---

<sup>291</sup> Vgl. Information über Aktivitäten, Pläne und Bestrebungen der Regierung der BRD, des Senats von Westberlin, anderer politischer Kreise sowie subversiver, revanchistischer, neonazistischer und militaristischer Organisationen in Westberlin, das Vierseitige Abkommen über Westberlin zu unterlaufen, zu verletzen und zu missbrauchen, Nr. 160/73; BArch, MfS, ZAIG Nr. 2165, Bl. 1–120. Vgl. auch Hennig: Die Bundespräsenz in West-Berlin.

<sup>292</sup> Swjasi, liens, ties. In: *Der Spiegel* (1973) 42 v. 14.10.1973; Nawrocki: Die DDR nimmt es nicht so genau. In: *Die Zeit* (1977) 8. Dabei ging es um die Frage, was die Alliierten im Vertrag implizit zugestanden hatten. Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin waren anderes zu bewerten als Verbindungen zwischen den Territorien Westberlin und Bundesrepublik.

<sup>293</sup> Politische Umweltverschmutzung. In: *Neues Deutschland* v. 31.8.1973; BArch, MfS, ZAIG Nr. 9392, Bl. 59. Hans-Dietrich Genscher (1927–2016), Politiker der FDP, u. a. zwischen 1974 und 1992 Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Klaus Schütz (1926–2012), SPD-Politiker, u. a. 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Politische Vertreter der DDR protestierten wiederholt gegen die Bonner Pläne. Das taten sie etwa während einer Unterredung zwischen dem stellvertretenden Außenminister der DDR Kurt Nier und Günter Gaus als Vertreter der Bundesregierung am 7. März 1974.<sup>294</sup>

Am 21. Juli 1974 erklärte Ostberlin, die DDR sei »in Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen und zur Gewährleistung der Einhaltung des Vierseitigen Abkommens gezwungen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Durchreise von Mitarbeitern dieses Bundesamtes der BRD sowie die Beförderung entsprechenden Eigentums und entsprechender Dokumentationen auf den Kommunikationen der DDR wird als ungesetzlich betrachtet«.<sup>295</sup>

Tatsächlich aber widersprach das angekündigte Vorgehen der DDR dem Transitabkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Danach unterlagen die »Reisenden, ihre Transportmittel und ihr persönliches Gepäck [...] nicht der Durchsuchung und der Festnahme« und diese durften nicht »von der Benutzung der vorgesehenen Wege ausgeschlossen werden«. Ausnahmen davon ließen nur die im Artikel 16 des Vertrages niedergelegten Gründe zu, subsumiert unter »Missbrauch« der Transitwege, die letztendlich auf die Unterbindung von Flucht und Schleusung zielten.<sup>296</sup> Vier Tage später, am 25. Juli 1974, trat das bundesdeutsche Gesetz zur Einrichtung eines Umweltbundesamtes in Westberlin in Kraft.<sup>297</sup> Am darauffolgenden Tag erlangte der Mielke-Befehl Nr. 19/74 Gültigkeit.

### 6.3 Die Vier-Mächte-Kontroverse um das Umweltbundesamt

Die Bonner Absicht, das UBA in Westberlin einzurichten, veranlasste auch die Sowjetunion, sich politisch zu positionieren. Im September und Oktober 1973 richtete die sowjetische Führung unter Leonid Breschnew Protestnoten

---

<sup>294</sup> Vermerk über ein persönliches Gespräch zwischen dem Genossen Nier und Staatssekretär Gaus am 7.3.1974. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 6. Bd. 3, S. 528-530. Kurt Nier (\*1927), SED-Politiker, u. a. 1973-1989 stellv. DDR-Außenminister. Günter Gaus (1929-2004), Publizist, Politiker, u. a. von 1973-1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR.

<sup>295</sup> Mahnke: Dokumente zur Berlin-Frage, 1987, S. 458.

<sup>296</sup> Zur Ausgestaltung der Transitbedingungen siehe Artikel 9, Punkt 4 des Verkehrsvertrages DDR-Bundesrepublik (Transitabkommen) v. 17.12.1971; BArch, MfS, HA I Nr. 17733, Bl. 360-392, hier Bl. 373. Zu Hinweisen auf eine missbräuchliche Nutzung des Transits siehe Transitabkommen Artikel 16; ebenda, Bl. 375.

<sup>297</sup> Der Deutsche Bundestag stimmte dem Gesetz am 19.6.1974 zu, der Bundesrat am 12.7.1974.

an die Westalliierten und empfahl später den deutschen Genossen, über entsprechende Kanäle bei der Bundesregierung mit einer möglichen Sperrung der Transitwege für UBA-Mitarbeiter Druck aufzubauen.<sup>298</sup>

Nach den Unterredungen des französischen und englischen Botschafters mit dem sowjetischen Botschafter Michail Jefremow wegen des UBA traf am 26. Februar 1974 auch der amerikanische Botschafter Martin J. Hillenbrand mit dem sowjetischen Diplomaten zusammen.<sup>299</sup> Hillenbrand vertrat die Auffassung, dass das Vorhaben der Bundesregierung nicht gegen das Vierseitige Abkommen verstieß. Jefremow entgegnete dialektisch, er wäre froh, wenn sich auf der Welt ein Mensch finden würde, der ihm anhand des Vierseitigen Vertrages beweisen könnte, dass das Vorhaben der Bundesregierung nicht dem Abkommen widerspreche. Er sah darin weiterhin eine grobe Vertragsverletzung. Auch bekundete er sein tiefes Unverständnis über die Aufgaben des Amtes. Er könne nicht verstehen, dass sich 600 Beschäftigte eines Amtes mit der Analyse von Luft beschäftigten. Auf seine rhetorische Frage, wer dieses Amt denn brauche, antwortete er selbst: »Keiner braucht es. [...] Ich bin dafür, dieses Problem zu beseitigen.«<sup>300</sup>

Vom Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetze galten nicht automatisch auch für Westberlin, sondern mussten zunächst von den Westalliierten genehmigt werden, da Berlin nicht durch den Bund regiert werden durfte. Die Alliierte Kommandantur erhob am gleichen Tag »keine Einwände« gegen die Übernahme des Gesetzes für Berlin und leitete es an den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz weiter.<sup>301</sup> Das Verfahren schien aus westlicher Sicht rechtlich und formal korrekt. Auch hatte die Bonner Politbürokratie sorgfältig darauf geachtet, dass keine Formulierungen oder administrativen Konstruktionen gewählt wurden, an denen die Sowjetunion hätte politisch Anstoß nehmen können. Das begann mit der Bezeichnung der neuen Behörde, die eben nicht »Bundesamt für Umweltschutz« hieß, wie das *Neue Deutschland* am 21. Juli 1974 meldete und in der Folgezeit stets wiederholte,

---

<sup>298</sup> Vgl. Mitteilung der sowjetischen Führung an die Führung der SED (o. D.). In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 6. Bd. 3, S. 436-437. Leonid Breschnew (1906–1982), sowjet. Politiker, Parteichef der KPdSU, u. a. 1977–1982 Staatschef der Sowjetunion.

<sup>299</sup> Martin J. Hillenbrand (1915–2005), Politiker und Diplomat der USA, u. a. 1972–1976 US-Botschafter in Bonn.

<sup>300</sup> Niederschrift der sowjetischen Botschaft in der DDR über die Unterredung des Botschafters Jefremow mit dem amerikanischen Botschafter Hillenbrand, Berlin (West), 26. 2.1974. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe 6. Bd. 3, S. 508-512, hier S. 511.

<sup>301</sup> Vgl. beispielsweise Mahnke: Dokumente zur Berlin-Frage, S. 456 sowie Nawrocki: Gesetzeshürden für Berlin. In: Die Zeit (1974) 30.

sondern Umweltbundesamt.<sup>302</sup> Bei der Vorbereitung des Gesetzes sollte die semantische Nähe zum Begriff des Bundesministeriums vermieden werden. Zudem war das Amt dem Bundesinnenministerium unterstellt und sollte keine Regierungsfunktion ausüben.

Klaus Bölling, Pressesprecher der Bundesregierung, konterte auf die Erklärung der DDR, dass deren Vorgehen nicht mit den Bestimmungen des Transitabkommens vereinbar und der Ausschluss bestimmter Personengruppen von der Benutzung der Transitwege unzulässig sei.<sup>303</sup> Diese Auffassung teilten auch die drei westlichen Botschafter.

Daraufhin schaltete sich die sowjetische Botschaft in der DDR ein, prangerte ihrerseits die Verletzung des Vierseitigen Abkommens durch die Einrichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin an und stellte sich hinter die angekündigten Maßnahmen der DDR.<sup>304</sup> Wie kaum anders zu erwarten, gaben mehrere Länder des sozialistischen Lagers unter Führung der Sowjetunion, die Mongolei, Vietnam, Polen, Ungarn, Bulgarien, der DDR einmütig politische Rückendeckung. Die Westalliierten erklärten am 5. August 1974 gegenüber der Sowjetunion, dass die DDR keinen Anspruch auf irgendwelche Rechte bezüglich des Vierseitigen Abkommens erheben könne und einseitig keinerlei Maßnahmen ergreifen dürfe.<sup>305</sup>

Viel peinlicher als diese scharfe Zurechtweisung war für die DDR, dass deren Bemühungen um diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tag auf der Strecke blieben und eine DDR-Delegation unverrichteter Dinge aus Washington wieder abreisen musste.<sup>306</sup>

## 6.4 Einrichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin

Von Egon Bahr stammte der Vorschlag, in Westberlin ein Umweltbundesamt einzurichten. Seit Ende 1973 traf die Bundesregierung entsprechende Vorbereitungen und befasste sich intern auch mit möglichen internationalen Wechselwirkungen. Unter anderem war sorgfältig darauf zu achten,

---

<sup>302</sup> Ursprünglich sollte die Bezeichnung Bundesamt für Umweltfragen lauten.

<sup>303</sup> Klaus Bölling (1928–2014), Journalist, SPD-Politiker, u. a. 1974–1981/82 Sprecher der Bundesregierung.

<sup>304</sup> Umweltbundesamt vergiftet internationale Atmosphäre. »Prawda«: In direktem Widerspruch zum Vierseitigen Abkommen. In: Neues Deutschland v. 2.8.1974.

<sup>305</sup> Mahnke: Dokumente zur Berlin-Frage, S. 463.

<sup>306</sup> Die Bundesregierung hat sich selbst und die Bevölkerung getäuscht. In: UID-Dokumentation (1974) 33/34.

das »Nicht-Regierungs-Gebot« gemäß dem Viermächte-Abkommen strikt einzuhalten. In Westberlin durften keine Regierungsfunktionen für die Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen werden.

Das sollte in Hinblick auf das UBA-Vorhaben der Bundesregierung dadurch gewährleistet werden, dass dem Amt keine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Behörden zugestanden wurde. Bundeskanzler Helmut Schmidt war des Themas, das er im Mai 1974 von Willy Brandt geerbt hatte, mittlerweile überdrüssig. Nach der Guillaume-Affäre, die die Innenpolitik der Bundesrepublik<sup>307</sup> bis ins Mark erschütterte, bargen die Auseinandersetzungen um das UBA neue und politisch unkalkulierbare Brisanz. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Conrad Ahlers<sup>308</sup> enthüllte, dass die Bundesregierung die Westmächte dazu bewegen wollte, die Einrichtung des UBA in Berlin zu untersagen. Diese waren dazu aber nicht bereit, da Amerikaner und Franzosen bei ihren Gesprächen in Moskau herausfanden, dass die Umsetzung der Planungen keine schweren politischen Folgen haben würde.<sup>309</sup> Daher machte der Westen, so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, »dieses Spiel nicht mit«.<sup>310</sup>

Derweil empfahlen CDU und CSU der Bundesregierung, einen Katalog abgestufter Reaktionen auf DDR-Vertragsbrüche zu erarbeiten. Einen möglichen Druckpunkt konnte der  $\rightarrow^G$ Swing bilden, der zinslose Überziehungskredit der Bundesrepublik im innerdeutschen Handel.<sup>311</sup> Die politischen Erörterungen möglicher Maßnahmen gegen die DDR wies Ostberlin umgehend mit einer kurzen Meldung im *Neuen Deutschland* zurück. Sollte die Bundesrepublik den Swing nach 1975 wegfallen lassen, würde die DDR das als eine Verletzung des Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen ansehen. Eine solche Haltung der Bundesrepublik bliebe »nicht ohne Folgen«, erklärte die DDR, ohne konkret zu werden.<sup>312</sup> Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion

---

<sup>307</sup> Helmut Schmidt (1918–2015), SPD-Politiker, u. a. 1974–1982 deutscher Bundeskanzler. Günter Guillaume (1927–1995), MfS-OibE, u. a. 1972–1974 persönlicher Referent von Willy Brandt, Guillaume's Enttarnung führte zum Rücktritt Brandts als Bundeskanzler.

<sup>308</sup> Conrad Ahlers (1922–1980), Journalist und Politiker der Bundesrepublik.

<sup>309</sup> Vgl. Zeitungsausschnitte Westpresse: B.Z. v. 27.7.1974; BArch, MfS, ZAIG Nr. 9392, Bl. 90.

<sup>310</sup> Vgl. Zeitungsausschnitte Westpresse: FAZ v. 29.7.1974; ebenda, Bd. 2, Bl. 87.

<sup>311</sup> Vgl. dazu u. a. DDR-Handel. Zwang durch Swing? In: Der Spiegel (1974) 34. Der Swing belief sich 1974 auf 620 Mio. Verrechnungseinheiten (gleich DM). Der zinslose Swing führte allein 1973 im Bundeshaushalt zu einem Einnahmeverlust von 77 Mio. DM. Auch Cash. In: Der Spiegel (1973) 51.

<sup>312</sup> Zu Publikationen in der BRD. In: Neues Deutschland v. 12.8.74; BArch, MfS, HA VI Nr. 15738, Bl. 26.

im Deutschen Bundestag Manfred Abelein<sup>313</sup> vertrat daraufhin die Ansicht, die Drohungen fügten sich in die bekannten Verhaltensmuster der DDR im Rahmen der Beziehungen zur Bundesrepublik ein und empfahl der Bundesregierung, sich nicht einschüchtern zu lassen. Zweifellos trafen die Bonner Diskussionen um den Swing die DDR an einer sehr empfindlichen Stelle.

Günter Gaus, der Leiter der Ständigen Vertretung in Ostberlin und dadurch Chefunterhändler der Bundesrepublik gegenüber der DDR, konnte Anfang August 1974 vermelden, die DDR wolle den Konflikt um das UBA nicht weiter eskalieren lassen. Dazu passte, dass die Bediensteten der PKE und der Grenzzollämter nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* die Befragung der Transitreisenden, ob sie Mitarbeiter des UBA seien, eingestellt hätten.<sup>314</sup> Hier war das bundesdeutsche Nachrichtenmagazin merkwürdigerweise schneller als das MfS selbst.

Die Bundesregierung ließ es schließlich auf einen Test ankommen. Ein »hoher Beamter« des Umweltbundesamtes, so berichtete *Der Spiegel*, begab sich von Westberlin aus auf den Transitweg nach Westen und konnte problemlos passieren.<sup>315</sup>

## 6.5 Die Praxis der selektiven Transitsperre

Die Praxis der personenbezogenen Transitsperre fügte sich in die etablierten Abläufe der DDR-Passkontrolle nahtlos ein. Mit dem Mittel der Fahndung konnten die Passkontrolleneinheiten gleichermaßen den Zutritt in die DDR steuern wie auch Personen vom Transit durch die DDR ausschließen. Die Tauglichkeit der dafür zur Verfügung stehenden Mittel hatte die DDR schon einige Jahre zuvor erprobt, als sie Personen, die sie als Neonazis ansah, vom Transitverkehr ausschloss.<sup>316</sup> Wenig später, im Jahr 1970, schlug sich das Prinzip der politischen Willkür der SED in einem MfS-Befehl zum innerdeutschen Transit-Verkehr neuerlich nieder. Beim Verdacht des Transitmissbrauchs verweigerte die DDR den Transit komplett.<sup>317</sup>

---

<sup>313</sup> Manfred Abelein (1930–2008), Hochschullehrer und Politiker der Bundesrepublik.

<sup>314</sup> Berlin: »Schikanen auf niedriger Ebene«. In: *Der Spiegel* (1974) 32.

<sup>315</sup> DDR-Handel. Zwang durch Swing? In: *Der Spiegel* (1974) 34.

<sup>316</sup> Dazu diente der MfS-Befehl Nr. 2/68 über Maßnahmen zur Verhinderung der Ein- und Durchreise von neonazistischen Kräften; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1177.

<sup>317</sup> MfS-Befehl Nr. 2/70 über die Verhinderung der missbräuchlichen Benutzung

Am 30. Juli 1974 wurde nun einem Mitarbeiter des Umweltbundesamtes in Westberlin, einem Abteilungsleiter, an der Grenzübergangsstelle Marienborn die Benutzung des Transitweges nach Westberlin verwehrt. Auf die Frage der PKE, ob der Reisende Mitarbeiter des Umweltbundesamtes sei, verweigerte dieser die Antwort. Als sich der Abteilungsleiter des UBA nach dem Grund für seine Abweisung erkundigte, wurde ihm gegenüber die widerrechtliche Einrichtung der Behörde in Westberlin angeführt.<sup>318</sup> Der Mitarbeiter war zwar nicht auf der Liste im Anhang des Mielke-Befehls Nr. 19/74 vermerkt, wohl aber auf Fahndungslisten des MfS, die an den Grenzübergangsstellen vorlagen.<sup>319</sup>

Schon im Sommer 1974 vermuteten westliche Beobachter, dass die DDR über Listen der Mitarbeiter des neuen Amtes verfügen könnte, zumal mehrere Transitreisende an Grenzübergangsstellen festgehalten und befragt worden waren.<sup>320</sup> Tatsächlich lagen dem MfS Listen von Mitarbeitern des Umweltbundesamtes vor und erfassten die Genossen der PKE das UBA-Personal in dem speziellen Fahndungssystem <sup>→</sup>GUWE für die Zwecke der Passkontrolle.<sup>321</sup>

---

der Verkehrswege der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchreise nach und von Westberlin; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1384.

<sup>318</sup> Berlin: »Schikanen auf niedriger Ebene«. In: Der Spiegel (1974) 32.

<sup>319</sup> Es war nicht das erste Mal, dass die DDR offenkundig politisch motiviert, spezifisch tätige Personengruppen vom innerdeutschen Transit ausschloss. Am 13.4.1968 erging ein Verbot der Durchreise für Minister und leitende Beamte der Bundesregierung durch das MdI. Am 8.2.1969 sperrte das MdI die innerdeutschen Transitwege für die Mitglieder und Mitarbeiter der Bundesversammlung sowie für Angehörige der Bundeswehr.

<sup>320</sup> Vgl. Zeitungsausschnitte Westpresse: Hat Ostberlin bereits Listen mit Namen? In: Berliner Morgenpost v. 30.7.1974; BArch, MfS, ZAIG Nr. 9392, Bd. 2, Bl. 80.

<sup>321</sup> Im Juli 1974 waren im Fahndungssystem UWE des MfS schon 85 Mitarbeiter des UBA mit Privatadresse verzeichnet. Im Februar 1975 umfasste UWE bereits 192 Namen. Die Angaben zu den Fahndungsobjekten sollten an den GÜSt systematisch vervollständigt werden. Vgl. Schreiben v. 28.7.1974; BArch, MfS, HA VI Nr. 15738, Bl. 15. Die Quelle enthält weitere zum Fahndungssystem UWE relevante Dokumente: Fahndungen zur Realisierung der Reisesperre im Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin, (o. D., ca. Juli 1974); ebenda, Bl. 49–62; Fahndungen zu Personen, bei denen es sich eindeutig um Mitarbeiter des »Umweltbundesamt« handelt, 18.2.1975; ebenda, Bl. 75–104. Das letzte Dokument belegt, dass die Fahndung nach dem Außerkraftsetzen von Mielkes Befehl Nr. 19/74 für operative Zwecke (z. B. Komplettierung des Informationspools) beibehalten wurde.

Trotz der Fahndung ließen die DDR-Passkontrolleure Bundesbedienstete des Umweltbundesamtes unterhalb der Abteilungsleiterebene unbehelligt passieren. Im Sommer 1974 waren im UBA von 850 Planstellen erst 380 besetzt.<sup>322</sup>

Zu den sogenannten <sup>G</sup>Fahndungsobjekten der PKE zählten neben Personen auch Transportgüter. Die mit dem Zoll koordinierte Suche erstreckte sich auf Lkw und Bahntransporte mit Deklarationshinweisen auf Umzugsgut des Bundesamtes auf dem Weg nach Westberlin. Um den Kontrolleuren der DDR über die Zieladressen keine konkreten Ansatzpunkte zu bieten, fuhren beispielsweise Lkw mit solcher Behördenladung in Westberlin neutrale Umladestationen an, wo die Fracht auf andere Fahrzeuge verteilt wurde.

Am 7. August 1974 versandte das <sup>G</sup>OLZ der HA VI ein Telegramm an alle MfS-Bezirksverwaltungen mit Grenzübergangsstellen an der Westgrenze und nach Westberlin mit der Anweisung, sofort »alle Befragungen von Personen nach Verbindungen, Zugehörigkeit usw. zum Umweltbundesamt zu unterlassen«. <sup>323</sup> Auch wenn sich entsprechende Hinweise ergeben sollten, wäre allen Beamten des Umweltbundesamtes die Durchreise ohne Verzögerung zu gestatten. Dennoch hielt die HA VI die PKE dazu an, verdeckte Kontrollen nach Mitarbeitern des Umweltbundesamtes durchzuführen, die sich mit Ministerial- oder Dienstpässen ausweisen.

Wegen der außerordentlichen politischen Bedeutung des Umweltbundesamtes und explizit mit Blick auf westliche Medien wies das OLZ der HA VI die Genossen an den Grenzübergangsstellen an, unbedingt eine reibungslose Abfertigung im Transitverkehr zu gewährleisten. Zwar fahndete die HA VI »zur Kontrolle und Überwachung« weiterhin nach Mitarbeitern des Umweltbundesamtes, wie eine im März 1975 aktualisierte Personenliste belegt, die OSL Ziegenhorn dem OLZ überstellte. <sup>324</sup> Doch diese stille Fahndung blieb ohne Auswirkungen auf die Praxis des Transitverkehrs.

Mochte die SED 1968 und 1970 mit dem willkürlichen Transitausschluss von vorgeblichen Neonazis und Missbrauchsstörern des Transits noch auf

---

<sup>322</sup> Vgl. Zeitungsausschnitte Westpresse: Umweltbundesamt wird personell verstärkt, Tagesspiegel v. 2. 6.1974; Umweltbundesamt erheblich geringer besetzt als vorgesehen, Tagesspiegel v. 15.11.1977; BArch, MfS, HA VI Nr. 15738, Bl. 32 f.

<sup>323</sup> Telegramm des OLZ der HA VI v. 7.8.1974; BArch, MfS, HA VI Nr. 15738, Bl. 41. Anlage zum MfS-Befehl Nr. 19/74 v. 6.8.1974 betr. Weisung des Ministers über die Aufhebung der Fahndungsmaßnahmen im Transitverkehr nach Personen und Gütern des Umweltbundesamtes der BRD in Westberlin. Das belegt die wirksame Feinsteuerung der Tätigkeit der PKE durch die OLZ der HA VI bzw. die OLZ der BV/Abt. VI.

<sup>324</sup> Vgl. Liste zu Personen, zu denen im Zusammenhang mit der Einrichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin Fahndungen zur Kontrolle und Überwachung eingeleitet wurden, 18.3.1975; BArch, MfS, HA VI Nr. 15738, Bl. 74–104.



Randgruppen zielen, war das mit der Obstruktion von 1974 anders. Dabei übersah die SED die Fragilität der Berlin-Frage, die die vier Alliierten letztendlich nicht mit einer von Ostberlin provozierten Krise belasten wollten. Völlig aus dem Blick verloren hatte die SED aber die eigene Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung aus dem Westen. Schon die leiseste Androhung wirtschaftlicher Konsequenzen aus Bonn führte die SED auf den Boden der Tatsachen zurück. Angesichts des drohenden Umschlagens erfundener Beeinträchtigungen in reale Nachteile erstarb Ostberlins Empörung binnen zweier Wochen.

## 6.6 Das Umweltbundesamt im Fokus des MfS

Der Ausschluss des Personals des Umweltbundesamtes vom innerdeutschen Transit und die Beschaffung der dazu erforderlichen personenbezogenen Informationen lagen in der DDR in einer Hand, bei der Staatssicherheit. Während Ostberlin mit öffentlichem Druck versuchte, Einfluss auf die Bonner Entscheidung zu nehmen, suchte Mielke mit seinem Apparat nach anderen Wegen.

Er wandte sich an Markus Wolf, den Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), der mit seiner Auslandsspionage die Angelegenheit Umweltbundesamt in Westberlin ins Visier nehmen sollte. Diese sei, so Mielke »eine offene Verletzung des vierseitigen Abkommen über Westberlin und der Verpflichtungen, die sich für die westliche Seite aus diesem ergeben.«<sup>325</sup> Eine nähere Erklärung, worin die Verletzung bestand und wodurch insbesondere die DDR in ihren Rechten beschränkt wurde, gab er auch hier nicht. Mielke wies die Leiter aller operativen Dienstseinheiten an, die feindlichen Pläne wirksam aufzuklären und durch »zielgerichteten und differenzierten Einsatz der IM« im Operationsgebiet entsprechende Maßnahmen durchzusetzen.<sup>326</sup>

Gelegen war ihm insbesondere an Informationen zu folgenden Sachverhalten:

- Feststellung von Reaktionen sogenannter führender Kreise im Westen auf die Einrichtung des Umweltbundesamtes,
- Aufklärung von Differenzen zwischen Bonn, Westberlin und den Westmächten,

---

<sup>325</sup> Schreiben von Mielke an die HV A, 11.7.1974; BArch, MfS, HV A Nr. 833, Bl. 30–41, hier 30. Markus Wolf (1923–2006), zuletzt Generaloberst, war bis 1986 ein Mielke-Stellvertreter und zugleich Leiter der HV A.

<sup>326</sup> Ebenda, Bl. 31.

- Aufklärung der Ziele des Westens, die mit der Einrichtung des Umweltbundesamtes verfolgt werden sollen,
- Aufklärung von Aufgaben und funktionalen Verantwortlichkeiten des Umweltbundesamtes in Westberlin, insbesondere in Hinblick auf die Ausdehnung der Machtbefugnisse der Bundesrepublik auf Westberlin,
- Aufklärung aller Aktivitäten des Umweltbundesamtes, insbesondere solcher gegen die DDR und andere sozialistische Staaten.

Dazu ergänzend sollten die Standorte des Umweltbundesamtes in den Blick genommen werden. Einer befand sich im ehemaligen Verlagsgebäude des *Telegraf* in Berlin-Grünwald am Bismarckplatz 1, von dem bislang nur die operativ wenig bedeutsame Information vorlag, dass es über 86 Büros verfügte.<sup>327</sup> Über die Organisationsstruktur des UBA wusste das MfS bereits, dass drei Fachbereiche eingerichtet werden sollten (Allgemeine Umweltfragen, Immissionsschutz, Probleme der Abfallwirtschaft). In diesem Zusammenhang waren alle Bewachungs- und Sicherungssysteme der zum UBA gehörigen Objekte von großem Interesse für das MfS.

Daneben sollten die Mitarbeiter des UBA ausgespäht werden, allen voran der Präsident des Umweltbundesamtes Freiherr von Lersner. Mielke wies seine Postkontroll-Abteilung M an, verstärkt nach Postsendungen fahnden, die im Zusammenhang mit der Errichtung oder der Tätigkeit des Bundesamtes in Westberlin standen. Für die zentrale Auswertung aller Informationen setzte Mielke seinen Stellvertreter Generalleutnant Markus Wolf ein. Oberst Schwanitz<sup>328</sup> wies in einem Maßnahmenplan an, dass zur Aufklärung der gegen die DDR gerichteten Pläne und Maßnahmen alle vorhandenen inoffiziellen Mitarbeiter im Operationsgebiet einzusetzen waren. Sofern es zu Kontaktversuchen des UBA zu Objekten in Ostberlin käme, sollten diese unter Kontrolle genommen und seinem Stellvertreter Aufklärung gemeldet werden. Generell erhielten alle in Westberlin eingesetzten IM den Auftrag, die beruflichen, verwandtschaftlichen und sonstigen Beziehungen der UBA-Mitarbeiter aufzuklären. Auch sollte geprüft werden, auf welchen Wegen IM in das Umweltbundesamt eingeschleust werden konnten. So sollten die Dienstseinheiten des MfS ermitteln, ob Studenten mit entsprechender fachlicher Ausrichtung Praktika im UBA absolvieren durften.

---

<sup>327</sup> Von 1946 bis 1972 wurde als *Telegraf* eine SPD-nahe Tageszeitung publiziert. Das Bürogebäude in Berlin-Grünwald stammt aus den 1930er-Jahren.

<sup>328</sup> Wolfgang Schwanitz (1930–2022), zuletzt Generalleutnant, war 1974 bis 1986 Leiter der BV Berlin, dann ein Mielke-Stellvertreter sowie der Leiter der MfS-Nachfolgeinstitution AfNS.

Die Staatssicherheit war in Westberlin fest verankert und nutzte die westliche Stadthälfte für diverse Aktivitäten. Zur Aufklärung des Umweltbundesamtes mussten nicht gesondert inoffizielles Personal angeworben oder besondere Verbindungslinien aufgebaut werden. Das MfS konnte sich vielmehr auf ein fest etabliertes Netzwerk stützen. In die Aufklärung interessierender Zusammenhänge waren beispielsweise die nachfolgend aufgeführten IM einbezogen:

IM »Jutta« aus der Senatsverwaltung für Finanzen in Westberlin sollte Pläne und Absichten von Bundesregierung, Senat und Westmächten verfolgen, Dokumente beschaffen, Aufklärung der funktionellen Verantwortlichkeit des UBA und der personellen Besetzung leisten und eventuell weitere Verlagerungen von Organen und Einrichtungen nach Westberlin erkunden. Das gleiche Aufgabenspektrum wurde auch von IM »Frosch« in der Senatskanzlei, von IM »Maria« in der Senatsverwaltung für Gesundheit, von IM »Krüger« im Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, von IM »Dr. Zeitz« in der Freien Universität und von der Kontaktperson (KP) *Raddatz*, MDA und Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft, bearbeitet. Leicht variiert und mehr auf außenpolitische Aktivitäten der Bundesregierung, auf Differenzen zwischen Bundesregierung, Senat und Westmächten, Kontakte zwischen UBA und SPD, SPD-Mitglieder im UBA und die personelle Besetzung des UBA ausgerichtet, sollten die IM »Eisenstein« und »Erlers« aus dem SPD-Landesvorstand und IM »Giesbert«, ein SPD-Kreisgeschäftsführer, Informationen für das MfS erbringen.<sup>329</sup>

Das UBA stand auch im Austausch mit Ostberliner Wissenschaftlern. Deshalb waren in Hinblick auf das UBA die Hochschulbereiche in Ostberlin für Mielke ebenfalls relevant. IMS »Eckhardt« im Direktorat für internationale Beziehungen im Hochschulbereich in Ostberlin sollte die vorhandenen offiziellen Verbindungen zum UBA aufklären. In die gleiche Richtung arbeiteten in Ostberlin die IMS »Klaus Meister« (Sektion Chemie), IMS »Rudolf« (Sektion Veterinärchemie) und GMS »Audt« (Prorektorat für Wissenschaftsentwicklung).

---

<sup>329</sup> Vgl. Maßnahmen zur Aufklärung der feindlichen Pläne, Absichten, Maßnahmen und Aktivitäten im Zusammenhang mit der Einrichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin, 24.7.1974; BArch, MfS, BV Berlin, XV Nr. 10, Bl. 9–15. Zu den Aktivitäten des MfS gegen das Umweltbundesamt in Westberlin siehe auch Knabe: *West-Arbeit des MfS*, S. 91. Müller-Enbergs nennt beispielsweise die IM »Jutta«, Reg.-Nr. XV 1815/60, oder den IM »Frosch«, Reg.-Nr. 2232/60, neben weiteren als Verbindungen der BV Berlin/Abt. XV; Müller-Enbergs: *Hauptverwaltung A*, S. 270–274.

## 6.7 Kerndaten der Transitsperre

26. Juli 1974, 6.00 Uhr

Inkrafttreten des MfS-Befehls Nr. 19/74 zum Ausschluss des Personals des UBA vom Transit durch die DDR.

30. Juli 1974

Der Ausschluss im Sinne des MfS-Befehls ist Praxis.

5. August 1974

Der Ausschluss des UBA-Personals vom Transit wird ausgesetzt.

7. August 1974

Das MfS weist die Aufhebung des Ausschlusses des UBA-Personals vom innerdeutschen Transit gegenüber allen PKE an.

## 6.8 Weitere Dokumente

Vierseitiges Abkommen

Viermächteabkommen über Berlin zwischen den vier Besatzungsmächten Frankreich, Großbritannien, USA und Sowjetunion, in den Sprachen der Signatarstaaten, 3. September 1971.<sup>330</sup>

Abkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik

Abkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik über den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin, Transitabkommen, 17. Dezember 1971.<sup>331</sup>

---

<sup>330</sup> Vierseitiges Abkommen v. 3.9.1971 in der deutschen Übersetzung vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR; BArch, MfS, HA I Nr. 17733, Bl. 454–470. Siehe auch Vierseitige Vereinbarung (Frankreich, Sowjetunion, Großbritannien und Nordirland, USA), 18.8.1971, Übersetzung ins Deutsche; BArch, MfS, SdM Nr. 232, Bl. 66–90.

<sup>331</sup> Transitabkommen DDR–Bundesrepublik; BArch, MfS, HA I Nr. 17733, Bl. 360–392.





Abb. 7: Westdeutsche Umweltschützer stülpen ein Ölfass mit der Aufschrift »DIOXIN« über einen Grenzposten der DDR und stellen ein Schild mit der Aufschrift »Schönberg Giftzone« auf, Februar 1986.

## 7. Der Mülltransfer über die innerdeutsche Grenze 1979

### 7.1 Dokument: Ausbau der GÜSt Selmsdorf für den kommerziellen Müllimport der DDR

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

Vertrauliche Verschlussache

B2 – 349/79 –  
9. Ausf. 4 Seiten  
Beschluss des Ministerrates,  
02 – Präsidium des Ministerrates  
119/5/79<sup>332</sup>, vom 3. Mai 1979

Beschluss über die Zulassung und bauliche Erweiterung der Straßengrenz-  
übergangsstelle Selmsdorf an der Staatsgrenze der DDR zur BRD sowie über  
die Führung der Transporte von Abfallstoffen aus der BRD zur Deponie  
Schönberg (Kreis Grevesmühlen)

Der beiliegende Beschluss wurde bestätigt.  
gez. W. Stoph<sup>333</sup>

Für die Richtigkeit<sup>334</sup>  
Sekretariat des Ministerrates

Verteiler:  
Minister für Außenhandel  
Minister für Finanzen  
Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
Minister für Bauwesen  
Minister für Nationale Verteidigung  
Minister für Staatssicherheit  
Minister für Verkehrswesen

---

<sup>332</sup> BArch, MfS, SdM Nr. 1645, T. 1 von 2, Bl. 213–216.

<sup>333</sup> Willi Stoph (1914–1999), SED-Politiker, u. a. 1976–1989 Vorsitzender des DDR-  
Ministerrates.

<sup>334</sup> Unleserliche Unterschrift.

Leiter der Zollverwaltung der DDR  
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock

1. Der Zulassung der Straßengrenzübergangsstelle Selmsdorf für die Durchführung von Deponietransporten aus der BRD zur Deponie Schönberg (Kreis Grevesmühlen) wird mit sofortiger Wirkung zugestimmt.

Bis zum Abschluss der Erweiterung der Kontrollanlagen der Straßengrenzübergangsstelle ist die Abfertigung der Deponietransporte im begrenzten Umfang (täglich bis zu 50 Lastfahrten) unter Nutzung der vorhandenen Anlagen zu gewährleisten.

2. Die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für die Abfertigung des grenzüberschreitenden Deponieverkehrs sind zu schaffen.

Auf Antrag der Kontroll- und Sicherheitsorgane sind die für die Erweiterung der Straßengrenzübergangsstelle erforderlichen Planstellen und finanziellen Mittel bereitzustellen.

Verantwortlich:

Minister der Finanzen

Minister für Nationale Verteidigung

Minister für Staatssicherheit

Leiter der Zollverwaltung der DDR

3. Die notwendigen baulichen Maßnahmen für die Erweiterung der Kontrollanlagen der Straßengrenzübergangsstelle sind auf der Grundlage des Forderungsprogramms des Ministers für Nationale Verteidigung vorzunehmen. Die Bereitstellung der finanziellen und materiellen Fonds sowie der erforderlichen Projektierungs-, Bau- und Ausrüstungskapazitäten ist so zu gewährleisten, dass die Bauarbeiten zur Erweiterung der Kontrollanlagen der Straßengrenzübergangsstelle bis 30. Dezember 1979 abgeschlossen werden.

Verantwortlich:

Minister für Verkehrswesen

Minister für Bauwesen

Staatssekretär und Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel

Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock

4. Für die Durchführung der Deponietransporte zwischen der Straßengrenzübergangsstelle Selmsdorf und dem Deponiestandort bei Schönberg wird die Fernverkehrsstraße F 104 zugelassen. Unbedingt notwendige bauliche Maßnahmen für die Aufnahme der Deponietransporte – Deckenerneuerung und teilweise Rekonstruktion – sind bis Oktober 1979 abzuschließen.



Verantwortlich:  
Minister für Verkehrswesen  
Minister für Bauwesen  
Staatssekretär und Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung im  
Ministerium für Außenhandel  
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock

5. Die endgültigen finanziellen und materiellen Aufwendungen für die Bau-  
maßnahmen an der Grenzübergangsstelle Selmsdorf und der Zufahrtsstraße  
zur Deponie sind mit der Aufgabenstellung festzulegen.

Verantwortlich:  
Minister für Verkehrswesen  
Minister für Bauwesen  
Staatssekretär und Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung im  
Ministerium für Außenhandel  
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock

Termin: 30. Juni 1979

Begründung zum Beschluss über die Zulassung und bauliche Erweiterung  
der Straßengrenzübergangsstelle Selmsdorf an der Staatsgrenze der DDR  
zur BRD sowie über die Führung der Transporte von Abfallstoffen aus der  
BRD zur Deponie Schönberg (Kreis Grevesmühlen).<sup>335</sup>

Das Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der SED hat mit Beschluss vom  
30.1.1979 die Vorbereitung eines langfristigen Vertrages über die Beseiti-  
gung von Abfallstoffen aus der BRD auf dem Territorium der DDR sowie  
die weitere Vorbereitung von Kieslieferungen<sup>336</sup> in die BRD aus Vorkommen  
unmittelbar im Grenzbereich der DDR bestätigt.

Dieser Beschluss sieht vor, dass ab 2.5.1979 Bauschutt, Aschen, Schlacken  
u. ä. Abfallstoffe aus dem Lübecker und Hamburger Raum auf der Deponie  
Schönberg (Kreis Grevesmühlen) verbracht werden. Dabei ist die Abnahme

---

<sup>335</sup> Begründung (Entwurf, ohne weitere Korrekturen), 1979; BArch, MfS, SdM  
Nr. 1645, Tb. 1, Bl. 223 f.

<sup>336</sup> Die Kieslieferungen sind Teil der Vorgeschichte. Der bundesdeutsche Unterneh-  
mer Hilmer (Firma *HBK*) war daran interessiert, Kies und Sand vom DDR-seiti-  
gen Ufer der Trave abzubauen. Das Geschäft kam letztendlich nicht zu Stande.  
Vgl. Bericht des IM »Siegfried«, 22.4.1981, BArch, MfS, AG BKK Nr. 2, Bl. 104–106,  
hier 104.

von jährlich ca. 500 000 t Bauschutt und ca. 500 000 t Aschen, Schlacken u. ä. geplant. Das Deponiegelände bei Schönberg befindet sich im Grenzgebiet ca. 5,0 km von der Straßengrenzübergangsstelle Selmsdorf entfernt.

Die Ablagerung der Abfallstoffe erfolgt auf der Grundlage kommerzieller Verträge, die zwischen dem zuständigen Außenhandelsbetrieb der DDR, *Bergbau-Handel*<sup>337</sup>, und Firmen der BRD abzuschließen sind. Der Transport der Abfallstoffe erfolgt mit Fahrzeugen der BRD, wobei mit einem Transportumfang von ca. 300 Fahrzeugen pro Tag zu rechnen ist.

Um eine reibungslose Abfertigung dieser Transporte zu sichern, ist eine Erweiterung der Grenzübergangsstelle erforderlich. Für die Erweiterung der Straßengrenzübergangsstelle Selmsdorf und die unbedingt notwendigen Baumaßnahmen an der Fernverkehrsstraße 104 sind Aufwendungen in Höhe von ca. 4,5 Mio. M erforderlich.

Zur Schaffung zusätzlicher Kontrollanlagen im Bereich der Grenzübergangsstelle liegt das Forderungsprogramm des Ministers für Nationale Verteidigung vor. Es umfasst Leistungen zur Errichtung einer gesonderten Kontrollrampe, zur Errichtung von Überdachungen und Verkehrsflächen sowie zur Erweiterung der Sicherungsanlagen.

Die erforderlichen Projektierungs- und Baukapazitäten werden durch das Ministerium für Bauwesen in enger Zusammenarbeit mit den Räten der Bezirke Rostock und Schwerin gesichert. Die finanziellen Fonds für diese Baumaßnahmen werden durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel sichergestellt.

Die erforderlichen Baumaßnahmen zur Erweiterung der Grenzübergangsstelle und zur Herrichtung der Transportstrecke können bei Einsatz der erforderlichen Kapazitäten bis 30.12.1979 abgeschlossen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Abfertigung für die Deponietransporte an den vorhandenen Kontrollanlagen der Straßengrenzübergangsstelle Selmsdorf.

---

<sup>337</sup> Der Außenhandelsbetrieb (AHB) »*Bergbau/Handel* Gesellschaft für Ausfuhr und Einfuhr von Bergbauerzeugnissen mbH« gehörte zum Firmengeflecht des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel. Der AHB *Bergbau/Handel* wickelte bereits das Müllgeschäft mit Westberlin ab. Der Müll wurde über die GÜSt Mahlow in die DDR importiert und zur Deponie Schöneiche bei Potsdam verbracht.

## 7.2 Die Funktion der GÜSt Selmsdorf

Das Präsidium des Ministerrats der DDR brachte am 3. Mai 1979 mit seiner als Vertrauliche Verschlussache gekennzeichneten und somit als geheim eingestuften Entscheidung den Ausbau der GÜSt Selmsdorf für den Müllimport aus dem Westen zur unmittelbaren Umsetzung auf den DDR-Verwaltungsweg. Nach eigenem Bekunden folgte der Ministerrat mit seinem Beschluss einer Entscheidung des Politbüros des ZK der SED vom 30. Januar 1979 über das Müllgeschäft. Die zentralistisch-dirigistische Politikauffassung der SED-Führung sah dabei weder parlamentarische noch fachliche Erörterungen, auch keine Beteiligung lokaler Gremien oder geregelte Flächenumwidmungen vor.

Ende der 1970er-Jahre waren Produkte der DDR-Wirtschaft auf dem Weltmarkt kaum mehr konkurrenzfähig. Aus laufenden wirtschaftlichen Aktivitäten heraus konnten die dringend erforderlichen westlichen Devisen immer weniger generiert werden. Gleichzeitig stieg der Bedarf der DDR an Devisen für zivile und militärische Zwecke stetig. Daher ebnete die SED einer Reihe von Sondergeschäften den Weg. Eines dieser Sondergeschäfte war die Aufnahme und Ablagerung von Industrie- und Sondermüll aus der Bundesrepublik und Westeuropa in der DDR zu Dumpingpreisen bei laxer Deponiepraxis. Die GÜSt Selmsdorf sollte zum vorgelagerten Werkstor einer der größten Sondermülldeponien Europas werden. Dazu musste die Straßen-GÜSt Selmsdorf nicht neu geschaffen, aber deutlich ausgebaut werden.<sup>338</sup> Den Vollzug des Ausbaus der GÜSt Selmsdorf für den Müll-Import sah das Präsidium des Ministerrates in seinem Beschluss optimistisch für den 30. Dezember 1979 vor.

Die große Aufmerksamkeit, die das Präsidium des Ministerrats 1979 der kleinen Grenzübergangsstelle Selmsdorf widmete, schien zunächst außergewöhnlich. Die GÜSt, bis 1979 für den normalen Straßenverkehr von der DDR zugelassen, sollte baulich erweitert werden, um die erwarteten Mülltransporte abfertigen zu können. In einer »Begründung« wurde nur angedeutet, welche strategische Bedeutung die Straßen-GÜSt für den geplanten Abfallhandel der DDR erlangen sollte. Selmsdorf, im Beschluss des Ministerrates

---

<sup>338</sup> Vgl. MdI-Befehl Nr. 8/60 über die Eröffnung der <sup>→</sup>GKPP Herrnburg (Eisenbahn) und Selmsdorf (Straße) sowie Einrichtung einer Transitstrecke zwischen den KPP Saßnitz und Warnemünde und den KPP Herrnburg und Selmsdorf, 8.2.1960; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 15404. Siehe auch MfS-Befehl Nr. BV Rostock/5/77 des Leiters der BV Rostock zur Zusammenlegung der Passkontrollenheiten Selmsdorf und Herrnburg zu einer Dienst Einheit, 25.8.1977; BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 1273.

zunächst für täglich etwa 50 Lkw vorgesehen, sollte tatsächlich bald täglich von Hunderten Mülltransportern genutzt werden, die Bauschutt, Aschen, Schlacken und ähnliche Abfallstoffe zur neu angelegten Deponie Schönberg nahe Selmsdorf abluden. 1983 wurden 500 000 t und 1986 bereits eine Million t Abfallstoffe aus dem Westen in die DDR gebracht.<sup>339</sup>

Auf westlicher Seite wurde die GÜSt zu einem Anlaufpunkt für bundesdeutsche Umweltschützer, an dem sie wiederholt demonstrierten. Für die politische Prominenz des Westens war die Übergangsstelle bei einer Anreise zur Deponiebesichtigung zugleich ein Ort, an dem sie auffällig hofiert wurde. Neben der latenten Gefahr von »Terrorverbrechen« an der GÜSt erkannte das MfS in den westdeutschen Fahrern der Anlieferfahrzeuge zur Deponie eine große Bedrohung, da sie »Informationen über den nicht ordnungsgemäßen Betrieb an die BRD-Seite« geben konnten.<sup>340</sup> Die Lkw-Fahrer waren, wie eine überlieferte Lageplanskizze der Deponie mit eingezeichneten Sickerwasserbecken belegt, potenziell durchaus in der Lage, entsprechend qualifizierte Informationen in den Westen zu überbringen.<sup>341</sup> Der DDR drohte aus solch unkontrollierten Informationsabflüssen gegebenenfalls außenpolitischer Schaden und ein Verlust an Valutaerlösen.

An der GÜSt Selmsdorf interessierten sich PKE und Zoll daher besonders für die Lkw-Fahrer. Durch Fragen und beiläufige Gespräche schöpften sie die Kraftfahrer ab und erfuhren etwa von Lkw-Kontrollen an der westlichen <sup>→G</sup>Gegen-GÜSt Lübeck-Schlutup. Sie erfuhren, dass dort im Juli 1986 eine Lkw-Waage installiert und drei Angehörige des Bundesgrenzschutzes als Wiegemeister ausgebildet wurden oder dass Fahrer wegen starker Überladung ihrer Lkw Strafen entrichten mussten.<sup>342</sup> An der GÜSt Selmsdorf gaben sich PKE und GZA hingegen milde bei Ungenauigkeiten in den Lieferpapieren. Im Mai 1986 fehlten einem Lkw-Fahrer die Angaben zum Giftgehalt in Prozent in den Frachtpapieren, er durfte die Grenzübergangsstelle dennoch passieren.<sup>343</sup> Bei Verstößen politischer Natur hingegen, etwa bei Autoaufklebern

---

<sup>339</sup> Vorvernichtetes Dokument, ca.1986; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII Nr. 554, Bl. 24–34, hier 24.

<sup>340</sup> Siehe Behring (PKE Selmsdorf/Herrnburg): Untersuchung einiger Seiten der vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung von Provokationen, Terror- und Gewaltakten am Beispiel der Straßen-GÜSt Selmsdorf ...; BArch, MfS, JHS 660/80. Information über die Kontrolle der Deponie Schönberg, 21.5.1981; BArch, MfS, HA XVIII Nr. 18792, Bl. 140–141.

<sup>341</sup> Lageplan der Deponie, erstellt durch einen Lkw-Fahrer, o. D. (ca. 1982); BArch, MfS, AG BKK Nr. 366, Bl. 165.

<sup>342</sup> Fernschreiben, Informationen, 1985–1989; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI Nr. 956, Bl. 8, 15, 22, 28.

<sup>343</sup> Vermerk, Mai 1986; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI Nr. 956, Bl. 26.

mit Deutschlandfahne, solchen von Greenpeace oder von Friedensbewegungen wie »Schwerter zu Pflugscharen« bestanden PKE oder Zoll, hier wie an anderen GÜSt darauf, dass diese sofort entfernt werden.<sup>344</sup> Die mitunter redseligen Lkw-Fahrer dürften für Informationsabschöpfungen gut geeignet gewesen sein, zugleich bargen sie für das Geschäftsmodell mit dem Müll immer wieder ein gefährliches Potenzial. Im Zuge ihrer <sup>o</sup>Filterierung erfuhr die PKE so 1987, dass bestimmte Kontrollen an der Gegen-GÜSt im Zusammenhang mit einem Lkw-Fahrer standen, der für das ZDF arbeiten würde.<sup>345</sup> Die Straßen-GÜSt Selmsdorf wurde binnen kurzer Zeit, statt für Schutt und Asche aus Hamburg und Lübeck, für die Entsorgung von kontaminiertem Müll aus ganz Westeuropa bedeutsam. Und dies steigerte die Einnahmen deutlich. Die Deponie Schönberg spülte bis 1989 rund 100 Mio. Valuta-Mark in die Staatskasse der DDR.

Trotz der außerordentlichen Funktion für den Müll-Import aus dem Westen gliederte sich die GÜSt Selmsdorf in die Reihe der DDR-Straßenübergänge im innerdeutschen und internationalen Verkehr ein. Damit kamen auch die an anderen Straßen-GÜSt üblichen Interessen des MfS an der Aufklärung des territorialen Umfeldes des Grenzüberganges und an der westlichen Gegen-GÜSt zum Tragen. Die GÜSt Selmsdorf zeigt exemplarisch, welches Interesse das MfS mit der Aufklärung verfolgte. Im Bereich Selmsdorf hielt das MfS mit dem Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern auch die Grenzkontrollstelle Lübeck-Schlutup direkt unter Kontrolle. Diese GKS war im MfS als Feindobjekt »Trave« registriert. Die formale Zuständigkeit für die Aufklärung lag bei der BV Rostock/Abt. VI/Ref. 4. In die Feindobjektakte flossen Erkenntnisse verschiedener Dienstseinheiten des MfS zu »Trave« zusammen. Davon zeugen hier IM der Linie XIX (Überwachung von Verkehr, Post und Nachrichtenwesen). Zu den Aufgaben der Linie XIX zählte die Verkehrswegüberwachung, daher können sich Informationen von diesen IM sowohl auf den Straßenverkehr, als auch auf den Eisenbahnverkehr und damit die Eisenbahn-GÜSt Herrnburg bezogen haben. Die Abteilung VI der BV Rostock hatte den Kontrollpunkt auf bundesdeutscher Seite besonders im Visier. Im konkreten Fall sollte wohl auch ausgeschlossen werden, dass die DDR einen Anlass für behördliche Maßnahmen seitens der Bundesrepublik gab. So konnten etwa Kontrollen der Lkw durch den bundesdeutschen Zoll

---

<sup>344</sup> Meldungen, 1985 und 1986; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI Nr. 956, Bl. 164, 181.

<sup>345</sup> Vermerk, 1987; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI Nr. 956, Bl. 35.

oder die Polizei jederzeit den Lkw-Strom und damit den Devisenfluss in die DDR unterbrechen. Das MfS setzte alles daran, dass ein solches Szenario unterblieb.<sup>346</sup>

IM des MfS	Auftraggebende Diensteinheit	Einsatzterritorium	Führungsoffizier
IMB »Apollo«	BV Rostock Abt VI/4	Operationsgebiet	Hptm. Fischer
IMS »Hans«	BV Rostock Abt VI/4	DDR	Hptm. Fischer
IMS »Joachim«	BV Rostock Abt VI/4	DDR	OSL Leirich
IM »Burghardt«	BV Rostock Abt. XIX	k. A.	k. A.
IM »Rolf«	BV Rostock Abt. XIX	k. A.	k. A.
IM »Brinkmann«	BV Rostock Abt. XIX	k. A.	k. A.
IM »Wolfgang Bruner«	BV Rostock Abt. XIX	k. A.	k. A.

Tabelle 2: Einsatz von IM gegen die Grenzkontrollstelle Lübeck-Schlutup (FO »Trave«)<sup>347</sup>

<sup>346</sup> Information über den VEB Deponie Schönfeld, 7.6.1989; BArch, MfS, AKG Nr. 266, Tb. 1 von 3, Bl. 86–89, hier 87.

<sup>347</sup> Vgl. BV Rostock/Abt VI/4 Sachstandsbericht zum Feindobjekt »Trave«, Reg.-Nr. I 1632/84, 17.12.1986; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter Nr. 1035, Bl. 2–9. Die Abteilung VI/Referat 4 der BV Rostock betrieb für den Bezirk Rostock schwerpunktmäßig die Aufklärung der westlichen GKS und die Territorialisierung zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte im östlichen Vorland der GÜSt. Der Abteilung XIX der BV Rostock war insbesondere die Überwachung aller Bereiche und Objekte der Reichsbahn der DDR, aber auch die Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs übertragen. Der Führungsoffizier Hptm. Fischer wollte 1986 die Spionage im Operationsgebiet (Bezeichnung des MfS für das Einsatzgebiet außerhalb des Ostblocks), hier im westlichen Umland der GÜSt, mit zwei weiteren Personen ausbauen und hatte dazu zwei IM-Vorläufe angelegt. In einem registrierten und formalisierten IM-Vorlauf klärte das MfS potenzielle IM-Kandidaten umfassend auf und testete dann deren Eignung und Bereitschaft für eine IM-Tätigkeit. Zu zwei IM in der Tabelle wurden die Registriernummern bekannt; IMB »Apollo«: Reg.-Nr. I 840/83. Vgl. Festgelegte Quellen, Stand 1.1.1989; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI Nr. 696, Bl. 9. BArch, MfS, BV Rostock, AIM 47/93 und IMS »Joachim«: Reg.-Nr. I 131/80.

### 7.3 Das Müllgeschäft als Teil der KoKo-Aktivitäten

Die Sondergeschäfte zur Devisenbeschaffung siedelte die SED außerhalb der regulären DDR-Volkswirtschaft in eigenen Unternehmensgeflechten an. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo oder BKK) im Ministerium für Außenhandel (MAH) unter der Leitung des Außenhändlers Alexander Schalck-Golodkowski wurde zum Synonym für diese Sondergeschäfte.<sup>348</sup>

Die DDR verfügte beim Aufbau des Deponiegeschäfte Schönberg bereits über strategische Erfahrungen, wie mit dem Müll des Klassenfeindes Devisen generiert werden konnten. Bis 1989 nahm sie geschätzt rund ein bis zwei Milliarden Valuta-Mark mit diesem Geschäftsmodell ein.<sup>349</sup> Das ambitionierte Ziel des Bereiches Kommerzielle Koordinierung (BKK) war es, die Valutaerlöse aus allen geschäftlichen Aktivitäten von 30 Millionen (1988) zügig auf 50 Millionen DM jährlich zu erhöhen.<sup>350</sup>

Kaum setzte die DDR den politischen Beschluss zur Einrichtung der Mülldeponie Schönberg um, prangerten öffentliche Stellen der Bundesrepublik den Müllexport auch schon an. Die Bundesrepublik und die DDR tauschten diplomatische Noten aus. Der deutsch-deutsche Müllhandel kam dennoch in Gang. Die DDR übergab der Bundesrepublik »Bedingungen für die Aufnahme von Abfallstoffen«, deren Einhaltung allerdings an der GÜSt Selmsdorf sowie bei der Ablagerung auf der Deponie nur unzureichend überprüft wurden. Im Übrigen verwies die DDR gegenüber Kritikern auf

---

<sup>348</sup> Der Bereich KoKo stellte mit der ihm zugewiesenen Aufgabe der maximalen Valuta-Gewinnerwirtschaftung außerhalb des Staatsplanes im staatsmonopolistischen DDR-Außenhandel rechtlich und fachlich-institutionell eine Sonderkonstruktion dar. Die 1966 begründeten und teils konspirativ verfolgten kommerziellen Aktivitäten stützten sich auf Verbindungen zu Politik, Wirtschaft, Geheimdiensten sowie auf reguläre und irreguläre Händler in Ost und West. Es entstanden international verschlungene Lieferlinien, die beispielsweise vom embargobrechenden Technologie-Import bis über den Export von Waffen und Kulturgut reichten, Provisionen aus Handelsgeschäften generierten, am Häftlingshandel beteiligt waren und die SED-Führungsriege mit westlichen Konsumgütern versorgten. Buthmann: Die Arbeitsgruppe Kommerzielle Koordinierung, S. 3 f. Alexander Schalck-Golodkowski (1932–2015), SED-Politiker, MfS-OibE, u. a. als Wirtschaftsfunktionär 1966–1989 Leiter des Bereichs KoKo.

<sup>349</sup> Vgl. Strübel: Internationale Umweltpolitik, S. 64.

<sup>350</sup> Information über die Beratung mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock, Genossen Kühl, zur Deponie Schönberg, 1.7.1988; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII Nr. 413, Bl. 88–91, hier 88. Eberhard Kühl (\*1936), SED-Politiker, u. a. 1986–1989 Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock.

ihre Analysen der Oberflächengewässer nahe der Deponie, die jährlich der Bundesrepublik übergeben wurden.<sup>351</sup> In Hinblick auf den Betrieb der neuen Deponie besaß der Schutz der Umwelt für den SED-Staat keine Priorität. Der eigentliche Klassenauftrag lautete vielmehr, »die sich bietenden Möglichkeiten des feindlichen Wirtschaftspotentials zur allseitigen Stärkung der DDR zu nutzen«.<sup>352</sup> So formulierte es KoKo-Chef Schalck-Golodkowski in seiner Doktorarbeit, die er zur Begutachtung einst auch Erich Mielke vorlegte. Der deutsch-deutsche Müllhandel erwies sich als ein lukratives Geschäftsmodell zum gegenseitigen Nutzen. Darüber wuchs die Deponie Schönberg bis zum Ende der 1980er-Jahre zur größten ihrer Art in Europa heran.

Anders als im Beschluss des Ministerrates vorgesehen, baute nicht der Außenhandelsbetrieb (AHB) *Bergbau/Handel* die kommerziellen Verbindungen für den westeuropäischen Müllimport auf; das tat der AHB *Intrac* aus Schalcks KoKo-Imperium. Generaldirektor der *Intrac* war Horst Steinebach, sein Stellvertreter war Eberhard Seidel, alias IM »Siegfried«, der eine zentrale Rolle in dem Müllgeschäft spielte.<sup>353</sup> Erklärtes Ziel des Müllgeschäfts im DDR-Außenhandels war es, die »Abfallstoffpalette zu erweitern« und auch »hochkontaminierte Sonderabfälle« zu deponieren.<sup>354</sup> Die Gebühren, die die Deponie Schönberg von den Entsorgern erhob, waren moderat und rechtfertigten aus Sicht der westlichen Müllhändler auch Transporte quer durch Westeuropa.

Die *Intrac*, ein multifunktional ausgerichteter Betrieb aus Schalcks Firmen-Imperium, war mit der Aufgabe betraut, die Vermarktung der Deponie Schönberg in Westeuropa gewinnbringend voranzutreiben. Der 1981 zum *Intrac*-Stellvertreter berufene Seidel war das Gesicht, mit dem die Müllhändler Westeuropas verhandelten.<sup>355</sup> Bald war Seidel, bereits 1961 vom MfS als IM »Siegfried« angeworben, häufig im westeuropäischen Ausland unterwegs und

---

<sup>351</sup> Deponie Schönberg, 22.10.1981; BArch, MfS, AG BKK Nr. 366, Bl. 88 u. 114.

<sup>352</sup> Rathmer: Alexander Schalck-Golodkowski, S. 52.

<sup>353</sup> Eberhard Seidel (\*1935), DDR-Außenhändler, galt als ehrgeizig und überdurchschnittlich begabt, beherrschte Russisch, Englisch, Französisch und Italienisch. Zum studierten Ökonomen in Führungsposition vermerkt sein Personalbogen unter erlernter Beruf »keiner« und unter fachlichen Spezialkenntnissen »keine«. Vgl. Personalbogen v. 11.2.1959; BArch, MfS, AIM 12480/91, T. I/1, Bl. 37. Er gehörte also nicht zum Personenkreis, den der Arbeiter- und Bauernstaat offiziell protegierte. Schon bei der ersten Kontaktaufnahme 1961 notierte das MfS, der Kandidat wolle »Schädlingsarbeit« im Betrieb aufdecken. Vgl. Kontaktaufnahme v. 15.11.1961; ebenda, Bl. 76–79.

<sup>354</sup> Dokumentenfragment; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII Nr. 554, Bl. 24–34, hier 28 u. 30.

<sup>355</sup> Anlage zur Berufung ab 1.1.1981; BArch, MfS AIM 12480/91, T. I/1, Bl. 197 f.



erstatte seinem MfS-Führungsoffizier Fritz Teichfischer umfassend Bericht.<sup>356</sup> Seidel brachte einschlägige Erfahrungen mit. Als 1976 der Senat von Westberlin einen 20-Jahres-Vertrag mit der DDR über die Entsorgung von Müll abschloss, wurde Seidel zum wichtigsten Verhandlungspartner. Wegen des außerordentlichen »Umfangs und des hohen Vertraulichkeitsgrades bei der Koordinierung der politischen und ökonomischen Anforderungen« aus dem zwischenstaatlichen Vertrag wurde Seidel die ausschließliche Aufgabe übertragen, »unter der direkten Anleitung und Kontrolle des Bereiches Kommerzielle Koordinierung des MAH den Auftrag Abfallstoffe/Westberlin in seiner Gesamtheit durchzuführen.«<sup>357</sup> Nebenbei war der Vertrag über die Entsorgung von Hausmüll aus Westberlin in mit einer Besonderheit verbunden; die DDR richtete bei Mahlow ausschließlich für Mülltransporte eine separate Grenzübergangsstelle ein.<sup>358</sup>

Nach seiner Berufung in die neue Funktion traf sich Seidel regelmäßig mit dem Müllhändler Adolf Hilmer aus Bad Schwartau bei Lübeck, dem Inhaber der Firma *HBK* (Hanseatisches Baukontor). Schnell verhalf ihm Seidel zu einer einzigartigen Monopolstellung. Das folgte einer Strategie. Das politische Interesse von MfS und *Intrac* lag vor allem darin, stabile ökonomische Verhältnisse zu und mit dem westdeutschen Vertragspartner aufzubauen. Hilmer sollte dafür gewonnen werden, dass er aus berechenbarem Eigennutz alle Angriffe aus der bundesdeutschen Politik und von Seiten der Umweltaktivisten eigenständig abschirmt. In einem Auskunftsbericht der für die Überwachung der Volkswirtschaft zuständigen HA XVIII wurde diesbezüglich über Hilmer vermerkt: »Durch die *Intrac* HG, Bereich Umwelt, wurde dem H[ilmer] die Exklusivität für die Sondermülldeponie Schönberg eingeräumt. Diese Maßnahme, die durch operative Einflussnahme gefördert wurde, bindet die *HBK* eng an die DDR und ermöglicht andererseits das Bestehen der Firma *HBK* im erbitterten Konkurrenzkampf.«<sup>359</sup> Wer Giftmüll aus Westeuropa über die GÜSt Selmsdorf zur DDR-Deponie Schönberg bringen wollte, kam an dem *HBK* bald nicht mehr vorbei.

---

<sup>356</sup> Vgl. Teichfischer, Versuche der politisch-ideologischen Diversion westdeutscher Konzerne ...; BArch, MfS, JHS MF 532. OSL Friedrich (Fritz) Teichfischer war u. a. Abteilungsleiter der HA XVIII/7, die den DDR-Außenhandel überwachte, darin eingeschlossen bis 1986 die KoKo. (Deren Überwachung ging dann an die 1983 entstandene MfS-AG BKK über.) Teichfischer wurde 1987 aus disziplinarischen Gründen vom MfS zum stellv. Abteilungsleiter der HA XVIII/1 herabgestuft. Siehe Haendcke-Hoppe-Arndt: Hauptabteilung XVIII, insbes. S. 45, 90, 101, 109.

<sup>357</sup> Beurteilung, 5.7.1978; BArch, MfS, AIM 12480/91, T I/1, Bl. 184–186, hier 184.

<sup>358</sup> Da die GÜSt Mahlow an den Wochenenden nicht genutzt wurde, übten hier gelegentlich »Spezialkräfte für Terrorabwehr« die Abwehr von sogenannten Terrorangriffen, von Fluchtversuchen etc. an Grenzübergangsstellen.

<sup>359</sup> Auskunftsbericht, 28.4.1986; BArch, MfS, AG BKK Nr. 846, Bl. 132–143, hier 134.

Im Mai 1985 schlug die *Intrac* dem Müllhändler Hilmer vor, die Geschäftskontakte über ein »Kontaktbüro«, die Firma *Interhandel* in Westberlin, laufen zu lassen. Deren Inhaberin war Gertraude Henschel, die in ihrer Funktion als IM »Gabi« auch Kontakte zu westdeutschen Müllhändlern herstellte.<sup>360</sup> Henschel bot einen vollumfänglichen Service: neben Kurierdiensten auch die Erledigung von Eilaufträgen in Ostberlin, Visabeschaffung, Übermittlung von Informationen der Außenhandelsbetriebe der DDR oder die »protokollmäßige Betreuung« der jeweiligen Gesprächspartner mit Essen und Werbegeschenken. Hilmer war insbesondere daran gelegen, dass die Visa-Anträge für die Müllfahrer schnellstens erteilt würden. Dieses *Procedere* ging ihm bei der *Intrac* oft zu schleppend voran.<sup>361</sup>

## 7.4 Die Deponie Schönberg

Der vorgesehene Standort der Deponie Schönberg bei Selmsdorf barg einen großen Vorteil. Wie die Gemeinde Selmsdorf lag auch die Deponie innerhalb des 5-km-Sperrgebiets an der innerdeutschen Grenze der DDR. Das DDR-Grenzregime schloss jeden unerwünschten Zutritt zur Deponie weitgehend aus, weil allgemein ein Betreten des Grenzsperrgebiets an eine gesonderte Genehmigung gebunden war. Auch die Zufahrt zur Deponie war dadurch gegen Unwägbarkeiten gut abgesichert.

Im Januar 1979 beschloss das SED-Politbüro die Errichtung der Abfallstoffdeponie Schönberg und die damit verbundenen »Maßnahmen zur Beseitigung von Bauschutt, Aschen, Schlacken u. ä. auf dem Territorium der DDR ab April 1979«.<sup>362</sup> Die nun anstehenden Aufgaben wurden innerhalb des Staatsapparates aufgeteilt. Der Minister für Land- und Forstwirtschaft stellte 150 Hektar Land zur Verfügung, die finanziellen Mittel für den Deponiebetrieb kamen vom Staatssekretär Schalck-Golodkowski beziehungsweise aus dem Bereich Kommerzielle Koordinierung. Die Abnahmebedingungen für die Abfälle entwickelte der Minister für Umweltschutz gemeinsam mit dem Minister für Gesundheitswesen, dem Minister für Geologie und dem Bereich KoKo. Die Minister für Verkehr, für Bauwesen, für Nationale Verteidigung und der Leiter der Zollverwaltung der DDR waren für den Mülltransport und die Erweiterung der Grenzübergangsstelle Selmsdorf zuständig.

---

<sup>360</sup> Vgl. IM »Gabi«, das überlieferte Aktenkonvolut umfasst sieben Bände; BArch, MfS, AIM 10800/91.

<sup>361</sup> Bericht v. 7.6.1985; BArch, MfS, AG BKK Nr. 846, Bl. 118 f.

<sup>362</sup> Vgl. Beschluss des SED-Politbüro, Sitzung am 30.1.1979, Protokoll Nr. 5/79, Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 5/79 vom 30.1.1979; DY 30/J IV 2/2/1763.

Im April 1979 fragte der Minister für Verkehrswesen Otto Arndt beim »werten Genossen« Mielke an, ob er Bedenken gegen eine Zulassung der GÜSt Selmsdorf für Transporte von Abfallstoffen habe. Mielke verneinte und sicherte sogleich zu, dass er »entsprechende Maßnahmen zur Gewährleistung sicherheitspolitischer Interessen« einleiten werde.<sup>363</sup> Zwei Jahre nach dem Beschluss des SED-Politbüros zur Einrichtung der Deponie nahm der VEB Deponie-Schönberg schließlich seine Arbeit auf. Nun rollten täglich rund 150 Lkw aus dem Westen über die Grenzübergangsstelle Selmsdorf nach Schönberg, entluden Bauschutt, Siedlungsabfälle und zunehmend auch toxischen Industriemüll. Anders als in der Begründung des Ministerrates formuliert stammten die Abfallstoffe alsbald nicht nur aus dem Hamburger und Lübecker Raum, sondern wurden aus allen Bundesländern sowie zusätzlich aus verschiedenen Ländern Westeuropas angeliefert. Die Bundesrepublik lieferte 80 Prozent des Mülls, die Niederlande 15 Prozent, Österreich, Frankreich, Schweiz und Italien zusammen 5 Prozent.<sup>364</sup> Die Lkw-Ladungen wurden beim Grenzübergang von den Mitarbeitern der PKE und des GZA Selmsdorf nur anhand der Begleitpapiere kontrolliert. Das Transportgut wurde nicht in Augenschein genommen und auch keiner chemischen Analyse unterzogen.

Bis 1983 fehlte sogar eine Lkw-Waage an der Deponie-Einfahrt und nach ihrer Einrichtung diente sie nur für stichprobenartige Kontrollen. Tatsächlich ersetzte in den ersten Jahren auch nach Ankunft der Transporte auf der Deponie eine Kontrolle der bundesdeutschen Frachtpapiere jede Überprüfung der Ladung. Die Unübersichtlichkeit der Abläufe und der Nachweisführung bildeten den Hintergrund für ein anderes Umweltvergehen, das die Deponie Schönberg als Deckung zu nutzen versuchte. In dessen Zentrum stand Max Uhlig, der wegen illegaler Müllgeschäfte seiner Firma *Unrat-Verbrennungsgesellschaft mbH (UVG)* vor einem Hamburger Untersuchungsausschuss landete.<sup>365</sup> 1982 vermischte die Firma UVG 21 Lkw-Ladungen nachweispflichtigen Sondermülls mit Bauschutt, um diesen dann billig zu entsorgen. Dem Abfallerzeuger gegenüber machte er zuvor den Preis für Sondermüll geltend. Mit Hilfe eines gefälschten Stempels des VEB Stadt- und Gemeindegewirtschaft Grevesmühlen wurde der Stadt Hamburg

---

<sup>363</sup> Briefwechsel Arndt-Mielke/Mielke-Arndt, 17.4.1979 u. 3.5.1979; BArch, MfS, SdM Nr. 1645, Bd. 1, Bl. 218 f.

<sup>364</sup> Information zu eingeleiteten Maßnahmen und Vorkehrungen bezüglich der Gewährleistung der Sicherheit der Deponie Schönberg, 12.3.1986; BArch, MfS, HA XVIII Nr. 19396, Bl. 7–19, hier 9.

<sup>365</sup> »Entsorgung per Stempel«. In: Dioxin in Hamburg, S. 121 f.

der Export des Sondermülls auf die Deponie Schönberg in die DDR vorge-  
täuscht, jedoch nicht vollzogen.<sup>366</sup> Der Betrug flog auf, weil zwei von Uhlig  
entlassene Kraftfahrer die Tat anzeigten.

Als der VEB Deponie Schönberg ein eigenes Labor für Schnellanalysen  
einrichtete, war das klare Symbolpolitik. Die angelieferte Müllfracht wurde  
auf nur fünf Parameter hin getestet, darunter pH-Wert, Leitfähigkeit und  
Cyanid-Gehalt. Die Müllfahrzeuge aus dem Westen wurden an der Deponie  
nur sehr selten beanstandet und zurückgewiesen. Im Jahr 1984 kam das bei  
jährlich 30 bis 40 000 Transporten nur in 14 Fällen vor, 1985 waren es ganze  
11 Fälle.<sup>367</sup> Umfangreichere chemische Analysen der Ladungen konnten nur  
von *Intercontrol*, einem Labor im 40 km entfernten Wismar, vorgenommen  
werden. Jedoch war *Intercontrol* noch 1985 nicht in der Lage, Dioxin und  
andere hochtoxische Stoffe nachzuweisen, offenbarte der mit den internen  
Laborabläufen bestens vertraute IM »Rudolph« seinem Führungsoffizier.<sup>368</sup>  
Die Abfall-Proben wurden nach immerhin 43 Parametern untersucht, doch  
lagen die Ergebnisse erst mit ein bis zwei Tagen Verzögerung, mitunter erst  
fünf Wochen später vor.<sup>369</sup> Sollten bei den zeitverzögerten Laboruntersuchungen,  
so gab IM »Rudolph« 1985 zu bedenken, »Stoffe entdeckt werden,  
die dort hätten nicht abgelagert werden dürfen, [würde es] sehr schwer sein,  
diese überhaupt wiederzufinden.«<sup>370</sup> Einmal auf der Deponie abgekippt,  
waren Müll oder Giftbehälter kaum mehr rückholbar.

Im September 1985 war ein Besuch von Parlamentariern der Partei Die  
Grünen in der DDR mit einer Besichtigung der Deponie Schönberg verbun-  
den. Unter den neun Teilnehmern befanden sich unter anderen der hessische  
Umweltminister Joschka Fischer und die Bundestagsabgeordnete Claudia  
Roth. DDR-Umweltminister Minister Reichelt stellte sich den Fragen der

---

<sup>366</sup> Vgl. Leiterinformation v. 19.10.1983; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII Nr. 413,  
Bl. 192 f. u. 212.

<sup>367</sup> Information zu eingeleiteten Maßnahmen ..., 12.3.1986; BArch, MfS, AG BKK  
Nr. 55, Bl. 108–115, hier 111.

<sup>368</sup> Bericht über zwei Vorgänge, die mal einer Prüfung unterzogen werden soll-  
ten ..., 9.7.1985; BArch, MfS, AG BKK Nr. 54, Bl. 79. *Intercontrol* Wismar war  
offensichtlich eine Filiale der *Intercontrol* GmbH Warenkontrollgesellschaft der  
DDR, Clara-Zetkin-Str. 112/114 in 1080 Berlin. Die Prüforganisation wurde 1955  
gegründet und der Kammer für Außenhandel der DDR unterstellt, sie diente  
der Begutachtung von Waren im Im- und Export der DDR und war gleichzeitig  
Zertifizierungsgesellschaft.

<sup>369</sup> Mängel in der Kontrolle der von BRD-Firmen auf der Sonderdeponie Schönberg  
verkippten Abfallstoffe, 6.6.1983; BArch, MfS, AG BKK Nr. 366, Bl. 178.

<sup>370</sup> Bericht über zwei Vorgänge, die mal einer Prüfung unterzogen werden sollten ...,  
9.7.1985; BArch, MfS, AG BKK, Nr. 54, Bl. 79.

Grünen. IM »Dozent« vermerkte über das Gespräch: »Es wurde [seitens der DDR] behauptet, dass schon seit 1980 auf Dioxin untersucht würde und man nie etwas gefunden hätte.«<sup>371</sup> Da bereits 1981 Boehringer-Abfälle aus Hamburg auf die Deponie Schönberg gelangt waren, erkannte die bundesdeutsche Delegation die fachliche Inkompetenz des Labors.<sup>372</sup> Reichelt erklärte der Grünen-Delegation, die Deponie sei zwar für Dioxin- und PCB (Polychlorierte Biphenyl)-haltige Stoffe geeignet, aber die politischen Diskussionen im Westen hätten zu der Entscheidung geführt, dass diese Stoffe nicht angenommen würden. Bei den Fragen der bundesdeutschen Delegation wollte der Minister das Wort »Giftmülldeponie« nicht gelten lassen. Auf der Deponie werde kein Gift abgelagert.<sup>373</sup>

Auf der Deponie Schönberg hatten die Verantwortlichen aber durchaus mit Giftproblemen zu tun. Niederschläge produzierten große Mengen Sickerwasser, die am Fuß der Deponie austraten. Die zur Problembeseitigung angewendete Methode der erneuten »Verregnung« des nun mit Giftstoffen angereicherten Sickerwassers auf der Deponie oder eine Verdunstung in Auffangbecken reichten letztlich nicht aus, die anfallenden Mengen zu reduzieren. Die Beteiligten interessierten sich weniger dafür, dass ein solcher Schmutzwasserkreislauf auf der Mülldeponie dazu führen musste, dass sich die Konzentration von Schadstoffen in dem Sickerwasser kontinuierlich erhöhte.<sup>374</sup> Vielmehr beschäftigte Devisenbeschaffer Alexander

---

<sup>371</sup> Bericht über den Besuch der Deponie Schönberg im Rahmen der Reise der Parlamentsdelegation der Partei Die Grünen v. 1.–5.9.1985, 31.10.1986; BArch, MfS, AG BKK Nr. 54, Bl. 106–114, hier 110. Josef (Joschka) Fischer (\*1948), dt. Politiker Bündnis 90/Die Grünen, u. a. 1985–1987 Staatsminister für Umwelt und Energie in Hessen; Claudia Roth (\*1955), dt. Politikerin Bündnis 90/Die Grünen, u. a. 1985–1989 Pressesprecherin der Bundestagsfraktion Die Grünen; Hans Reichelt (\*1925), DDR-Politiker der DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands), u. a. 1972–1989 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft.

<sup>372</sup> Boehringer musste 1984 das Werk in Hamburg schließen, nachdem der jahrelange Austritt großer Mengen Dioxin in die Umwelt und nachfolgend eine schwere weiträumige Kontaminierung der bewohnten Umgebung nachgewiesen wurden. Das Werk wurde abgerissen und das Gelände mit einem Betonsarkophag versiegelt.

<sup>373</sup> Bericht über den Besuch der Deponie Schönberg im Rahmen der Reise der Parlamentsdelegation der Partei Die Grünen vom 1.–5.9.1985, 31.10.1986; BArch, MfS, AG BKK Nr. 54, Bl. 106–114, hier 109.

<sup>374</sup> Im Mai 1982 lag dem SED-Politbüro eine Vorlage zur Deponie mit der Bitte um Bestätigung vor. Deren Zentralaussage lautete: »Mit Hilfe von speziellen Untersuchungen konnte der Nachweis geführt werden, dass Sondermüll (z. B. Rückstände aus der chemischen Industrie, toxische Abfallstoffe) durch entspre-

Schalck-Golodkowski 1986 die wirtschaftliche Gefahr, die vom verschmutzten Wasser der Deponie ausging. Um »Spitzenniveau im Entsorgungsbereich als Dienstleistung« zu verkaufen, müssten entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden: »Das trifft insbesondere auf die Aufbereitung des anfallenden Sickerwassers zu«, erklärte er im Februar 1986 und beauftragte Generaldirektor Steinebach von der *Intrac* mit der Umsetzung.<sup>375</sup> Das waren bei weitem nicht die einzigen von der Deponie verursachten Umweltprobleme. Immer wieder mussten Brände gelöscht werden, stiegen Methangase aus dem Deponie-Inneren auf, verwehte Wind Müllteile in die weite Umgebung. Mit der Deponie Schönberg drohte der DDR insbesondere dann politischer Imageschaden, wenn kontaminiertes Wasser in den Westen abfließen und dort von öffentlichen Stellen oder Umweltschützern auf Schadstoffe geprüft werden sollte. Anfang 1989 wurden 210 000 m<sup>3</sup> Deponiesickerwasser in offenen Erdbecken gelagert. Sämtliche Becken waren randvoll und liefen immer wieder unkontrolliert über. Angesichts des Problems forderte die BV Rostock von den Verantwortlichen politisch-operative Aktivitäten. Der Leiter der KD Grevesmühlen OSL Bartsch reagierte auf die Aufforderung. Im Juni 1989 verfasste er eine Parteiinformation mit politischer Einschätzung. Hier schlussfolgerte er mit unfreiwilliger Komik: »Alle Probleme im Zusammenhang mit Sickerwasser besitzen den Charakter von ›politischem Wasser‹ und bei allen Bränden auf dem Deponiekörper entsteht ›politischer Rauch‹.«<sup>376</sup>

Dass das Müllgeschäft nicht ohne Risiken war, verdeutlichte der Seveso-Unfall. Die BKK und das MfS konnten sich nie sicher sein, von der internationalen Müllmafia nicht über den Tisch gezogen zu werden. Mit ihrer Geschäftspraxis war die BKK am Profit orientiert, die eigenen Sicherheitsvorkehrungen waren eher verhaltener Natur. Im Oktober 1982 veröffentlichte der *Stern* einen Artikel mit Bildern schwerst verletzter Kinder aus dem italienischen Seveso.<sup>377</sup> In dem dortigen Chemiewerk der Firma *Hoffmann-La*

---

chende Hausmüllschichten nahezu 100%ig absorbiert werden und keine weitere Grundwasserbehandlung erforderlich ist.« Siehe: Zur Vorlage für das Politbüro des ZK der SED ..., 20.5.1982; BArch, MfS, HA XVIII Nr. 8301, Bl. 7. Dokument ohne Hinweis auf eine veranlassende Diensteinheit oder einen Verfasser. So absurd die Vorlage auch gewesen sein mag, dieser Selbsttäuschung unterlagen zu der Zeit auch westliche Deponiebetreiber.

<sup>375</sup> Probleme bei der Stabilisierung und dem weiteren Ausbau der Geschäftskonstruktion Deponie Schönberg, o. D., ca. 1986; BArch, MfS, AG BKK Nr. 54, Bl. 12–16, hier 16.

<sup>376</sup> Information über den VEB Deponie Schönberg, 7.6.1989; BArch, MfS, BV Rostock, AKG Nr. 266, Tb. 1 von 3, Bl. 86–98, hier 89.

<sup>377</sup> Knauer: Das Geheimnis der verschwundenen Fässer. In: Der Stern v. 28.10.1982, S. 258–262.

Roche trat bereits 1976 Dioxin aus und zeitigte verheerende Auswirkungen auf die Bewohner. In der Nacht zum 10. September 1982 wurden 41 Fässer mit giftigen Rückständen aus Seveso abtransportiert. Die Fässer beinhalteten zusammen 200 bis 300 Gramm Dioxin.<sup>378</sup> *Hoffmann-La Roche* konnte keine Angaben zum Verbleib der Fässer machen. Jetzt suchten Fahnder europaweit nach den verschwundenen Fässern mit dem Ultragift aus Seveso. Bald kam der Verdacht auf, das Dioxin könnte auf der DDR-Deponie Schönberg gelandet sein. Hilmer, in dem *Stern*-Artikel nebst Foto mit den Vorgängen in Verbindung gebracht, verfasste eine mehrseitige Stellungnahme, in der er Punkt für Punkt den Verdacht einer Lagerung der Fässer auf der Schönberg-Deponie zu entkräften suchte.<sup>379</sup> Kurz darauf erreichten das MfS Informationen, dass »in einer Garage auf der Deponie ca. 250 Fässer, zum Teil aus Italien, lagern würden. Die Garage sei mit einem Sicherheitsschloss versehen und zusätzlich mit einer Petschaft versiegelt.«<sup>380</sup> Die Staatssicherheit befand, die Fässer sollten »schnellstens« ausgelagert werden. In ihren Unterlagen vermerkte sie nicht, was die Fässer tatsächlich enthielten und wohin sie verbracht wurden.

Die *Intrac* schreckte bei diesen Meldungen hoch, war selbst aber nur zu einer indirekten Nachweisführung im Stande. Die *Intrac* ging Verträge durch und stellte fest, dass »1982 keine Verträge mit franz[ösischen] Partnern realisiert wurden«.<sup>381</sup> Damit gab sich die *Intrac* zufrieden, übersah aber, dass *Hoffmann-La Roche* seinen Hauptsitz in der Schweiz hatte und die westeuropäische Müllmafia Herkunft und Transportwege von Sondermüll wirksam verschleierte. Für die Genossen war es ein Glücksfall, dass die fieberhaft gesuchten Seveso-Fässer schließlich in Nordfrankreich gefunden wurden. Und Hilmer hatte Glück, dass er mit seinen kühnen Behauptungen nicht öffentlich eingebrochen war.<sup>382</sup>

---

<sup>378</sup> Dioxine bilden als Derivate halogener Kohlenwasserstoffe eine unspezifische Stoffgruppe polychlorierter Dioxine und Dibenzofurane. Das sogenannte Seveso-Gift gilt als giftigste Variante und trägt die chemische Bezeichnung 2,3,7,8-Tetrachlordibenzodioxin (auch 2,3,7,8-TCDD).

<sup>379</sup> Stellungnahme des *Hanseatischen Baustoffkontors HBK* zum Beitrag des *Stern* v. 28.10.1982; BArch, MfS, AG BKK Nr. 366, Bl. 155–161.

<sup>380</sup> Betr. Allgemeine Informationen über die Deponie Schönberg/Selmsdorf, 17.11.1982; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII Nr. 413, Bl. 133 f.

<sup>381</sup> Information zu einer möglichen Ablagerung dioxinhaltiger Stoffe in der Deponie Schönberg, 29.4.1983; BArch, MfS, AG BKK Nr. 366, Bl. 23.

<sup>382</sup> Auskunftsbefragung v. 28.4.1986; BArch, MfS, AG BKK Nr. 846, Bl.132–143, hier 135.

## 7.5 Territorialsicherung und Abwehr westlicher Kritiker

Im Herbst 1981 stand ein entscheidender politischer Besuch aus Schleswig-Holstein an. Unter Leitung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein Günter Flessner (CDU) und Egon Hilpert (SPD), Senator der Hansestadt Lübeck, wollte eine Delegation die Deponie Schönberg besichtigen. Dass sich ein begleitender Tross an westlichen Journalisten ankündigte, versetzte das MfS zusätzlich in Anspannung. Die Abteilung VI der BV Rostock des MfS vermerkt: »Vom Ergebnis will die BRD-Seite die Nutzung der Deponie abhängig machen.«<sup>383</sup> Die BV Rostock richtete im Dienstgebäude der PKE Selmsdorf einen Zeitweiligen Operativen Einsatzstab (ZOES) ein, der die Sicherungs- und Schutzaktion des Besuchs unter der Bezeichnung »Deponie« steuern sollte. Zuständig für die Aktion war Oberst Henry Otto, Stellvertreter Operativ der BV Rostock.<sup>384</sup> Auch die KD Grevesmühlen des MfS war eingespannt. Ihre Aufgabe war die »Operative Aufklärung und Sicherung der Fahrstecke des Territorialbereiches Ortseingang Selmsdorf-Deponie Schönberg und zurück durch Einsatz von 1 : 4 Kräften der Kreisdienststelle sowie durch den von IM/GMS ›Klaus Thürk‹ und ›Anton 38‹ an territorialen Schwerpunkten.« Zum Einsatz kamen ergänzend noch die IMS »Heinrich«, »Franz«, und »Basam«, die das Besuchsubjekt gegen feindlich-negative Aktivitäten oder Kontaktaufnahmen von DDR-Bürgern absichern sollten. Besondere Befürchtungen hatte die BV Rostock, dass Antragsteller auf Ausreise (AstA) aus der DDR die Mitglieder der Delegation ansprechen könnten.<sup>385</sup>

---

<sup>383</sup> Besuch der Sondermülldeponie Schönberg/Kr. Grevesmühlen durch eine BRD-Delegation unter Leitung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Flessner, 30.10.1981; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI/ZMA Nr. 318, Bl. 7. Günter Flessner (1930–2016), CDU-Politiker, u. a. 1975–1988 Minister in der Landesregierung Schleswig-Holstein; Egon Hilpert (\*1930), SPD-Politiker, u. a. 1976–1988 Innensenator der Hansestadt Lübeck.

<sup>384</sup> Zum beteiligten Personal vgl. Schreiben des Leiters der BV Rostock zu Kaderveränderungen: Oberst Henry Otto wurde Offizier für Sonderaufgaben beim Leiter der HA VI, OSL Rolf Krull wurde Stellvertreter Operativ beim Leiter der BV Rostock und Major Jürgen Klawun wurde Leiter der Abteilung XX der BV. Veränderungen mit Wirkung vom 15.10.1984 entsprechend dem MfS-Befehl K 6315/84, Tgb.-Nr. Dok. 258/84; BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 2425.

<sup>385</sup> Besuch der Deponie durch Günter Flessner, Minister in SWH, und Egon Hilpert, Senator Inneres der Hansestadt Lübeck. 4.11.1981; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI/ZMA Nr. 318, Bl. 10–13, hier 11. Wie das Militär nutzte das MfS die Angabe 1 : x zur Differenzierung der personellen Einsatzstärke nach Vorgesetzten und



Innerhalb des Aufgabenpaketes »Deponie« legte die BV Rostock fest, dass und wie eine störungsfreie Grenzpassage gewährleistet werden sollte. »Alle Delegationsmitglieder einschließlich der Journalisten sind betont höflich abzufertigen und keinerlei Zollkontrollen zu unterziehen.«<sup>386</sup> Sicherheit und Ordnung, Disziplin und »Sauberkeit auf der GÜSt Selmsdorf« sollten im Zusammenwirken mit dem <sup>→G</sup>Kommandanten der Grenztruppen hergestellt werden. Die PKE hatte die Fahrtstrecke der Delegation mit 1 : 3 Mitarbeitern abzusichern. Die organisatorischen Anstrengungen des MfS und der Deponiebetreiber führten zu einer freundlich-zustimmenden Rückmeldung der politischen Besucher aus dem Westen. Im Abschlussbericht zum Besuch der Abordnung »auf der Sondermülldeponie [sic!] Schönberg« vermerkt das MfS, dass Flessner sich beeindruckt vom hohen Niveau und der besonderen Sauberkeit der Deponie gezeigt hätte.<sup>387</sup> Für die Beteiligten in der DDR entscheidend aber war das Resultat: »Flessner teilte mit, dass die Transportgenehmigung für 1982 im Ergebnis des Besuchs erweitert wird.«<sup>388</sup>

Trotzdem mehrten sich im Westen die Widerstände gegen den Müllexport in die DDR. Das einträgliche Geschäftsmodell mit dem Müll wurde, so das MfS, von »verleumderischen Meldungen« westlicher Medien und von Umweltschutzorganisationen kritisch beleuchtet.<sup>389</sup> Der Grundtenor lautete dort, in der DDR werde am Müll verdient, der eigene Umweltschutz aber vernachlässigt. Die DDR hielt dagegen. Im Umkreis der Deponie Schönberg werde durch SED-Parteileitung und gesellschaftliche Organisationen »eine zielgerichtete und engagierte Öffentlichkeitsarbeit zur umweltschutzgerechten Arbeitsweise der Deponie geleistet.«<sup>390</sup> Wenn es diese denn gab, worauf nichts hindeutet, überzeugte sie jedenfalls nicht die kritischen Pastoren in der Region, die die Sicherheit der Deponie in Zweifel zogen.<sup>391</sup> Auch DDR-Bürger

---

Untergebenen.

<sup>386</sup> Ebenda, Bl. 12.

<sup>387</sup> Flessner und Hilpert wurden im Spiegel mit den Worten zitiert, sie hätten »einen der sichersten Orte für Sondermüll, den wir kennen« besichtigt. Vgl. Müll. Grube ohne Grenze. In: Der Spiegel (1983) 29.

<sup>388</sup> Abschlussbericht zum Besuch einer BRD-Abordnung auf der Sondermülldeponie Schönberg, Kreis Grevesmühlen, 10.11.1981; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI/ZMA 318, Bl. 22–24.

<sup>389</sup> Reaktion auf eine Stellungnahme der DDR zur Abnahme von Abfallstoffen aus der BRD, (ca. 1982); BArch, MfS, AG BKK, Nr. 366, Bl. 26 f.

<sup>390</sup> Vorvernichtetes Fragment eines Berichtes, ca. 1987; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII Nr. 554, Bl. 24–34, hier 29.

<sup>391</sup> Informationen über bedeutsame Fragenkomplexe, die durch die Pastoren der evangelisch-lutherischen Kirche während des Gruppengesprächs angesprochen wurden, 10.4.1989; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII Nr. 554, Bl. 101–104,

hinterfragten zunehmend die Unzulänglichkeiten des Umweltschutzes im eigenen Land: »Warum denn zu dem Problem auch noch der Müll aus dem Westen dazukommt.«<sup>392</sup> Dem Staatssicherheitsdienst oblag es sowohl die Grenzpassage der Lkw und den Lieferweg als auch den Betrieb der Deponie unter Kontrolle zu halten, »um Angriffen des Gegners wirksam entgegenzutreten zu können.«<sup>393</sup> Diese Abwehr war jedoch nur eine Aufgabe, die Folgen aus dem Deponiebetrieb waren auch für das MfS komplex.

Nahe der Deponie Schönberg befanden sich zwei Wasserwerke der Hanse-Stadt Lübeck, die ihre Trinkwasserproduktion hochgradig gefährdet sahen. Protestaktionen von Umweltschützern drohten wiederholt, Schönberg vom Müllimport abzuschneiden. Als im Oktober 1989 Bürgerinitiativen in Lübeck Proteste gegen die Deponie ankündigten, war das MfS gewappnet. Im Fall von Blockaden, sollten die Lkw aus dem Westen zur Deponie Potsdam umgeleitet werden.<sup>394</sup> Die jahrelange Strategie von SED und MfS, durch Täuschen, Tricksen und Hinhalten sich der Diskussion mit dem Westen zu entziehen und zugleich mit gezielten Desinformationen die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit zu manipulieren, ging weitgehend auf. Besonders gut funktionierte die vom MfS eingefädelte Konstruktion, den Müllimport bei einem einzigen der DDR zugewandten Müllhändler aus dem Westen zu bündeln. Letztlich konnte die DDR bei kritischen Anfragen zur Deponie Schönberg immer darauf verweisen, dass das inkriminierte Müllgeschäft angeblich zwischen zwei selbständig agierenden Firmen aus Ost und West ablaufe. Die Deponie werde kommerziell betrieben, die Ministerien der DDR seien nur für Genehmigung und Kontrolle zuständig. Eine Parlamentarierdelegation der Grünen zeigte sich bei einer Besichtigung der Deponie stark verwundert, wie oft diese Version seitens der DDR-Vertreter wiederholt wurde.<sup>395</sup>

Noch im Herbst 1989, als die wirtschaftlichen Strukturen der DDR kollabierten, hielt Eberhard Seidel, alias IM »Siegfried«, unverdrossen an seinem Kampfziel und politischen Weltbild fest. »So lange die progressiven Kräfte in der Gesellschaft noch gehört werden, ist eine Vorwärtsentwicklung möglich«, teilte er bei einem letzten konspirativen Treffen mit MfS-Offizieren am 22. November 1989 mit.<sup>396</sup>

---

hier 103.

<sup>392</sup> Standpunkt zum Bericht zu Problemen der politischen Führungstätigkeit des Ministers ..., 30.9.1988; BArch, MfS, AG BKK Nr. 52, Bl. 38–43, hier 39.

<sup>393</sup> Vermerk v. 14.8.1989; BArch, MfS, AG BKK Nr. 56, Bl. 117–120, hier 117.

<sup>394</sup> BArch, MfS, BV Rostock, AKG Nr. 266, Bl. 10.

<sup>395</sup> Bericht über den Besuch der Deponie Schönberg, 31.10.1986; BArch, MfS, AG BKK Nr. 54, Bl. 106–114.

<sup>396</sup> Treffbericht v. 22.11.1989; BArch, MfS, AIM 12480/91, T II/6, Bl. 290–292. Als

## 7.6 Beispiele für besondere Vorfälle und Fluchtversuche

24. Juli 1981

Ein DDR-Bürger versuchte, mit einem Traktor die GÜSt zu durchbrechen.<sup>397</sup>

9. November 1981

Eine Delegation unter der Leitung von Günter Flessner (CDU, Landwirtschaftsminister im Land Schleswig-Holstein) und Egon Hilpert (SPD, Senator für Inneres der Hansestadt Lübeck) besuchte die Deponie.<sup>398</sup>

3. Dezember 1984

Der Versuch einer Schleusung einer Frau (20) aus der DDR in einem Kleintransporter eines Bundesbürgers (43) über die GÜSt Selmsdorf scheiterte.<sup>399</sup>

15. August 1985

Ein DDR-Bürger (AstA) wurde festgenommen, als er mit einem Lkw über die Abfertigungsspur für Deponierverkehr die DDR verlassen wollte.<sup>400</sup>

---

Seidel kein politisches Ziel und keinen Auftraggeber mehr hatte, wechselte er in die freie Marktwirtschaft. Aus dem AHB *Intrac* wurde die *Abfallwirtschaft und Umweltservice GmbH (AWUS)*. Die Müllkippe wurde umbenannt in *Deponie Ihlenberg*, der *VEB Deponie Schönberg* verwandelte sich in diesem Zuge in die *Ihlenberger Abfallentsorgungs-Gesellschaft mbH (IAG)*. Politischer Wegbereiter der weiteren Entwicklung der Deponie war Peter-Uwe Conrad, später Staatssekretär und starker Mann im Umweltministerium des neuen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Die erste demokratisch gewählte Landesregierung war noch nicht vereidigt, da befand er, die Deponie solle unter Beteiligung schleswig-holsteinischer Unternehmen betrieben werden. Vgl. Krewer: *Geschäfte mit dem Klassenfeind*, S. 226. Mit neugegründeten Firmen und Übernahmen von Geschäftsanteilen anderer Firmen sicherten sich Hilmer und Seidel umgehend Mülldeponie und Millioneneinkünfte. Siehe: *Wie die HBK und die KoKo-Manager die Treuhand aushebeln*. In: Baerens/Arnswald: *Die Müll-Connection*, S. 97 f. Siehe auch: *Der Müll und die Moneten*. In: *Der Spiegel* (1994) 8, S. 52–60.

<sup>397</sup> Fotodokumentation; BArch, MfS, HA VI Nr. 1508.

<sup>398</sup> BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI/ZMA 318, Bl. 22–24.

<sup>399</sup> Erstinformation, 4.12.1984; BArch, MfS, ZKG Nr. 24428, Bl. 7–19.

<sup>400</sup> BArch, MfS, HA VI Nr. 546.

1. bis 5. September 1985

Eine Delegation von Parlamentariern der Partei Die Grünen bereiste die DDR und besichtigte auch die Deponie Schönberg. Unter den neun Teilnehmern der Grünen befanden sich Joschka Fischer und Claudia Roth.<sup>401</sup>

5. Februar 1986

Gegenüber der Grenzübergangsstelle Selmsdorf demonstrierten rund 30 Personen mit einem Transparent »Ein sauberes Geschäft – Lübecks Trinkwasser«. Deponiefahrzeuge wurden an der Weiterfahrt gehindert.<sup>402</sup>

9. Februar 1986

Rund 40 Personen überschritten die Grenze zur DDR und stellen ein Kunststoff-Fass mit der Aufschrift »Schönberg – Giftzone« und ein weiteres mit der Aufschrift »Dioxin« auf. Mitarbeiter der HA I des MfS fotografierten die Aktion und stellten die Tonnen als Beweismittel sicher. Erich Honecker wurde informiert.<sup>403</sup>

4. September 1986

Vom 1. bis 4. September 1986 besuchte eine Delegation der Grünen des Deutschen Bundestages die DDR. Am Nachmittag des 4. September 1986 besichtigte die Delegation vor der Ausreise die Grenzübergangsstelle Selmsdorf und die Sondermülldeponie Schönberg.<sup>404</sup>

---

<sup>401</sup> Bericht über den Besuch der Deponie Schönberg im Rahmen der Reise der Parlamentsdelegation der Partei Die Grünen vom 1.–5.9.1985, 31.10.1986; BArch, MfS, AG BKK Nr. 54, Bl. 106–114, hier 110.

<sup>402</sup> Information über die Verletzung des Hoheitsgebietes der DDR mit Ablagerung von Gegenständen im Bereich der Grenzsäule 65 ..., 10.2.1986; BArch, MfS, HA I Nr. 15303, Bl. 95–97. Hptm. Fischer, BV Rostock/Abt VI/4: Sachstandsbericht zum FO »Trave«, Reg.-Nr. I 1632/84, 17.12.1986; BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 1035, Bl. 2–9, hier 9.

<sup>403</sup> Verletzung des den Grenzsicherungsanlagen vorgelagerten Territoriums der DDR von der BRD aus in der Nähe der Grenzübergangsstelle Selmsdorf, 11.2.1986; BArch, MfS, HA I Nr. 15303, Bl. 89. Fotos Bl. 101–103. Einer DPA-Meldung entnahm das MfS, dass es sich um Mitglieder der Partei Die Grünen aus Lübeck handelte.

<sup>404</sup> Schreiben des Leiters der BV Rostock über politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit anlässlich des Besuches einer Delegation der »Grünen« des Deutschen Bundestages der BRD in der DDR vom 1.–4.9.1986. VVS-457/86 (FS 2322); BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 2741.

31. März 1987

Gescheiterter Fluchtversuch eines Mannes aus dem Kreis Grevesmühlen in einem Pkw *Lada*. Er gelangte mit seinem Pkw, gedeckt durch ein Deponiefahrzeug, lediglich auf das Gelände der GÜSt.

1. April 1987

Der Versuch eines Grenzdurchbruchs mit einem Pkw scheiterte.<sup>405</sup>

13. September 1987

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Uwe Barschel verkündete einen Stopp der Müllverbringung aus seinem Bundesland auf die Deponie Schönberg zum 30. April 1988.<sup>406</sup>

7. Mai 1989

Berndt Heydemann, Minister des Landes Schleswig-Holstein in der Regierung Engholm, besichtigte den VEB Schönberg. Das MfS maß diesem Besuch im Zusammenhang mit den »ständigen Angriffen gegen den VEB Deponie« besondere politische Bedeutung zu. Am Ende erklärte Heydemann, die Deponie entspreche dem Deponiewesen der Bundesrepublik.<sup>407</sup>

29. Mai 1989

Westdeutsche Bürgerinitiativen initiierten im Vorfeld des Grenzzollamts Lübeck-Schlutup eine »Konzertblockade gegen die Deponie Schönberg«.<sup>408</sup>

15. August 1989

Der Versuch eines Grenzdurchbruchs eines DDR-Bürgers mit einem Lkw scheiterte.<sup>409</sup>

---

<sup>405</sup> BArch, MfS, HA VI Nr. 1508. Vorfall vom 31.3.1987; ebenda.

<sup>406</sup> Die Müllausfuhren anderer Bundesländer nach Schönberg in der DDR gingen hingegen weiter. Vgl. Bork: Umweltgeschichte Deutschlands, S. 228. Uwe Barschel (1944–1987), CDU-Politiker, u. a. 1982–1987 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

<sup>407</sup> Information über den VEB Deponie Schönberg, 7.6.1989; BArch, MfS, BV Rostock, AKG Nr. 266, Tb. 1 von 3, Bl. 87 f. Björn Engholm (\*1939), SPD-Politiker, u. a. 1988–1993 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein; Berndt Heydemann (1930–2017), dt. Hochschullehrer und Politiker, u. a. 1988–1993 Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung in Schleswig-Holstein.

<sup>408</sup> Information über den VEB Deponie Schönberg, 7.6.1989; BArch, MfS, BV Rostock, AKG Nr. 266, Tb. 1 von 3, Bl. 86–89, hier 87.

<sup>409</sup> BArch, MfS, HA VI Nr. 793.

7.–13. Oktober 1989

Bürgerinitiativen in Lübeck kündigten Proteste gegen die Deponie an. Das MfS wollte im Fall von Blockaden der GÜSt Selmsdorf die Müll-Lkw zur Deponie Potsdam umleiten.<sup>410</sup>

## 7.7 Weitere Dokumente

- |                       |  |
|-----------------------|--|
| Ministerrat der DDR   | Beschluss über die Eröffnung der Straßenübergangsstelle Mahlow (F 96) an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin zur Durchführung von Abfalltransporten, 20.12.1976. <sup>411</sup>   |
| MfS- Befehl Nr. 17/77 | Eröffnung der Grenzübergangsstelle Mahlow zur Durchführung von Abfallstofftransporten aus Westberlin zur Deponie Schöneiche (Bezirk Potsdam).<br>1. Ergänzung zum Befehl Nr. 17/77 des MfS vom 8.11.1977 betreffend die Erweiterung des an der Grenzübergangsstelle Mahlow zugelassenen grenzüberschreitenden Verkehrs, 3.6.1977. <sup>412</sup> |

---

<sup>410</sup> Informationen über die Lage im Bereich der staatlichen und öffentlichen Sicherheit und Ordnung des Grenzkreises Grevesmühlen (mündlicher Vortrag KEL), 9.10.1989; BArch, MfS, BV Rostock, AKG Nr. 266, Tb. 1 von 3, Bl. 2–11, hier 10.

<sup>411</sup> BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 853, Tb. 1, Bl. 85–89.

<sup>412</sup> BArch, MfS BdL/Dok Nr. MF 261000787.





Abb. 8: Anti-Terror-Training von PKE und Zoll mit der simulierten Bedrohung eines PKE-Angehörigen durch einen Reisenden im Transitzug mit einer Handfeuerwaffe, um 1980.



## 8. Der Einsatz von Anti-Terrorkräften an DDR-GÜSt 1980

### 8.1 Dokument: Ausbildung von Anti-Terrorkräften der DDR-Zollverwaltung

*Persönlich*<sup>413</sup>

Befehl 7/80<sup>414</sup> vom<sup>415</sup>

Inhalt: Befähigung der Mitarbeiter zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie der vorbeugenden Abwehr terroristischer und anderer gewaltsamer Angriffe<sup>416</sup>

Zur Gewährleistung eines wirksamen Vorbereitetseins und der Befähigung der Mitarbeiter bei der Durchsetzung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie der vorbeugenden und unmittelbaren Abwehr terroristischer und anderer gewaltsamer Angriffe gegen die Zolldienststellen

befehle ich:

1. Zum Vorbereitetsein und zur zielgerichteten Befähigung der Mitarbeiter bei der Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur vorbeugenden und unmittelbaren Abwehr terroristischer und anderer gewaltsamer Angriffe sind an den Zolldienststellen zielgerichtete Schulungs- und spezielle Ausbildungsmaßnahmen durchzuführen.

1.1. Bei der Durchsetzung dieser Aufgaben haben die Leiter der Grenzzollämter zu sichern, dass durch weitergehende und spezifische Unterweisungen und Maßnahmen des praxisnahen Trainings die Mitarbeiter befähigt werden, unter allen Lagebedingungen eine ständig hohe Sicherheit und Ordnung

---

<sup>413</sup> Stempelabdruck.

<sup>414</sup> Handschriftlich.

<sup>415</sup> Ohne weitere Angabe.

<sup>416</sup> Befehl Nr. 7/80 der Zollverwaltung der DDR; die vom MfS überlieferte Abschrift des Dokuments trägt keinen Hinweis auf das veranlassende Organ und kein Datum (ca. November 1980); BArch, MfS, HA VI Nr. 11580, Bl. 20–26. Es existiert eine identische Überlieferung mit der Falschbezeichnung als Befehl Nr. 87/80; BArch, MfS, HA VI Nr. 4541, Bl. 269–275.

durchzusetzen und die dazu in den Führungsdokumenten festgelegten →<sup>G</sup>Handlungsvarianten zur Abwehr von Terrorverbrechen und Provokationen sicher zu beherrschen.

1.2. Unter Berücksichtigung der konkreten Lagebedingungen im Verantwortungsbereich sind die Schulungs- und speziellen Ausbildungsmaßnahmen an den Grenzzollämtern abgestimmt, differenziert und in engen Zusammenwirken mit den Leitern der Passkontrolleinheiten zu organisieren und durchzusetzen.

Das praktische Training der Varianten der Handlungen zur Abwehr von Terrorverbrechen und anderer gewaltsamer Angriffe im Kontrollobjekt hat grundsätzlich nur gemeinsam mit den Passkontrolleinheiten zu erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung eigener Trainingsmaßnahmen ist mit den Leitern der Passkontrolleinheiten abzustimmen.

2. Die Vorbereitung und Befähigung der Mitarbeiter ist auf solche Handlungen zu konzentrieren, die entsprechend der örtlichen Führungsdokumentation zur Abwehr und Bekämpfung von Terrorverbrechen und anderer gewaltsamer Handlungen festgelegt sind.

Die Mitarbeiter sind so vorzubereiten und zu befähigen, dass

- bewaffnete und mit spezieller Technik – einschließlich Kfz – geführte terroristische Angriffe gegen die Grenzübergangsstellen und gegen die Kräfte des Zusammenwirkens<sup>417</sup> sowie andere gewaltsame Angriffe;
- die Androhung von Gewalt und Anschlägen gegen die eingesetzten Kontroll- und Sicherungskräfte sowie damit im Zusammenhang stehende Versuche der Erzwingung des ungesetzlichen Grenzübertritts durch Geiselnahmen und Entführungen;
- gewaltsame Aktionen und Anschläge wie Brandlegungen, Sprengungen u. a. Angriffe gegen Einrichtungen und Anlagen der Dienst- und Abfertigungsbereiche;
- schwere Provokationen, die auf eine Behinderung oder Unterbindung des Kontrollprozesses gerichtet sind sowie Zusammenrottungen und Gruppenbildungen, die die Ordnung und Sicherheit in den Dienst- und Abfertigungsbereichen gefährden sowie
- andere gegen die Sicherheit und Ordnung gerichtete Handlungen vorbeugend verhindert und wirksam bekämpft werden.

---

<sup>417</sup> Eher ungewöhnliche Bezeichnung für das Kernpersonal einer DDR-GÜSt bestehend aus Vertretern der Grenztruppe, der Passkontrolle und des Zolls.

3. Richtungsgebende Grundlage für die politische, ideologische und fachliche Befähigung sind die gemeinsam zwischen der Zollverwaltung der DDR und dem Arbeitsbereich Passkontrolle erarbeiteten »Hinweise und Orientierungen zu Problemen der Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie der Abwehr von Terrorverbrechen und Provokationen an den Grenzübergangsstellen der DDR«.<sup>418</sup>

3.1. Mit dem Ziel, die Mitarbeiter zu richtigem und reaktionsschnellem Handeln zu befähigen sind entsprechend dem zentralen Programm der militärischen Ausbildung und des Sports für das jeweilige Ausbildungsjahr, ausgehend von den Varianten der Handlungen,

- in der militärischen Ausbildung das absolut sichere Beherrschen der Waffen sowie das schnelle und treffsichere Schießen;
- bei der spezialtaktischen Ausbildung die wirksame Anwendung der Elemente der Zweikampfausbildung und der Atemtechniken<sup>419</sup> am Objekt zu schulen und praxisnah zu trainieren.

Durch eine hohe und aktive Teilnahme an der militärischen Ausbildung und am Dienst- und Freizeitsport ist zu gewährleisten, dass das physische und psychische Leistungsvermögen der Mitarbeiter ständig erhöht wird.

3.2. Zur Unterstützung einer praxisbezogenen Befähigung der Mitarbeiter und zur Gewährleistung eines eigenständigen Beitrages in Durchsetzung einer hohen Sicherheit und Ordnung haben die Leiter der Grenzzollämter nach Abstimmung mit den Leitern der Passkontrolleinheiten entsprechend den Erfordernissen nichtstrukturmäßige Spezialistengruppen zu bilden.

3.2.1. Als Mitarbeiter dieser Spezialistengruppen sind solche Mitarbeiter auszuwählen, die sich in der täglichen Dienstdurchführung durch kluges taktisches, umsichtiges und reaktionsschnelles Verhalten und Handeln auszeichnen sowie gute Ergebnisse in der militärischen Ausbildung und dem Sport erzielen. Im Einzelfall können in Abstimmung mit den zuständigen Leitern der Passkontrolleinheiten Spezialisten für Abwehraufgaben oder Dokumentationen eingesetzt werden.

---

<sup>418</sup> BArch, MfS, HA VI Nr. 13907, Bl. 2–407.

<sup>419</sup> Atemi-Techniken: Beim MfS Bezeichnung für eine militärische Nahkampf-Technik (Fauststöße, Handkantenschläge, Knie- und Fußtritte etc.) ohne den Einsatz von Waffen oder Gegenständen. Die Atemi-Technik ist Element vieler japanischer Kampfkünste.

3.2.2. Die Führung und Anleitung der Spezialistengruppen ist durch die Leiter der Grenzzollämter auf der Grundlage mit den Leitern der Passkontroll-einheiten abgestimmter Aufgabenstellungen zu gewährleisten.

3.2.3. Bei der Festlegung der Anzahl der Mitarbeiter in den Spezialistengruppen ist zu gewährleisten, dass in jeder Dienstschicht der Einsatz eines für diese Aufgaben ausgewählten Mitarbeiters gesichert wird.

4. Die festgelegten Schulungs- und speziellen Ausbildungsmaßnahmen sind planmäßig von den Stellvertretern operativ der Zolldienststellen durchzuführen. Sie sind an den Grenzzollämtern mit den Leitern der Passkontroll-einheiten abzustimmen und von den Leitern der Dienststellen zu bestätigen.

4.1. Die durchgeführten Schulungs- und speziellen Ausbildungsmaßnahmen der Mitarbeiter sind in den Schulungsjournalen nachzuweisen.

4.2. Die Abteilung Ausbildung der Hauptverwaltung hat durch die zentrale Verallgemeinerung von Erkenntnissen zur vorbeugenden und unmittelbaren Abwehr und Bekämpfung von Terrorverbrechen oder anderer Angriffe eine qualifizierte Schulung und spezielle Ausbildung der Mitarbeiter zu gewährleisten.

4.3. Zur Durchsetzung einer einheitlichen und kontinuierlichen Schulung und speziellen Ausbildung an den Grenzzollämtern haben die Leiter der Abteilungen Kader/Ausbildung der Bezirksverwaltungen<sup>420</sup> aus dem vorhandenen Kaderbestand des Sachgebietes Ausbildung einen dafür geeigneten Offizier einzusetzen.

4.4. Die Durchsetzung der im Befehl gestellten Aufgaben ist von den Leitern der Bezirksverwaltungen im Bericht über das Ausbildungsjahr einzuschätzen. Der Leiter des Bereiches Kader/Ausbildung hat dazu im Gesamtbericht über das Ausbildungsjahr eine zentrale Einschätzung zu geben.

---

<sup>420</sup> Die Bezirksverwaltungen der DDR-Zollverwaltung waren nicht deckungsgleich mit den Verwaltungsbezirken als Territorialstruktur der DDR. Vgl. dazu Goll: Kontrollierte Kontrolleure, S. 34 u. 53.

## 5. Schlussbemerkungen

5.1. Die Leiter der Bezirksverwaltungen haben die Durchsetzung dieses Befehls zu sichern und die dazu erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Sie haben zu gewährleisten, dass die Mitarbeiter der Post- und Binnenzollämter auf der Grundlage der »Hinweise und Orientierungen zu Problemen der Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie der Abwehr von Terrorverbrechen und Provokationen an den Grenzübergangsstellen der DDR« differenziert geschult und befähigt werden, diese vorbeugend zu erkennen und wirksam zu bekämpfen.

5.2. Für die Kontrolle der Durchführung der in diesem Befehl angewiesenen Maßnahmen ist der Leiter der Abteilung Ausbildung der Hauptverwaltung<sup>421</sup> verantwortlich.

5.3. Dieser Befehl tritt mit seiner Herausgabe in Kraft.

Verteiler: II<sup>422</sup>

Stauch<sup>423</sup>  
Chefinspekteur

---

<sup>421</sup> Lothar Römhild (\*1929) war bis 1987 Leiter der Abteilung Kader und Ausbildung der Hauptverwaltung der DDR-Zollverwaltung. Vor 1978 war Römhild als IMS »Renner« für das MfS aktiv, 1979 wurde er als leitender Zoll-Mitarbeiter auch OibE des MfS. Vgl. BArch, MfS, KS 7511/92.

<sup>422</sup> Die institutionelle Erstreckung bzw. personelle Zusammensetzung des ausgewiesenen Verteilers II wurde nicht bekannt.

<sup>423</sup> Gerhard Stauch (1924–2017), 1951 hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS, 1953 zum OibE ernannt und in der Transportpolizei sowie im MdI eingesetzt, 1959 Erster Stellvertreter des Leiters des AZKW (Vorläufer der Zollverwaltung), 1963–1989 Leiter der Zollverwaltung der DDR und weiterhin OibE des MfS. Vgl. BArch, MfS, KS 9500/90, Bd.1.

## 8.2 Spezialisten für Terrorabwehr von DDR-Zoll und PKE

Spätestens mit dem Attentat auf die Olympischen Spiele in München 1972 mussten SED und MfS den Terrorismus als ein Gefahrenpotenzial zur Kenntnis nehmen, das auch die DDR bedrohen konnte. Der rechte und linke Terror breitete sich seit 1969/70 in Westeuropa als politisches Kampfmittel scheinbar ungehemmt aus. Zu den Katalysatoren des Terrorismus zählten sicher der Nordirlandkonflikt und der israelisch-palästinensische Konflikt. Von Radikalisierungen bedroht waren beispielsweise Italien (Rote Brigaden) oder die Bundesrepublik (Rote-Armee-Fraktion).

An den GÜSt der DDR wurde die Terrorabwehr politisch-ideologisch vordergründig mit einem westlichen Bedrohungspotenzial verbunden. In der Praxis war diese Terrorabwehr jedoch gegen vermeintliche Bedrohungen ausgerichtet, die aus dem Territorium der DDR stammten. Davon zeugen die strukturellen und technischen Vorsorgemaßnahmen an den GÜSt. Der westliche Terrorismus legitimierte die DDR-Terrorabwehr deswegen propagandistisch so umfassend, weil er eine für die SED ideologisch unerwünschte Auseinandersetzung ausblendete, die mit der Gewaltandrohung aus dem Territorium der DDR heraus einherging. Insofern reflektierte der Befehl keine konkrete Bedrohungslage, sondern nutzte eine politische Entwicklung im Westen zur Verschärfung einer ideologisch motivierten bipolaren Weltsicht im DDR-Zollpersonal.

Erlass und Inhalt des Befehls Nr. 7/80 von Chefinspekteur Stauch waren mit dem Leiter der HA VI des MfS, Generalmajor Fiedler, sicher eng abgestimmt. Stauch war als OibE den Interessen der Geheimpolizei besonders verpflichtet. General Fiedler schlug 1970 den Zoll-Chef Stauch für einen Orden vor und würdigte dessen Zusammenwirken mit der Staatssicherheit.<sup>424</sup>

Der Befehl Nr. 7/80 des Leiters der DDR-Zollverwaltung zielte laut Überschrift auf die Befähigung der Zoll-Mitarbeiter zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie der vorbeugenden Abwehr terroristischer und anderer gewaltsamer Angriffe. Praktisch widmete er sich vordergründig der Regelung von Schulung und Ausbildung von Spezialkräften des Zolls zur Terrorabwehr. Die so ausgebildeten Kräfte waren erforderlichenfalls als nichtstrukturelle Spezialistengruppen<sup>425</sup> an Grenzübergangsstellen zum

---

<sup>424</sup> Generalmajor Heinz Fiedler (1929–1993), MfS seit 1952, zunächst in der KD Zwickau, dann in der BV Karl-Marx-Stadt hauptamtlich tätig, 1968 in den Operativstab des 1. Stellvertreters aufgerückt, 1970–1990 Leiter der HA VI. Vorschlag zur Auszeichnung von Stauch mit der Medaille für Waffenbrüderschaft in Gold, 2.12.1970; BArch, MfS, KS 9500/90, Bl. 34.

<sup>425</sup> Zu nichtstrukturellen Formationen wurden Personen aus bestehenden Dienst-

Einsatz vorgesehen. Schulung und Ausbildung sollten eng mit den PKE des MfS koordiniert werden. Gerichtet war der Befehl besonders an die Leiter der Zoll-Bezirksverwaltungen, die für die Ausbildung des Personals der untergeordneten Zollämter verantwortlich waren. Wiewohl der Befehl thematisch an den Grenzzollämtern orientiert war, sollte er nicht als Spezialbefehl verstanden werden, weil er sich laut Schlussbemerkung ausdrücklich auch auf Post- und Binnenzollämter erstreckte.

Charakteristisch für den Wortlaut des Befehls sind eine ideologische Überhöhung der Bedrohung durch Terrorakte und latente Übertreibungen bei der Bewertung der eigenen Gegenmaßnahmen. Der hier eingesetzte Begriff des Terrorismus folgt einer spezifischen, eingeeengten Auslegung und ist inhaltlich faktisch auf Versuche eines illegalen Verlassens der DDR über die Grenzübergangsstellen reduziert. Vier Varianten werden im Befehl erwähnt:

- der Versuch des durch Waffen- oder Fahrzeugeinsatz unterstützten gewaltsamen Sperrdurchbruchs in einer GÜSt,
- die Androhung von Gewalt gegen Personal oder Einrichtungen der GÜSt, um ein Verlassen der DDR zu erzwingen,
- versuchte Gewaltanwendung gegen Anlagen und Einrichtungen der GÜSt,
- der Versuch der Desorganisation der Grenzkontrolle durch Blockade- oder Chaosmaßnahmen.

Ungeachtet dessen setzte das MfS den Begriff des Terrors vorzugsweise mit einer Bedrohung der DDR durch Anschläge gleich und verwies dabei auf entsprechende Ereignisse im Westen. Im Jahr 1981 registrierte das MfS, unterlegt durch Statistiken, eine deutliche Zunahme terroristischer Aktivitäten in Westeuropa. So transportierte es den Eindruck, dass zielgerichtet öffentliche Einrichtungen und Personen vorrangig mit Sprengsätzen angegriffen würden. Weiterhin hätte ein Terroranschlag in Kuba gezeigt, dass »verbrecherische Elemente« auch gegen Grenzübergangsstellen der DDR mit Sprengmitteln oder Waffen tätig werden könnten.<sup>426</sup> Den Terror-Begriff

---

einheiten (beispielsweise des MfS) herangezogen, um eine befristete, selten unbefristete Sonderaufgabe neben der Hauptaufgabe der Dienst Einheit zu bewältigen. Auch das erforderliche Führungspersonal war der nichtstrukturalen Formation üblicherweise nur zeitanteilig zugewiesen.

<sup>426</sup> Aufstellung über Sprengstoffanschläge, Brandlegungen und Terrorverbrechen mit Schusswaffenanwendung in den Jahren 1980 und 1981, o. D.; BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 21. Der Terroranschlag in Kuba verwies vermutlich auf den Bombenanschlag auf den Cubana-Flug von Barbados nach Kuba am 6.10.1976. Beim Absturz des Flugzeugs kamen alle 73 Insassen ums Leben. Vgl. Skierka: Die

entlieh das MfS komplett dem gesellschaftlichen und politischen Diskurs in Westeuropa und instrumentalisierte diesen, um eigenes Handeln und die ideologische Ausrichtung von PKE und Zoll zu rechtfertigen. Terror als eine Erscheinungsform politischer Gewalt in sozialistischen Gesellschaften schloss das MfS aus und definierte ihn kurzerhand als eine »Wesensäußerung des Imperialismus und der aggressiven Politik imperialistischer Staaten«. <sup>427</sup> Zwischen 1986 und 1988 zählte die HA VI nach der MfS-spezifischen Lesart jährlich rund 50 sogenannten terroristische Angriffe an den Grenzübergangsstellen der DDR, worunter auch telefonische Drohungen oder versuchte Grenzdurchbrüche zu Fuß fielen. <sup>428</sup> Für Auseinandersetzungen größeren Umfangs waren die Anti-Terrorkräfte nicht vorgesehen. Insbesondere im Fall einer militärischen Bedrohung aus dem Westen sollten sich PKE und Zoll zurückziehen und das Feld den Grenztruppen überlassen.

Die zur Abwehr der Bedrohung durch Terror vorgesehenen Spezialisten beziehungsweise Spezialistengruppen sind im Befehlstext suggestiv überbewertet. Gefordert war primär, Fertigkeiten zur Selbstverteidigung und zur waffenlosen Abwehr eines Angreifers auszubilden. Die Forderung nach dem speziellen Training wurde mit den allgemeinen Forderungen an uniformiertes Personal nach effektiver militärischer Ausbildung und körperlicher Fitness durch Dienstsport verbunden. Das lässt in der Bewertung eher auf Forderungen nach einer Vertiefung der Standardausbildung als auf eine professionelle Sonderausbildung schließen.

---

Freiheit der anderen. In: Der Tagesspiegel v. 13.12.2008. Probleme zur Abwehr von terroristischen Angriffen unter Androhung, Anwendung von Sprengmitteln gegen personenbefördernde Transportmittel, 6.7.1981; BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 84–95, hier Bl. 84.

<sup>427</sup> Vgl. die Qualifizierungsarbeiten der Juristischen Hochschule des MfS von Ganschow u. a.: Zur Bestimmung des Wesens des Terrorismus und zur Charakterisierung seiner wichtigsten Erscheinungsformen in Westberlin, der BRD ...; BArch, MfS, JHS 230/81. Rothe; Thiede: Grundfragen der Nutzung des Völkerrechts bei der Vorbeugung, Aufdeckung und Bekämpfung von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten ...; BArch, MfS, JHS 233/82. Die politisch-operative Bekämpfung von Terrorverbrechen ...; BArch, MfS, JHS 103/79. Siehe auch Suckut: Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 393 f.

<sup>428</sup> Terroristische Handlungen und Gewaltandrohungen gegen Personen und Objekte des Verantwortungsbereiches der Linie VI sowie Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung und Abwehr derartiger Aktivitäten, 26.1.1989; BArch, MfS, HA VI Nr. 1400, Bl. 1–15. Tabuisiert waren in der DDR auch die mehreren Hundert Deserteure aus den Reihen der sowjetischen Besatzungstruppen pro Jahr, die sich teils schwer bewaffnet flüchtend auch in Richtung Westgrenze bewegten.



Nichtstrukturelle Gruppen wurden im MfS aus dem Bestandspersonal einer Diensteinheit gebildet, wenn neben den Standardaufgaben der Diensteinheit zusätzlich eine befristete oder dauernde Sonderaufgabe wahrzunehmen war. Gemäß Nr. 3.2 des Befehls sollten nichtstrukturelle Gruppen je nach Erfordernis gebildet werden. Als personelle Mindestausstattung für die Zusatzaufgabe Terrorabwehr nannte der Befehl unter Nr. 3.2.3 den Einsatz von einem gesondert ausgebildeten Mitarbeiter je Dienstschicht.

Auffällig am Befehlstext ist bei den Vorgaben zu Training, Schulung und Ausbildung der Terrorabwehrkräfte des Zolls die enge Anlehnung an die Passkontrollleinheiten des MfS beziehungsweise an die Leiter der PKE. Das hat seinen Ursprung in der erweiterten Weisungsbefugnis der <sup>→G</sup>Kommandanten der GÜSt und der Leiter der PKE gegenüber den Leitern der GZÄ gemäß einer Vereinbarung zwischen Mielke, Verteidigungsminister Heinz Hoffmann und Julius Balkow, Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, vom März 1964.<sup>429</sup> Vereinbarungsgemäß waren der Leiter und der diensthabende Offizier der PKE in Fragen der Bekämpfung der Feindtätigkeit und der Durchführung der Kontrollen gegenüber dem Leiter und dem diensthabenden Offizier des Grenzzollamtes weisungsberechtigt. Das erstreckte sich auch auf die Terrorabwehr. Das diesbezügliche Zusammengehen von MfS und Zoll wies eine Kontinuität auf und ist exemplarisch seit 1975 belegbar.<sup>430</sup>

---

<sup>429</sup> Vereinbarung über die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der Organe des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Ministeriums für Staatssicherheit mit den Organen der Zollverwaltung der DDR, 5.3.1964; BArch, MfS, SdM Nr. 425, Bl. 32–36. Eine Weisungsbefugnis von Kommandant und Leiter der Passkontrolle gegenüber dem Leiter des GZA belegt schon Mielkes Befehl Nr. 40/64 unter Nr. 4 (siehe Kapitel 3).

<sup>430</sup> Vereinbarung über die Verantwortlichkeit und das Zusammenwirken der Kräfte der Grenztruppen der DDR, der Grenzsicherungskräfte der Volksmarine, der Kräfte des MfS, der Zollverwaltung der DDR und des MdI bei der Sicherung der Staatsgrenze und der Gewährleistung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der DDR, 1.8.1975; BArch, MfS, SdM Nr. 425, Bl. 101 und Gemeinsame Festlegungen zur Sicherung der Grenzübergangsstellen der Staatsgrenze Nord gegen schwere Provokationen und Terrorverbrechen im Zusammenwirken der verantwortlichen Sicherheits- und Kontrollorgane (MfS, VP, Zoll), 20.11.1978; BArch, MfS, BdL Nr. 1438, Bl. 1–8. Vereinbarung über das Zusammenwirken der Passkontrollleinheit mit dem Grenzzollamt an der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße, 15.3.1985; BArch, MfS, BdL Nr. 1438, Bl. 1–8.

### 8.3 Die Terrorabwehr im MfS

Die Staatssicherheit schlug bei der Terrorabwehr strukturelle und nicht-strukturelle Entwicklungswege ein, die auch außerhalb von HA VI und PKE gebahnt wurden. In der zweiten Hälfte des Jahres 1975 schuf sich das MfS mit der Abteilung XXII eine dauerhafte Struktur, die aus einer vorbereitenden Vorläufer-AG Terrorabwehr entstand. Die Abteilung XXII wurde im März 1989 mit der Abteilung XXIII zur HA XXII für Terrorabwehr vereinigt. Die 1988 gebildete Abteilung XXIII war die Nachfolgerin einer Diensteinheit namens AGM/S des MfS, die seit 1964 professionelle Spezialkräfte ausbildete, formierte und permanent bereithielt. Deren Kampfkräfte, sogenannte Spezifische Kräfte, waren nicht ausschließlich zur Terrorabwehr vorgesehen, aber auch als Anti-Terrorkräfte einsetzbar. Ein weiterer historischer Ursprung struktureller Anti-Terrorkämpfer lag im MfS-Wachregiment (2. Aufklärungskompanie). Die Abteilungen AGM/S und nachfolgend XXIII existierten nur auf ministerieller Ebene. Die Abteilung XXII war dagegen auf bezirklicher Ebene als AG XXII zur Terrorabwehr vertreten (hatte als AG XXII über den März 1989 hinaus Bestand) und verfügte dort über strukturelle Kräfte der eigenen Diensteinheit, hatte aber auch Zugriff auf nichtstrukturelles Personal zur Terrorabwehr.<sup>431</sup>

Vor diesem Hintergrund wirft die Bewertung von Funktion und Wirkmacht der nichtstrukturellen Kräfte zur Terrorabwehr in der HA VI durchaus Fragen auf. In der Struktur der HA VI ist auf der ministerialen Ebene eine AG Sicherheit und Terrorabwehr seit 1975 nachweisbar.<sup>432</sup> Ab 1977 ist die thematische Hinwendung zu Sicherheit und Terrorabwehr auch für die Bezirksebene der Linie VI belegt. Im Jahr 1977 wurden von der HA VI nichtstrukturmäßige »Spezialistengruppen Sicherheit und Terrorabwehr« mit dem Ziel der »vorbeugenden Abwehr und Bekämpfung von terroristischen und anderen gewaltsamen Handlungen an den Grenzübergangsstellen«

---

<sup>431</sup> Wiedmann: Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989, S. 99–104 u. 206–208. Wunschik differenziert in seiner einschlägigen Publikation dahingehend, dass sich der Personalaufbau der Anti-Terrorkräfte von Abt. XXII und bezirklichen AG XXII zwischen etwa 1978 und 1981 vollzog. Wunschik: Die Hauptabteilung XXII, S. 30 f.

<sup>432</sup> Tantzsch: Hauptabteilung VI, S. 79. In einem Organigramm der HA VI von 1975 ist im Stellvertreterbereich von OSL Ziegenhorn eine AG Sicherheit und Terrorabwehr enthalten. OSL Rudi Ziegenhorn (\*12.12.1932) stieg um 1975 zu einem der Stellvertreter des Leiters der HA VI auf und verantwortete in seinem Stellvertreterbereich u. a. den Bereich Fahndung und das <sup>></sup>GOLZ der HA VI. Am 1.7.1989 wurde Oberst Ziegenhorn 1. Stellv. des Leiters der HA VI.

konzipiert. Einen ersten Vorschlag dazu legte die HA VI intern bereits 1974 vor.<sup>433</sup> Deren stellvertretender Hauptabteilungsleiter OSL Ziegenhorn hatte bereits 1977 in seiner Konzeption für die Spezialistengruppen dargelegt: »Die Zielsetzung [...] besteht vor allem darin, [...] ständig auf die [...] weitere kontinuierliche Erhöhung von Sicherheit und Ordnung an der GÜSt im Prozess der täglichen Dienstdurchführung [...] Einfluss zu nehmen.«<sup>434</sup> Fraglich ist, ob die Spezialisten innerhalb der PKE einen elitären Nimbus hatten. Eine Allerweltsfloskel aus der SED-Propaganda-Schublade in der MfS-Fachschulabschlussarbeit eines Mitarbeiters der PKE legt diesen Gedanken nicht zwingend nahe: »Die Mitarbeit in dieser Spezialistengruppe ist für jeden Angehörigen der Passkontrolleinheit Auszeichnung und Verpflichtung zugleich.«<sup>435</sup>

In einem Schreiben vom November 1980 an alle MfS-Bezirksverwaltungen mahnte OSL Ziegenhorn eindringlich die Durchsetzung des Zoll-Befehls Nr. 7/80 an. Zur strikten Geheimhaltung sei zudem »wirksam beizutragen«.<sup>436</sup> In der HA VI lag auch in den 1980er-Jahren die zentrale Anleitung der Spezialistengruppen bei der AG Sicherheit und Terrorabwehr unter Leitung von OSL Heine.<sup>437</sup> An den GÜSt unterstanden die nichtstrukturellen Spezialisten

---

<sup>433</sup> HA VI: Konzeption zur Bildung und Qualifizierung von Spezialistengruppen, 7.7.1977; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6734, Bl. 1–7. Tantzschler verweist auf eine Ordnung des MfS vom Dezember 1975, die bislang nicht aufgefunden wurde. Tantzschler: Hauptabteilung VI, S. 19. (Anm. 38). Vgl. Vorschlag zur Bildung einer AG Sicherheit und Terrorabwehr, 25.2.1974; BArch, MfS, HA VI, Nr. 115, Bl. 50–55. Das MfS nutzte für die Begrifflichkeit Sicherheit und Terrorabwehr verschiedene Abkürzungen, darunter STA, S/TA oder SiTA.

<sup>434</sup> Konzeption für die Bildung und Qualifizierung von Spezialistengruppen in Passkontrolleinheiten, 28.6.1977; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6734, Bl. 2–6, hier 2. Vgl. Ziegenhorn: Die Abwehr von Terror- und anderen politisch-operativ bedeutsamen Gewaltakten gegen Grenzsicherungskräfte sowie deren Objekte und Einrichtungen an der Staatsgrenze der der DDR ...; BArch, MfS, JHS 21922.

<sup>435</sup> Aufgaben und Bedeutung der Spezialistengruppe Sicherheit und Terrorabwehr an der Grenzübergangsstelle ...; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9240, Bl. 11.

<sup>436</sup> Befehl des Leiters der Zollverwaltung der DDR ... v. 1.11.1980; BArch, MfS, HA VI Nr. 4541, Bl. 267 f.

<sup>437</sup> OSL Karl-Heinz Heine (\*1932) übernahm die Leitung der AG, die 1989 neun Mann umfasste, etwa 1983 von Hptm. Uhlig. Tantzschler: Hauptabteilung VI, S. 8, 79, 83. Siehe auch Kirst/Heine: Die Angriffe des Gegners gegen den Tourismusverkehr der DDR in das sozialistische Ausland und die operativen Erfordernisse der wirksamen Gestaltung der Sicherung des Tourismus der Reisebüros der DDR in den Ballungszentren des sozialistischen Auslands durch Sicherungssysteme des MfS ...; BArch, MfS, JHS 160-283/72.

in den 1980er-Jahren in der Regel dem Funktionsoffizier für Sicherheit/Terrorabwehr, Schulung/Ausbildung der PKE, der dem jeweiligen Leiter der PKE direkt unterstellt war.

#### 8.4 Die Spezialisten für Terrorabwehr an den GÜSt

Eine auf Dokumente des Zolls gestützte Klärung von Funktion, Einsatzvarianten, Eingriffsspektrum und Ausstattung der nichtstrukturellen Spezialisten für Terrorabwehr aus dem Personal der Grenzzollämter ist hier nicht möglich. Alle diesbezüglichen Fragestellungen müssen sich überwiegend auf Informationen zu den Spezialkräften der PKE stützen. Trotz vergleichbarer Forderungen an die Spezialkräfte von PKE und Zoll waren vermutlich deren Ausrichtung und Ausrüstung nicht völlig deckungsgleich. Jenseits der vom MfS angenommenen und eher unwahrscheinlichen Raubüberfälle oder Geiselnahmen an den Grenzübergangsstellen ging es im Kern um Fluchtverhinderung.<sup>438</sup> Nur war das ohnehin die Aufgabe aller Angehörigen von PKE und GZÄ. Schon in den 1960er-Jahren definierte die Zollverwaltung die Verhinderung von Grenzdurchbrüchen als eine ihrer Aufgaben an den Grenzübergangsstellen.<sup>439</sup>

Die internen Ausführungen der HA VI machten unmissverständlich deutlich, wie mit terroristischen Bedrohungen an den GÜSt umzugehen war: »Den konkreten Bedingungen entsprechend sind die Täter [...] zu dezimieren durch das lautlose Herausschießen von Wortführern (Einzeltäter sind generell so zu bekämpfen, wenn keine unmittelbare Gefahr für die Zündung von Sprengmitteln besteht); durch gedeckte Feuerführung zu liquidieren bzw. kampfunfähig zu schießen [...]. In jedem Fall ist jedoch der lautlosen Bekämpfung (Karate, schallgedämpfte Waffen, Kampfmesser) der Vorrang zu geben.«<sup>440</sup> Bei der Ausbildung der Spezialeinheiten, so die AG Sicherheit

---

<sup>438</sup> Vgl. Schmidt: Probleme der strafrechtlichen Beurteilung terroristischer Gewaltakte gegen die Ordnung an der Staatsgrenze West der DDR, unter besonderer Berücksichtigung der [...] Geiselnahme. (Diplomarbeit, 1975); BArch, MfS, JHS 272/75.

<sup>439</sup> Vgl. HL 106/65 der Zollverwaltung: Die Aufgaben und das Zusammenwirken der Angehörigen der GZA und PKE zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen. Das Dokument wird erwähnt in einem Zeit- und Übersichtsplan v. 9.4.1966; BArch, MfS, HA VI Nr. 1353, Bl. 37–43, hier 41. Es ist in den Beständen des MfS nicht nachweisbar.

<sup>440</sup> BArch, MfS, HA VI, Nr. 129, Bl. 88.

und Terrorabwehr, galt der Grundsatz »Treffen mit dem ersten Schuss«. <sup>441</sup> Vorbereitend waren auf den Grenzübergangsstellen Hinterhalte einzurichten, also von Flüchtlingen nicht erkennbare Standorte für Scharfschützen. An einigen Grenzübergangsstellen, die durch ihre örtlichen Gegebenheiten solche Hinterhalte nicht ermöglichten, wie beispielsweise die Häfen Warnemünde und Saßnitz oder die Stadtbrücke Frankfurt/Oder, waren »gedeckt an vorgelagerten Straßenkreuzungen Voraussetzungen zu schaffen, um terroristische Angriffe noch in diesem Bereich abzufangen und wirksam bekämpfen zu können«. <sup>442</sup>

Für alle theoretisch denkbaren Situationen an den Grenzübergangsstellen wurden Strategien entwickelt und Vorbeugemaßnahmen getroffen. Zentrale Aufmerksamkeit besaß der zwingend zu unterbindende, sogenannte kriminelle Menschenhandel. Diese MfS-Sprachformel stand für westliche Fluchthelfer-Aktivitäten. Intensiv setzten sich einige Mitarbeiter des MfS mit dem Verhindern von Sprengstoffanschlägen auseinander. An vielen Grenzübergangsstellen wurden spezielle Erdbunker für aufgespürte Sprengstoffe gebaut. In den Akten finden sich allerdings kaum Belege dafür, dass die speziell ausgebildeten Röntgenkontrolleure tatsächlich Sprengstoffe fanden. <sup>443</sup> Missbrauchshandlungen »im Sinne des Artikels 16 des Transit-

---

<sup>441</sup> Einschätzung zu ausgewählten Problemen der Befähigung der Angehörigen und zur Durchsetzung einer hohen Sicherheit und Ordnung an den Grenzübergangsstellen, 28.1.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 130, Bl. 12–21, hier 16. Die Szenarien des MfS waren rechtlich, humanistisch und militärisch äußerst zweifelhaft. Als Bedrohung waren an den GÜSt keine bewaffneten Terroristen zu erwarten; dort sollten unbewaffnete Flüchtlinge aufgehalten werden. Ein Einsatz von Kriegswaffen gegen Zivilisten war auch um 1980 nach internationalem Recht unzulässig. Solcherart Planung wäre für eine Meuterei auf einer GÜSt vielleicht angemessen gewesen. Beim Angriff eines militärischen Interventionstrupps aus dem Westen hätten sich PKE und Zoll zurückziehen sollen. Auch die Grenztruppen hätten mit einer Stärke von durchschnittlich 30 (normale Straßen-GÜSt) bis 60 Mann (große Autobahn-GÜSt) einem überraschenden (para-)militärischen Durchbruchversuch nur begrenzt Widerstand leisten können, da das Personal nach Einsatz-, Bereitschafts- und Ruhezeit jeweils nur in Teilen aktiv war. Die Personalausstattung der Grenztruppen an der GÜSt lässt aber Rückschlüsse auf die grundsätzliche Einschätzung der Bedrohungswahrscheinlichkeit (aus dem Westen) zu. Der Annahme, einem Gruppen-Angriff aus dem Inneren der DDR wäre erst an einer GÜSt begegnet worden, fehlt jede vernünftige Grundlage.

<sup>442</sup> BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 89.

<sup>443</sup> Vgl. Amling/Fuchs/Stahlhut: Mittel, Methoden, Möglichkeiten zum rechtzeitigen Erkennen und Verhindern von terroristischen Angriffen mittels Sprengmitteln ...; BArch, MfS, JHS 330/76. Schoene: Erfordernisse und ope-

abkommens mit der BRD, andere Verletzungen vertraglicher Regelungen sowie von Rechtsvorschriften der DDR« und deren Vorbereitungen durch Transitnutzer sollten nicht nur zu unterbunden, sondern auch konsequent aufgeklärt und aussagefähig dokumentiert werden.<sup>444</sup> Beweise für Fluchtversuche und andere Zwischenfälle waren so zu sichern, dass sie später vor Gerichten der DDR verwertbar waren. Dazu konnten sowohl fotografische Dokumentationen als auch daktyloskopische Untersuchungen zählen.<sup>445</sup>

Das Training der Spezialisten für Terrorabwehr wies zwei Komponenten auf. Neben der persönlichen Ausbildung besaß das Training des Vorgehens gegen regelwidrige Situationen an den GÜSt einen hohen Stellenwert. Dieses Vorgehen war nach Vorfallszenarien differenziert minutiös vorgezeichnet und wurde auf den GÜSt bis zur maximalen Perfektion exerziert. Im MfS-Sprachgebrauch wurde dieses situationsbedingte Vorgehen als <sup>→G</sup>Handlungsvariante bezeichnet. Je nach Szenario mussten von Zoll und PKE gemeinsam entsprechend vorgezeichnete Handlungsvarianten trainiert werden, die sich an der Verkehrskategorie der Grenzübergangsstelle, ihrer Bebauung und Umgebungsstruktur sowie weiteren Besonderheiten ausrichteten.<sup>446</sup>

---

rativ-taktische Maßnahmen bei der Androhung von Sprengstoffanschlägen gegen das Territorium einer Grenzübergangsstelle ...; BArch, MfS, JHS 323/80. Riechel: Die Gestaltung des operativen Zusammenwirkens mit den Zollorganen beim Auffinden sprengstoffverdächtiger Gegenstände unter den spezifischen Bedingungen einer Straßengrenzübergangsstelle ...; BArch, MfS, JHS 1137/37. 1987 wurden in einem westdeutschen Lkw in einem Paket rund 250 Gramm Sprengstoff gefunden. Ein in Hamburg lebender polnischer Staatsbürger wollte die »Ware« an einen in Poznan lebenden Verwandten auf dem Postweg senden. Der Sprengstoff wurde eingezogen. BArch, MfS, HA VI, Nr. 1400, Bl. 48.

<sup>444</sup> Führungsdokument zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von terroristischen Angriffen, schweren Provokationen und anderen gewaltsamen Handlungen an der Grenzübergangsstelle Drewitz, 10.4.1985; BArch, MfS, HA VI, Nr. 146, Bl. 11–54, hier 17.

<sup>445</sup> Vgl. Anforderungen an die politisch-operative Vorkommnisuntersuchung und Wege zu ihrer weiteren Qualifizierung ...; BArch, MfS, JHS 89/79 I und II. Vgl. Anweisung Nr. VI/6/82 zur einheitlichen Anfertigung, Gestaltung und Weiterleitung von Bilddokumentationen über Straftaten und andere politisch-operativ bedeutsame Sachverhalte und Vorkommnisse an Grenzübergangsstellen der DDR, 2.7.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 130, Bl. 97–117. Kriminalistische Fotografie und ihre Anwendung in der politisch-operativen Arbeit des MfS...; BArch, MfS, JHS 161/79. Vgl. Arnold: Die Möglichkeiten der Daktyloskopie bei der Aufklärung von Grenzdelikten ...; 1980, BArch, MfS, JHS 1127/79.

<sup>446</sup> Diesem Themenkomplex widmete die Linie VI Anweisungen und verwies auf einschlägige Qualifizierungsarbeiten ihres Führungspersonals in den PKE. Siehe dazu u. a.: Groß, R.: Einige Grundsätze des operativ-taktischen Verhal-

Trainiert wurde die Überwältigung von Fußgängern und Fahrzeuginsassen, Geiselnehmern, Angreifern mit Schusswaffen und Sprengstoffen oder die schnelle Abschirmung von gestoppten Fahrzeugen vor den Blicken anderer Transitreisender. Allein für die GÜSt Drewitz (Autobahn) entwickelte die PKE ein umfangreiches Regelwerk mit acht Grundvarianten, jeweils unterlegt mit Handlungsvarianten.<sup>447</sup> An der Eisenbahn-GÜSt Gutenfürst stand für theoretische Erörterungen ein Modell der Grenzübergangsstelle zur Verfügung, Kampfübungen fanden in abgestellten Güter- und Reisezugwaggons statt. Auch an Flughäfen und Flugplätzen fanden sogenannte Komplexübungen statt. Im Dezember 1980 und März 1981 führte die BV Dresden praktische Tests zur Flugsicherheitskontrolle durch, »wo die Testpersonen [...] durch die handelnden Kontrolleure [...] handlungsunfähig gemacht wurden«.<sup>448</sup>

Abfragen der HA VI in den Bezirksverwaltungen des MfS zeigten allerdings, dass das Training an den Grenzübergangsstellen höchst unterschiedlich realisiert wurde. Die schleppende Umsetzung des Zollbefehls schienen unangekündigte Tests zu belegen: An der Grenzübergangsstelle Wartha wurde im Kontrollraum des Grenzzollamts ein Gegenstand abgelegt, ohne dass Mitarbeiter des Zolls darauf reagierten. An der Grenzübergangsstelle Meiningen wurde zum Test eine Gewaltandrohung per Telefon ausgesprochen, woraufhin eine Zöllnerin erschrocken den Telefonhörer auflegte. An der Grenzübergangsstelle Salzwedel wurden den Mitarbeitern des Grenzzollamts die <sup>→G</sup>Handlungsvarianten nur theoretisch dargelegt. Die Bediensteten beherrschten die erforderlichen Gegenmaßnahmen zur Fallkonstruktion »Ausschleusung einer Person« nicht. Am GZA Staaken ließ ein Zugführer die geplante Zweikampfausbildung ausfallen, »weil die Unterstellten keine Lust hatten«. Auch an der GÜSt Gutenfürst war das Zusammenwirken von MfS und Zoll nicht ungetrübt. Absprachen und Übungen stockten, da der Zoll personell unterbesetzt war. Das hatte auch Auswirkungen auf die Durchführung der täglichen Kontrollen. Das MfS bemängelte, dass im Sommerreiseverkehr mit bis zu 13 Reisezugwagen nur zwei Zollkontrolleure eingesetzt und Mindestkontrollen nicht durchgesetzt wurden.<sup>449</sup> In mehreren Fällen

---

tens zu Verhinderung von Terror- und Gewaltakten in den Fährhafen-GÜSt, die Bestimmung der wesentlichsten Handlungsmodelle und das Training der Varianten des Handelns ...; BArch, MfS, JHS 565/78.

<sup>447</sup> Vgl. Varianten der Handlungen der Kontroll- und Sicherheitsorgane an der Grenzübergangsstelle, 22.10.1986; BArch, MfS, HA VI Nr. 146, Bl. 115–165.

<sup>448</sup> Bericht zum Stand der Durchsetzung des Befehls Nr. 7/80 des Leiters der Zollverwaltung, 16.3.1981; BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 34–47, hier 43.

<sup>449</sup> Zur Kontrolle in Salzwedel vgl. Bericht über den Stand der Durchsetzung des Befehls Nr. 7/80 des Leiters der Zollverwaltung, o. D., ca. 1982; BArch, MfS,

nahmen Grenzzollämter die Schulung ihrer Mitarbeiter erst auf, nachdem sie von den örtlichen Passkontrolleinheiten dazu aufgefordert wurden.

Die persönliche Ausbildung der Spezialisten für Terrorabwehr war von den Trainingsbedingungen, aber auch von der Ausrüstung an der GÜSt geprägt. Daher werden hier beide Aspekte im Zusammenhang dargestellt. Während die HA VI an den Berliner Grenzübergangsstellen beobachtete, »dass das Zweikampfausbildungsniveau aller Angehörigen der GZÄ insgesamt nicht befriedigen kann«, zeigte sich das MfS mit dem Stand der Vorbereitung der PKE durchaus zufrieden.<sup>450</sup> An den Berliner Grenzübergangsstellen gab es 1982 insgesamt 23 Zweikampfausbilder. Die PKE Bahnhof Berlin-Friedrichstraße verfügte allein über neun Ausbilder und eine Ausbilderin. Da sich republikweit alle PKE mit Ausbildungsfragen befassen mussten, bestand großer Schulungsbedarf. »Ausdruck der erreichten Ergebnisse in der Zweikampfausbildung sind die Heranbildung von rund 300 Übungsleitern und die in den Ausbildungsjahren 1979–1981 abgelegten Prüfungen für die Verleihung des Dienstgürtels Zweikampf in 4 562 Fällen«, stellte das MfS fest.<sup>451</sup>

---

HA VI Nr. 130, Bl. 1–21, hier 2–5. Zur Situation in Staaken siehe Bericht über die durchgeführte Kontrolle in der Bezirksverwaltung Potsdam zum Stand der Durchsetzung des Befehls 7/80 des Leiters der Zollverwaltung, ca. 1981; BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 49–60, hier 57. Zum Zustand in Gutenfürst siehe Überprüfungsbericht, 3. 2.1989; BArch, MfS, HA VI Nr. 1286, Bl.193–198, hier 196. Mit der VR Polen und der ČSSR unterzeichnete die DDR Protokolle über gemeinsame Kontrollen des grenzüberschreitenden Verkehrs. Doch auch an den Grenzübergangsstellen zu den sozialistischen Nachbarn liefen die Umsetzungen nicht wie geplant. Die Passkontrollorgane der ČSSR zeigten eine »gewisse Bereitschaft zur Lösung« der Aufgaben. »Das Bruderorgan der VR Polen zeigt abgesehen von einzelnen PKE-Leitern, kaum Interesse, gemeinsame Aufgaben auf diesem Gebiet zu lösen«, beklagte 1982 die HA VI/AG Sicherheit und Terrorabwehr. Die HA VI erkannte an der polnischen Grenze keine einheitliche Linie. Vgl. Befehl Nr. 15/82 des MfS zur Aufnahme der gemeinsamen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen der DDR und der ČSSR an der Grenzübergangsstelle, 3.7.1982; BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 7035 und Einschätzung des Standes der Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung und des Befähigt- und Vorbereitetseins der Angehörigen der PKE und der Organe des Zusammenwirkens, 26.7.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 130, Bl. 140 ff., hier 141. Stand der Erarbeitung, der Inkraftsetzung und des Trainings der Varianten der Handlungen zur Abwehr terroristischer und anderer Gewaltakte an den Grenzübergangsstellen zur VR Polen, 13.7.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 130, Bl. 135–137.

<sup>450</sup> Einschätzung des Standes der Zweikampfausbildung in den Berliner PKE, 4.5.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 130, Bl. 78–88, hier 79.

<sup>451</sup> Bericht zum Stand der Durchsetzung des Befehls Nr. 7/80 des Leiters der Zoll-



Fast überall stellte sich allerdings ein Problem; es gab kaum Räume für ein regelmäßiges und konspiratives Training. Auf der GÜSt Drewitz (Autobahn) wurden Judoräume für 30 Personen kurzerhand in der funktionslos gewordenen Ausschreibhalle eingerichtet.<sup>452</sup> Die 19 Zweikämpfer der Bahn-GÜSt Gutenfürst waren diesbezüglich etwas eingeschränkter. Das Training fand im Wohnheim des GZA statt.<sup>453</sup>

Kontinuierlich analysierte die HA VI den Stand der Ausbildung und des Trainings der Terrorabwehr. Im Jahr 1982 schlussfolgerte die AG Sicherheit und Terrorabwehr: »Dabei geht es insbesondere darum, positive Denk- und Handlungsweisen von Angehörigen der PKE und der GZÄ herauszustellen und beharrlich und kompromisslos einen Kampf zu führen gegen die Nichteinhaltung von Befehlen und Weisungen, das Abweichen von vorgegebenen Technologien sowie oberflächliche Arbeitsweisen.«<sup>454</sup>

Die Grenzübergangsstellen verfügten über umfangreich bestückte Wafenkammern.<sup>455</sup> Notfallpläne sahen die Schließung der Grenzübergangsstellen vor und legten Schusspositionen und Schusswinkel auf dem Gelände fest.<sup>456</sup> Schießübungen außerhalb der GÜSt wurden mit der Pistole *Makarow*, mit Gewehren und Maschinenpistolen durchgeführt, teilweise auf einer Schuss-Distanz von bis zu 150 Metern. Im Jahr 1977 wurden die Grenzüber-

---

verwaltung, 16.3.1981; BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 34–47, hier 43.

<sup>452</sup> Die Ausschreibhalle war ein Gebäude im Einreisebereich von GÜSt, in dem die Reisenden bis zum Abschluss des deutsch-deutschen Transitabkommens 1972 den Visum-Antrag oder vergleichbare Papiere ausfüllen mussten. Vgl. Führungsdokument zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von terroristischen Angriffe, schweren Provokationen und anderen gewaltsamen Handlungen an der Grenzübergangsstelle Drewitz, 10.4.1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 146, Bl. 11–54, hier 54.

<sup>453</sup> Darunter befanden sich neun Scharfschützen, vier mit Berechtigung für militärisches Sprengen, alle Mitglieder hatten eine Zweikampfausbildung, fünf davon waren Zweikampfausbilder. Vgl. Goll: Kontrollierte Kontrolleure, S. 150. Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 1286, Bl. 50.

<sup>454</sup> Einschätzung des Erfüllungsstandes der Kampfaufgaben der AG Sicherheit und Terrorabwehr im II. Quartal 1982, 18.6.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 130, Bl. 94–96, hier 95.

<sup>455</sup> Vgl. Führungsdokument zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von terroristischen Angriffen, schweren Provokationen und anderen gewaltsamen Handlungen an der Grenzübergangsstelle Drewitz, 10.4.1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 146, Bl. 11–54, hier 49 f.

<sup>456</sup> Vgl. Plan der Verteidigung des Dienstobjektes (GÜSt Wartha und Gerstungen), 1986; BArch, MfS, BV Erfurt, Abt. VI, Nr. 747, Bl. 268 u. 274 oder Beschluss-Sektoren (GÜSt Nedlitz); BArch, MfS, HA VI Nr. 14678, Bl. 149 f.

gangsstellen mit einer Spezialpistole ( $\rightarrow^G$ Mittel I/R) ausgestattet.<sup>457</sup> Weiterhin standen das Scharfschützengewehr ( $\rightarrow^G$ Mittel I/S) und die Maschinenpistole mit Zielfernrohr ( $\rightarrow^G$ Mittel I/K) zur Verfügung.<sup>458</sup> Ziegenhorn legte 1977 fest, dass die Maschinenpistole auf Grund ihres »Charakters einer hohen Geheimhaltungsstufe« unterlag.<sup>459</sup> Noch 1989 wurde das Scharfschützengewehr SSG 82 eingeführt.<sup>460</sup>

Der Schusswaffeneinsatz wurde in verkehrsarmen Zeiten, vorrangig nachts oder in den frühen Morgenstunden, direkt auf den Grenzübergangsstellen trainiert. Die Scharfschützen der GÜSt Hirschberg sollten in X plus 10 Minuten in der Tarnbekleidung von Werkträgern oder nicht sichtbar, unter Deckung, die höhergelegenen Punkte »Hinterhalte/Schussdeckung« beziehen.<sup>461</sup> An der GÜSt Drewitz (Autobahn) lautete die Vorgabe je nach Tageszeit und Einsatzort X plus 3 bis X plus 8 Minuten.<sup>462</sup>

Ab 1981 wurden Passkontrolleinheiten und Grenzzollämter mit Gas-Spray ausgestattet. Die Aus- und Übergabe der Sprays musste täglich quittiert werden, vierteljährlich erfolgte eine Belehrung.<sup>463</sup> Zusätzlich standen für sogenannte Hauptkonfrontationsbereiche R-2-Zerstäuber bereit. Das war

---

<sup>457</sup> Deckbezeichnung für den *Revolver 38 Spezial*. Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 10030, Bl. 165 f.

<sup>458</sup> Vgl. Aufstellung der Spezialwaffen der GÜSt Hirschberg, 2.7.1985; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10682, Bl. 12. Ausbildungsprogramm Spezialeinheiten GÜSt Invalidenstraße, 7.2.1983; BArch, MfS, HA VI Nr. 19822, Bl. 68.

<sup>459</sup> Training mit dem Mittel I/K, 17.6.1977; BArch, MfS, HA VI Nr. 5308, Bl. 26–33, hier Bl. 27.

<sup>460</sup> Vgl. Schlussfolgerung aus der statistischen Jahresübersicht der HA VI/AKG zu den im Jahre 1988 registrierten terroristischen Aktivitäten gegen Personen und Objekte der Verantwortungsbereiche der Linie VI, 13.3.1989; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10682, Bl. 213 f.

<sup>461</sup> Vgl. Überprüfung der Handlungen der Varianten Besetzung der KI Stellungen Reisebüro und K II Halle/Ausreise, 15.8.1988; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9611, Bl. 41. Die Zeitangabe »X plus ...« besagt, dass von der Alarmierung bis zur Einsatzfähigkeit einer Einsatzkraft am vorgegebenen Ort die Zeitvorgabe in Form der gezählten Minuten nicht überschritten werden sollte.

<sup>462</sup> Vgl. Führungsdokument zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von terroristischen Angriffen, schweren Provokationen und anderen gewaltsamen Handlungen an der Grenzübergangsstelle Drewitz, 10.4.1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 146, Bl. 11–54, hier 53.

<sup>463</sup> Vgl. BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6719, Bl. 113. Die Eisenbahn-GÜSt Probstzella verfügte seit 1982 über zwei Großbehälter mit  $\rightarrow^G$ Reizgas R 2, die nach dem Prinzip von Handfeuerlöschern funktionierten. Die Postenbereiche waren mit Gas-Spray SV 2000 ausgerüstet; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 5913, Bl. 30.

ein Reizgas, das aus Feuerlöschern ähnelnden Geräten freigesetzt werden konnte.<sup>464</sup> An der Eisenbahn-GÜSt Gutenfürst wiesen die Bestände 23 Stück Gas-Spray aus, darunter vier 3-Liter-Gebinde, die als »Vorstufe für den Einsatz von Schusswaffen« eingesetzt werden sollten.<sup>465</sup> Das Gas enthielt Reizstoffe auf der Basis von Chloracetophenon, die ein starkes Brennen auf Haut und Schleimhäuten verursachten und besonders die Augen angriffen.<sup>466</sup> Jeder Mitarbeiter der Passkontrolle und des Zolls war entsprechend ausgerüstet und trug das Gas griffbereit aber verdeckt in der Bekleidung.

An der GÜSt Selmsdorf ereignete sich ein Zwischenfall, bei dem ein Zoll-Untersekretär durch ausströmendes Gas am Oberschenkel verletzt wurde.<sup>467</sup> Der Grenzbahnhof Gutenfürst war besonders perfide gesichert. Dort war der Zugang ins Bahnhofsgebäude für alle Personen nur durch eine besondere Schleuse möglich. »Im Dienstraum des Einlasspostens befindet sich eine konspirativ untergebrachte Gassprayeinrichtung, die bei Auslösung den Raum [...] mit Gas füllt.«<sup>468</sup> Das MfS war sich durchaus bewusst, dass jede Art eines Gaseinsatzes die DDR politisch schwer schädigen konnte. »Das Gas-Spray unterliegt aufgrund der politischen Brisanz seines Einsatzes der Geheimhaltung«, legte die HA VI fest.<sup>469</sup> Nach jedem Einsatz von Gas-Spray war Meldung an die Zentrale in Berlin zu erstatten. Ungeachtet dessen bestellte die HA VI 1983 beim OTS des MfS 1 600 kleine und 50 große

---

<sup>464</sup> Vgl. Ergänzende Sicherheitsbestimmungen zu R-2-Zerstäubern, 24.7.1986; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10682, Bl. 31. Produziert wurden die Zerstäuber vom VEB *Feuerlöschgerätewerk Neuruppin*. Der VEB *Chemiewerk Münchritz*, BT Dohna, befüllte jährlich rund 1 000 dieser Zerstäuber für das MfS; BArch, MfS, BCD Nr. 2877, Bl. 161 und 178. Siehe auch Goll: *Kontrollierte Kontrolleure*, S. 152.

<sup>465</sup> Weisung über die Anwendung, den Umgang und die Ausrüstung von Mitarbeitern der PKE mit Gas-Spray, 16.5.1983; BArch, MfS, HA VI Nr. 1286, Bl. 78–82, hier 78.

<sup>466</sup> Auch bekannt unter den Bezeichnungen Tränengas bzw. CN. Das Gas kann letal wirken. <http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/cn.htm> (letzter Zugriff: 15.11.2023).

<sup>467</sup> Vgl. Zwischenfall mit Gas-Zerstäuber an der GÜSt Selmsdorf, 18.6.1983; BArch, MfS, HA VI Nr. 4306, Bl. 75.

<sup>468</sup> Anweisung zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von Terrorverbrechen an der Grenzübergangsstelle Gutenfürst, 20.10.1981; BArch, MfS, HA VI Nr. 1286, Bl. 17–60, hier 55.

<sup>469</sup> Weisung über die Anwendung, den Umgang und die Ausrüstung von Mitarbeitern der PKE mit Gas-Spray, 16.5.1983; BArch, MfS, HA VI Nr. 1286, Bl. 78–82, hier 79.

Flaschen Gas-Spray. Reizgas als Ausrüstung der Passkontrollenheiten, so begründete die HA VI ihre Bestellung, habe »sich bei der Bekämpfung von Gewalttätern bewährt«.<sup>470</sup>

## 8.5 Die Spezialkräfte am Beispiel der GÜSt Hirschberg

Die vergleichsweise gute Überlieferungslage ermöglicht es, das Spektrum der Aktivitäten und den Aufgabenzuschnitt der Spezialkräfte für Terrorabwehr von PKE und Zoll am Beispiel der Autobahn-GÜSt Hirschberg zu illustrieren. Die speziell ausgebaute GÜSt war sicher nicht mit den normalen Straßen-GÜSt vergleichbar, dürfte aber für das Geschehen an den Autobahn-GÜSt Drewitz, Stolpe und Marienborn repräsentativ gewesen sein.

Jeder der fünf PKE-Züge an der GÜSt Hirschberg stellte im Schnitt drei Mitarbeiter für die Spezialistengruppe ab. Aus den vier Dienstsichten des GZA kamen weitere 14 Mitarbeiter (Stand 1989) hinzu. Insgesamt wiesen die Spezialkräfte in Hirschberg mit geringen Schwankungen über die Jahre im Schnitt bis zu 30 Mitglieder auf. Die Abteilung Ausbildung der Zollverwaltung lobte 1982 das exakte Zusammenwirken mit den Passkontrollenheiten und das Training der <sup>→G</sup>Handlungsvarianten.<sup>471</sup> Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Spezialisten für Terrorabwehr standen die Feststellung von Waffen und Munition, das Auffinden von Sprengstoffen, der Umgang mit Gewaltandrohungen, tätlichen Angriffen oder Provokationen während der Zollkontrolle. Die Ergebnisse der Kooperation der Spezialkräfte von PKE und Zoll in Hirschberg dienten als Vorbild für alle Grenzübergangsstellen in der Zoll-Bezirksverwaltung Erfurt. PKE und GZA erstellten regelmäßig die zentral geforderten Quartalspläne für das Variantentraining zur Abwehr von angenommenen Gefahrensituationen, darunter Sprengstoffanschläge, anonyme Gewaltandrohungen, Überfälle auf Filialen von *Intershops* oder Staatsbank, Angriffe auf das Personal der GÜSt oder Geiselnahmen. Im Anschluss an die Testläufe standen Auswertungen und ein Vermitteln grundsätzlicher Aspekte im Rahmen der sogenannten Öffentlichkeitsarbeit. So wurden Dienstberatungen mit Mitarbeitern bezeichnet, die nicht zum Kreis der Spezialistengruppe gehörten, sowie solche mit den Angestellten der zivilen Einrichtungen. Zum Aufgabenspektrum zählten auch Überprüfungen der Ausstattung und technischen Anlagen sowie des dienstlichen Verhaltens der Kollegen. In unangekündigten Tests wurden Arbeit und Aufmerksamkeit der

---

<sup>470</sup> Anforderung von Gas-Sprayflaschen für 1983, 8.12.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 4306, Bl. 61.

<sup>471</sup> BArch, MfS, HA VI, Nr. 130, Bl. 4.

Kollegen geprüft, die nicht Mitglieder der Spezialkräfte waren. Das konnte durch das Platzieren einer Bombenattrappe geschehen oder das Auftreten eines hauptamtlichen Mitarbeiters in der Rolle eines vorgeblichen Transitreisenden mit mitgeführter Waffe.<sup>472</sup>

Die Pläne zur Ausbildung der Spezialisten wurden zwischen dem Stellvertreter Operativ der PKE und dem Stellvertreter Operativ des GZA abgestimmt. Im Mittelpunkt standen das Feststellen von Waffen und Munition, die Suche nach Sprengstoffen, der Umgang mit Gewaltandrohungen, tätlichen Angriffen oder Provokationen während der Zollkontrolle.

Mitunter erschienen Trainingsanforderungen sogar dem Stellvertreter Operativ der PKE Hirschberg, Hauptmann Beyer<sup>473</sup>, überzogen. So kritisierte er 1981 die »tägliche Durchführung von Beugestützen sowie Gewichtheben, Zweikampftechniken und Schießtraining«. <sup>474</sup> Beim geforderten Zusammenwirken von PKE und GZA gab es durchaus Irritationen. So berichtete OibE »Gerd Seifert« von Unklarheiten inwieweit die Spezialisten des GZA in die Methoden der PKE eingewiesen werden dürften.<sup>475</sup> Neben der Befähigung zum treffsicheren Schießen wurden ausgewählte Angehörige von PKE und Zoll im Zweikampf und in Atemi-Techniken ausgebildet. Trainiert wurden dabei Grundfähigkeiten in Karate. Zum Trainingsprogramm der GÜSt Hirschberg gehörte beispielsweise der »Handkantenschlag auf Kehlkopf«. <sup>476</sup>

Ein weiteres Aufgabenfeld der Spezialkräfte bestand im Verbergen des Hergangs und der Folgen von gescheiterten Durchbruchversuchen an der GÜSt Hirschberg. Von besonderer Tragik war ein Vorfall an der GÜSt im Mai 1988, der einen Toten und drei Schwerstverletzte forderte. Die Opfer entstammten einer zur Ausreise in den Westen entschlossenen Familie aus dem Bezirk Gera, die auf dem Antragsweg erfolglos war und mit dem Versuch des gewaltsamen Durchbruchs mit einem Kleinbus durch die GÜSt scheiterte. In den frühen Morgenstunden durchbrach der Fahrer mit einem Kleintransporter *B 1000* zunächst die leicht gebauten Schranken der DVP-Vorkontrolle Blintendorf und prallte dann vor dem Kontrollgelände der GÜSt gegen

---

<sup>472</sup> Vgl. Einschätzung des GMS »Hartmut« zur Arbeit der STA am GZA Hirschberg, 3.5.1983; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3341, Bl. 32 f.

<sup>473</sup> Hptm. Bernd Beyer (\*1955) war in der PKE zunächst zuständig für Sicherheit und Terrorabwehr auf der GÜSt Hirschberg und stieg bis 1989 als OSL in leitende Funktion in der Abteilung VI der BV Gera auf.

<sup>474</sup> BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6719, Bl. 136.

<sup>475</sup> Vgl. Einschätzung zur Arbeit der STA des GZA Hirschberg, 15.10.1984; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3341, Bl. 22 f.

<sup>476</sup> Jahresplan der STA der PKE Hirschberg 1988, 3.12.1987; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10682, Bl.105–120, hier 119.

einen massiven Sperrschlagbaum. Der Fahrer (\*1956) war sofort tot, seine Ehefrau und zwei Kinder waren schwer verletzt und konnten nur durch den Einsatz von Schweißbrennern und Wagenhebern aus dem zerstörten Fahrzeug befreit werden.<sup>477</sup> Die Anti-Terrorgruppe kam zum Einsatz und verbarg mit Sichtblenden und Tarnnetzen den gescheiterten Fluchtversuch vor den Augen anderer Transitnutzer. Dabei ging es vordergründig um die Außenwirkung der DDR. Diesbezüglich zeigte sich Oberst Dangriß, Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Gera, sehr zufrieden: »Nach Einschätzung der Abt. VI trat keine Öffentlichkeitswirksamkeit bei diesem Vorkommnis an der GÜSt ein.«<sup>478</sup>

In einem Jahresrückblick auf verhinderte Grenzdurchbrüche und Personenschleusungen beschwor die PKE Hirschberg den Erfolg ihrer Spezialistengruppe. Im Jahr 1988 hätte es sechs terroristische Anschläge gegeben. Der Einsatz der Anti-Terror-Spezialistengruppe hätte einen »maßgeblichen Anteil an der Liquidierung von Terroristen« gehabt.<sup>479</sup>

Der Ausbau der Zollverwaltung der DDR war Teil der überzogenen DDR-Sicherheitsdoktrin und band auch bei der Sicherung der innerdeutschen Grenze erhebliche Ressourcen. Die Zollverwaltung verfügte Mitte der 1980er-Jahre über 8 829 Planstellen. Zur personellen Ausstattung der 64 Grenzzollämter standen 4 276 Planstellen zur Verfügung. Tatsächlich besetzt waren davon allerdings nur 3 906 Stellen. Das führte teils zu erheblichen personellen Engpässen in den Grenzzollämtern.<sup>480</sup>

---

<sup>477</sup> Information über den verhinderten Grenzdurchbruch an der GÜSt Hirschberg, 15.5.1988; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3754, PI 64/88, o. Pag. Vgl. Erstmeldung der BV Gera an Mielke-Stellvertreter Neiber, 15.5.1988; BArch, MfS, BV Gera, AU 1449/88, Band 2, Bl. 7.

<sup>478</sup> Ergänzungsmeldung, 15.6.1988; BArch, MfS, BV Gera, AU 1449/88, Bl. 11.

<sup>479</sup> Einschätzung der PKE Hirschberg zur Arbeit der STA, 10.1.1989; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9939, Bl. 72–76, hier 74.

<sup>480</sup> Die Zollverwaltung der DDR (1962–1990) unterstand dem DDR-Ministerium für Außenhandel. Hierarchisch untergliedert war die Zollverwaltung in eine zentrale Hauptverwaltung (HVZV) und in bezirkliche Verwaltungen auf deren unterer Ebene Zollämter (darunter auch Grenzzollämter) angesiedelt waren. Der Zuschnitt der Zoll-Bezirksverwaltungen war nicht identisch mit den DDR-Verwaltungsbezirken. Hinzu traten fachliche Untergliederungen in Abteilungen oder Bereiche, z. B. Zollfahndung oder Transitüberwachung. Die dienstlichen Obliegenheiten der Zollangehörigen im grenzüberschreitenden Verkehr und im Postverkehr regelten 8 Befehle, 78 Dienstanweisungen und 3 Ordnungen. Vgl. Dienstliche Weisungen zur Kontrolle der grenzüberschreitenden Verkehre; BArch, MfS, HA VI Nr. 4680, Bl. 26–33. Das Ausmaß der Unterbesetzung war teilweise erheblich. Im GZA Wartha waren beispielsweise nur 149 von 226

Die nachstehenden Tabellen zeigen den Anteil der Spezialkräfte am Personal von PKE und GZA beziehungsweise der Ausbilder von Spezialkräften verschiedener GÜSt der DDR.

GÜSt	Personalstärke	Spezialkräfte	Bezugsjahr
Dresden (Flughafen) <sup>481</sup>	29/30	7	1980
Drewitz (Autobahn) <sup>482</sup>	345/205	50	1983
Griebnitzsee (Eisenbahn) <sup>483</sup>	89/17	41	1984
Gutenfürst (Eisenbahn) <sup>484</sup>	68/52	19	ca. 1981
Hirschberg (Autobahn) <sup>485</sup>	203/108	29	1984/1989
Marienborn (Autobahn) <sup>486</sup>	351/203	16	1986/1981

---

Stellen besetzt, im GZA Bahnhof Friedrichstraße waren es 132 von 159, im GZA Stolpe 94 von 163 und im GZA Mahlow 17 von 23 Stellen. Siehe Grundaufgaben der Zollverwaltung der DDR, 1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 4680, Bl. 22–43, hier 36–40.

<sup>481</sup> Vgl. Einsatzkonzeption der PKE Flughafen Dresden zu den unmittelbaren Aufgaben bei Eintritt einer besonderen Gefährdungslage, 8.5.1980; BArch, MfS, HA VI Nr. 12572, Bl. 76–92.

<sup>482</sup> Vgl. Führungsdokument zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von terroristischen Angriffen, schweren Provokationen und anderen gewaltsamen Handlungen an der Grenzübergangsstelle Drewitz, 10.4.1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 146, Bl. 11–54, hier 27.

<sup>483</sup> Vgl. Auskunftsmaterial GÜSt Griebnitzsee; BArch, MfS, HA VI Nr. 14674, Bl. 3–48, hier 32.

<sup>484</sup> Vgl. Grenzübergangsstelle Gutenfürst, Bezirk Karl-Marx-Stadt, Auskunftsmaterial, o. D.; BArch, MfS, HA VI Nr. 1286, Bl. 1–60, hier 44.

<sup>485</sup> Vgl. Auskunftsblatt GÜSt Hirschberg, 1.12.1984; BArch, MfS, HA VI Nr. 10076, Bl. 21.

<sup>486</sup> Vgl. Auskunftsblatt GÜSt Marienborn/A., 15.4.1986; BArch, MfS, HA VI Nr. 10075, Bl. 38. Vgl. Bericht über die durchgeführte Kontrolle in der Bezirksverwaltung Magdeburg zum Stand der Durchsetzung des Befehls Nr. 7/80 des Leiters der Zollverwaltung, 14.5.1981; BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 67–75, hier 71.

GÜSt	Personalstärke	Spezialkräfte	Bezugsjahr
Marienborn (Eisenbahn) <sup>487</sup>	9/18	9	1982/1981
Schwanheide (Eisenbahn) <sup>488</sup>	53/30	18	1983
Selmsdorf (Straße) <sup>489</sup>	119/64	11	1982/1989

Tabelle 3: Personalstärken von Passkontrolle und Zoll mit anteiligen Stärken der gemeinsamen Spezialkräfte an ausgewählten GÜSt. Bei zwei Angaben in einer Zeile, bezieht sich die erste jeweils auf die PKE, die zweite auf das GZA

GÜSt	Zweikampfausbilder der PKE 1982 <sup>490</sup>	Personalstärke des jeweiligen GZA <sup>491</sup>
Flughafen Schönefeld	3	148
Heinrich-Heine-Straße	1	37
Friedrich-/Zimmerstraße	3	29
Bhf. Friedrichstraße	10	132
Invalidenstraße	2	32
Bornholmer Straße	2	32
Sonnenallee	2	27

Tabelle 4: Relation PKE-Zweikampfausbilder zum Zollpersonal an Berliner innerstädtischen GÜSt und am Flughafen Berlin-Schönefeld

<sup>487</sup> Vgl. Auskunftsblatt GÜSt Marienborn/E., Oktober 1982; BArch MfS, HA VI Nr. 10076, Bl. 51. Vgl. Bericht über die durchgeführte Kontrolle in der Bezirksverwaltung Magdeburg zum Stand der Durchsetzung des Befehls Nr. 7/80 des Leiters der Zollverwaltung, 14.5.1981; BArch, MfS, HA VI Nr. 129, Bl. 67–75, hier 71.

<sup>488</sup> Zuführung von Spezialisten und Zusatzkräften aus der eigenen Dienst Einheit entsprechend der Lage, 24.3.1983; BArch, MfS, HA VI Nr. 4666, Bl. 119–121.

<sup>489</sup> Aufstellung über Spezialschützen/SVG-Berechtigte der Abteilung VI der BV Rostock, 7.9.1989; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI Nr. 1474, Bl. 1–4.

<sup>490</sup> Einschätzung des Standes der Zweikampfausbildung in den Berliner Passkontrolleneinheiten, 4.5.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 130, Bl. 78–80.

<sup>491</sup> Vgl. Grundaufgaben der Zollverwaltung der DDR, 1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 4680, Bl. 21–43, hier 37.



## 8.6 Weitere Dokumente

MfS-Befehl Nr. 1/75	zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels, 15. Dezember 1975. <sup>492</sup>
Vereinbarung	zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium des Innern der Volksrepublik Polen über die detaillierten Prinzipien der gemeinsamen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs, (o. D.). <sup>493</sup>
Vereinbarung	über die Prinzipien für die Durchführung der gemeinsamen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, (o. D.). <sup>494</sup>
MfS-Befehl Nr. 15/82	zur Aufnahme der gemeinsamen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen der DDR und der ČSSR an der Grenzübergangsstelle, 3. Juli 1982. <sup>495</sup>
Vereinbarung	über die Verantwortlichkeit und das Zusammenwirken der Kräfte der Grenztruppen der DDR, der Grenzsicherungskräfte der Volksmarine, der Kräfte des MfS, der Zollverwaltung der DDR und des Ministeriums des Innern bei der Sicherung der Staatsgrenze und der Gewährleistung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der DDR. <sup>496</sup>

---

<sup>492</sup> BArch, MfS, BV Erfurt, BdL Nr. 1340, Bl. 1–29.

<sup>493</sup> BArch, MfS, BdL/Dok. Nr. 6809, Bl. 1–11. Für die DDR, durch das MfS vertreten, zeichnete der Mielke-Stellvertreter Beater die Vereinbarung.

<sup>494</sup> BArch, MfS-BdL/Dok. Nr. 6813, Bl. 1–14. Für die DDR, vertreten durch das MfS und das Ministerium für Außenhandel, zeichneten Mielke und Stauch die Vereinbarung.

<sup>495</sup> BArch, MfS, BdL/Dok. Nr. 7035.

<sup>496</sup> BArch, MfS, AGM Nr. 516.



Abb. 9: Luftbild der Wasserstraßen-GÜSt Dreilinden am Teltowkanal, nach 1981

## 9. Die Einrichtung von Binnenwasserstraßen-GÜSt am Teltowkanal 1981

### 9.1 Dokument: Eröffnung der GÜSt Dreilinden und Kleinmachnow

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

180/81<sup>497</sup>

*Vertrauliche Verschlusssache*  
VVS-6008 MfS-Nr. 62/81<sup>498</sup>  
48.<sup>499</sup> Ausf. Bl./ 1 bis 2  
Berlin, 16.11.1981<sup>500</sup>

Befehl Nr. 16/81

Öffnung des Teltowkanals von Westen her und Eröffnung der Grenzübergangsstellen Kleinmachnow und Dreilinden

Am 20.11.1981, 8.00 Uhr, werden gemäß zentralen Festlegungen zur Realisierung der Vereinbarungen zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat bzw. der Regierung der BRD zu Verkehrs- und anderen Fragen vom 16.11.1978 der Teltowkanal von Westen her und die Grenzübergangsstellen Kleinmachnow [und] Dreilinden für den zivilen Binnenschiffsgüterverkehr geöffnet.

Damit wird auf dem Teltowkanal ein durchgehender grenzüberschreitender Verkehr in beiden Richtungen ermöglicht und ergeben sich für den Binnenschiffsgüterverkehr der DDR und anderer Staaten und Westberlins im Transit- und Wechselverkehr (von und nach der BRD, VR Polen und ČSSR sowie von Westberlin nach Westberlin) günstigere Transportbedingungen.

---

<sup>497</sup> Zahlen handschriftlich. Die Funktion der Zählreihe ist unbekannt.

<sup>498</sup> BArch, MfS, ZAIG Nr. 21432, Bl. 44–46. Der Befehl liegt nur als Kopie des MfS mit der handschriftlichen Anmerkung *Internes Arbeitsmaterial* vor.

<sup>499</sup> Zahl handschriftlich.

<sup>500</sup> Angaben im Dokument geschwärzt.

Zur Gewährleistung einer reibungslosen, sicheren und vereinbarungsgemäßen Abwicklung des grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehrs befehle ich:

Der Leiter der Bezirksverwaltung Potsdam hat in Abstimmung mit dem Leiter der Hauptabteilung VI die erforderlichen personellen, materiell-technischen und sonstigen Voraussetzungen für die Kontrolle, Überwachung und Sicherung des grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehrs an den Grenzübergangsstellen Kleinmachnow und Dreilinden zu schaffen.

Die Grenzabfertigung des Binnenschiffsgüterverkehrs ist in Übereinstimmung mit den Öffnungszeiten der Grenzübergangsstellen

- April bis September            06.00 Uhr–19.00 Uhr
- März und Oktober                07.00 Uhr–17.00 Uhr
- November bis Februar        08.00 Uhr–16.00 Uhr sicherzustellen.

Die Kontrolle, Überwachung und Sicherung des Binnenschiffsgüterverkehrs auf dem Teltowkanal hat entsprechend den in meiner Dienstanweisung Nr. 5/75 vom 6.8.1975, VVS MfS 008 – 736/75 festgelegten Verantwortlichkeiten zu erfolgen.<sup>501</sup> Bei der Durchsetzung der geltenden dienstlichen Bestimmungen haben die zuständigen Dienstseinheiten die analoge Anwendung des Transitabkommens vom 17.12.1971 sowie der damit verbundenen Regelungen auf dem Binnenschiffsgüterverkehr auf den in der DDR gelegenen Teilen des Teltowkanals von km 0,0 bis km 15,1, der im Zusammenhang mit dem Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin steht, zu beachten.

Der Leiter der Hauptabteilung VI hat die Grenzabfertigung des Binnenschiffsgüterverkehrs unter Beachtung der durchgängigen Geltung der erteilten Transitvisa zu regeln.

Der Leiter der Bezirksverwaltung Potsdam hat in Abstimmung mit dem Leiter der Hauptabteilung VI und den Leitern der Hauptabteilungen I und VII die Organisation des Zusammenwirkens mit den im Bereich der Grenzübergangsstellen und auf dem Teltowkanal zum Einsatz kommenden Kräften

---

<sup>501</sup> MfS-Dienstanweisung Nr. 5/75 über die politisch-operative Sicherung des Transitverkehrs durch das Staatsgebiet der DDR; BArch, MfS, Abt. M Nr. 943. Dazu wurden eine 1. und 2. Ergänzung, ein Anhang und eine Durchführungsbestimmung erlassen.

zu gewährleisten und dazu mit dem Kommandeur des Grenzkommandos Mitte, dem Leiter der Bezirksverwaltung Potsdam der Zollverwaltung der DDR und dem Chef der BDVP Potsdam zusammenzuwirken.

Der Leiter der Bezirksverwaltung Potsdam hat in Abstimmung mit dem Leiter der Hauptabteilung XIX die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Überwachung und Sicherung des Binnenschiffsgüterverkehrs auf dem Teltow Kanal zwischen km 0,0 und km 15,1 zu veranlassen.

Der Leiter der Bezirksverwaltung Potsdam hat mir am 20.11.1981 fernschriftlich über die Eröffnung der Grenzübergangsstellen Kleinmachnow und Dreilinden und die Aufnahme der Kontrolle, Überwachung und Sicherung des Binnenschiffsgüterverkehrs zu berichten.

Zwischen den Grenzübergangsstellen Marschallbrücke und Britzer Zweigkanal ist entsprechend dem ab 20.11.1981 verfügten Verkehrsverbot auf der Spree-Oder-Wasserstraße zwischen km 15,6 (Marschallbrücke) und km 17,6 (Mühlendammschleuse) der Transit von Binnenschiffen mit gefährlichen Gütern nicht mehr zu gestatten.

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

1. Ergänzung zum Befehl Nr. 16/81<sup>502</sup>

Öffnung des Teltowkanals von Westen her und Eröffnung der Grenzübergangsstellen Kleinmachnow und Dreilinden vom 16. November 1981, VVS MfS 0008 – 62/81

In Durchsetzung meines Befehls Nr. 16/81 sind folgende ergänzende Regelungen zu beachten:

Unter grundsätzlicher Beibehaltung des festgelegten Regelungen für das Befahren des Teltowkanals werden für die Einfahrtzeiten der Binnengüterschiffe in die Grenzabschnitte des Teltowkanals folgende Zeiten festgelegt:

- April bis September      06.00 Uhr bis 17.00 Uhr
- November bis Februar    08.00 Uhr bis 14.00 Uhr
- März und Oktober        07.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

Aufgrund der Fahrzeiten ist für die Relation Grenzübergangsstelle Kleinmachnow zur Grenzübergangsstelle Nedlitz für Binnengüterschiffe, die in der Zeit

- 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr (April bis September)
- 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr (November bis Februar)
- 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr (März und Oktober)

in die Grenzgewässer einschwimmen, der zwischen km 3,3 und km 4,7 von der Westberliner Seite eingerichtete Liegeplatz in den Nachtstunden zu benutzen. Für den sogenannten »Hufeisenverkehr«<sup>503</sup> gelten die gleichen Zeiten für die Einfahrten in die Grenzabschnitte des Teltowkanals.

Zur Gewährleistung einer reibungslosen, sicheren und vereinbarungsgemäßen Abfertigung des Binnenschiffsgüterverkehrs befehle ich:

1. Die Leiter der zuständigen Dienstseinheiten haben ihre in Durchsetzung meines Befehls Nr. 16/81 erlassenen dienstlichen Bestimmungen bzw. Wei-

---

<sup>502</sup> BArch, MfS, ZAIG Nr. 21432, Bl. 2–4.

<sup>503</sup> Der Hufeisenverkehr ist eine Umschreibung eines spezifischen Verkehrs zwischen zwei Punkten des Westberliner Stadtgebietes, der auf kürzestem Wege über fremdes Territorium hinweg, hier durch zwei Grenzübergangsstellen der DDR verläuft.

sungen unter Berücksichtigung der ergänzenden Regelungen zu präzisieren. Es ist zu gewährleisten, dass die Kontrolle und Abfertigung an den Grenzübergangsstellen Kleinmachnow und Dreilinden variabel erfolgt. Dabei ist zu sichern, dass die Abfertigungshandlungen an diesen Grenzübergangsstellen erst dann eingestellt werden, wenn alle Binnengüterschiffe anderer Staaten und Westberlins den zwischen beiden Grenzübergangsstellen liegenden Streckenabschnitt des Teltowkanals in Richtung Westberlin verlassen haben.

2. Die Leiter der zuständigen Dienstseinheiten haben darauf Einfluss zu nehmen, dass die in Durchsetzung der zentralen Festlegungen zur Eröffnung des Teltow-Kanals von Westen her durch die zuständigen staatlichen Organe ihres Verantwortungsbereiches erlassenen Bestimmungen entsprechend den ergänzenden Regelungen präzisiert werden. Sie haben zu gewährleisten, dass das politisch-operative Zusammenwirken mit den anderen Organen und Kräften entsprechend den veränderten Regelungen erfolgt.

3. Die Leiter der zuständigen Dienstseinheiten sind persönlich dafür verantwortlich, dass bei der Kontrolle, Überwachung und Sicherung des Binnenschiffsgüterverkehrs auf dem Teltow-Kanal die in meiner Dienstanweisung Nr. 5/75 festgelegten Verantwortlichkeiten konsequent durchgesetzt werden.

Armeegeneral<sup>504</sup>

---

<sup>504</sup> Der Minister für Staatssicherheit Mielke trug seit 1980 den Dienstgrad Armeegeneral. Seither stand Armeegeneral teilweise als Synonym für Mielke.

## 9.2 Überwachung und Kontrolle des Teltowkanals durch das MfS

Die grenzüberschreitenden DDR-Binnenwasserstraßen standen wie die Straßen- oder Eisenbahnwege unter der Kontrolle der Staatssicherheit und hatten an der innerdeutschen Grenze, an den Sektorengrenzen zwischen Westberlin und Ostberlin, an der Grenze Westberlins zum DDR-Umland sowie an den DDR-Außengrenzen nach Osten eigene Grenzübergangsstellen. Der grenzüberschreitende Binnenschiffsverkehr war auf Gütertransporte beschränkt. Auf den entsprechend gewidmeten Binnenwasserstraßen waren Transporte zwischen Westberlin und der Bundesrepublik sowie Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Nachbarstaaten der DDR zulässig. In und um Groß-Berlin herum kam Frachtverkehr hinzu, der die Grenzen der Stadtsektoren überschritt.

Die formale Organisation der Grenzübergangsstellen an den Wasserstraßen unterschied sich nicht von der anderer GÜSt. Auch an den Wasserstraßen-GÜSt waren die DDR-Grenztruppen, die Passkontrolleinheiten des MfS und das Personal eines Grenzzollamtes vertreten. Die Voraussetzung der grenzüberschreitenden Nutzung des Teltowkanals bildete eine einvernehmliche Erklärung vom 16. November 1978 zwischen der Bundesregierung und dem Westberliner Senat einerseits und der DDR-Regierung andererseits, wonach jede Seite »die zur Unterhaltung des Teltowkanals erforderlichen Maßnahmen an den jeweils auf der eigenen Seite gelegenen Teilen und Uferstrecken auf eigene Kosten vornehmen wird«. <sup>505</sup> Darüber hinaus sollten die Bestimmungen des Transitabkommens von 1971 Anwendung finden. Kontrollen an Bord der Schiffe blieben gemäß dem Transitabkommen auf die Identifizierung von Personen beschränkt.

Mielke wies mit seinem Befehl Nr. 16/81 vom 16. November 1981 die Hauptabteilung VI und die BV Potsdam an, die Sicherung, Kontrolle und Abfertigung des grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehr auf dem Teltowkanal (im Abschnitt zwischen Berlin-Schönow und der Kolonie Dreilinden) an den GÜSt Kleinmachnow und Dreilinden ab dem 20. November 1981 zu gewährleisten. Wenn auch nicht explizit ausgeführt, konnte sich die Abfertigung nur auf die Passkontrolle durch die PKE des MfS beziehen, weil diese sich laut Befehl in Abstimmung mit den Kräften von Grenztruppen, Zollverwaltung und Volkspolizei vollziehen sollte, die sich ebenfalls auf den GÜSt beziehungsweise auf dem Teltowkanal befanden.

---

<sup>505</sup> Siehe Mitteilung der Bundesregierung vom 16. 11.1978 über die einvernehmliche Erklärungen zur Unterhaltung des Teltow-Kanals. In: Mahnke: Dokumente zur Berlin-Frage, S. 509.



Über die reine Anweisung zur Organisation der Passkontrolle hinaus enthielt der Befehl eine kleinteilige, saisonal differenzierte Regelung der Abfertigungszeiten, Hinweise darauf, dass auch DDR-Binnenschiffe den Teltow-Kanal nutzen durften, ferner dass mit der Eröffnung der Südumfahrung des Berliner Stadtzentrums durch den Kanal ein Verkehrsverbot für Gefahrguttransporte auf der Spree im Ostberliner Stadtzentrum zwischen Reichstag (GÜSt Marschallbrücke) und Mühlendamm Schleuse einherging. Mielke wies zusätzlich eine Beteiligung der Hauptabteilung XIX<sup>506</sup> an der Überwachung der Binnenschifffahrt auf dem Teltowkanal an.

Der Befehl Nr. 16/81 war mit einem Anhang (1. Ergänzung) versehen, der unter anderem einen Abfertigungsmodus vorsah, der die allabendliche Räumung des DDR-Abschnitts des Teltowkanals bei Kleinmachnow/Teltow von allen ausländischen, bundesdeutschen und Westberliner Binnenschiffen sicherstellen sollte.

Im MfS waren die Aufgaben bei der Sicherung von Binnenwasserstraßen-GÜSt am Teltowkanal und dem weiteren Kanalverlauf hauptsächlich zwischen der Abteilung VI mit den PKE und der Abteilung XIX der BV Potsdam, der KD Potsdam und den Grenzbeauftragten der HA I zur Grenzsicherung in den Grenz-KD des MfS aufgeteilt. Der KD Potsdam oblag die politisch-operative Absicherung des Hinterlandes und der Flanken der GÜSt, um beispielsweise sogenannte Provokationen oder Terroranschläge im Stadium der Planung oder Vorbereitung aufzudecken. Dazu setzte die KD ihre IM-Netze ein, die besondere Risikobereiche in der Bevölkerung ausforschen sollten.

Die Kontrollen auf den Schiffen durch das GZA und die PKE unterschieden sich grundsätzlich nicht von denen an anderen Grenzübergangsstellen, etwa an den Autobahnen. Zu den Aufgaben zählte auch die <sup>→G</sup>Filtrierung. Die Kontrollen sollten differenziert nach <sup>→G</sup>Wechsel- und Transitverkehr vorge-

---

<sup>506</sup> Die Abt. 2 der HA XIX war für die Überwachung der zivilen Luftfahrt, des Seeverkehrs und der Wasserstraßen zuständig und verfügte über eine besondere Arbeitsgruppe zur Überwachung der Transitwasserstraßen. Die Linie XIX war auch auf der Ebene der Bezirksverwaltungen und in den Kreisdienststellen vertreten. Vermutlich war in der Linie XIX die verantwortliche Stelle angesiedelt, die die Regelungen um die Austauschbesatzungen für DDR-Binnenschiffe für den Zweck des Westberlin-Transits traf, sofern die jeweilige Stammbesatzung nicht über die entsprechenden West-Dienstvisa verfügte. Zur HA XIX vgl. Wiedmann/Erdmann: Die Organisationsstruktur des MfS 1989, S. 173–177.

nommen werden.<sup>507</sup> An vorderster Stelle sollten die PKE über die Wahrung der Souveränität der DDR wachen und alle missbräuchlichen Handlungen wirksam unterbinden.

Bei einem Versuch, die Grenze mit einem Schiff zu durchbrechen, sollten alle Kontroll- und Abfertigungshandlungen sofort eingestellt und die Schiffssperren geschlossen werden. Derartige Situationen mussten regelmäßig von PKE und Zoll trainiert werden, um »feindlichen Kräfte«, je nach Ausgangssituation an Land oder auf dem Schiff, bekämpfen zu können. Zwischen den Grenzübergangsstellen Nedlitz, Dreilinden und Kleinmachnow unterhielten Grenztruppen, Passkontrolleinheiten und der Zoll auch aus diesem Grund ständig telefonische Verbindung.<sup>508</sup>

Im Jahr 1979 begannen die Instandsetzung des maroden DDR-Teils des Kanals sowie die Bauarbeiten für zwei Wassergrenzübergangsstellen. Die westlichen Teile des Kanals befanden sich in gutem Zustand, da die *Teltowkanal AG* hierfür Sorge getragen hatte. Die HA XIX des MfS sicherte mit einem Maßnahme-Plan die Planungs- und Bautätigkeiten sowie das Grenzgebiet nach allen Gesichtspunkten ab. Die Aktion »Delphin«, so die Deckbezeichnung des MfS für das Gesamtvorhaben, stützte sich insbesondere auf den Einsatz des inoffiziellen Netzes der Staatssicherheit. So sollten eine differenzierte Aufklärung und Personenkontrolle gewährleistet und sogenannte Unsicherheitsfaktoren identifiziert werden, womit Personen im Planungs- und Baubetrieb gemeint waren.<sup>509</sup> Alle relevanten Informationen waren zu melden und liefen im Zentralen Operativstab (ZOS), dem Lagezentrum des MfS zusammen. Arbeitskräfte wurden vor ihrem Einsatz im Grenzgebiet auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Dabei wurde eine Ablehnungsquote von 19 Prozent als normal erachtet. Von der BV Potsdam wurden im Zuge der

---

<sup>507</sup> Ordnung der Sicherheit der Grenzübergangsstellen Dreilinden und Kleinmachnow gegen schwere Provokationen und Terrorverbrechen im Zusammenwirken der verantwortlichen Schutz- und Sicherheitsorgane, 10.1.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 14676, Bl. 12–42, hier 24.

<sup>508</sup> Ebenda Bl. 30. Die GÜSt Nedlitz lag am Ausgang des Jungferensees im Potsdamer Ortsteil Nedlitz. Die GÜSt am nordwestlichen Stadtrand von Potsdam trennte die DDR-Binnengewässer westlich von Potsdam von der Unteren Havelwasserstraße Richtung Wannsee usw. ab. Auch der Verkehr in Richtung Teltowkanal passierte diese GÜSt.

<sup>509</sup> Vgl. Maßnahmeplan zur politisch-operativen Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Baumaßnahmen zur Öffnung des Teltowkanals von Westen her, 2.2.1979; BArch, MfS, HA XIX Nr. 1368 Teil 2, Bl.324–339, hier 329. Der gesperrte Abschnitt des Teltowkanals auf DDR-Territorium wurde in zwei Richtungen nach Westberlin hin geöffnet. Daher ist die Formulierung von *Westen her* nicht topografisch, sondern politisch zu interpretieren.

Bauarbeiten am Kanal acht Personen in OPK geheimpolizeilich bearbeitet. Im Fall eines Beschäftigten auf der Baustelle, dem die Flucht nach Westberlin gelungen war, stellte der ZOS kommentarlos fest, dass von der BV Potsdam eingeleitete Maßnahmen zur Rückführung des Mannes in die DDR wieder eingestellt wurden.<sup>510</sup>

### 9.3 Zur Vorgeschichte der Wiederinbetriebnahme des Teltowkanals

Die Nutzung des Teltowkanals unterlag seit 1945 der besonderen besatzungsrechtlichen Situation von Groß-Berlin. Ein kleiner Abschnitt in der Ortslage Kleinmachnow/Teltow war zusätzlich den Rechtssetzungen in der SBZ/DDR unterworfen. Infolge der Konfrontation zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion war der Teltowkanal zwischen 1950 und 1981 teilweise gesperrt. Topografie und Geschichte des Teltowkanals sowie die verkehrstechnische Lösung von 1981 sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

Der Teltowkanal verbindet talwärts fließend die Dahme (Spree-Nebenfluss) in Berlin-Adlershof/Grünau über Griebnitzsee/Griebnitzsee-Kanal mit der Havel in Berlin-Wannsee/Kohlhasenbrück und ermöglicht dem Schiffsverkehr eine abkürzende, südliche Umfahrung des Berliner Stadtzentrums. Der Abzweig von der Dahme an der Grenze zwischen Adlershof und Grünau lag zwischen 1945 und 1990 im sowjetischen Sektor von Groß-Berlin. Ab der Brücke Rudower Straße, zwischen Johannisthal/Altglienicke und Britz/Rudow, trennte der Teltowkanal Ost- und Westsektoren; die Sektorengrenze war hier bis zum Kanalkreuz Neuköllner Schifffahrtskanal/Britzer Zweigkanal/Teltowkanal mit dem Ostufer des Teltowkanals identisch. Zwischen Neukölln und Steglitz/Lichterfelde lief der Kanal grenzfern im amerikanischen Sektor von Westberlin. Etwas westlich der Brücke Wismarer Straße in Berlin-Lichterfelde war der Kanal zwischen Berlin-Schönow und der Stadt

---

<sup>510</sup> Politisch-operative Lage bei der Realisierung des Bauvorhabens Öffnung des Teltowkanals von Westen her, Aktion »Delphin« gemäß dem Befehl Nr. 1/79 des Genossen Ministers, 14.4.1980; BArch MfS, HA XIX Nr. 1368 Teil 2, Bl. 232–234. Zum Fluchtfall vgl. ebenda, Bl. 233. Zum Zentralen Operativstab des MfS siehe Wiedmann/Erdmann: Die Organisationsstruktur des MfS 1989, S. 207. Die Operative Personenkontrolle (OPK) des MfS war in ein Regelwerk gefasst und galt als Hilfsmittel zur Klärung der »Wer-ist-wer-Frage«. Ausgerichtet wurden OPK als aktiv vorbeugende Maßnahme insbesondere auf Personen in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen, mit sicherheitspolitisch bedeutsamen Erlaubnissen. Die OPK-Richtlinie Nr. 1/81 des MfS wurde 1981 erneuert und löste die Vorgängerrichtlinie Nr. 1/76 ab. Abgedruckt in Engelmann/Joestel: Grundsatzdokumente, S. 362–383.

Teltow mit dem Grenzverlauf zwischen Groß-Berlin und der DDR identisch. Hier war der Grenzverlauf in der Gewässermittle angesiedelt. Zwischen Kleinmachnow und der Kolonie Dreilinden durchlief der Teltowkanal DDR-Gebiet und die Schleuse Kleinmachnow. Bei Dreilinden trat der Kanal bei Albrechts Teerofen/Kohlhasenbrück wieder in Westberliner Gebiet ein. Die Grenzlinie entfernte sich in Richtung Süden vom Kanal nach Potsdam-Babelsberg und umrundete das zu Westberlin gehörige Steinstücken. Hinter Kohlhasenbrück mündet der Teltowkanal noch eindeutig auf Westberliner Gebiet in den Griebnitzsee. Danach bildete teils die Mitte des schmalen, langgestreckten Griebnitzsees die Grenze zwischen Berlin-Wannsee (Westberlin) und Potsdam (DDR), teils mäanderte diese auf dem Land in Richtung Königstraße in Berlin-Wannsee und umschloss so den (einer Exklave ähnelnden) Potsdamer Ortsteil Kleinglienicke, um kurz vor der Glienicker Brücke wieder vom Westberliner Land auf die Mitte des Griebnitzsees zurückzuspringen. Mit dem Einlauf in die Glienicker Lake der Havel endet der Wasserweg des Teltowkanals zwischen Schlosspark Babelsberg (Potsdam) und dem Jagdschlossgarten (Berlin-Wannsee) etwa an der Glienicker Brücke. Das Ende des Kanalbauwerks des Teltowkanals lag damals in Kohlhasenbrück in Westberlin; einen grenzunabhängigen Schiffsweg vom Teltowkanal in Richtung Wannsee eröffnet der ehemals auf Westberliner Gebiet verlaufende Griebnitzkanal (Prinz-Friedrich-Leopold-Kanal).

Die Betreiberin des rund 38 km langen Teltowkanals im Bereich der südlichen Weichbildgrenze Berlins, die *Teltowkanal AG* mit Sitz in Kleinmachnow, bestand nach 1945 zunächst formal weiter.<sup>511</sup> Mit dem Befehl Nr. 29 vom 7. Februar 1947 unterstellte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) alle Wasserstraßen in der Sowjetischen Besatzungszone, einschließlich dem Gebiet des späteren Westberlins, ihrer Verwaltung. Am 30. April 1949 befahl der amerikanische Stadtkommandant von Berlin General Howley, dass die gesamte Kontrolle und Verwaltung allen Eigentums, des Personals und des Verkehrs auf dem Teltowkanal im amerikanischen Sektor der Gerichtsbarkeit von Westberlin unterstellt wird. Zwei Tage zuvor hatten die Amerikaner einen Treuhänder für die neuen Westberliner Betriebsteile eingesetzt, was einer Spaltung der *Teltowkanal AG* gleichkam.<sup>512</sup> Einen Monat vor Gründung der

---

<sup>511</sup> Der Teltowkanal wurde zwischen 1901 und 1905 vom damaligen Kreis Teltow in der preußischen Provinz Brandenburg gebaut. Einzige Staustufe zur Wasserhaltung ist die Dreikammerschleuse in Kleinmachnow. Unterhalten und betrieben wurde der Kanal von der *Teltowkanal AG* (TAG). Erst mit der Bildung von Groß-Berlin im Jahr 1920 wurde der Kanal zu einer überwiegend im Berliner Stadtgebiet verlaufenden Wasserstraße.

<sup>512</sup> Vgl. Verrechnungsbeziehungen (Forderungen/Verbindlichkeiten) gegenüber

DDR wurde auf Anweisung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) die *Teltowkanal AG* in die *Deutsche Schifffahrts- und Umschlags-Betriebszentrale (BSU)* überführt und der Kanal einschließlich der Landanlagen dem Wasserstraßenhauptamt (WSHA) in Ostberlin übertragen. Das WSHA sollte von nun an Abgaben für die Nutzung des Kanals erheben.<sup>513</sup> 1950 sperrte die DDR die Schleuse Kleinmachnow für die Schiffe aus dem Westen, weil der Westberliner Senat für Verkehr und Betriebe die Herausgabe unrechtmäßig erhobener Gebühren in DM-West einforderte. Damit war der Teltowkanal etwa mittig seines Laufs für die durchgängige Passage unterbrochen. Binnenschiffe mussten für die nächsten Jahrzehnte einen Umweg durch die Berliner Innenstadt nehmen. Und der Umweg hatte es in sich. Bis zu dem wichtigen Umschlagplatz in Westberlin zur Brennstoffversorgung des Kraftwerks Berlin-Lichterfelde mussten 45 km zusätzlich zurückgelegt werden. An den Wasser-GÜSt Marschallbrücke und Britzer Zweigkanal wurden alle Kähne durchsucht und durften bei Dunkelheit nicht weiterfahren.<sup>514</sup> Der Zeitverlust

---

Westdeutschland und Westberlin, 4.11.1964; BArch, MfS, HA XIX Nr. 1369, Bl. 10–18. Die britische und die französische Militärverwaltung folgten mit entsprechenden Verfügungen für ihre Sektoren in Groß-Berlin am 17.8. bzw. 21.9.1949. In Westberlin wurde die *Teltowkanal AG* am 14.9.1950 im Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg neu eingetragen. Die DDR hielt ungeachtet dessen daran fest, dass trotz des Befehls des amerikanischen Stadtkommandanten der Teltowkanal entsprechend dem SMAD-Befehl Nr. 29/47 (über die Organisation einer Generalinspektion für Wasserwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands v. 7.2.1947) zu behandeln war. Frank L. Howley (1903–1993), US-Militär und Verwaltungsbeamter, war u. a. zwischen 1.12.1947 und 30.8.1949 Kommandant des US-Sektors von Groß-Berlin im Generalsrang.

<sup>513</sup> Vgl. Niedbalski: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission. In der DDR wurde die *Teltowkanal AG* am 7.1.1950 im Handelsregister des Amtsgerichtes Teltow gelöscht. Die Amtsgerichte bildeten die unterste Gerichtsebene der Länder der SBZ/DDR, die nach Auflösung der Länder 1952 durch die Kreisgerichte ersetzt wurden. Aus dem SMAD-Befehl Nr. 29/47 leitete die DDR das Recht ab, auch auf die Nutzung in Westberlin gelegener Wasserstraßen Gebühren erheben zu können. Die Gebühren wurden an den vom WSHA Ostberlin betriebenen Schleusen an den vormaligen Reichswasserstraßen in Westberlin erhoben. Die besatzungsrechtliche Konstruktion der Verwaltung der Reichswasserstraßen in Groß-Berlin wies Analogien zur Verwaltung der Reichsbahn in Groß-Berlin nach 1945 durch Ostberliner Dienststellen auf. Erst eine Gesetzesanordnung der Westalliierten untersagte 1968 den Ostberliner Dienststellen eine Gebührenerhebung für die Westberliner Wasserstraßen. Vgl. Nasse Sackgasse. In: Der Spiegel (1978) 43, S. 74–79.

<sup>514</sup> Die Wasserstraßen von Groß-Berlin verliefen streckenweise wechselnd auf dem

betrug rund zwei Tage für eine Strecke. Im Ostberliner Zentrum mussten sich Binnenschiffe mit gefährlichem Transportgut von Feuerlöschbooten begleitet lassen. Grund war letztendlich ein gesperrter Teilabschnitt von etwa 8,8 km Länge des Teltowkanals, der auf DDR-Territorium lag. Die DDR hielt weiter daran fest, dass sie entsprechend dem SMAD-Befehl Nr. 29/47 einen hoheitlichen Anspruch auf den gesamten Teltowkanal habe.<sup>515</sup> Das WSHA der DDR erhob deswegen seit 1966 von den Binnenschiffern Gebühren für die Nutzung auch jenes Abschnitts vom Teltowkanal, der in Westberlin lag. Die Schiffer mussten entsprechend zweifach zahlen, an die *Teltowkanal AG* in Westberlin und an das WSHA. 1968 verboten die Westalliierten mit einer Berlin-Kommandantura-Order (BK/O), dass die DDR für die Nutzung des Westberliner Teltowkanals Gebühren erhob.<sup>516</sup>

Am 22. Dezember 1975 nahmen Delegationen der DDR und des Westberliner Senats Gespräche über eine Öffnung des Teltowkanals auf. Die DDR betonte eingangs, sie ließe sich von dem Gedanken einer internationalen Entspannung und der weiteren Normalisierung des Verhältnisses zwischen der DDR und Westberlin leiten.<sup>517</sup> Daraus folgte ein Kernanliegen: In den Verhandlungsrunden wollte die SED künftige Regelungen nur mit Westberlin treffen. Damit bekräftigte sie ihre politische Auffassung von der sogenannten selbstständigen politischen Einheit Westberlin. Die Bundesrepublik sollte als Verhandlungspartnerin von vornherein ausgeschlossen werden. Weiterhin bestand die SED auf ihrer politischen Zuständigkeit für den gesamten Teltowkanal. Da eine Öffnung des Kanals der Westberliner Wirtschaft zugutekäme, so die Verhandlungsführer der DDR, müsse der Berliner Senat die notwendigen Kosten für die Wiederherstellung übernehmen. Der Verhandlungsführer von Westberlin, Abteilungsleiter Lekutat, erklärte, er habe kein Mandat für eine Vereinbarung, sondern nur für die Klärung technischer Fragen. Er bestritt die Zuständigkeiten der DDR für den gesamten Kanal und zeigte sich nicht bereit, dem Westberliner Senat die Gesamtkosten aufzubürden.

---

Gebiet Ostberlins, Westberlins und der DDR. Wassergrenzübergangsstellen nach Westberlin befanden sich in Hennigsdorf, Nedlitz, Babelsberger Enge, Britzer Zweigkanal, Osthafen und Marschallbrücke. Mit der Wiedereröffnung des Teltowkanals kamen Dreilinden und Kleinmachnow hinzu.

<sup>515</sup> Vgl. Thesen zur Rechtslage des Teltowkanals in Westberlin, 4.3.1975; BArch, MfS, HA XIX Nr. 1369, Bl. 103–109.

<sup>516</sup> Vgl.: Anordnung der Alliierten über Gebühren auf dem Teltowkanal, Der Tagespiegel v. 26.9.1968; Presseauschnitt in: BArch, MfS, HA XIX Nr. 1369, Bl. 205. Nawrocki: Die Pflichten der Sieger. Westberliner Realitäten (III). In: Die Zeit v. 18.9.1970.

<sup>517</sup> Rededisposition für das 6. Gespräch über die Fragen der Öffnung des Teltowkanals am 28.7.1976 in Westberlin; BArch, MfS, HA XIX Nr. 1369, Bl. 49–55.

Der Verhandlungsführer der DDR, Hauptverwaltungsleiter Klaus Sommer, notierte sich für die sechste Gesprächsrunde als harsche Entgegnung: »Sie, Herr Lekutat, traten als Leiter der Westberliner Verhandlungsdelegation sehr destruktiv auf, lehnten die Vorschläge der DDR ab [...].«<sup>518</sup> Die Atmosphäre, in der verhandelt wurde, war nicht spannungsfrei.

Am 16. November 1978 gelang nach acht Verhandlungsrunden eine Einigung bei der technischen Umsetzung.<sup>519</sup> Die Vereinbarung wurde in Gestalt eines Briefwechsels zwischen Hauptverwaltungsleiter Klaus Sommer (Ministerium für Verkehrswesen der DDR) und Senatsrat Klaus Melsheimer (Westberliner Senat für Bau- und Wohnungswesen) niedergelegt. Am 12. Dezember 1978 wurde die Vereinbarung mit einem Beschluss des Politbüros bestätigt.<sup>520</sup> In der Vereinbarung sicherten sich die Vertragspartner in einem letzten Punkt gegenseitig zu, dass der Status der Wasserstraße »durch diese Maßnahme nicht berührt« werde.<sup>521</sup> Eine BK/O der Alliierten Kommandantura vom gleichen Tag, ausgestellt vom Stellvertretenden Kommandanten David Anderson, stellte klar: »Die oberste Gewalt des Kommandanten der Vereinigten Staaten von Amerika im Hinblick auf den Teltowkanal sowie der Status des Kanals bleiben unberührt.«<sup>522</sup> Die kontroversen politischen Auffassungen bestanden ungeachtet der Einigung über die Wiederherstellung und Öffnung des Kanals fort. Die DDR rechnete sich infolge der verkürzten Fahrwege Einnahmeverluste von 450 TDM jährlich aus, die laut Vorschlag des DDR-Verkehrsministers Otto Arndt mit einer Anhebung der bestehenden Tarifsätze auf dem Teltowkanal um 90 Prozent hätten ausgeglichen werden

---

<sup>518</sup> Ebenda, Bl. 52. Der Vorwurf galt Senatsdirektor Dr. Horst Lekutat aus dem Westberliner Senat für Bau- und Wohnungswesen.

<sup>519</sup> Vgl. Maßnahmen zur Durchführung der Vorhaben Öffnung des Teltowkanals von Westen her und Beseitigung von großen Schäden an den für den Transitverkehr zwischen der BRD und Berlin (West) genutzten Binnenwasserstraßen der DDR, ca. 1978; BArch, MfS, AGM Nr. 2406, Bl. 117–134.

<sup>520</sup> Vgl. Vorlage des Ministers für Verkehr, 7.4.1981; BArch, MfS, HA XIX Nr. 2830, Bl. 10–19, hier 12.

<sup>521</sup> Briefwechsel zwischen dem MfV der DDR und dem Westberliner Senat für Bau- und Wohnungswesen v. 16.11.1978, siehe Mahnke: Dokumente zur Berlin-Frage 1967–1986, S. 506–509.

<sup>522</sup> BK/O (78) 9 v. 16.11.1978 abgedruckt in Mahnke: Dokumente zur Berlin-Frage 1967–1986, S. 513.

sollen.<sup>523</sup> Kurz vor der Öffnung des Kanals gelang es Melsheimer mit der DDR auszuhandeln, dass für die Durchfahrt der Frachtschiffe von keiner Seite Gebühren erhoben werden.<sup>524</sup>

Die Arbeiten zur Instandsetzung der maroden Kanalabschnitte und der Errichtung der Wasser-GÜSt begannen 1979. Insgesamt bezahlten der Berliner Senat beziehungsweise die Bundesrepublik pauschal 70 Mio. DM für die Maßnahmen.<sup>525</sup>

## 9.4 Fluchtversuche und besondere Vorfälle am Teltowkanal

### Wasser-GÜSt Dreilinden

15. Juni 1965:

Der Westberliner Hermann Döbler (Jg. 1922) unternahm in Begleitung von Elke Märtens (Jg. 1944) einen Ausflug mit seinem Sportboot. Vom Wannsee kommend fuhren beide zum Griebnitzsee und bogen bei Kohlhasenbrück in den Teltowkanal ein. Hinter der Autobahnbrücke bei Albrechts Teerofen riegelte eine Sperre den Kanal ab (Bereich der späteren Wasser-GÜSt Dreilinden). Allerdings verlief die eigentliche Grenzlinie rund 100 m vor dieser Sperre. Die Grenzsoldaten eröffnen das Feuer. Hermann Döbler starb sofort, Elke Märtens wurde lebensgefährlich verletzt.<sup>526</sup>

---

<sup>523</sup> Vgl. Vorlage des Ministers für Verkehr, 7.4.1981; BArch, MfS, HA XIX Nr. 2830, Bl. 10–19, hier 13.

<sup>524</sup> Vgl. Melsheimer: Vereinbarung über die Öffnung und den Ausbau des Teltowkanals.

<sup>525</sup> Die Öffnung des Teltowkanals 1981 beschränkte sich auf verkehrstechnisch für Westberlin maßgebliche Teile des Kanallaufs. Ab dem Kanalkreuz in Neukölln blieb der südwärts führende Abschnitt des Kanals zwischen Rudow und Adlershof weiterhin geschlossen. Der Anschluss des Kanals an den Spreewasserweg wurde über den Britzer Zweigkanal geführt. In Berlin-Baumschulenweg bestand am Britzer Zweigkanal bereits eine DDR-Wasserstraßen-GÜSt (Sonnenallee/Baumschulenweg). So konnte die Verbesserung der Binnenschifffahrt im Süden Westberlins mit den zwei GÜSt-Neubauten bewirkt werden, die den Kanallauf auf dem knapp 10 km langen Teilstück durch DDR-Territorium in der Ortslage Kleinmachnow, Teltow nach zwei Seiten hin abschotteten. Gleichzeitig wurde der historische Berliner Wasserstraßenring wieder geschlossen,

<sup>526</sup> Bericht über die Anwendung der Schusswaffe gegen zwei Grenzverletzer mit Motorsportboot bei der Verletzung des Territoriums der DDR mit provokatorischem Charakter im Abschnitt der 4. Kompanie des Grenzregiments 46 (Teltowkanal, Dreilinden), 15.6.1965; BArch, MfS, ZAIG Nr. 10717, Bl. 184–188.



4. Dezember 1979:

Ermittlung der BV Potsdam/Abteilung VII zum Verdacht der Flucht eines Facharbeiters für Wasserbautechnik des Wasserstraßenbauamtes Berlin im Bereich der Staatsgrenze Dreilinden nach Westberlin. Er verließ das Ramm-schiff und durchschwamm den Teltowkanal.<sup>527</sup>

14. Oktober 1986:

Unter Anwendung der Schusswaffe wurde die Fahnenflucht eines Angehörigen der Luftstreitkräfte durch Soldaten des Grenzregiment (GR) 44 in der Nähe der Wasser-GÜSt Dreilinden verhindert. Der Flüchtling wurde nicht verletzt und floh ins Hinterland der DDR.<sup>528</sup>

## 9.5 Weitere Dokumente

Befehl Nr. 32/64 des MfNV	über die Verstärkung des pioniermäßigen Ausbaus der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin im Abschnitt Teltow Seehof–Stahnsdorf Babelsberg. <sup>529</sup>
Beschluss des Ministerrates	über die Durchführung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Binnenschiffen, 24. Juni 1965. <sup>530</sup>
Beschluss des Ministerrates	über Maßnahmen gegen die widerrechtlichen Einmischungen des Westberliner Senats in die Zuständigkeiten der Wasserstraßenverwaltung der DDR, 1969. <sup>531</sup>
Vertragliche Vereinbarung	zum Teltowkanal (DDR–Westberlin) in Form eines Briefwechsels zwischen Hauptverwaltungsleiter Sommer (Ministerium für Verkehrswesen, DDR) und Senatsrat Dr. Melsheimer (Senat für Bau- und Wohnungswesen, Westberlin), 16. November 1978. <sup>532</sup>

---

<sup>527</sup> BArch, MfS, ZKG Nr. 22034.

<sup>528</sup> BArch, MfS, ZKG Nr. 8929.

<sup>529</sup> BArch, MfS, AGM Nr. 1657, Bl. 9–13.

<sup>530</sup> BArch, MfS, SdM Nr. 2383, Bl. 186–190.

<sup>531</sup> BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 1053, Bl. 70–87 (6 Anlagen).

<sup>532</sup> BArch, MfS, ZAIG Nr. 21326, Bl. 29–33.

MdI-Befehl Nr. 12/72	sowie Durchführungsanweisungen über Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Transitverkehr ziviler Personen und Güter auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) durch das Gebiet der DDR, 3. Juni 1972. <sup>533</sup>
MfNV-Befehl Nr. 106/81	Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze mit Inbetriebnahme des Teltowkanals und zur Eröffnung der Wassergrenzübergangsstellen Dreilinden und Kleinmachnow, 13. Oktober 1981. <sup>534</sup>
Vereinbarung	zwischen dem Leiter des Volkspolizei-Kreisamtes Potsdam und dem Leiter der PKE Nedlitz, GÜSt Nedlitz, Dreilinden und Kleinmachnow über das Zusammenwirken bei der Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten, die durch Bürger nichtsozialistischer Staaten sowie Einwohner von Westberlin, die sich im grenzüberschreitenden Verkehr befinden, begangen werden (o. D.). <sup>535</sup>

---

<sup>533</sup> BArch, MfS, AG XVII Nr. 3261.

<sup>534</sup> BArch, MfS, HA I Nr. 14557, Bl. 29–34.

<sup>535</sup> Unterzeichner der Vereinbarung waren: Major Bäselt, PKE Nedlitz, und OS� der VP Panitz, VPKA Potsdam (o. D., nach 1981); BArch, MfS, HA VI Nr. 14676, Bl. 75–77.





Abb. 10: Blick von Ost nach West auf den Kontrollpunkt Checkpoint Charlie der Westalliierten in Westberlin (Kontrollbaracke in der Straßenmitte) aus Richtung der Ostberliner Straßen-GÜSt Friedrichstraße/Zimmerstraße, September 1980

## 10. Übersicht über die Grenzübergangsstellen

Die im vorliegenden Band behandelten Grenzübergangsstellen sind in dieser Übersicht nach formal einheitlichen Kriterien aufbereitet und bieten eine eigenständige Nachschlagemöglichkeit zu Baulichkeiten und zur strukturellen Organisation dieser GÜSt. Die Aufbereitung stützt sich auf Überlieferungen zum Ausbaustand in den 1980er-Jahren. Das gewährleistet eine Vergleichbarkeit der Informationen zu den funktionell teils sehr unterschiedlichen GÜSt. Die Beurteilung soll auch durch die tabellarische Aufbereitung unterstützt werden.

Die Darstellung jeder GÜSt ist in zwei Informationsblöcke unterteilt. Den ersten Block bilden die funktionalen, territorialen und baulichen Charakteristika. Der zweite Block bietet einen Überblick über die an der GÜSt vertretenen Institutionen (in alphabetischer Reihung) mit den jeweiligen Leitern und der Personalausstattung. Die Personalstärke ist – soweit überliefert – nach Soll/Ist (z. B. 12/14) differenziert und gegebenenfalls zusätzlich in der Form militärischer Stärkeangaben (z. B. 1 : 7, ein Leiter und sieben Unterstellte) wiedergegeben. Die militärische Stärke-Angabe wurde in den Quellen teilweise auch auf zivile Bereiche angewendet und bei der Übertragung in die Übersicht beibehalten. Die Darstellungen zu den Grenzübergangsstellen der DDR sind in zwei Fällen durch Informationen zum Formalaufbau einer bezirklichen Abteilung VI des MfS sowie zu einer Passkontrolleinheit ergänzt.

## 10.1 Die GÜSt Griebnitzsee

<b>Eisenbahn-GÜSt Grenzbahnhof Griebnitzsee<sup>536</sup></b>	
Zugelassen für die Kategorien	Fernzüge im Transit (Personenbeförderung), Transit-Militärzüge der West-Alliierten
Nächste Bahnhöfe (in Westberlin ohne Kontrollen)	Bhf. Wannsee, Bhf. Zoologischer Garten, Bhf. Lichterfelde
<b>Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten</b>	
→ <sup>G</sup> Grenzstreckenabschnitt (Breite)	440 m
→ <sup>G</sup> Kontrollterritorium (Länge x Breite)	460 m x 110 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	<p>Bahnsteig A: Einreisebahnsteig mit den Gleisen 3 und 5, Dienstgebäude der GÜSt Stellwerk der Deutsche Reichsbahn</p> <p>Bahnsteig B: Führungspunkt des Kommandanten, Durchfahrtgleis 1 für Militärtransporte</p> <p>Bahnsteig C: Ausreisebahnsteig mit den Gleisen 2 und 4, Dienstgebäude der GÜSt</p>
Technische Einrichtungen zur Verhinderung von Republikfluchten oder Anschlägen	<p>2 →<sup>G</sup>Y-Weichen Einreise, 5 Y-Weichen Ausreise, →<sup>G</sup>Sperrgraben, Ablage für konfiszierten Sprengstoff, Umfriedung mit und ohne Signalteil (1 700 m)</p>

<sup>536</sup> Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 1984; BArch, MfS, HA VI Nr. 14674, Bl. 3–89.

<b>Eisenbahn-GÜSt Grenzbahnhof Drewitz (Teil der GÜSt Griebnitzsee)</b>	
Zugelassen für die Kategorie	Güterzüge
Nächste Bahnhöfe (in Westberlin ohne Kontrollen)	Bhf. Grunewald, Bhf. Lichterfelde
<b>Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten</b>	
Grenzstreckenabschnitt (Länge x Breite)	1025 m x 16,6 m (eingleisig)
Kontrollterritorium (Länge x Breite)	780 m x 15 m
Wesentliche Bauteile des Kontrollterritoriums	2 Gleise (zur Ein- und Ausreise von Güterzügen)
Technische Einrichtungen zur Verhinderung von Fluchten oder Anschlägen	2 Y-Weichen, 1 Schutzschienenanlage, 3 → <sup>G</sup> Beschaubrücken, Umzäunung mit und ohne Signalteil

<b>Eisenbahn-GÜSt Grenzbahnhof Griebnitzsee</b>	
An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Deutsche Reichsbahn</b>	
Leiter des Bahnhofs	Oberamtmann Golibrzuch
Personalstärke (Soll/Ist)	14/13
<b>Grenztruppen</b>	
→ <sup>G</sup> Kommandant der GÜSt	OSL Piel <sup>537</sup>
DHO des Kommandanten	5
Sicherungskräfte Grenztruppen	1 : 4

<sup>537</sup> Auskunftsdocument Drewitz/E. v. 1.10.1988; BArch, MfS, HA I Nr. 3505, Bl. 61–78.

<b>Eisenbahn-GÜSt Grenzbahnhof Griebnitzsee</b>	
An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Edelmann <sup>538</sup>
Stellvertreter	Hauptmann Lau
Personalstärke (Soll/Ist)	90/89
davon Spezialkräfte	41
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZUK Krüger
Planstellen GZA	18
<b>Transportpolizei (Trapo)</b>	
Leiter Trapo	k. A.
Personalstärke (Soll/Ist)	86/83

---

<sup>538</sup> Vgl. Bauerfeind/Edelmann: Einige Erkenntnisse und praktische Erfahrungen bei der tschechistischen Erziehung und Befähigung der Angehörigen unter den Bedingungen der Bewältigung des grenzüberschreitenden Verkehrs; BArch, MfS, JHS MF 11093. Vgl. auch BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. KuSch Nr. K 2678 und Nr. K 4361.



<b>Eisenbahn-GÜSt Grenzbahnhof Drewitz (Teil der GÜSt Griebnitzsee)</b>	
<b>An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen</b>	<b>Personalstärken, Leitungspersonal</b>
<b>Deutsche Reichsbahn</b>	
Leiter des Bahnhofs	Siehe GÜSt Griebnitzsee
Personalstärke	1
<b>Grenztruppen</b>	
Kommandant der GÜSt	OSL Piel
DHO des Kommandanten	5
Sicherungskräfte Grenztruppe	1 : 4
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Edelmann
Planstellen PKE	1
<b>Transportpolizei (Trapo)</b>	
Leiter Trapo (Revier Potsdam) <sup>539</sup>	k. A.
Personalstärke Trapo	2

<sup>539</sup> Alle Gütertransportzüge wurden in Drewitz/E. von der Trapo einer Außenkontrolle unterzogen, zusätzlich die Innenräume der Loks untersucht. Die Zollkontrolle leistete das GZA Seddin.

### 10.1.1 Strukturschema der PKE Griebnitzsee

Stellvertretender Leiter PKE			
Funktionsoffizier für TAO/PKR (Technologie, Arbeitsorganisation/Passkontrollregime) Offizier für Fahndung, Auswertung und Informationstätigkeit Offizier für Ermittlungen Funktionsoffizier Finanzen Funktionsoffizier Wirtschaft Sekretärin, Kraftfahrer			
1. Zug	2. Zug	3. Zug	4. Zug
Zugführer	Zugführer	Zugführer	Zugführer
Stellvertreter	Stellvertreter	Stellvertreter	Stellvertreter
Fahnder/Chiffrierer	Fahnder/Chiffrierer	Fahnder/Chiffrierer	Fahnder/Chiffrierer
2 Passkontrolleure am Bhf. Drewitz	2 Passkontrolleure am Bhf. Drewitz	2 Passkontrolleure am Bhf. Drewitz	2 Passkontrolleure am Bhf. Drewitz
5 Brigadeleiter	6 Brigadeleiter	4 Brigadeleiter	6 Brigadeleiter
9 Passkontrolleure	10 Passkontrolleure	11 Passkontrolleure	11 Passkontrolleure

<sup>540</sup> Die PKE Griebnitzsee war strukturell der BV Potsdam/Abteilung VI mit den Aufgaben Passkontrolle und Sicherung von grenzüberschreitendem Reiseverkehr und Tourismus zugeordnet. Vgl. Funktionspläne der Passkontrolleinheit Griebnitzsee v. 1.12.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686, Bl. 1–45.

## 10.1.2 Spezialkräfte und Ausrüstung der GÜSt

### Spezialkräfte für Sicherheit und Terrorabwehr an der GÜSt Griebnitzsee

	Zweikampf	Dokumen- tation	Sanitäter	Sprengen
	23 2 Ausbilder	6 1 Verantwort- licher	5 2 Ausbilder	4 1 Verantwort- licher

### Verteilung der Spezialkräfte an der GÜSt Griebnitzsee

Funktion/Zuordnung	PKE	GZA	Trapo
Hundeführer	k. A.	6	k. A.
Judo-Ausbilder	k. A.	1	5
Dokumentation	7	1	k. A.

Gemeinsame Ausrüstung an der GÜSt Griebnitzsee von GT, GZA, PKE, Trapo (Auswahl). Die Waffenkammer befand sich im militärischen Teil der GÜSt.

Ausrüstungs- gegenstand	Stückzahl	Ausrüstungs- gegenstand	Stückzahl
Gas-Spray	15	Pistolen	196
Handschellen	17	Maschinenpistolen	94
Schlagstöcke	107	→ <sup>G</sup> MPi 61	86
Führungsketten	92	IMG (leichtes Maschinengewehr)	3
Reizwurfkörper (Abwehrmittel)	100	Granatwerfer → <sup>G</sup> RPG-7	3
→ <sup>G</sup> Reizgas R 2 (5 Liter)	3	Sprengstoffbehältnisse (Abwehrmittel)	3
Megafon	1		

## 10.2 Die GÜSt Hirschberg

Zugelassen für die Kategorien	Transit, <sup>→G</sup> Wechselverkehr, Einreise DDR, Visum für Tagesaufenthalt (VTA)
Eröffnung	19. Dezember 1966
<b>Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten</b>	
Projektierung, Bauausführung	VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt Baumaßnahmen ab 1988: Bau- und Montagekombinat Erfurt, Betrieb Ingenieurhochbau Gera
<sup>→G</sup> Grenzstreckenabschnitt (Länge)	915 m
<sup>→G</sup> Kontrollterritorium (Länge x Breite)	680 m x 220 m (1989) <sup>542</sup>
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	Pkw Einreise und Ausreise mit 14 Fahrzeugspuren insgesamt KOM Einreise und Ausreise mit 4 Fahrzeugspuren insgesamt Lkw Einreise und Ausreise mit 14 Fahrzeugspuren insgesamt
Technische Einrichtungen zur Verhinderung von Republikfluchten (Auswahl)	Mittel <sup>→G</sup> Technik V <sup>543</sup> <sup>→G</sup> Rollsperre im Grenzstreckenabschnitt Schlagbäume <sup>→G</sup> Salzwedel

<sup>541</sup> Sofern nicht anders angegeben beziehen sich alle Angaben auf das Jahr 1984. Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 10076, Bl. 21 u. 24.

<sup>542</sup> Auskunftsdokumente zur Grenzübergangsstelle Hirschberg, 10.3.1986 und 16.8.1989; BArch, MfS, HA VI Nr. 1514, Bl. 25–37.

<sup>543</sup> Technik V [fünf]: An der GÜSt Hirschberg wurden ab 1988 radioaktive Strahlenquellen im sog. Schrankenbetrieb eingesetzt. In einem Brückenbau über einer Kontrollspur der GÜSt war eine Gammastrahlen-Anlage auf der Basis von Cäsium 137 untergebracht. Verdächtige Fahrzeuge wurden auf diese Kontrollspur geleitet. In den Protokollen über gescheiterte Fluchtversuche wurde nicht vermerkt, ob die Entdeckung von Personen mit der Anwendung der *Technik V* verbunden war. Am 10.3.1989 scheiterte an der GÜSt die Flucht eines DDR-Studenten in einem Pkw-Kofferraum »unter Nutzung spezifischer Mittel und Methoden des MfS« – vermutlich durch den Einsatz von *Technik V*. BV Gera: Treffnachweis mit IMS »Reinhold«, 22.4.1976; BArch, MfS, BV Gera, X 551/70,

Autobahn-GÜSt Hirschberg	
Entfernung zwischen GÜSt und vorgelagertem VP-Kontrollpunkt Blintendorf	2 070 m

Die Abteilung VI der jeweiligen MfS-BV klärte die der eigenen GÜSt gegenüberliegenden westlichen Kontrollstellen als sogenannte <sup>→G</sup>Gegen-GÜSt intensiv auf. Die Gegen-GÜSt zur GÜSt Hirschberg war die Grenzkontrollstelle (GKS) Rudolphstein.<sup>544</sup>

---

T. II/2, Bl. 449 f. Information über die Verhinderung der Ausschleusung einer DDR-Person, 10.3.1989; BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3757, PI 44/89, Bl. 1 f. Zur Thematik siehe auch Projektbericht »Strahlen« und Halter: Es gibt kein Entrinnen, S. 176. Ein Bericht der MfS/Abt. OTS beschreibt die taktisch-technische Funktionsweise der Anlage: »Über der Untersuchungslinie befindet sich in ca. 5 m Höhe eine Gammaquelle mit fächerförmiger Strahlencharakteristik. Während der zu untersuchende Pkw die U-Linie überfährt, öffnet sich die Gammaquelle [...]. In der Fahrbahn sind unter der U-Linie ca. 100 hoch empfindliche Strahlungsdetektoren nebeneinander angeordnet. Die während der Durchfahrt des Pkw aufgenommenen Intensitätsschwankungen werden elektronisch gespeichert und nach Beendigung des Messprozesses auf einem Fernsehschirm in Form eines Röntgenbildes sichtbar gemacht.« MfS/OTS: Abschlussbericht K1 – OTA 1765 (T5), 24.7.1979; BArch, MfS, OTS Nr. 2351, Bl. 7– 12, hier 8.

<sup>544</sup> Die Feindobjektakte/Sachakte zur GKS Rudolphstein ist überliefert; BArch, MfS, HA VI Nr. 5500.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenztruppen</b>	
→ <sup>6</sup> Kommandant der GÜSt	Oberst Schubert, Oberst Trübenbach <sup>545</sup>
DHO des Kommandanten	k. A.
Sicherungskräfte Grenztruppen	1 : 58
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Ziermann OSL Peterhänsel <sup>546</sup>
1. Stellvertreter 2. Stellvertreter	Hauptmann Beyer Major Siegert
Personalstärke (Soll/Ist)	210/203
Kräfte Stab	1 : 29
Kräfte Kontrollzüge I bis IV	5 : 168
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	Rat Bohms
Personal GZA	1 : 108

<sup>545</sup> Oberst Rolf Trübenbach (\*1931) folgte auf Oberst Schubert, Trübenbach wurde zuvor im Stab des Grenzregiments Plauen verwendet, war ehemals IMS »Felix« (AIM 16095/77, die archivierte IM-Akte wurde vom MfS vermutlich wegen des Ablaufs der Archivfrist vor 1989 gelöscht).

<sup>546</sup> OSL Dieter Peterhänsel (\*1938) folgte als Leiter der PKE Hirschberg auf Major Ziermann. Peterhänsel hatte sich unter anderem 1972 an der JHS Potsdam mit der Diplomarbeit »Die Arbeit mit bestätigten Kräften in den an der Grenzübergangsstelle tätigen Organen und Institutionen zur effektiven Gestaltung der Sicherung und Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der Staatsgrenze West« für diese Aufgabe qualifiziert.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Zivile Einrichtungen</b>	
Deutrans <sup>547</sup>	1 : 2
Deutsche Post	1 : 5
Deutsches Rotes Kreuz	1 : 3
<i>Intershop</i> -Geschäft <sup>548</sup>	1 : 7
<i>Mitropa</i>	1 : 3
Reisebüro der DDR	1 : 6
Staatsbank der DDR	1 : 22
Veterinärhygienischer Verkehrsüberwachungsdienst (VHVD) <sup>549</sup>	1 : 9
Pflanzenquarantänedienst	1 : 5

---

<sup>547</sup> Der VEB *Deutrans* war ein international agierendes Speditionsunternehmen der DDR.

<sup>548</sup> *Intershops* wurden in der DDR ab 1963 eingerichtet, um Einnahmen von Transitreisenden und westlichen Touristen in westlichen Währungen zu generieren. Daneben sollte auch das in der DDR kursierende Westgeld abgeschöpft werden. Die in den *Intershops* verkauften Güter stammten in erheblichem Umfang aus der DDR-Produktion.

<sup>549</sup> Der Zollverwaltung der DDR waren auch der Veterinärhygienische Verkehrsüberwachungsdienst der DDR (Grenzveternärdienst) und der Staatliche Pflanzenquarantänedienst zugeordnet, vgl. Hermann u. a.: Deutsch-deutsches Grenzlexikon, S. 123.

### 10.2.1 Die Binnenstruktur des KPP Juchhöh

<b>Grenztruppen</b>	
Brigadekommandeur der Grenztruppen	Oberst Bär
Kommandant des <sup>→G</sup> KPP	OSL Klemm
DHO des Kommandanten	Hptm. Herbst
<b>Passkontrolleinheit</b>	
Leiter PKE	Major Ziermann <sup>550</sup>
<b>Grenzzollamt</b>	
Zugführer der Zollverwaltung	ZOS Bormann

### 10.2.2 Strukturschema der BVfS Gera/Abteilung VI

<p>Leiter: OSL Hans-Dietmar Beyer          Leitung: Leiter, 2 Stellvertreter, 1 Sekretärin des Leiters, 2 Sekretärinnen der Abteilung, 1 Offizier für Fahndung und Koordinierung, 1 Funktionsoffizier Regime, 1 Funktionsoffizier Kader/Schulung/Ausbildung, 1 Funktionsoffizier Sicherheit, 1 Planungsoffizier, 1 Kraftfahrer – Stärke 1 : 11</p>
<p>Referat 1          Überwachung der touristischen Infrastruktur, der Reisebüros im Bezirk, des DDR-Auslandstourismus – Stärke 1 : 3</p>

<sup>550</sup> Major Heinz Ziermann (\*1930); BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Mitarbeiter.

<sup>551</sup> BV Gera: Anzahl der Planstellen für Berufsunteroffiziere/Berufsoffiziere, o. D. (nach 1987); BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 8603, Bl. 80–81. Aufgaben der Abteilung VI: Passkontrolle und Sicherung von grenzüberschreitendem Reiseverkehr und Tourismus (Überwachung von Ein-, Ausreise- und Transitverkehr, insbesondere des Tourismus aus dem und in das NSW), Verhindern sogenannter Missbrauchshandlungen im Transitverkehr und Überwachen von Einrichtungen des Tourismus.



BV Gera/Abteilung VI
Referat 2 Überwachung des einreisenden Tourismus aus Nicht-Ostblockstaaten, von Einzel- und Gruppenreisen – Stärke 1 : 4
Referat 3 Sicherung von Zollverwaltung und Zivildienststellen an den Grenzübergangsstellen – Stärke 1 : 4
Referat 4 Überwachung des westlichen Vorfeldes von GÜSt und Grenze, Aufklärung von westlichen Kontrollpunkten – Stärke 1 : 4
Referat 5 → <sup>G</sup> Operatives Leitzentrum (OLZ) – Stärke 1 : 14
Referat 6 → <sup>G</sup> Operative Sicherung (OPS) – Stärke 1 : 8
Referat 7 Auswertung und Information – Stärke 1 : 8
Referat 8 Versorgung, Unterbringung, Objektverwaltung für PKE-Personal – Stärke 1 : 21
PKE GÜSt Hirschberg (Autobahn) – Stärke 1 : 226
PKE GÜSt Probstzella (Eisenbahn) – Stärke 1 : 91

## 10.3 Die GÜSt des Kleinen Grenzverkehrs

### 10.3.1 Die GÜSt Salzwedel

Straßen-GÜSt Salzwedel <sup>552</sup>	
Zugelassen für die Kategorien	Pkw, KOM, Fußgänger
Eröffnung	1. März 1973
Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten	
→ <sup>6</sup> Grenzstreckenabschnitt (Länge)	661 m
→ <sup>6</sup> Kontrollterritorium (Länge x Breite)	244 m x 74 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	Pkw Einreise und Ausreise mit 8 Fahrzeugspuren insgesamt KOM Einreise und Ausreise mit 2 Fahrzeugspuren insgesamt
Entfernung zwischen GÜSt und vorgelagertem VP-Kontrollpunkt	k. A.

Die Abteilung VI der jeweiligen MfS-BV klärte die der eigenen GÜSt gegenüberliegende West-Dienststelle als →<sup>6</sup>Gegen-GÜSt intensiv auf. Das war im Fall der GÜSt Salzwedel die GKS Bergen a. d. Dumme (Uelzen). Die GKS Bergen war im MfS als Feindobjekt »Lappwald« kategorisiert. Zeugnisse der Aufklärung sind überliefert.<sup>553</sup>

<sup>552</sup> Die funktionellen und strukturellen Angaben beziehen sich auf das Jahr 1982, vgl. Auskunftsblatt, 1.2.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 10075, Bl. 31–32.

<sup>553</sup> Vgl. Bilddokumentation zu den neueröffneten Grenzkontrollstellen der BRD in Bergen a. d. Dumme, Duderstadt, Rottenbach und Eußenhausen, Juni 1973; BArch, MfS, HA VI Nr. 262 und Bilddokumente zu den am 21.6.1973 neu eröffneten Grenzkontrollstellen der BRD in Bergen, Duderstadt, Rottenbach, Eußenhausen sowie Informationen eines an diesem Tag eingesetzten IM; BArch, MfS, HA VI Nr. 8632 und Feindobjekt »Lappwald«, Reg.-Nr. VII 2164/84; BArch, MfS, BV Magdeburg, Abt. VI Nr. 1439.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenztruppen</b>	
→ <sup>G</sup> Kommandant der GÜSt	OSL Leonhardt
Sicherungskräfte Grenztruppen	29
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Viererbe <sup>554</sup>
Personalstärke (Soll/Ist)	51/49
Kräfte Stab	18
Kräfte Kontrollzüge I bis II	31
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZOK Germer
Personal GZA	35
<b>Zivile Einrichtungen</b>	
Deutsche Post	1 : 3
Deutsches Rotes Kreuz	1 : 6
<i>Intershop</i> -Geschäft	1 : 4

<sup>554</sup> Major Günter Viererbe (\*1933), 1958 Kontrolleur des AZKW im GZA Oebisfelde; ab 1964 in der HPF/PKE am →<sup>G</sup>KPP Oebisfelde in verschiedenen Funktionen; 1978 Leiter PKE an der GÜSt Salzwedel; BArch, MfS, Magdeburg, Abt. KuSch, Kaderkarteikarte; BArch, MfS, Magdeburg, Abt. KuSch, Laufzettel HMA. Siehe auch Viererbe, Günter: Die weitere Qualifizierung der Informationsgewinnung bei der Durchsetzung der Dienstanweisung 3/75 [...] an der Eisenbahn-Grenzübergangsstelle Oebisfelde. (Fachschulabschlussarbeit); BArch, MfS, JHS MF 12214.

### 10.3.2 Die GÜSt Worbis

Straßen-GÜSt Worbis <sup>555</sup>	
Zugelassen für die Kategorien	Pkw, KOM, Fußgänger
Eröffnung	1. März 1973
Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten	
Grenzstreckenabschnitt (Länge)	268 m
Kontrollterritorium (Länge x Breite)	210 m x 70 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	Pkw Einreise und Ausreise mit 10 Fahrzeugspuren insgesamt
Entfernung zwischen GÜSt und vorgelagertem VP-Kontrollpunkt Heid <sup>556</sup>	k. A.

Die Abteilung VI der jeweiligen MfS-BV klärte die der eigenen GÜSt gegenüberliegende West-Dienststelle als Gegen-GÜSt intensiv auf. Das war im Fall der GÜSt Worbis die GKS Gerblingerode/Duderstadt. GKS waren im MfS überwiegend als Feindobjekte kategorisiert. Zeugnisse der Aufklärung sind überliefert.<sup>557</sup>

---

<sup>555</sup> Die funktionellen und strukturellen Angaben beziehen sich auf das Jahr 1986, vgl. Auskunftsblatt, 1.9.1986; BArch, MfS, HA VI Nr. 10075, Bl. 54–55. Heute befindet sich auf dem Areal der ehemaligen GÜSt Worbis das Grenzlandmuseum Eichsfeld.

<sup>556</sup> Vgl. Dokumentation zur Vorbereitung der Grundsatzentscheidung für das Vorhaben Kontrollpunkt Heid, 15.2.1973; BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VI Nr. 63, Bl. 3–11.

<sup>557</sup> Vgl. Bilddokumentation zu den neueröffneten Grenzkontrollstellen der BRD in Bergen a. d. Dumme, Duderstadt, Rottenbach und Eußenhausen, Juni 1973; BArch, MfS, HA VI Nr. 262 und Bilddokumente zu den am 21. Juni 1973 neueröffneten Grenzkontrollstellen der BRD in Bergen, Duderstadt, Rottenbach, Eußenhausen sowie Informationen eines an diesem Tag eingesetzten IM; BArch, MfS HA VI Nr. 8632.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenztruppen</b>	
Kommandant der GÜSt	OSL Menzel
Sicherungskräfte Grenztruppen	k. A.
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Bönhardt
Personalstärke (Soll/Ist)	65/63
Kräfte Stab	10
Kräfte Kontrollzüge I bis IV	53
<b>Grenzzollamt</b>	
Leiter GZA	ZHK Feist
Personal GZA	33
<b>Zivile Einrichtungen</b>	
Deutsche Post	1 : 3
Deutsches Rotes Kreuz	1 : 4
<i>Intershop</i> -Geschäft	1 : 5
<i>Mitropa</i>	1 : 2
Reisebüro der DDR	1 : 2
Staatsbank der DDR	1 : 12

### 10.3.3 Die GÜSt Meiningen

<b>Straßen-GÜSt Meiningen<sup>558</sup></b>	
Zugelassen für die Kategorien	Pkw, KOM, Fußgänger
Eröffnung	21. Juni 1973
<b>Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten</b>	
Grenzstreckenabschnitt (Länge)	370 m
Kontrollterritorium (Länge x Breite)	265 m x 65 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	Pkw Einreise und Ausreise mit 14 Fahrzeugspuren insgesamt KOM Einreise und Ausreise mit 2 Fahrzeugspuren insgesamt
Entfernung zwischen GÜSt und vorgelagertem VP-Kontrollpunkt	k. A.

Die Abteilung VI der jeweiligen MfS-BV klärte die der eigenen GÜSt gegenüberliegende West-Dienststelle als Gegen-GÜSt intensiv auf. Das war im Fall der GÜSt Meiningen die GKS Bad Neustadt (Saale) (angesiedelt war die GKS in Eußenhausen, Ortsteil von Mellrichstadt). Die GKS Eußenhausen war im MfS als Feindobjekt »Schanze« kategorisiert. Zeugnisse der Aufklärung sind überliefert.<sup>559</sup>

<sup>558</sup> Die funktionellen und strukturellen Angaben beziehen sich auf das Jahr 1985, vgl. Auskunftsblatt, 20.9.1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 10076, Bl. 1-2. Siehe auch Einschätzung über erste Erfahrungen an den beiden GÜST des Bezirkes Suhl, 23.7.1973; BArch, MfS, BV Suhl, BdL Nr. 5033, Bl. 3-15, hier Bl. 4 und MfS-Anweisung Nr. 6/73, Eröffnung der Grenzübergangsstellen Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld [...], 8.6.1973; BArch, MfS, HA VI Nr. 13834.

<sup>559</sup> Vgl. Bilddokumentation zu den neueröffneten Grenzkontrollstellen der BRD in Bergen a. d. Dumme, Duderstadt, Rottenbach und Eußenhausen, Juni 1973; BArch, MfS, HA VI Nr. 262 und Bilddokumente zu den am 21. Juni 1973 neueröffneten Grenzkontrollstellen der BRD in Bergen, Duderstadt, Rottenbach, Eußenhausen sowie Informationen eines an diesem Tag eingesetzten IM; BArch, MfS HA VI Nr. 8632. Vgl. auch Feindobjektakte »Schanze« der BV Suhl/Abt. VI zur Aufklärung der Grenzkontrollstelle Eußenhausen, Ortsteil der Stadt Mellrichstadt, zur DDR im Regierungsbezirk Oberfranken in Bayern; BArch, MfS, BV Suhl AFO 2/90, Bd. 3.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenztruppen</b>	
Kommandant der GÜSt	OSL Batze
Sicherungskräfte Grenztruppen	30
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Schmidt
Personalstärke (Soll/Ist)	88/77
Kräfte Stab	11
Kräfte Kontrollzüge I bis IV	4 : 48
Kräfte Versorgung <sup>560</sup>	16
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZOK Sommerfeld
Kräfte GZA	31
<b>Zivile Einrichtungen</b>	
Deutsche Post	1 : 2
Deutsches Rotes Kreuz	1 : 4
<i>Intershop</i> -Geschäft	1 : 2
Staatsbank der DDR	1 : 11

<sup>560</sup> Die Versorgungskräfte der PKE stehen wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Einrichtung von Küche und Speisesaal. Vgl. Teilforderungsprogramm für den Versorgungsteil der Unterkunftsubjekte GÜSt, 1973; BArch, MfS, BV Erfurt, Abt. RD Nr. 613.

### 10.3.4 Die GÜSt Eisfeld

<b>Straßen-GÜSt Eisfeld<sup>561</sup></b>	
Zugelassen für die Kategorien	Pkw, KOM, Fußgänger
Eröffnung	21. Juni 1973
<b>Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten</b>	
Grenzstreckenabschnitt (Länge)	350 m
Kontrollterritorium (Länge x Breite)	250 m x 65 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	Pkw Einreise und Ausreise mit 8 Fahrzeugspuren insgesamt KOM Einreise und Ausreise mit 4 Fahrzeugspuren insgesamt
Entfernung zwischen GÜSt und vorgelagertem VP-Kontrollpunkt	k. A.

Die Abteilung VI der jeweiligen MfS-BV klärte die der eigenen GÜSt gegenüberliegende West-Dienststelle als Gegen-GÜSt intensiv auf. Das war im Fall der GÜSt Eisfeld die GKS Coburg (Rottenbach). Die GKS Coburg war im MfS als Feindobjekt »Lauter« kategorisiert. Zeugnisse der Aufklärung sind überliefert.<sup>562</sup>

<sup>561</sup> Die funktionellen und strukturellen Angaben beziehen sich auf das Jahr 1985, vgl. Auskunftsblatt, 25.9.1985, BArch, MfS, HA VI 10076, Bl. 11–12. Siehe auch Entschluss zur Eröffnung der Grenzübergangsstelle Eisfeld, 18.6.1973; BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VI Nr. 58, Bl. 1–12. MfS-Anweisung Nr. 6/73, Eröffnung der Grenzübergangsstellen Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld [...], 8. 6.1973; BArch, MfS, HA VI Nr. 13834.

<sup>562</sup> Vgl. Bilddokumentation zu den neueröffneten Grenzkontrollstellen der BRD in Bergen a. d. Dumme, Duderstadt, Rottenbach und Eußenhausen, Juni 1973; BArch, MfS, HA VI Nr. 262 und Bilddokumente zu den am 21. Juni 1973 neueröffneten Grenzkontrollstellen der BRD in Bergen, Duderstadt, Rottenbach, Eußenhausen sowie Informationen eines an diesem Tag eingesetzten IM des MfS; BArch, MfS HA VI Nr. 8632 und FOA »Lauter« (XI 660/84), Ermittlungen und Beobachtungen zur Grenzkontrollstelle Rottenbach; BArch, MfS, BV Suhl, AKG ZMA Nr. 4311.



An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenztruppen</b>	
Kommandant der GÜSt	OSL Fritz
Sicherungskräfte Grenztruppen	30
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Krannich <sup>563</sup>
Personalstärke (Soll/Ist)	k. A./78
Kräfte Stab	1 : 11
Kräfte Kontrollzüge I bis IV	4 : 41
Kräfte Versorgung <sup>564</sup>	1 : 20
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZOK Künkel
Personal GZA	31
<b>Zivile Einrichtungen</b>	
Deutsche Post	1 : 1
Deutsches Rotes Kreuz	1 : 3
<i>Intershop</i> -Geschäft	1 : 3
Staatsbank der DDR	1 : 11

<sup>563</sup> Major Hartmut Krannich (\*1942), war 1969 hauptamtlicher Mitarbeiter der BV Suhl/KD Ilmenau, 1974 in der BV Suhl/Abt. VI, ab 1977 Leiter PKE GÜSt Eisfeld; BArch, MfS, Suhl, Kaderkarteikarte Rot und Weiß. Siehe auch Krannich, Hartmut: Erfahrungen, Erkenntnisse und Erfordernisse zur Erhöhung des operativen Inhaltes der Kontroll-, Abfertigungs- und Überwachungsprozesse in der Grenzpassage [...]. (JHS-Diplomarbeit); BArch, MfS, JHS MF 4463.

<sup>564</sup> Die Versorgungskräfte der PKE stehen wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Einrichtung von Küche und Speisesaal. Vgl. Teilförderungsprogramm für den Versorgungsteil der Unterkunftsojekte GÜSt, 1973; BArch, MfS, BV Erfurt, Abt. RD Nr. 613.

## 10.4 Die GÜSt Selmsdorf/Herrnburg

### 10.4.1 Die GÜSt Selmsdorf

<b>Straßen-GÜSt Selmsdorf<sup>565</sup></b>	
Zugelassen für die Kategorien	Transit, <sup>→G</sup> Wechselverkehr, Mülltransporte aus dem Westen
Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten	
<sup>→G</sup> Grenzstreckenabschnitt (Länge)	450 m
<sup>→G</sup> Kontrollterritorium (Länge x Breite)	185 m x 150 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	Pkw Einreise und Ausreise mit 6 Fahrzeugspuren insgesamt KOM Einreise und Ausreise mit einer Fahrzeugspur Lkw Einreise und Ausreise mit 4 Fahrzeugspuren (Rampen) insgesamt
Technische Einrichtungen zur Verhinderung von Republikfluchten (Auswahl)	Kfz-Sperre Sperrschlagbäume GÜSt von Grenzzaun mit Signalteil umgeben, Hundezwinger Ablageort für sprengstoffverdächtige Gegenstände

Die Abteilung VI der jeweiligen MfS-BV klärte die der eigenen GÜSt gegenüberliegende West-Dienststelle als <sup>→G</sup>Gegen-GÜSt intensiv auf. Das war im Fall der GÜSt Selmsdorf die GKS Lübeck-Schlutup. Die GKS Lübeck-Schlutup war im MfS als Feindobjekt »Trave« kategorisiert. Zeugnisse der Aufklärung sind überliefert.<sup>566</sup>

<sup>565</sup> Soweit nicht anders angegeben basieren alle Angaben auf Auskunftsblatt v. 1.5.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 10075, Bl. 6–7. Zum Ablage-Ort für sprengstoffverdächtige Gegenstände (SVG) vgl. Lageplan v. 2.4.1986; BArch, MfS, HA VI Nr. 10075, Bl. 8.

<sup>566</sup> Vgl. Sachstandsbericht zum FO »Trave«, 17.12.1986; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter Nr. 1035. Siehe auch Informationsbedarf, den IM/GMS, die in das Operationsgebiet fahren, zu realisieren haben, 22.10.1988, sowie ZMA-Ablage zum Feindobjekt Gegen-GÜSt (FO »Trave«), 22.10.1988; BArch, MfS, BV Rostock,

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenztruppen</b>	
→ <sup>6</sup> Kommandant der GÜSt	OSL Voigt
Sicherungskräfte Grenztruppen	1 Zug
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	OSL Kröppelien <sup>567</sup>
Kräfte Kontrollzüge I bis IV	119
Davon Spezialkräfte (Präzisionsschützen, SVG-Berechtigte)	12 <sup>568</sup>
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZOK Herrmann
Personal GZA	64

Abt. VI Nr. 969, Bl. 19–22.

<sup>567</sup> OSL Robert Kröppelien (\* 1939) begann seine Laufbahn 1960 im GZA Rostock, 1962 wechselte er zum KPP Warnemünde (HPF). 1976 wurde er 2. stellv. Leiter der PKE Herrnburg und wenige Monate später PKE-Leiter; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. KuSch Kaderkartei Kröppelien, Robert; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. KuSch, MA-Akte Nr. 2201. Siehe auch Kröppelien: Das Zusammenwirken der Abteilung VI des MfS mit den Organen der Zollverwaltung ...; BArch, MfS, JHS MF VVS/ 160-1206/74.Kröppelien/Kublun: Die weitere Qualifizierung und Vervollkommnung der Kontrolle, Abfertigung und Überwachung des berufsbedingten grenzüberschreitenden Verkehrs aus nichtsozialistischen Staaten ...; BArch, MfS, JHS MF 3814. Die PKE Selmsdorf und PKE Herrnburg wurden am 25.8.1977 zu einer DE, der PKE Selmsdorf zusammengelegt. Beide Standorte wurden ab diesem Zeitpunkt vom Leiter der PKE Selmsdorf geleitet; MfS-Befehl Nr. BV Rostock/5/77 des Leiters der BV Rostock; BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 1273.

<sup>568</sup> Vgl. Aufstellung über Spezialschützen, SVG-Berechtigte der Abteilung VI (BV Rostock), 7.9.1989; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI Nr. 1474, Bl. 1–4.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Zivile Einrichtungen</b>	
Deutsches Rotes Kreuz	1 : 3
<i>Mitropa</i>	1 : 7
Reisebüro der DDR	1 : 4
Staatsbank der DDR	1 : 16

#### 10.4.2 Die GÜSt Herrnburg

<b>Eisenbahn-GÜSt Herrnburg<sup>569</sup></b>	
Zugelassen für die Kategorien	Ein- und Ausreise, Transit, Güterverkehr
<b>Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten</b>	
Grenzstreckenabschnitt (Länge)	600 m
Kontrollterritorium (Länge x Breite)	750 x 75 m
Technische Einrichtungen zur Verhinderung von Republikfluchten (Auswahl)	→ <sup>G</sup> Y-Weiche → <sup>G</sup> Beschaubrücke

<b>Grenztruppen</b>	
Kommandant der GÜSt	siehe Selmsdorf
Sicherungskräfte Grenztruppen	siehe Selmsdorf

<sup>569</sup> Die Angaben basieren auf dem Auskunftsblatt v. 1.5.1982; BArch, MfS, HA VI Nr. 10076, Bl. 31.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	siehe Selmsdorf
Kräfte Kontrollzug	32
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZK Czichi
Personal GZA	35
<b>Zivile Einrichtungen</b>	
Deutrans	1 : 5
Deutsche Post	1 : 2
Deutsche Reichsbahn	32
Deutsches Rotes Kreuz	3
<i>Mitropa</i>	1 : 5
Staatsbank der DDR	1 : 9

## 10.5 Die Binnenschifffahrt-GÜSt Dreilinden, Kleinmachnow und Nedlitz

### 10.5.1 Die GÜSt Dreilinden

<b>Binnenschifffahrt-GÜSt Dreilinden<sup>570</sup></b>	
Zugelassen für den zivilen Binnenschiff-Güterverkehr der Kategorien	Transit, Wechselverkehr, Ringverkehr
Eröffnung	20. November 1981
Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten	
→ <sup>G</sup> Grenzstreckenabschnitt (Länge)	47 m (Schiffssperre bis Westberlin)
→ <sup>G</sup> Kontrollterritorium (Länge x Breite)	620 m x 100 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	2 Liegeplätze Einreise 2 Liegeplätze Ausreise Kanalbreite 40 m
Technische Einrichtungen zur Verhinderung von Republikfluchten (Auswahl)	Hydraulische Kippsperre Kettennetz-Sperre <sup>571</sup> 2 Postentürme (11 m und 6 m hoch)

Die →<sup>G</sup>Gegen-GÜSt zur Binnenschifffahrt-GÜSt Dreilinden bildeten der Grenzzolldienst (GZD) Kladow und der GZD Lichterfelde.

<sup>570</sup> Sofern nicht anders angegeben beziehen sich alle Angaben auf das Jahr 1988. Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 10076, Bl. 55–56. Die GÜSt Dreilinden, Kleinmachnow und Nedlitz bildeten für PKE und GZA jeweils eine einheitliche Dienststelle unter jeweils einem Leiter. Der Dienort war in der GÜSt Nedlitz angesiedelt. Die Grenztruppen waren am Kanallauf mit den Grenzregimentern 42 (GR 42) Kleinmachnow und GR 44 Potsdam-Babelsberg vertreten, eventuell reichte das GR 34 Groß Glienicke noch in den Sicherungsraum hinein. Oberst Günter Wagner kann nur für die GÜSt Dreilinden und Kleinmachnow als Kommandant belegt werden. Durch die Kanalwiedereröffnung war ein sektorenüberschreitender Verkehr auf dem Berliner Wasserstraßenring, z. B. vom Wannsee über Spandau, Berlin-Mitte, den Osthafen, über Britzer- und Teltowkanal zum Wannsee als Ringverkehr wieder möglich.

<sup>571</sup> Zur Kettennetz-Sperre vgl. Auskunftsmaterial GÜSt Dreilinden, o. D. (ca. 1981); BArch, MfS, HA VI Nr. 14676, Bl. 1–6, hier 1.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenztruppen</b>	
→ <sup>G</sup> Kommandant der GÜSt	Oberst Wagner
DHO des Kommandanten	4
Sicherungskräfte Grenztruppen	3
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Pohl
Personalstärke (Soll/Ist)	11/9
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZOK Hoffmann
Personal GZA	1 : 12
<b>Volkspolizei (MdI)</b>	
VP-Wasserschutz	Gruppenposten Schleuse Kleinmachnow, VPKA Potsdam-Land, Revier Teltow

## 10.5.2 Die GÜSt Kleinmachnow

<b>Binnenschifffahrt-GÜSt Kleinmachnow<sup>572</sup></b>	
Zugelassen für den zivilen Binnenschiff-Güterverkehr der Kategorien	Transit, Wechselverkehr, Ringverkehr
Eröffnung	20. November 1981
<b>Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten</b>	
Grenzstreckenabschnitt (Länge)	60 m
Kontrollterritorium (Länge x Breite)	600 m x 100 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	2 Liegeplätze Einreise 2 Liegeplätze Ausreise Kanalbreite 60 m
Technische Einrichtungen zur Verhinderung von Republikfluchten (Auswahl)	2 Postentürme (6 m)

Die Gegen-GÜSt zur Binnenschifffahrt-GÜSt Dreilinden bildeten der Grenz Zolldienst (GZD) Kladow und der GZD Lichterfelde.

<b>An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen</b>	<b>Personalstärken, Leitungspersonal</b>
<b>Grenztruppen</b>	
Kommandant der GÜSt	Oberst Wagner
DHO des Kommandanten	4
Sicherungskräfte Grenztruppen	3
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Pohl
Personalstärke (Soll/Ist)	11/9

<sup>572</sup> Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 1984. Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 10076, Bl. 60.



An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZOK Hoffmann
Personal GZA	1 : 14
<b>Volkspolizei (MdI)</b>	
VP-Wasserschutz	Gruppenposten Schleuse Kleinmachnow, VPKA Potsdam-Land, Revier Teltow

### 10.5.3 Die GÜSt Nedlitz

<b>Binnenschifffahrt-GÜSt Nedlitz<sup>573</sup></b>	
Zugelassen für den zivilen Binnenschiff-Güterverkehr der Kategorien	Transit, Wechselverkehr
<b>Territoriale Ausdehnung und Baulichkeiten</b>	
Grenzstreckenabschnitt (Länge)	1 000 m
Kontrollterritorium (Länge x Breite)	1 000 m x 550 m
Wesentliche Anlagen des Kontrollterritoriums	5 Liegeplätze Einreise 5 Liegeplätze Ausreise
Technische Einrichtungen zur Verhinderung von Republikfluchten (Auswahl)	Pontonsperre (120 m), darunter Kettennetz und versenkte Schiffe, 2 Pontons (je 25 m) zum Einschwimmen in die Ein- und Ausfahrt, Ketten-Seilsperre für die Ein- und Ausfahrt, Leuchtschiff (80 m)

<sup>573</sup> Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 1984. Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 10076, Bl. 58.

An der GÜSt vertretene Institutionen, Einrichtungen, Funktionen	Personalstärken, Leitungspersonal
<b>Grenztruppen</b>	
Kommandant der GÜSt	k. A.
DHO des Kommandanten	4
Sicherungskräfte Grenztruppen	2
<b>Passkontrolleinheit (PKE)</b>	
Leiter PKE	Major Pohl
Personalstärke (Soll/Ist)	16/12
Kräfte Stab	3
<b>Grenzzollamt (GZA)</b>	
Leiter GZA	ZOK Hoffmann
Personal GZA	25
<b>Volkspolizei (MdI)</b>	
VP-Wasserschutz	VPKA Potsdam-Stadt, Revier Nedlitz

## 10.6 Gesamtübersicht innerdeutscher GÜSt

Liste maßgeblicher DDR-Grenzübergangsstellen zur Passage der innerdeutschen Grenze und nach Westberlin in den 1980er-Jahren.

Grenzübergangsstelle	Territorialer Standort	Übergang nach	Verkehrsweg Hauptnutzungsart
Berlin Bornholmer Straße	Ostberlin	Westberlin	Straße Personen, Kfz
Berlin Britzer Zweigkanal, Sonnenallee	Ostberlin	Westberlin	Binnenschifffahrt Güterverkehr
Berlin Chausseestraße	Ostberlin	Westberlin	Straße Personen, Kfz
Berlin Friedrich-/Zimmer- straße	Ostberlin	Westberlin	Straße Personen, Kfz, Alliiertes Militär
Berlin Friedrichstraße	Ostberlin	Westberlin	Eisenbahn, S-Bahn, U-Bahn Personen
Berlin Heinrich-Heine- Straße	Ostberlin	Westberlin	Straße Personen, Kfz, Güter- verkehr
Berlin Invalidenstraße	Ostberlin	Westberlin	Straße Personen, Kfz
Berlin Marschallbrücke	Ostberlin	Westberlin	Binnenschifffahrt Güterverkehr
Berlin Oberbaumbrücke	Ostberlin	Westberlin	Straße Personen
Berlin Osthafen	Ostberlin	Westberlin	Binnenschifffahrt Güterverkehr
Berlin Sonnenallee	Ostberlin	Westberlin	Straße Personen, Kfz

Grenzübergangsstelle	Territorialer Standort	Übergang nach	Verkehrsweg Hauptnutzungsart
Buchhorst	Kreis Klötze	BRD	Eisenbahn Güterverkehr
Buchhorst	Kreis Klötze	BRD	Binnenschifffahrt Güterverkehr
Dreilinden	Kreis Potsdam	Westberlin	Binnenschifffahrt Güterverkehr
Drewitz	Potsdam	Westberlin	Autobahn Kfz, Güterverkehr, Alliiertes Militär
Drewitz	Potsdam	Westberlin	Eisenbahn Güterverkehr
Eisfeld	Kreis Hildburghausen	BRD	Straße Kleiner Grenzverkehr, Personen, Kfz
Ellerich	Kreis Nordhausen	BRD	Eisenbahn Güterverkehr
Gerstungen	Kreis Eisenach	BRD	Eisenbahn Personen, Güterverkehr
Glienicker Brücke	Potsdam	Westberlin	Straße Alliiertes Militär (Militärverbindungsmissionen)
Griebnitzsee	Potsdam	Westberlin	Eisenbahn Personen, Alliiertes Militär, Sonderzüge zur Leipziger Messe
Gutenfürst	Kreis Plauen	BRD	Eisenbahn Personen, Güterverkehr
Hennigsdorf	Kreis Oranienburg	Westberlin	Binnenschifffahrt Güterverkehr

Grenzübergangsstelle	Territorialer Standort	Übergang nach	Verkehrsweg Hauptnutzungsart
Herrnburg	Kreis Grevesmühlen	BRD	Eisenbahn Personen, Güterverkehr
Hirschberg	Kreis Schleiz	BRD	Autobahn Kfz, Güterverkehr
Horst	Kreis Hagenow	BRD	Straße Personen, Kfz, Güterverkehr
Kleinmachnow	Kreis Potsdam	Westberlin	Binnenschifffahrt Güterverkehr
Mahlow	Kreis Zossen	Westberlin	Straße Mülltransport aus Westberlin
Marienborn	Kreis Oschersleben	BRD	Autobahn Kfz, Güterverkehr, Alliiertes Militär
Marienborn	Kreis Oschersleben	BRD	Eisenbahn Personen, Güterverkehr
Meiningen	Kreis Meiningen	BRD	Straße Kleiner Grenzverkehr, Personen, Kfz
Nedlitz	Potsdam	Westberlin	Binnenschifffahrt Güterverkehr
Oebisfelde	Kreis Klötze	BRD	Eisenbahn Personen, Güterverkehr
Probstzella	Kreis Saalfeld	BRD	Eisenbahn Personen, Güterverkehr
Rudower Chaussee	Kreis Königs Wusterhausen	Westberlin	Straße Personen, Kfz

Grenzübergangsstelle	Territorialer Standort	Übergang nach	Verkehrsweg Hauptnutzungsart
Salzwedel	Kreis Salzwedel	BRD	Straße Kleiner Grenzverkehr, Personen, Kfz
Schönefeld	Kreis Königs Wusterhausen	International	Luftverkehr Personen, Luftfracht
Schwanheide	Kreis Hagenow	BRD	Eisenbahn Personen, Güterverkehr
Selmsdorf	Kreis Grevesmühlen	BRD	Straße Personen, Kfz, Güterverkehr, Mülltransport aus dem Westen
Staaken (bis 1987)	Kreis Nauen	Westberlin	Straße Kfz, Güterverkehr
Staaken	Kreis Nauen	Westberlin	Eisenbahn Personen, Güterverkehr
Stolpe (ab 1987)	Kreis Oranienburg	Westberlin	Autobahn Kfz, Güterverkehr
Wartha	Kreis Eisenach	BRD	Straße Kfz, Güterverkehr
Worbis	Kreis Worbis	BRD	Straße Kleiner Grenzverkehr, Personen, Kfz
Zarrentin	Kreis Hagenow	BRD	Autobahn Kfz, Güterverkehr



Abb. 11: Die Übergänge an der innerdeutschen Grenze differenziert nach Straßen-, Eisenbahn- und Wasserstraßen-GÜSt, 1982.

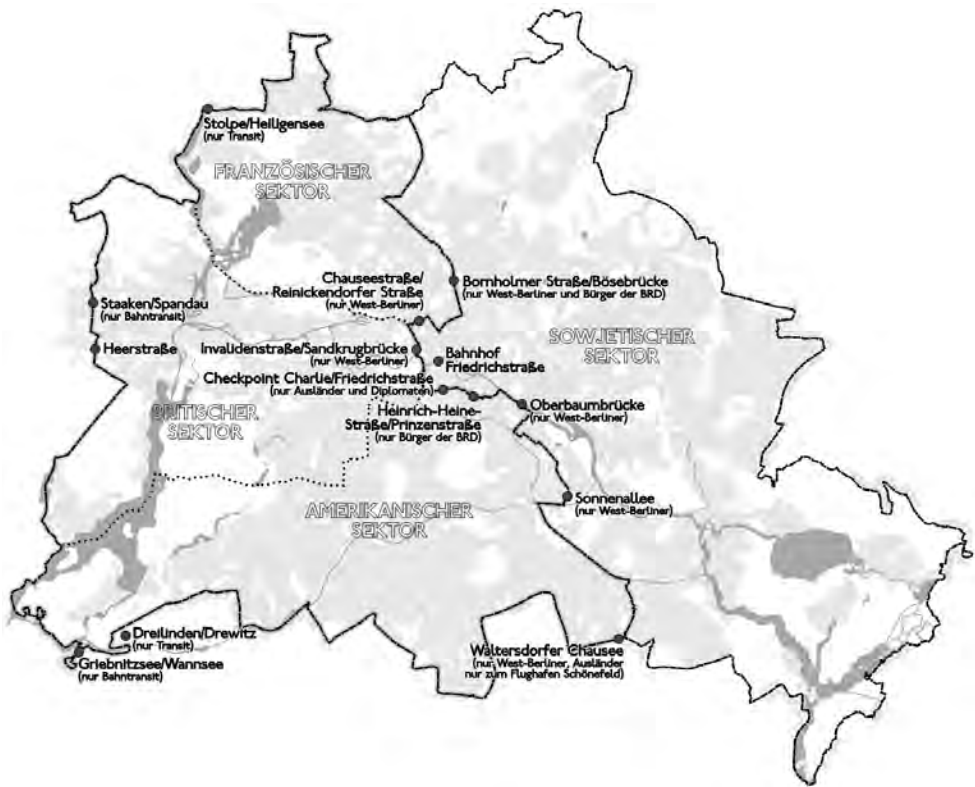


Abb. 12: Übergänge nach Westberlin differenziert nach Straßen- und Eisenbahn-GÜSt, 1988/89. Die Passage-Hinweise verweisen darauf, dass Westberlinern mehr Übergänge nach Ostberlin offenstanden als Bundesbürgern oder nichtdeutschen Staatsangehörigen.



## 11. Anlagen

## 11.1 Glossar

Das Glossar erläutert hauptsächlich Begriffe oder Sachverhalte, die im Zusammenhang mit der Sicherung der innerdeutschen Grenze auf DDR-Seite standen. Das Signet »<sup>→G</sup>« verweist im Text auf einen Glossareintrag. Der Verweis ist nicht auf die Erstnennung eines Eintrags beschränkt.

**Avisierung** Über Avisierungen regelte das MfS Ausnahmen vom üblichen Passkontroll- und Grenzübergangsregime. Dadurch konnten beispielsweise sowohl die diplomatischen Konventionen bei der Grenzpassage eingehalten, als auch Kontrolltiefen für staatlich gedeckte Schmuggelaktionen bei Grenzübertritten von hauptamtlichen oder inoffiziellen Geheimdienstmitarbeitern bestimmt sowie unerwünschte Personen vom Grenzübertritt ausgeschlossen werden. Voraussetzung waren Voranmeldungen bei dafür vorgesehenen staatlichen oder Geheimdienststellen, die die avisierungserheblichen Informationen an die Zentrale Avisierungsstelle im Lagezentrum (OLZ) der MfS-Hauptabteilung VI weitergaben. Das OLZ sicherte durch Instruktionen die vorgesehene Modalität an der vorab bestimmten Grenzübergangsstelle. Das Avisierungssystem wurde konspirativ gesteuert. Avisierungsfähig waren Personen, Fahrzeuge oder Güter im grenzüberschreitenden Verkehr. Differenziert wurde beispielsweise zwischen Sicherheits-Avisierung (Transport gefährlicher Güter, wertvolle Güter im Wert von mehr als 10 Mio. Mark), Hinweis-Avisierung (reibungslöse Abfertigung von Politikern, Künstlern, Sport- und Verhandlungsdelegationen) sowie Signal- und Daueravisierung.<sup>574</sup>

**Bitumen VI** Deckbezeichnung oder Aktionsbezeichnung des MfS; besonders für Maßnahmen und die Operativgruppe der BV Gera des MfS zur geheimpolizeilichen Überwachung der Bauaktivitäten an der Transit-Autobahn Berliner Ring-GÜSt Hirschberg.

---

<sup>574</sup> Vgl. Ordnung Nr. 4/85 über die Beantragung, Bestätigung, Einleitung und Realisierung von Avisierungen im grenzüberschreitenden Verkehr, Avisierungsordnung, 4.3.1985; BArch, MfS, HA XIX Nr. 12198, Bl. 1–11.

Beschaubrücke	Grenzsicherungselement auf DDR-Grenzbahnhöfen; die insbesondere an der Westgrenze installierten Konstruktionen dienten als Laufgänge für Kontrollposten zur Zug-Außenkontrolle, um offene Güterwagons oder die Dächer von Zügen zu überwachen. Unter anderem wurden Beschaubrücken an den GÜSt Drewitz, Gutenfürst und Bhf. Friedrichstraße eingerichtet.
Fahndungsmittel	Gesamtheit der Hilfsmittel der PKE, um beispielsweise Reisesperren, operativ oder diplomatisch motivierte Ausnahmen bei Pass-, Zoll-, Gepäck-, Fahrzeugkontrollen oder Vorgangsfahndungen nach den Vorgaben der Linie VI, der HV A, anderer DDR-Institutionen, befreundeter Dienste usw. durchzusetzen. Die dazu dienenden Maßnahme-Kataloge, Karteimittel, Listen waren unterschiedlich aufgebaut und trugen verschiedene Bezeichnungen. Darunter fielen z. B. der BTW-Block (Heftblocksystem der HA VI zur Personenfahndung auf Bahn-Transitwegen) oder Fahndungsspäne (Stapel von schmalen Papierstreifen mit alphabethisch aufgeführten Namen).
Fahndungsobjekte	Gesamtheit der Personen, Fahrzeuge, Dokumente oder Sachen, nach denen an den GÜSt gefahndet wurde. Die Ausrichtung der Fahndung bestimmten Fahndungskategorien, die in den Fahndungsmitteln niedergelegt waren. Fahndungen zielten z. B. auf Festnahme, Beobachtung oder Einreise-Zurückweisung von Personen ab. Eine Einreise wurde häufig Personen verweigert, die aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen wurden.

Fahndungssystem Flexid	Fahndungsmittel der PKE; Vorläufer der Fahndungskartei, Fahndungsbuch in Form von Plastikmappen mit austauschbaren Papierstreifen, die maschinenschriftlich die Daten der Fahndungsobjekte trugen. <sup>575</sup>
feindwärts, freudwärts	Begrifflichkeit mit militärischem Ursprung; bezeichnet das der eigenen Frontstellung vorgelagerte Territorium als feindwärts und das eigene Hinterland als freudwärts. Da laut der SED-Ideologie die innerdeutsche Grenze als Frontlinie galt, übertrug sich die Verortung auf die GÜSt und sickerte in den Sprachgebrauch des dort eingesetzten Personals ein.
Filtrierung	Bezeichnung der PKE für (hinsichtlich ihrer Art und inhaltlichen Ausrichtung gegenwärtig nur bedingt rekonstruierbare) Maßnahmen zur Informationsgewinnung aus dem grenzüberschreitenden Reise-, Touristen- und Warenverkehr. Die Filtrierung war besonders auf Beobachtung, Einschätzung und legendierte Befragung gestützt. Von besonderer Wichtigkeit waren wohl politisch-operativ interessierende Personen und Sachverhalte sowie das rechtzeitige Erkennen von Gefahrensituationen. Das zielte z. B. auf das Erkennen von Personen, von denen Gefahren für das Kontrollregime an der GÜSt oder Störungen dieses Regimes zu befürchten waren. Die Informationsgewinnung erstreckte sich auf detaillierte Aufklärung der jeweils gegenüberliegenden, westlichen Grenzdienststelle, anderer Dienststellen und Organisationen der Bundesrepublik bis hin zu westlichen Tourismusunternehmen. Darüber hinaus ging es um Erkenntnisse, die an andere Dienststellen des MfS weitergereicht wurden. Zur Filtrierung wurden vorwiegend gesondert geschultes Personal der PKE eingesetzt.
Gegen-GÜSt	Bezeichnung im MfS für die westliche Grenzkontrollstelle, die der eigenen GÜSt an der innerdeutschen Grenze oder der Grenze zu Westberlin jeweils gegenüberlag. Die Gegen-GÜSt klärte das MfS systematisch auf und kategorisierte diese dazu überwiegend als registrierte Feindobjekte.

---

<sup>575</sup> Tantzsch: Hauptabteilung VI, S. 55.

Gleisbildstellpult	Grenzicherungselement auf DDR-Grenzbahnhöfen (formal eine bahntechnische Standardbetriebsanlage); ein großflächiges Schema des Bahnhofsgleisbildes wurde mit einer Anlage zur Fernschaltung von Zug-Fahrwegen kombiniert. Auf Bahnhöfen mit GÜSt an der Westgrenze war die Freischaltung von Fahrwegen in die Maßnahmen zur Grenzicherung integriert und an gesonderte Befehle des militärischen Kommandanten der GÜSt gebunden.
Grenzstreckenabschnitt	Bereich oder Strecke zwischen dem Kontrollterritorium einer GÜSt (Straße, Autobahn, Eisenbahn) und dem Verlauf der innerdeutschen oder der Grenze zu Westberlin. Zwischen der letzten Station der Kontrolle der Grenzübertrittsberechtigung an der DDR-GÜSt und dem Übertritt über den eigentlichen Grenzverlauf lag ein teils erheblicher Verkehrsweg. Bewacht wurde der Grenzstreckenabschnitt von den Grenztruppen. <sup>576</sup>
Handlungsvariante	Die Bezeichnung stand im MfS für im Vorfeld festgelegte und umfassend choreografierte Abläufe von Handlungen des Kontroll- und Wachpersonals einer GÜSt und die Aktivierung von Sicherheitstechnik der GÜSt zur Eindämmung von Störungen der Grenzkontrolle oder zur Gefahrenabwehr an einer GÜSt. Unterschieden wurden Handlungsvarianten u. a. zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen von Ost nach West, zur Begrenzung der Wirkung von Sprengstoffanschlägen, anonymen Gewaltandrohungen, Angriffen auf das Personal der GÜSt oder Geiselnahmen oder von Überfällen auf die Filialen von <i>Intershop</i> oder Staatsbank. Der Ablauf der verschiedenen Handlungsvarianten wurde auf den GÜSt regelmäßig trainiert. Bei der Umsetzung der Handlungsvarianten (Vorgehen gegen sog. Terrorgefahr) besaßen die Spezialisten für Terrorabwehr der PKE und GZÄ eine besondere Funktion.

---

<sup>576</sup> Vgl. Wortlaut der Anordnung des MfNV über die Erhöhung der Sicherheit und Ordnung auf den Grenzstreckenabschnitten der Deutschen Reichsbahn im Schutzstreifen an der Staatsgrenze der DDR zu Westdeutschland v. 4.1.1969; BArch, MfS, HA XX Nr. 19577.

Kommandant	Der Kommandant war der militärische Befehlshaber der GÜSt und des entsprechenden Grenzabschnitts. Er trug die Verantwortung für die Sicherung der Staatsgrenze und der Flanken der GÜSt. Zu diesem Zweck unterstand ihm eine Sicherungseinheit der Grenztruppen. Der Kommandant war für die Gesamtheit der Abläufe und dafür verantwortlich, dass die baulichen, verkehrstechnischen und Sicherungsanlagen der GÜSt ständig den Erfordernissen des Verkehrs, der Sicherheit und einer reibungslosen Dienstdurchführung entsprachen. Das schloss alle Dienstleistungen (Verpflegung, Heizung, Energie, Wasser, Reinigung) und die Bereitstellung aller erforderlichen Kräfte sowie der finanziellen und materiellen Mittel ein. <sup>577</sup> Kommandanten von KPP verfügten ab Herbst 1961 über militärische Befehlsgewalt.
Kontrollgarage	Von außen nicht einsehbare Garage im Kontrollterritorium, die der intensiven Durchsuchung von Fahrzeugen im Transit diente. Im Zentrum stand die Suche nach Flüchtlingen, die beispielsweise durch die Anzeige von technischen Kontrollgeräten, durch Avisierung oder wegen Transitauffälligkeiten in einem Fahrzeug vermutet wurden. Da die hauptamtlichen Mitarbeiter von PKE und GZA die West-Fahrzeuge nicht selbst öffnen durften, wurden die jeweiligen Fahrzeugführer dazu angehalten.
Kontrollterritorium	Für die Reisenden zugängliche (öffentliche) Flächen und Baulichkeiten von DDR-GÜSt, die der Regelkontrolle von PKE und GZA dienten.

---

<sup>577</sup> Vgl. Besetzung Kommandantenposten; BArch, MfS, HA I Nr. 16797 sowie Anlage zum MfS-Befehl Nr. 40/64; BArch, MfS, BdL Nr. 852 Bl. 1–12.

KPP	Kontrollpassierpunkt; eigentlich ein »kontrollierter Passierpunkt«, zunächst an der innerdeutschen Demarkationslinie und der Westberliner Außengrenze, ab dem 13. August 1961 auch an der innerstädtischen Sektorengrenze zu Westberlin von der DDR eingerichtete Übertrittsstellen. Zur Passage legitimierten verschiedene Dokumente oder Genehmigungen, die Vertreter der DDR kontrollierten. Uniformierte Angehörige der Alliierten wiesen sich gegenüber deutschen Grenzkontrolleuren nicht aus, zur Kontrolle war nur alliiertes Personal berechtigt. Infolge von Passierscheinabkommen und wachsendem Transitverkehr wandelten sich die KPP sukzessive in Grenzübergangsstellen (GÜSt), die für eine relative Normalität der Passage der innerdeutschen Grenzen standen.
Laufzeit	Begriff für die Zeit, die ein Transitfahrzeug von der Einreise bis zur Wieder-Ausreise aus der DDR unter Berücksichtigung der jeweiligen Witterungs- und Tageszeiten üblicherweise benötigte. Die Laufzeiten wurden bei der Transitausreise abgeglichen. Deutliche Unter- oder Überschreitungen der Laufzeiten waren verdächtig und konnten zu Kontrollen der Fahrzeuge führen. Kraftfahrer mit deutlicher Überschreitung der Laufzeit setzten sich dem Verdacht aus, den Transit verbotenerweise verlassen zu haben. <sup>578</sup>
Legende	MfS-Begriff; die Legende stand im Geheimdienstjargon für die Gesamtheit der Handlungen, Erklärungen oder Ausstattungen, die MfS-Mitarbeiter anwendeten, um ihre MfS-Zugehörigkeit und ihre Interessen oder Ziele zu verschleiern oder zu verbergen. Häufig wurden z. B. verfälschte Ausweise, eine Uniformierung als Polizist oder fiktive Zugehörigkeiten zu einer anderen Institution verwendet.

---

<sup>578</sup> Vgl. Suckut: Wörterbuch, S. 431 (Transitabweicher).

Lockspur	Von Fahrzeugen freigehaltene Fahrbahn, auf die potenzielle Grenzdurchbrecher mit ihrem Kfz gelockt werden sollten, da diese Spur einen Durchbruch vermeintlich begünstigte. Die Lockspuren waren gegen Grenzdurchbrüche besonders abgesichert. <sup>579</sup>
Mindestumtausch	In die DDR zum Familienbesuch oder zu touristischen Zwecken einreisende Personen aus westlichen Staaten mussten bei Grenzübertritt für jeden Aufenthaltstag in der DDR einen Mindestbetrag westlicher Währung in DDR-Mark umtauschen (umgangssprachlich: Zwangsumtausch). Der Umtausch-Kurs und die Betragshöhe orientierten sich am dringenden Bedarf der DDR an westlichen Währungen. Eingeführt wurde der Mindestumtausch 1964. <sup>580</sup>
Mittel I/K	Deckbezeichnung für eine Variante der tschechischen Maschinenpistole <i>Skorpion</i> mit Zielfernrohr als Teil des Waffenarsenals der GÜSt. <sup>581</sup>

---

<sup>579</sup> Vgl. Behring: Untersuchung einiger Seiten vorbeugender Verhinderung und Bekämpfung von Provokationen, Terror- und Gewalttaten am Beispiel der Straßen-GÜSt Selmsdorf und Schlussfolgerungen zur effektiven Gestaltung; BArch, MfS, JHS MF 8689, S. 26–29.

<sup>580</sup> Vgl. Anordnung des Ministers der Finanzen über die Einführung eines verbindlichen Mindestumtausches v. 25.11.1964; BArch, MfS, BV Leipzig, BdL Nr. 8779. Siehe auch Zoll-Befehl Nr. 9/74 zur Durchführung des verbindlichen Mindestumtausches bei der Einreise von Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins zum besuchswisen Aufenthalt in die Bezirke der DDR und ihre Hauptstadt sowie zu touristischen Zwecken in die grenznahen Kreise der DDR v. 8.11.1974; BArch, MfS, Abt. Finanzen Nr. 7544 und die Vereinbarung zwischen dem MfS und der Zollverwaltung der DDR über die Durchführung des verbindlichen Mindestumtausches bei der Einreise von Personen mit ständigem Wohnsitz in nichtsozialistischen Staaten und in Westberlin an den Grenzübergangsstellen der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin v. 8.11.1974; BArch, MfS, Abt. Finanzen Nr. 1572.

<sup>581</sup> Vgl. Aufstellung der Spezialwaffen der GÜSt Hirschberg, 2.7.1985; BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10682, Bl. 12.



Mittel I/R	Deckbezeichnung für den <i>Revolver 38 Spezial</i> als Teil des Waffenarsenals der GÜSt. Die mit der Waffe verschossene Munition war nicht auf tödliche, sondern auf eine Mann-Stopp-Wirkung (Schock, Ohnmacht, Blutergüsse und je nach Kleidung und Auftreffwinkel auch Rippenbrüche) konzipiert. <sup>582</sup>
Mittel I/S	Deckbezeichnung für ein Scharfschützengewehr als Teil des Waffenarsenals der GÜSt.
MPi 61	Handfeuerwaffe; die Klein-Maschinenpistole M 61 beruhte auf der tschechischen <i>Skorpion</i> , Kaliber 7,65 mm. Die Waffe wurde auch in Verbindung mit dem »Mittel E« eingesetzt (Deckbezeichnung für Abfertigungskoffer der GZÄ an den Eisenbahn-GÜSt). Der umgehängte Koffer wurde aufgeklappt vor dem Bauch getragen und barg die Klein-Maschinenpistole.
Operatives Leitzentrum (OLZ)	Diensteinheit auf der Linie VI des MfS; leistete Anleitungs- und Mittlerfunktion zwischen Abteilungen der BV und den KD sowie zwischen Diensteinheiten der Linie VI und den PKE der BV. Das betraf insbesondere Einleitung und Koordinierung von politisch-operativen Kontroll- und Überwachungsprozessen im grenzüberschreitenden Verkehr, im Transit und im einreisenden Tourismus, darunter: Fahndungsführung, Sofort-Überprüfungen von Personen, Einleiten von Überwachungen. Die Diensteinheit war auf der ministeriellen und auf der bezirklichen Ebene vertreten. <sup>583</sup>
Operative Sicherung (OPS)	Diensteinheit in der Linie VI des MfS; war auf der ministeriellen und der bezirklichen Ebene vertreten. Die Tätigkeit konzentrierte sich u. a. auf das Verhindern sogenannter Missbrauchshandlungen im grenzüberschreitenden Verkehr, die Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Diplomaten und von Vertretern der Westalliierten. <sup>584</sup>

---

<sup>582</sup> Vgl. Einsatz des *Revolvers 38 Spezial* an den Berliner Grenzübergangsstellen, 9.4.1985; BArch, MfS, HA VI Nr. 10030, Bl.165 f.

<sup>583</sup> Siehe auch Wiedmann: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, S. 232 f.

<sup>584</sup> Aufgabenspezifizierung nach Tantzsch: Hauptabteilung VI, S. 26 f.

Reizgas R 2	Ausrüstungsgegenstand von polizeilichen und miliz-ähnlichen Ordnungstruppen. Die Eisenbahn-GÜSt Probstzella verfügte seit 1982 über zwei Großbehälter mit Reizgas R 2, die nach dem Prinzip von Handfeuerlöschern funktionierten. Die Postenbereiche waren mit Gas-Spray SV 2000 ausgerüstet. <sup>585</sup>
Rollsperre	Grenzsicherungselement auf DDR-Straßen/Autobahn-GÜSt; mit Kfz nicht durchbrechbare Straßensperre aus Stahl in Widerlagern aus Stahlbeton im Grenzstreckenabschnitt. Positionierung und Dimension der Widerlager verhinderten auch ein Umfahren der Rollsperre durch Kfz. Die Rollsperre wurde durch die Grenztruppen ausgelöst. <sup>586</sup>
RPG-7	Leichter Granatwerfer zur Panzerabwehr, tragbare Ein-Mann-Panzerbüchse (sowjetische Produktion), Kaliber 85 mm.
Salzwedel	Grenzsicherungselement auf Straßen-GÜSt; der massive Sperschlagbaum (Sperschwenkbaum) Typ Salzwedel wurde ab 1976 an den GÜSt eingebaut und verfügte über ein verschließbares Widerlager. Kfz konnten die Schrankenanlage kaum durchbrechen. <sup>587</sup>
Sperrgraben	Grenzsicherungselement auf DDR-Grenzbahnhöfen an der Westgrenze; quer zum Bahndamm angelegter, U-förmig ausbetonierter Graben unter dem Gleiskörper im Grenzstreckenabschnitt, der Straßenfahrzeuge am Überwinden der Grenze auf dem Gleiskörper hindern sollte. Einbau ab 1986, Auslöser war der versuchte Grenzdurchbruch mittels Lkw an der Eisenbahn-GÜSt Ellerich am 18. März 1985. Eine andere Bezeichnung für die Sperre war Kleingleisbaubrücke.

---

<sup>585</sup> Vgl. BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 5913, Bl. 30.

<sup>586</sup> Vgl. Behrendt: Guten Tag, Passkontrolle der DDR, S. 162–165.

<sup>587</sup> Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 124, Bl. 79–112.

- Swing Eine zwischen zwei Staaten vereinbarte, ein- oder beidseitig eingeräumte, meist zinslose Kreditlinie zum Ausgleich zeitlich unterschiedlicher Eingänge oder Ausgänge von Zahlungen im bilateralen Handel. Im deutsch-deutschen Sonderfall waren es mehrere, zeitlich versetzte, zinslose Überziehungskredite, die die Bundesrepublik Deutschland der DDR einräumte, um der DDR einen innerdeutschen Warenbezug zu ermöglichen. Für bundesdeutsche Geschäftsbanken war die DDR überwiegend nicht kreditwürdig. Der Zinsverlust aus dem Swing schlug sich im Bundeshaushalt nieder.<sup>588</sup>
- Technik V MfS-Deckbezeichnung für Anlagen zur Durchleuchtung von ausreisenden Pkw und KOM mit einer Cäsium-134-Quelle bei ihrer Einfahrt in die GÜSt. Die Strahlenquelle befand sich in fünf Meter Höhe unter einem Dach oder in einer Brückenkonstruktion der Vorkontrolle, in der Fahrbahn waren rund 100 Strahlungsdetektoren nebeneinander angeordnet. Auf einem Bildschirm wurde ein Röntgenbild generiert, das einen Hinweis auf eventuell versteckte Personen geben konnte.<sup>589</sup>
- Technik VII MfS-Deckbezeichnung für Erschütterungssensoren, die ab 1977 als leicht handhabbare, kleinformatische Geräte eingesetzt wurden. Auf der hinteren Stoßstange eines verdächtigen Pkw abgelegt, sollten sie feinste Schwingungen von verborgenen Personen aufspüren. Bei positiver Anzeige sollte zur Verschleierung der Funktion des Gerätes ein Spürhund herangezogen werden. Bei Lkw kam das Gerät nicht zum Einsatz, diese wurden ausschließlich mit Hunden untersucht.<sup>590</sup>

---

<sup>588</sup> Vgl. BArch, MfS, HA XVIII Nr. 37483.

<sup>589</sup> Vgl. Abschlussbericht K1 – OTA 1765 (T5), 24.7.1979, BArch, MfS, OTS Nr. 2351, Bl. 7–12, hier 8 sowie Engelbrecht: Agentenkrieg im Grenzland, S. 66–69.

<sup>590</sup> Vgl. BArch, MfS, HA VI Nr. 124, Bl. 176–193.

Transportmittel-Innenkontrolle	Kontrollmaßnahme in internationalen und Transitzügen; Aufgabe insbesondere der Trapo, die in Zügen Toiletten, Abteile und sonstige Räume (Schächte, Abseiten und Toträume) auf versteckte Personen oder Gegenstände absuchte. <sup>591</sup>
UWE	Fahndungsmittel der PKE; Deckbezeichnung für ein Fahndungsmittel, das hauptsächlich 1974 zum Ausschluss des Personals des Umweltbundesamtes in Westberlin vom innerdeutschen Transit genutzt wurde. Ab Mitte August 1974 diente es der stillen Fahndung nach dem genannten Personal mit dem Zweck der Kontrolle und Informationsgewinnung für das MfS.
Wechselverkehr	Bezeichnung insbesondere für Besuchsreisen in die DDR bzw. nach Ostberlin. Der Begriff stand auch für den Warenverkehr in die DDR und nach Ostberlin (Lkw) und schloss die westlichen Abfalllieferungen (Lkw) in die DDR ein.
Y-Weiche	Grenzsicherungselement im Bereich von DDR-Grenzbahnhöfen; das insbesondere an der Westgrenze eingesetzte gleistechnische Bauwerk trug unterschiedliche Bezeichnungen: Schutzweiche, Stumpfweiche, Sperrweiche, Entgleisungsweiche, Ypsilon-Weiche. Es bewirkte in seiner Normalstellung das Umleiten eines Gleisfahrzeuges auf ein Abstell- oder Stummelgleis mit einem Gewalthalt an einem Prellblock oder durch Entgleisung. Eine Durchfahrt auf dem Hauptgleis musste nach Abschluss der Zuggrenzkontrolle und Freigabe des Zuges oder wegen sonstigem Passagerecht eines Zuges durch entsprechende Weichenstellung jeweils bewirkt werden. <sup>592</sup>

---

<sup>591</sup> Vgl. Kuhlmann: Züge durch Mauer und Stacheldraht, S. 48.

<sup>592</sup> Vgl. u. a. Kuhlmann: Züge durch Mauer und Stacheldraht, S. 29.

## 11.2 Dienstränge der Zollverwaltung der DDR

Abkürzung	Dienststrang, Anmerkung
Zollassistenten <sup>593</sup>	Drei Stufen, hier nicht relevant
ZUS	Zolluntersekretär
ZS	Zollsekretär
ZOS	Zollobersekretär
ZUK	Zollunterkommissar
ZK	Zollkommissar
ZOK	Zolloberkommissar
ZHK	Zollhauptkommissar
Rat	Zollrat
Oberrat	Zolloberrat
Zollinspektoren	Gestaffelte Spitzenämter innerhalb und oberhalb der Zollratsgruppe

---

<sup>593</sup> Die Dienstränge oder Dienstgrade der Zollverwaltung der DDR wurden 1966 neu geordnet. 1987 wurde der Chefinspekteur neu bewertet und ihm ein Hauptinspekteur untergeordnet. Der einfache Zollinspekteur war der höchste Rang in der Gruppe der Zollräte.

### 11.3 Abkürzungsverzeichnis

A	Autobahn
ABM	Autobahnmeisterei
Abt.	Abteilung
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit (1989 Nachfolgebehörde des MfS)
AG	Arbeitsgruppe
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS)
APF	Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung (MfS)
APO	Abteilungsparteiorganisation
AR I	Arbeitsrichtung I
AstA	Antragsteller auf ständige Ausreise
AZKW	Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs
BArch	Bundesarchiv
BCD	Bewaffnung, chemischer Dienst
BdL	Büro der Leitung
BdVP	Bezirksbehörde der Volkspolizei
BEL	Bezirkseinsatzleitung
Bepo	Bereitschaftspolizei
BMI	Bundesministerium des Innern (Bundesrepublik)
BMK	Bau- und Montagekombinat
BMW	Bayerische Motoren-Werke AG
B-Punkt	Beobachtungspunkt (MfS)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte/r für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BTW	Bahntransit-West
BV	Bezirksverwaltung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film AG
DFA	Reise in dringenden Familienangelegenheiten
DGP	Deutsche Grenzpolizei
DHO	diensthabender Offizier
DM	Deutsche Mark
DOSA	Dokumentensammlung
DVP	Deutsche Volkspolizei
F	Fernverkehrsstraße
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FIM	Inoffizieller Mitarbeiter mit Führungsaufgaben (MfS)
FO	Funktionsoffizier

GM	Geheimer Mitarbeiter (MfS)
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (MfS)
GS	Grenzsicherung
GT	Grenztruppen
GÜSt	Grenzübergangsstelle
GVS	Geheime Verschlusssache
GZA	Grenzzollamt
HA	Hauptabteilung
HFIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter mit Führungsaufgaben (MfS)
HG	Handelsgesellschaft
HPF	Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung (MfS)
ID	Identitätsbescheinigung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
IMB	inoffizieller Mitarbeiter zur Feindbearbeitung (MfS)
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens (MfS)
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit (MfS)
KD	Kreisdienststelle
Kdo.	Kommando
KOM	Kraftomnibus
KP	Kommunistische Partei Kontrollpunkt
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPP	Kontrollpassierpunkt
Kripo	Kriminalpolizei
KW	konspirative Wohnung (MfS)
mbH	mit beschränkter Haftung
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdI	Ministerium des Innern (DDR)
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung (DDR)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MfV	Ministerium für Verkehrswesen (DDR)
Mio	Millionen
<i>Mitropa</i>	Mitteleuropäische Schlaf- und Speisewagen AG
MPi	Maschinenpistole
Mrd.	Milliarde
NATO	North Atlantic Treaty Organization, engl. – Nordatlantikpakt
NSW	nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OibE	Offizier im besonderen Einsatz (MfS)
OLZ	Operatives Leitzentrum/operatives Lagezentrum (MfS)
OPF	Operative Passkontrolle und Fahndung (MfS)
OPK	Operative Personenkontrolle (MfS)
OPS	Operative Sicherung (MfS)

PCB	Polychlorierte Biphenyle
PKE	Passkontrolleinheit (MfS)
PKR	Passkontrollregime (MfS)
POZW	politisch-operatives Zusammenwirken (MfS)
S-Bahn	Stadtbahn
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
sR	selbstständiges Referat
Stasi	Staatssicherheit
StUA	Stasiunterlagenarchiv (Bundesarchiv)
TAO	Technologie, Arbeitsorganisation
TM	Tausend Mark
TPA	Transportpolizeiamt
TPR	Transportpolizeirevier
Trapo	Transportpolizei
TSI	Treuhandstelle für den Interzonenverkehr
UA	Unterabteilung
UBA	Umweltbundesamt
U-Bahn	Untergrundbahn
US	United States, engl. – Vereinigte Staaten
USA	United States of America, engl. – Vereinigte Staaten von Amerika
VEB	volkseigener Betrieb
VKG/T DVP	Verkehrsgruppen Transit der Deutschen Volkspolizei
VP	Volkspolizei
VPGP/G	Volkspolizei-Gruppenposten/Grenze
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VR	Volksrepublik
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
ZBK	Zugbegleit-Kommando



## 11.4 Ortsverzeichnis

- Adlershof 195, 200  
Albrechts Teerofen 196, 200  
Altglienicke 195  
Babelsberg-Ufastadt 29  
Bad Neustadt 105, 222  
Bad Schwartau 145  
Bayern 74, 77, 108  
Bergen a. d. Dumme 218, 220  
Berlin 2, 7–10, 14, 17–22, 25–32, 39–41, 45, 54–56, 59, 61 f., 69, 74 f., 85, 89, 93 f., 96, 98, 100, 103, 106, 108, 113, 117–132, 138, 145 f., 148, 158, 176, 179, 184 f., 187 f., 190–202, 206, 230, 235–238, 242, 244 f., 247–249, 252  
Berlin-Adlershof 195  
Berlin-Grünau 195  
Berlin-Rudow 195, 200  
Berlin-Schönow 192, 195  
Berlin-Wannsee 195 f.  
Bernau 26  
Binsenfleck 88 f.  
Blintendorf 87, 91, 97, 181, 213  
Boizenburg 21  
Bonn 14, 17, 108, 113, 123, 129  
Britz 195  
Bulgarien 124  
Checkpoint Charlie 10, 204, 267  
Coburg 105, 224  
ČSSR 10, 13, 106, 176, 185, 187, 275  
Dohna 179  
Dresden 59, 94, 96, 175, 183, 271  
Duderstadt 105, 112, 218, 220  
Eichsfeld 220  
Eisenach 236, 238  
Erfurt 59, 89, 92, 104 f., 110 f., 180, 212, 263, 271  
Erkner 29  
Falkensee 26  
Frankfurt/Oder 13, 59, 173, 273  
Frankreich 132, 147  
Gefell 88  
Gera 59, 70–72, 76–78, 80, 83–85, 88–92, 95 f., 98, 100, 178, 181 f., 212, 218, 243, 248, 250, 263, 272, 274  
Gerstungen 33, 62, 108, 236  
GKS Bad Neustadt 222  
GKS Bergen a. d. Dumme 218  
GKS Coburg (Rottenbach) 224  
GKS Eußenhausen 218, 220, 222  
GKS Gerblingerode 220  
GKS Lübeck-Schlutup 141, 226  
Göritz 77  
Göttengrün 91  
Grevesmühlen 135–137, 147, 150, 152, 157, 237 f.  
Großbritannien 132  
Groß Glienicke 230  
Groß-Thurow 39  
GÜSt Albrechtshof 30, 266  
GÜSt Babelsberger Enge 198  
GÜSt Bornholmer Straße 26, 29, 184, 235  
GÜSt Britzer Zweigkanal 189, 195, 197 f., 200, 235  
GÜSt Buchhorst 236  
GÜSt Chausseestraße 29, 235  
GÜSt Dreilinden 17 f., 34, 187–192, 194, 196, 198, 200–202, 230, 232, 236, 263, 266  
GÜSt Drewitz 10, 31, 34 f., 61–64, 73, 75, 100 f., 111, 175, 177 f., 180, 183, 207, 209 f., 236, 243, 263  
GÜSt Eisfeld 103 f., 107, 112–114, 224 f., 236, 274  
GÜSt Ellerich 236, 250  
GÜSt Friedrichstraße 10, 13, 25–27, 29, 31, 38, 61, 183 f., 235, 243, 267, 273  
GÜSt Friedrich-/Zimmerstraße 184, 235  
GÜSt Gerstungen 33, 62, 108, 177, 236  
GÜSt Glienicker Brücke 196, 236  
GÜSt Griebnitzsee 17, 26, 29, 30 f., 33–35, 37–40, 183, 195 f., 200, 206 f., 209, 211, 236

- GÜSt Gutenfürst 33, 40, 175, 177, 179, 183, 236, 243
- GÜSt Heinrich-Heine-Straße 27, 29, 184, 235
- GÜSt Hennigsdorf 26, 198, 236
- GÜSt Herrnburg 228
- GÜSt Hirschberg 10, 17–19, 69–72, 74–76, 78 f., 84, 87–95, 97, 98–101, 178, 180–183, 212–214, 217, 237, 242 f., 248, 264
- GÜSt Horst 21, 96, 237
- GÜSt Invalidenstraße 29, 178, 184, 235
- GÜSt Juchhöh 14, 69, 70–73, 75, 93, 100, 216
- GÜSt Kleinmachnow 18, 187–198, 200, 202, 230–233, 237, 263
- GÜSt Lübeck-Schlutup 140–142, 157, 226
- GÜSt Mahlow 26, 138, 145, 158, 183, 237
- GÜSt Marienborn 10, 33, 59, 63, 127, 180, 183 f., 237, 264 f., 267, 275
- GÜSt Marschallbrücke 189, 193, 197 f., 235
- GÜSt Meiningen 103 f., 107, 112–114, 175, 222, 237
- GÜSt Nedlitz 10, 34, 190, 194, 198, 202, 230, 233 f., 237, 263
- GÜSt Oberbaumbrücke 29, 235
- GÜSt Oebisfelde 219, 237, 275
- GÜSt Osthafen 198, 230, 235
- GÜSt Probstzella 33, 99, 178, 217, 237, 250
- GÜSt Rudower Chaussee 237
- GÜSt Saalfeld 237
- GÜSt Salzwedel 103 f., 113, 175, 218 f., 238, 250
- GÜSt Schönefeld 184, 238, 274
- GÜSt Schwanheide 33, 62, 184, 238, 273
- GÜSt Seifhennersdorf 106
- GÜSt Selmsdorf 13, 16, 18, 135–141, 143, 145–147, 152 f., 155 f., 158, 179, 184, 226–229, 238, 273
- GÜSt Sonnenallee 26, 29, 184, 200, 235
- GÜSt Staaken 20 f., 31, 34, 42, 175, 238
- GÜSt Stolpe 21, 34, 180, 183, 238
- GÜSt Teltowkanal 17 f., 34, 187 f., 192–201, 230
- GÜSt Waltersdorfer Chaussee 34
- GÜSt Wartha 62, 175, 182, 238
- GÜSt Worbis 103 f., 112 f., 220, 238
- GÜSt Zarrentin 21, 238
- GZA Oebisfelde 219
- GZA Rostock 227
- GZA Staaken 175
- Hagenow 237, 238
- Hamburg 20 f., 93, 137, 141, 147, 149, 174, 264
- Hannover 40
- Heinrichsruh 88
- Helmstedt 93, 267
- Hennigsdorf 26, 198, 236
- Hessen 149
- Hildburghausen 112, 236
- Hof (Saale) 93, 108
- Hohen Neuendorf 26
- Ihlenberg 155
- Ilmenau 225
- Italien 95, 147, 151, 166
- Johannisthal 195
- Karl-Marx-Stadt 33, 42, 58, 166, 212, 272
- Kladow 230, 232
- Klein-Glienicke 39
- Klötze 236 f.
- Kohlhasenbrück 195 f., 200
- Königs Wusterhausen 237 f.
- KPP Drewitz 62, 64, 73, 75
- KPP Herrnburg 139, 226–228, 237, 273
- KPP Horst 63 f.
- KPP Juchhöh 72 f., 216
- KPP Saßnitz 14, 139, 173
- KPP Schwanheide 62
- KPP Warnemünde 227
- KPP Wartha 62
- Kuba 167
- Lehesten 76 f.
- Leipzig 31, 264, 272
- Lichterfelde 26, 195, 197, 230, 232
- Lübeck 137, 140–142, 145, 147, 152, 154–158, 226, 266
- Magdeburg 58, 104 f., 110 f., 272, 275

Mecklenburg-Vorpommern 155, 263  
 Michendorf 40  
 Mongolische Volksrepublik 124  
 Moskau 21  
 Münchritz 179  
 Nauen 26, 238  
 Neubabelsberg 29  
 Neukölln 195, 200  
 Neuruppin 179  
 Niederlande 147  
 Niedersachsen 21  
 Nordhausen 236  
 Oranienburg 26, 236, 238  
 Oschersleben 237  
 Österreich 147  
 Plauen 214, 236  
 Polen 10, 13, 124, 176, 185, 187  
 Potsdam 10, 17, 26, 29 f., 34–38, 40, 59,  
 62, 73, 76, 94, 138, 154, 158, 188 f.,  
 192–196, 201 f., 209, 214, 230 f.,  
 233 f., 236 f., 272–274  
 Potsdam-Babelsberg 62, 196  
 Poznan 174  
 Prag 98  
 Probstzella 33, 178, 217, 237, 250  
 Rangsdorf 26  
 Rostock 21, 58, 136–139, 141–143,  
 150–154, 227, 272, 274  
 Rottenbach 107, 218, 220, 224  
 Rudolphstein 72, 76 f., 95, 213, 264  
 Saßnitz 14, 139, 173  
 Schleiz 77 f., 84, 86, 88–91, 237, 264, 272  
 Schleswig-Holstein 152, 155, 157  
 Schönberg (Deponie) 18, 135–138,  
 140 f., 143–157, 263  
 Schönefeld 184, 238, 274  
 Schöneiche 138, 158, 266  
 Schwanheide 33, 62, 184, 238, 273  
 Schweiz 147, 151  
 Seveso 150 f.  
 Sowjetunion 20, 108, 120, 122–124, 132,  
 195  
 Sparnberg 76  
 Stahnsdorf 201  
 Steglitz 195  
 Steinstückchen 31, 196  
 Suhl 104 f., 110 f., 114, 222, 225, 263,  
 272, 274  
 Teltow 189, 191–193, 195–197, 200 f.,  
 231, 233  
 Thüringen 75, 108, 263  
 Triptis 89  
 Uelzen 105, 218  
 Ungarn 124  
 USA 123, 132  
 Velten 26  
 Vietnam 124  
 Warnemünde 139, 173, 227  
 Wismar 148  
 Wittstock 21  
 Wünsdorf 11  
 Zollgrün 73  
 Zossen 237  
 Zwickau 166

## 11.5 Personenverzeichnis

- Abelein, Manfred 126  
Abrassimow, Pjotr 21 f.  
Adenauer, Konrad 74  
Ahlers, Conrad 125  
Albertz, Heinrich 74  
Anderson, David 199  
Arndt, Otto 63, 147, 199  
Bahr, Egon 103, 107–109, 124  
Balkow, Julius 56, 169  
Bär (Oberst) 216  
Barschel, Uwe 157  
Bartsch (OSL) 150  
Bäselt (Major) 202  
Batze (OSL) 223  
Beater, Bruno 54, 62–64, 185  
Behrendt, Hans-Dieter 10, 35  
Beyer, Bernd 89, 181, 214  
Beyer, Hans-Dietmar 216  
Bohms, Wolfgang 89 f., 214  
Bölling, Klaus 124  
Bönhardt (Major) 221  
Bormann (ZOS) 216  
Brandt, Willy 107, 125  
Breschnew, Leonid 122 f.  
Conrad, Peter-Uwe 125, 155  
Corghi, Benito 10, 95  
Czichi (ZK) 229  
Dangriß, Dieter 90, 92 f., 98, 182  
Döbler, Hermann 200  
Eck, Martin 91  
Edelmann, Siegfried 35, 208 f., 273  
Eichler (OSL) 58  
Engelbrecht (Stabschef) 58 f., 63 f.  
Engholm, Björn 157  
Feist (ZHK) 221  
Fiedler, Heinz 111, 166  
Fischer, Oskar 22  
Fischer (Hauptmann) 142  
Fischer, Joschka 148 f., 156  
Flessner, Günter 152 f., 155  
Fritz (OSL) 225  
Funke, Roland 84  
Gaus, Günter 122, 126  
Genscher, Hans-Dietrich 121  
Germer (ZOK) 219  
Golibrzuch (OAM) 207  
Gottlich (Rat) 89  
Grimm, Klaus 80  
Gromyko, Andrej 21, 108  
Gueffroy, Chris 22  
Guillaume, Günter 125  
Heine, Karl-Heinz 27, 171, 184, 235, 274  
Henschel, Gertraude 146  
Herbst (Hptm.) 152, 154, 216  
Herrmann (ZOK) 227  
Heydemann, Berndt 157  
Hillenbrand, Martin J. 123  
Hilmer, Adolf 137, 145 f., 151, 155  
Hilpert, Egon 152 f., 155  
Hoffmann, Heinz 55–57, 169  
Hoffmann, Theodor 22 f.  
Hoffmann (ZOK) 231, 233 f.  
Honecker, Erich 109, 112, 156  
Howley, Frank L. 196 f.  
Jefremow, Michail 108, 123  
Kasper, Siegfried 72  
Klawun, Jürgen 152  
Klemm (OSL) 216  
Knoch (Lederfabrikant) 71  
Kohl, Helmut 112  
Kohl, Michael 103, 107 f. 109  
Kramer, Erwin 28 f., 31, 61  
Krannich, Hartmut 225  
Kröppelien, Robert 227  
Krüger (ZUK) 131, 208  
Krull, Rolf 152  
Kühl, Eberhard 143  
Künkel, ZOK 225  
Lampl, Julius 95  
Lau (Hauptmann) 208  
Lehmann, Dieter 92  
Leirich (OSL) 142  
Lekutat, Horst 198 f.  
Leonhardt (OSL) 219  
Leopold, Kurt 72  
Lersner, Ludwig von 119, 130

Ludwig, Egon 71  
 Maron, Karl 88  
 Märtens, Elke 200  
 Melsheimer, Klaus 199–201  
 Menzel (OSL) 221  
 Mielke, Erich 7, 16–20, 40, 48, 54–57,  
 61 f., 64, 71 f., 105 f., 111, 119 f.,  
 122, 127, 129–131, 144, 147, 169,  
 185, 192 f.  
 Neumann, Eva-Maria 95  
 Neumann, Peter 77  
 Niedling, Norbert-Nidger von 127, 132  
 Nier, Kurt 122  
 Otto, Henry 108, 147, 152  
 Panitz (OSL) 202  
 Peterhänsel (OSL) 89, 214  
 Piel (OSL) 207, 209  
 Plötzsch, Gottfried 77  
 Pohl (Major) 231 f., 234  
 Reichelt, Hans 148 f.  
 Römhild, Lothar 165  
 Roth, Claudia 148 f., 156  
 Schabowski, Günter 22  
 Schalck-Golodkowski, Alexander 143 f.,  
 146, 149, 267  
 Schmidt, Helmut 125  
 Schmidt (Major) 223  
 Schubert (Oberst) 214  
 Schütz, Klaus 121, 123  
 Schwanengel, Matthias 89 f.  
 Schwanitz, Wolfgang 130  
 Seidel, Eberhard 144 f., 154 f.  
 Seidel, Horst-Jürgen 90  
 Siegert, Jürgen 89, 214  
 Sommerfeld (ZOK) 223  
 Sommer, Klaus 91, 127 f., 199, 201  
 Stauch, Gerhard 165 f., 185  
 Steinebach, Horst 144, 150  
 Stoph, Willi 135  
 Switala, Eduard 46, 58–63  
 Teichfischer, Friedrich 145  
 Trübenbach (Oberst) 89, 214  
 Uhlig, Max 147 f.  
 Ullrich, Werner 92  
 Viererbe, Günter 219  
 Voigt (OSL) 227  
 Wagner, Günter 230–232  
 Wetzels, Roland 80, 82, 84  
 Winzer, Otto 108 f.  
 Wohl, Rüdiger 71  
 Wolf, Markus 81, 129 f., 266  
 Ziegenhorn, Rudi 99, 128, 170 f., 178  
 Ziermann (Major) 214, 216

## 11.6 Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1 Eisenbahn-GÜSt Griebnitzsee; BArch, MfS, HA III, Fo 110, Bild 5
- Abb. 2 KPP Juchhöh; BArch, Bild 183-75954-0001 / Kohls, Ulrich
- Abb. 3 Transitautobahn-GÜSt Hirschberg; BArch, MfS, BV Gera, Abt VI Nr. 3358, Bl. 76, Bild 2
- Abb. 4 Saalebrücke nahe der GÜSt Hirschberg; BArch, MfS, HA XIX Nr. 9645, Bl. 20, Foto 1
- Abb. 5 GÜSt Worbis; BArch, Bild 145-00080103 / Fotograf Lothar Schaack
- Abb. 6 Umweltbundesamt Berlin; <https://www.umweltbundesamt.de/das-uba/standorte-gebaeude#bismarckplatz> (letzter Zugriff: 27.10.2023)
- Abb. 7 GÜSt Selmsdorf; BArch, MfS, HA I Nr. 15303, Bl. 102
- Abb. 8 PKE-Antiterror-Training; BArch, MfS, BV Magdeburg, BdL Nr. 3280, Bl 126, Bild 3
- Abb. 9 Wasserstraßen-GÜSt Dreilinden; BArch, MfS, HA III, Fo 109, Bild 4
- Abb. 10 Blick von Ost nach West auf den Kontrollpunkt Checkpoint Charlie; BArch, MfS, HA VI Nr. 783, Bild StUA 003
- Abb. 11 DDR-Bezirksgrenzen und Grenzübergangsstellen zur BRD 1982 (verändert: Legende auf deutschsprachige Bezeichnungen reduziert) von ChrisO, wikipedia.org, CC BY-SA 4.0 (commons.wikimedia.org/wiki/File:DDR\_Grenzuebergangsstelle\_1982.svg; letzter Zugriff: 27.10.2023)
- Abb. 12 Berliner Mauer von Sansculotte, wikipedia.org, CC BY-SA 3.0 (de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte\_berliner\_mauer\_de.jpg; letzter Zugriff: 27.10.2023)

## 11.7 Literaturverzeichnis

Auch Cash. In: Der Spiegel (1973) 51 v. 17.12.1973.

Baerens, Matthias; Arnswald, Ulrich von: Die Müll-Connection. Entsorger und ihre Geschäfte. München 1993.

Bauzière, Didier: VEB Schienenschlacht. Über den schwierigen Umgang der DDR-Publizistik mit der Deutschen Reichsbahn. Jena 2002.

Behling, Klaus: Leben in der DDR. Vergessenes aus der Geschichte in 111 Fragen. Berlin 2017.

Behrendt, Hans-Dieter: »Guten Tag, Passkontrolle der DDR«. Über die Tätigkeit der Kontroll- und Sicherheitsorgane an der deutsch-deutschen Grenze zwischen 1945 und 1990. Schkeuditz 2008.

Berlin: »Schikanen auf niedriger Ebene«. In: Der Spiegel (1974) 32 v. 5.8.1974.

Bock, Peter: Interzonenzüge. Eisenbahnverkehr im geteilten Deutschland 1945–1990. München 2007.

Boeger, Peter: Deutsch-deutscher Janus. Der Grenzübergang Drewitz-Dreilinden. In: Günter Schlusche u. a. (Hg.): Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte. Berlin 2014, S. 318–321.

Boeger, Peter: Die Grenzübergänge. In: Die Baugeschichte der Berliner Mauer. (Berliner Beiträge zur Bauforschung und Denkmalpflege; 8). Petersberg 2011, S. 175–218.

Boeger, Peter: Kleinmachnow. Die geschleifte Festung. Zur Geschichte der Grenzübergangsstelle Drewitz/Dreilinden. In: Brandenburgische Denkmalpflege 18 (2009) 1, S.15–28.

Boeger, Peter: Die Stasi, der Müll und das Geld. Der deutsch-deutsche Abfallhandel am Beispiel der DDR-Deponie Schönberg. In: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern. 26 (2022) 1, S. 55–65.

Boeger, Peter; Catrain, Elise (Hg.): Stasi in Thüringen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl. Berlin 2018.

Boeger, Peter; Dollmann, Lydia: Freundwärts – Feindwärts. Die deutsch-deutsche Grenzübergangsstelle Drewitz/Dreilinden. Katalog zur Dauerausstellung. Berlin 2011.

Boeger, Peter; Dove, Alexander (Hg.): Panzerdenkmal Berlin-Dreilinden. Geschichte und Hintergründe. Berlin 2014.

Bork, Hans-Rudolf: Umweltgeschichte Deutschlands. Heidelberg 2020.

Die Bundesregierung hat sich selbst und die Bevölkerung getäuscht. In: UID-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland) (1974) 33/34.

Buthmann, Reinhard: Die Arbeitsgruppe Kommerzielle Koordinierung. Berlin 2003. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).

Cramer, Johannes: Grenzübergangsstelle Nedlitz. Spuren der Schiffsübergangsstelle am Jungferensee. In: Brandenburgische Denkmalpflege 18 (2009) 1, S. 29–38.

DDR-GBl. T. I, Ausgaben (1958) 4, (1962) 3.

DDR-GBl. T. II (1961) 51.

- DDR-Handel. Zwang durch Swing? In: Der Spiegel (1974) 34 v. 19.8.1974.
- Delius, Friedrich Christian; Lapp, Peter Joachim: Transit Westberlin. Erlebnisse im Zwischenraum. Berlin <sup>2</sup>2000.
- Dioxin in Hamburg. Verursacher, Verantwortliche, Betroffene. GAL Umweltgruppe (Hg.). Hamburg 1984.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik.  
 Reihe 4. 10. November 1958 bis 30. November 1966. Band 10: 1. Januar bis 31. Dezember 1964. Teil-Bd. 10.2: 1.6. bis 31.12.1964. Frankfurt 1980. S. 607-1378.  
 Reihe 6. 21. Oktober 1969 bis 1. Oktober 1982. Band 2: 1. Januar 1971 bis 31. Dezember 1972. Teil-Bd. 2.1: Die Bahr-Kohl-Gespräche 1970 bis 1973. München 2004. S. 1-773. Band 3: 1. Januar 1973 bis 31. Dezember 1974. München 2005. LXVIII, 970 S.
- Doßmann, Axel: An der innerdeutschen Grenze. Die Saalebrücke auf der Autobahn Berlin-München 1936–2006. Erfurt 2012.
- Eisenfeld, Bernd; Engelmann, Roger: 13.8.1961. Mauerbau, Fluchtbewegung und Machtsicherung. Berlin 2001.
- Engelbrecht, Peter: Agentenkrieg im Grenzland. Enthüllungen zum Mauerfall. Weißenstadt 2019.
- Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS. Berlin 2004. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).
- Engelmann, Roger; Joestel, Frank: Hauptabteilung IX. Untersuchung. Berlin 2016. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).
- Fässler, Peter E.: »Der Brückenschlag«. Die Verhandlungen über den Wiederaufbau der Autobahnbrücke Saale/Hirschberg (1963–1966) als Paradigma deutsch-deutschen Interessenausgleichs. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001) 11, S. 981–999.
- Felber, Hans Peter: Der Runde Tisch in Schleiz. In: Heimatjahrbuch des Landkreises Schleiz, 1 (1993), S. 23 f.
- Flemming, Thomas; Koch, Hagen: Die Berliner Mauer. Geschichte eines politischen Bauwerks. Berlin 2001.
- Goll, Jörn-Michael: Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die »politisch-operative Arbeit« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Göttingen 2011.
- Goll, Jörn-Michael: Die Zollverwaltung der DDR am Beispiel der Grenzübergangsstelle Marienborn. Leipzig 2004.
- Grenzübergang Rudolphstein, eine der Hauptschlagadern im Ost-West-Verkehr. In: Frankenpost v. 1.12.1976.
- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII. Volkswirtschaft. Berlin 1997. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).
- Halter, Hans: Es gibt kein Entrinnen. In: Der Spiegel (1994) 51 v. 18.12.1994.



- Handbuch Staatsgrenze. Aufdeckung und Verhinderung von Entschlüssen, Vorbereitungen und Versuchen zum widerrechtlichen Passieren der Staatsgrenze der DDR. Mdl der DDR (Hg.). Vertrauliche Verschlussache. Berlin 1987. Zugl.: [https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/assets/bstu/content\\_migration/DE/Wissen/Mfs-Dokumente/MfsUndGrenze/Bestimmungen/1981-1989/BdL\\_Dok\\_Nr\\_2480\\_Bl\\_1\\_ff.pdf](https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/Mfs-Dokumente/MfsUndGrenze/Bestimmungen/1981-1989/BdL_Dok_Nr_2480_Bl_1_ff.pdf) (letzter Zugriff: 15.11.2023).
- Hat Ost-Berlin bereits Listen mit Namen? In: Berliner Morgenpost v. 30.7.1974.
- Heimatjahrbuch des Saale-Orla-Kreises. Landratsamt (Hg.). Schleiz. Bd. 1 (1993), Bd. 18 (2010).
- Hennig, Ottfried: Die Bundespräsenz in West-Berlin. Entwicklung und Rechtscharakter. Köln 1976.
- Herbsttritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007. (BStU. Analysen und Dokumente; 29).
- Hermann, Ingolf: Löcher im eisernen Zaun. Hintergrundinformationen zur Güst Marienborn. Marienborn 2003.
- Hermann, Ingolf; Rosinger, Hartmut; Sroka, Karsten: Deutsch-deutsches Grenzlexikon : Der Eiserne Vorhang und die Mauer in Stichworten. Zella-Mehlis, 2005.
- Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. Berlin 2006.
- Hertle, Hans-Hermann: Gelungene Flucht eines 29-Jährigen durch den Jungfernsee nach West-Berlin, 8. Oktober 1986. <https://www.chronik-der-mauer.de/fluchten/180956/gelungene-flucht-eines-29-jaehrigen-durch-den-jungfernsee-in-potsdam-nach-west-berlin-8-oktober-1986> (letzter Zugriff: 15.11.2023).
- Hinter der Brücke steht eine Mauer des Mißtrauens. In: Münchener Merkur v. 20.12.1966, S. 5.
- Hirschmann, Daniel: Die Grenzübergangsstellen als Wirtschaftsraum – Devisengenerierung an der innerdeutschen Grenze am Beispiel Grenzübergangsstelle Marienborn/Autobahn. In: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung. Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt* (Hg.). Magdeburg 2015, S. 29–40.
- Jander, Martin: Die Besetzung der Stasi-Zentralen. In: *Horch und Guck* (1999) 4=28, S. 40–48.
- Kleiner Grenzverkehr für 6,5 Millionen. Vier neue Straßenübergänge eröffnet. Dreißig Tagesbesuche pro Jahr. In: *Die Zeit* (1973) 27 v. 28.6.1973.
- Klietz, Wolfgang: Ostseefähren im Kalten Krieg. Berlin 2012.
- Knabe, Hubertus: Westarbeit des Mfs. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«. Berlin 1999.
- Knauer, Sebastian: Das Geheimnis der verschwundenen Fässer. In: *Der Stern* (1982) 43 v. 28.10.1982, S. 258–262.
- Köhler, Siegfried, Die Fährverbindung Mukran-Klaipeda. Ein Sonderbauvorhaben im Griff der Staatssicherheit. Schwerin 2007.
- Krewer, Peter: Geschäfte mit dem Klassenfeind. Die DDR im innerdeutschen Handel 1949–1989. Trier 2008.
- Krewer, Peter: Pecunia non olet: der Handel mit Müll. In: *Krewer, Peter: Geschäfte mit dem Klassenfeind*. Trier 2008, S. 216–226.

- Kuhlmann, Bernd: Deutsch-deutsche Grenzbahnhöfe. München 2005.
- Kuhlmann, Bernd: Züge durch Mauer und Stacheldraht. Sechs Kapitel zur Geschichte des Eisenbahnverkehrs über die Grenzen zwischen Deutschland Ost und Deutschland West. Berlin 1998.
- Mahnke, Hans Heinrich (Hg.): Dokumente zur Berlin-Frage 1967–1986. München 1987.
- Mehls, Hartmut (Hg.): Im Schatten der Mauer. Dokumente, 12. August bis 29. September 1961. Berlin 1990.
- Melsheimer, Klaus: Vereinbarung über die Öffnung und den Ausbau des Teltowkanals. In: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin. Berlin 2015, S. 243–291.
- Meier, Jens; Oth, Jocelyn; Wolf, Tobias: Berlin-Brandenburg, Grenzlandschaft Dreilinden. Geschichte, Bestandserfassung, Denkmalwert. Masterarbeit TU Berlin. Berlin 2006/2007.
- Meyer-Rebentisch, Karen: Grenzerfahrungen. Dokumentation zum Leben mit der innerdeutschen Grenze bei Lübeck von 1945 bis heute. Hg. von der Hansestadt Lübeck. Lübeck 2009.
- Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. 4. Aufl. Berlin 2021. Zugl.: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon> (letzter Zugriff: 15.11.2023).
- Müll. Grube ohne Grenze. In: Der Spiegel (1983) 29 v. 17.3.1983.
- Der Müll und die Moneten. In: Der Spiegel (1994) 8 v. 20.2.1994, S. 52–60.
- Müller, Hiltrud: Das Husarenstück des Harry Deterling. Mit Volldampf durch die Grenzsperrren bei Albrechtshof. In: Lemkitch, Thomas: Stasi in Falkensee. Berlin 2014.
- Müller-Enbergs, Helmut: Hauptverwaltung A (HVA). Aufgaben, Strukturen, Quellen. Berlin 2011. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).
- Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Bd. 3: Müller-Enbergs, Helmut; Muhle, Susanne (Mitarb.): Statistiken. Berlin 2008.
- Müller-Enbergs, Helmut: Schöneiche – Dreck, Devisen und die Staatssicherheit. In: Horch und Guck (2012) 2=76, S. 15–19.
- Nasse Sackgasse. In: Der Spiegel (1978) 43 v. 22.10.1978, S. 74–79.
- Nawrocki, Joachim: Die DDR nimmt es nicht so genau. Eine Kette von Wortbrüchen und Vertragsverletzungen. In: Die Zeit (1977) 8.
- Nawrocki, Joachim: Die Pflichten der Sieger. West-Berliner Realitäten (III): Die Präsenz der vier Mächte. In: Die Zeit (1970) 38 v. 18.9.1970.
- Nawrocki, Joachim: Gesetzeshürden für Berlin. Zustimmung zum Umweltbundesamt, Vertagung der Indikationslösung. In: Die Zeit (1974) 30 v. 19.7.1974.
- Neumann, Eva-Maria: Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit. München 2007.
- Niedbalski, Bernd: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 33(1985) 3, S. 456–477.

- Ohms, Matthias (Hg.): »Mit den Autos kommt die Ideologie«. Der Grenzübergang Helmstedt-Marienborn im Kontext der Teilung Deutschlands und Europa. Halle 2017.
- Politische Umweltverschmutzung. In: Neues Deutschland v. 31.8.1973.
- Projektbericht »Strahlen«. Einsatz von Röntgenstrahlen und radioaktiven Stoffen durch das MfS gegen Oppositionelle – Fiktion oder Realität? 2., überarb. Aufl. Berlin 2002.
- Rathmer, Matthias: Alexander Schalck-Golodkowski. Pragmatiker zwischen den Fronten. Münster 1995.
- Roth, Jürgen: Der Sumpf. Korruption in Deutschland. München 1995.
- Rühle, Jürgen; Holzweißig, Gunter: 13. August 1961. Die Mauer von Berlin. Köln 1981.
- Runge, Martin: Milliardengeschäft Müll. München 1994.
- Sälter, Gerhard: Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR 1952–1965. Berlin 2009.
- Sälter, Gerhard; Schaller, Tina: Grenz- und Geisterbahnhöfe im geteilten Berlin. Begleitband zur Ausstellung im Nordbahnhof. Berlin 2013.
- Schönfelder, Jan: Mit Gott gegen Gülle. Die Umweltgruppe Nau/Dittersdorf 1986 bis 1991. Rudolstadt 2000.
- Schmidt, Leo; Hörmannsdorfer, Sophia: Checkpoint Charlie. Reste und Spuren auf dem Gelände der ehemaligen Grenzübergangsstelle Friedrichstraße/Zimmerstraße. Cottbus 2018.
- Sierig, Norbert: »...nach den Gesetzen des Krieges leben.« Die Passkontrolleinheiten des MfS an der Grenzübergangsstelle Marienborn Ende der achtziger Jahre im Spiegel der Kaderakten. Magisterarbeit Univ. Magdeburg. Magdeburg 2007.
- Skierka, Volker: Die Freiheit der anderen. In: Der Tagesspiegel v. 13.12.2008.
- Springer, Philipp: Bahnhof der Tränen. Die Grenzübergangsstelle Berlin-Friedrichstraße. Berlin 2013.
- Stadt, Jochen: Die Flucht des Schwarzen Panthers. Im Kofferraum von Frankfurt via GÜST-Marienborn nach Afrika. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (2008) 24, S. 86–95.
- Stadt, Jochen: Mehr Sachlichkeit: der Tod von Benito Corghi an der innerdeutschen Grenze. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (2014) 35, S. 91–102.
- Stirn, Andreas: Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlauberschiffe 1953–1990. Berlin 2010.
- Strauss, Franz Josef: Die Erinnerungen. Autobiografie. München 2015.
- Strehlow, Hannelore (Hg.): Der gefährliche Weg in die Freiheit. Fluchtversuche aus dem ehemaligen Bezirk Potsdam. Potsdam 2004.
- Strübel, Michael: Internationale Umweltpolitik. Entwicklungen, Defizite, Aufgaben. Opladen 1992.
- Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«. Berlin 2019.

- Suwalski, Manfred: Die Entwicklung der Zollverwaltung der DDR. In: Diedrich, Torsten u. a. (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1989, S. 577–592.
- Tantzsch, Monika: Hauptabteilung VI. Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr. Berlin 1995. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).
- Tantzsch, Monika: Der Paßkontrolleur ist ein Diplomat in Uniform. Die Überwachung des Reise- und Tourismusverkehrs durch das MfS. In: Deutschland Archiv 36 (2003) 2, S. 219–233.
- Texte zur Deutschlandpolitik. Redaktionelle Bearb. Gesamtdeutsches Institut. Reihe 3. Band 3: 1. Januar 1985 bis 30. Dezember 1985. Bonn 1986.
- Unverhau, Dagmar (Hg.): Hatte »Janus« eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit. Münster 2003. (Archiv zur DDR-Staatssicherheit; 6).
- Umweltbundesamt erheblich geringer besetzt als vorgesehen. In: Der Tagesspiegel v. 15.11.1977.
- Umweltbundesamt vergiftet internationale Atmosphäre. »Prawda«. In direktem Widerspruch zum Vierseitigen Abkommen. In: Neues Deutschland v. 2.8.1974.
- Umweltbundesamt wird personell verstärkt. In: Tagespiegel v. 2.6.1974.
- Wagner, Martin: Zum Verschlusssachenwesen und zur Geheimhaltung im Staatsapparat der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996)1, S. 41–48.
- Was der Mensch so alles verträgt. In: Der Spiegel (1990) 17 v. 22.4.1990, S. 42–47.
- Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. 2 Bde., Berlin 2010.
- Wiedmann, Roland: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht. Berlin 2012. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).
- Wiedmann, Roland; Erdmann, Martin: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Berlin <sup>3</sup>2018. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).
- Wunschik, Tobias: Die Hauptabteilung XXII. Terrorabwehr. Berlin <sup>2</sup>1996. (Hg. BStU. MfS-Handbuch).
- Zoratto, Bruno: DDR-Mord am Genossen Corghi. Italienische Opfer der SED/Stasi-Willkür. Böblingen 1991.
- Zu Publikationen in der BRD. In: Neues Deutschland v. 12.8.1974.

## 11.8 Quellenverzeichnis

### Zentralarchiv des BArch/StUA

BArch, MfS, AIM 10800/91  
BArch, MfS, AIM 12480/91  
BArch, MfS, AS Nr. 19/82  
BArch, MfS, AG XVII Nr. 3261  
BArch, MfS, HA I Nr. 4159  
BArch, MfS, HA I Nr. 4160  
BArch, MfS, HA I Nr. 15841  
BArch, MfS, HA I Nr. 3505  
BArch, MfS, HA I Nr. 14557  
BArch, MfS, HA I Nr. 15303  
BArch, MfS, HA I Nr. 17733  
BArch, MfS, HA II/Vi/121  
BArch, MfS, HA VI Nr. 69  
BArch, MfS, HA VI Nr. 124  
BArch, MfS, HA VI Nr. 129  
BArch, MfS, HA VI Nr. 130  
BArch, MfS, HA VI Nr. 146  
BArch, MfS, HA VI Nr. 262  
BArch, MfS, HA VI Nr. 546  
BArch, MfS, HA VI Nr. 793  
BArch, MfS, HA VI Nr. 1353  
BArch, MfS, HA VI Nr. 1286  
BArch, MfS, HA VI Nr. 1400  
BArch, MfS, HA VI Nr. 1508  
BArch, MfS, HA VI Nr. 1514  
BArch, MfS, HA VI Nr. 4306  
BArch, MfS, HA VI Nr. 4541  
BArch, MfS, HA VI Nr. 4666  
BArch, MfS, HA VI Nr. 4680  
BArch, MfS, HA VI Nr. 5262  
BArch, MfS, HA VI Nr. 5306  
BArch, MfS, HA VI Nr. 5500  
BArch, MfS, HA VI Nr. 6314  
BArch, MfS, HA VI Nr. 8632  
BArch, MfS, HA VI Nr. 10030  
BArch, MfS, HA VI Nr. 10075  
BArch, MfS, HA VI Nr. 10076  
BArch, MfS, HA VI Nr. 11580  
BArch, MfS, HA VI Nr. 12042  
BArch, MfS, HA VI Nr. 12572  
BArch, MfS, HA VI Nr. 13834  
BArch, MfS, HA VI Nr. 13907  
BArch, MfS, HA VI Nr. 13958  
BArch, MfS, HA VI Nr. 14051  
BArch, MfS, HA VI Nr. 15738  
BArch, MfS, HA VI Nr. 14674  
BArch, MfS, HA VI Nr. 14676  
BArch, MfS, HA VI Nr. 14678  
BArch, MfS, HA VI Nr. 16162  
BArch, MfS, HA VI Nr. 16163  
BArch, MfS, HA VI Nr. 16178  
BArch, MfS, HA VI Nr. 16613  
BArch, MfS, HA VI Nr. 17123  
BArch, MfS, HA VI Nr. 19822  
BArch, MfS, HA VI Nr. 21278  
BArch, MfS, HA IX Nr. 17831  
BArch, MfS, HA IX Nr. 3588  
BArch, MfS, HA IX Nr. 4035  
BArch, MfS, HA IX Nr. 5480  
BArch, MfS, HA XVIII Nr. 8301  
BArch, MfS, HA XVIII Nr. 18792  
BArch, MfS, HA XVIII Nr. 19396  
BArch, MfS, HA XVIII Nr. 37483  
BArch, MfS, HA XIX Nr. 1368  
BArch, MfS, HA XIX Nr. 1369  
BArch, MfS, HA XIX Nr. 2830  
BArch, MfS, HA XIX Nr. 10073  
BArch, MfS, HA XIX Nr. 12198  
BArch, MfS, HA XX Nr. 16454  
BArch, MfS, HA XX Nr. 19577  
BArch, MfS, HA XXII Nr. 1725  
BArch, MfS, HV A Nr. 833  
BArch, MfS, AGM Nr. 516  
BArch, MfS, AGM Nr. 588  
BArch, MfS, AGM Nr. 605  
BArch, MfS, AGM Nr. 1657  
BArch, MfS, AGM Nr. 2406  
BArch, MfS, BCD Nr. 2877  
BArch, MfS, BdL Nr. 852  
BArch, MfS, BdL Nr. 1438  
BArch, MfS, BdL Nr. 2480  
BArch, MfS, BdL Nr. 5033  
BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 887  
BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 852

BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 860  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 923  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1131  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1177  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1384  
 BArch, MfS, BdL/Dok. Nr. 1519  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1682  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1684  
 BArch, MfS, BdL/Dok, Nr. 1743  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1831  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 1961  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 3900  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 6278  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 6674  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 6809  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 6813  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 7035  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 7179  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 8376  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 11635  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 11805  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 14021  
 BArch, MfS, BdL/Dok Nr. 15404  
 BArch, MfS BdL/Dok Nr. MF  
     261000787  
 BArch, MfS, AG BKK Nr. 2  
 BArch, MfS, AG BKK Nr. 52  
 BArch, MfS, AG BKK Nr. 54  
 BArch, MfS, AG BKK Nr. 55  
 BArch, MfS, AG BKK Nr. 56  
 BArch, MfS, AG BKK Nr. 366  
 BArch, MfS, AG BKK Nr. 846  
 BArch, MfS, HA KuSch Nr. 1567  
 BArch, MfS, KS 9500/90  
 BArch, MfS, KS 7511/92  
 BArch, MfS, Abt. M Nr. 943  
 BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 70  
 BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 121  
 BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 418  
 BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 853  
 BArch, MfS, Rechtsstelle Nr. 1053  
 BArch, MfS, SdM Nr. 232  
 BArch, MfS, SdM Nr. 425  
 BArch, MfS, SdM Nr. 656  
 BArch, MfS, SdM Nr. 1645  
 BArch, MfS, SdM Nr. 1876  
 BArch, MfS, SdM Nr. 2356  
 BArch, MfS, SdM Nr. 2383  
 BArch, MfS, SdM Nr. 2402  
 BArch, MfS, SdM Nr. 2615  
 BArch, MfS, Sekr. Neiber Nr. 466  
 BArch, MfS, OTS Nr. 2351  
 BArch, MfS, VRD Nr. 11034  
 BArch, MfS, ZAIG Nr. 1448  
 BArch, MfS, ZAIG Nr. 15217  
 BArch, MfS, ZAIG Nr. 2165  
 BArch, MfS, ZAIG Nr. 9392  
 BArch, MfS, ZAIG Nr. 10717  
 BArch, MfS, ZAIG Nr. 21326  
 BArch, MfS, ZAIG Nr. 21432  
 BArch, MfS, ZAIG, Fi Nr. 21  
 BArch, MfS, ZAIG, Fi Nr. 25  
 BArch, MfS, ZAIG, Fi Nr. 139  
 BArch, MfS, ZAIG, Fi Nr. 140  
 BArch, MfS, ZKG Nr. 8929  
 BArch, MfS, ZKG Nr. 22034  
 BArch, MfS, ZKG Nr. 24428  
 BArch, MfS, ZOS Nr. 3411

## Archive der Außenstellen des BArch/StUA

- BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XV Nr. 10  
BArch, MfS, BV Dresden, KD Dresden-Land Nr. 16046  
BArch, MfS, BV Erfurt, Abt. VI Nr. 747  
BArch, MfS, BV Erfurt, BdL Nr. 1340  
BArch, MfS, BV Erfurt, Abt. RD Nr. 613  
BArch, MfS, BV Gera, X 597/69  
BArch, MfS, BV Gera, X 551/70  
BArch, MfS, BV Gera, X 572/77  
BArch, MfS, BV Gera, X 138/81  
BArch, MfS, BV Gera, X 1275/83  
BArch, MfS, BV Gera, X 641/87  
BArch, MfS, BV Gera, AGMS 1425/74  
BArch, MfS, BV Gera, AGMS 536/89 C  
BArch, MfS, BV Gera, AIM 1735/67  
BArch, MfS, BV Gera, AOG 1627/62  
BArch, MfS, BV Gera, AOPK 1081/81  
BArch, MfS, BV Gera, AOP 564/83  
BArch, MfS, BV Gera, AP 1101/81  
BArch, MfS, BV Gera, AU 12/69  
BArch, MfS, BV Gera, AU 1449/88  
BArch, MfS, BV Gera, Vorgangsheft Nr. 435  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3015  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3257  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3341  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 3342  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 5913  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6073  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6719  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6734  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6932  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 6940  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8057  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8060  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8070  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8081  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 8112  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9240  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9322-9347  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9611  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9741  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9923  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9330  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9339  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9342  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9672  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9923  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9939  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10619  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10045  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10382  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10619  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10682  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 10892  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VII Nr. 323  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. VII Nr. 416  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. XX Nr. 9421  
BArch, MfS, BV Gera, AIG Nr. 685  
BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3734  
BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3754  
BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3756  
BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3757  
BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3762  
BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 3764  
BArch, MfS, BV Gera, AKG Nr. 4944  
BArch, MfS, BV Gera, BdL Nr. 1370  
BArch, MfS, BV Gera, BdL Nr. 1911  
BArch, MfS, BV Gera, BdL Nr. 2225  
BArch, MfS, BV Gera, BKG, Sachakte Nr. 91  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 4514  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 4747  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 4757  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 5033  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 5974  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 6264  
BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch Nr. 7548

BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch  
 Nr. 8603  
 BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch  
 Nr. 9437  
 BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch  
 Fo 9164  
 BArch, MfS, BV Gera, Abt. KuSch ZMA  
 Nr. 1438  
 BArch, MfS, BV Gera, Abt. RD Nr. 691  
 BArch, MfS, BV Gera, sR GS Nr. 53  
 BArch, MfS, BV Gera, KD Schleiz  
 Nr. 3009/2  
 BArch, MfS, BV Gera, KD Schleiz ZMA  
 Nr. 3043  
 BArch, MfS, BV Halle, Abt. IX Nr. 5505  
 BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt,  
 Abt. XIX Nr. 638  
 BArch, MfS, BV Leipzig, BdL Nr. 8779  
 BArch, MfS, BV Magdeburg, Abt. VI  
 Nr. 1439  
 BArch, MfS, BV Neubrandenburg, BdL  
 Nr. 438  
 BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. VI  
 Nr. 490  
 BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. VI Nr. IV  
 1532/87  
 BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. XIX  
 Nr. 1605  
 BArch, MfS, BV Potsdam, BdL Nr. 686  
 BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. KuSch  
 Nr. K 2678  
 BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. KuSch  
 Nr. K 4361  
 BArch, MfS, BV Rostock, AIM 47/93  
 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI  
 Nr. 956  
 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI  
 Nr. 969  
 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI  
 Nr. 1474  
 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI/ ZMA  
 Nr. 318  
 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII  
 Nr. 413  
 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII  
 Nr. 554  
 BArch, MfS, BV Rostock, AKG Nr. 266  
 BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 1035  
 BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 1273  
 BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 2425  
 BArch, MfS, BV Rostock, BdL Nr. 2741  
 BArch, MfS, BV Rostock, Leiter  
 Nr. 1035  
 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. KuSch,  
 MA-Akte Nr. 2201  
 BArch, MfS, BV Schwerin AU 22/71  
 BArch, MfS, BV Schwerin, Stv. Op. Nr. 3  
 BArch, MfS, BV Suhl AFO 2/90  
 BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VI Nr. 58  
 BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VI Nr. 63  
 BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VI 294  
 BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VII Nr. 4180  
 BArch, MfS, BV Suhl, AKG ZMA  
 Nr. 4311  
 BArch, MfS, BV Suhl, BdL Nr. 496  
 BArch, MfS, BV Suhl, BdL Nr. 5033

Darüber hinaus wurden Kaderkarteikarten der Abt. KuSch der jeweiligen BV beigezogen.

## Quellen BArch

BA-MA VA-07, 8446, Bd. 3

BA-MA VA-07, 17838



## Qualifizierungsarbeiten von MfS-Personal der PKE oder Linie VI

- Aufgaben und Bedeutung der Spezialistengruppe Sicherheit und Terrorabwehr an der Grenzübergangsstelle. (Fachschulabschlussarbeit, 1989); BArch, MfS, BV Gera, Abt. VI Nr. 9240.
- Amling; Fuchs; Stahlhut: Mittel, Methoden, Möglichkeiten zum rechtzeitigen Erkennen und Verhindern von terroristischen Angriffen mittels Sprengmitteln. (JHS-Diplomarbeit, 1976); BArch, MfS, JHS 330/76.
- Arnold, R.: Die Möglichkeiten der Daktyloskopie bei der Aufklärung von Grenzdelikten. (JHS-Fachschulabschlussarbeit, 1980); BArch, MfS, JHS 1127/79.
- Bauerfeind, Günter (Hptm., BV Potsdam, Abt. Kader und Schulung); Edelmann, Siegfried (Hptm., BV Potsdam, Leitung der GO): Einige Erkenntnisse und praktische Erfahrungen bei der tschekistischen Erziehung und Befähigung der Angehörigen unter den Bedingungen der Bewältigung des grenzüberschreitenden Verkehrs. (Fachschulabschlussarbeit im 3. Fachschulfernstudienlehrgang, 22.12.1976); BArch, MfS, JHS MF 11093.
- Beckmann, H.-D.: Mittel und Methoden zur vorbeugenden und wirksamen Verhinderung von terroristischen Angriffen auf Eisenbahn-Güst, dargestellt am Beispiel der PKE Schwanheide. (Diplomarbeit 1975); BArch, MfS, JHS 77/75.
- Behring, Helmut (Oltn., PKE Selmsdorf/Herrnburg): Untersuchung einiger Seiten vorbeugender Verhinderung und Bekämpfung von Provokationen, Terror- und Gewalttaten am Beispiel der Straßen-GÜSt Selmsdorf und Schlussfolgerungen zur effektiven Gestaltung. (Fachschulabschlussarbeit, 1.2.1980); BArch, MfS, JHS MF 8689, S. 26–29.
- Deckert, R.: Das spezifische Anforderungsbild als wesentliches Mittel zur qualifizierten Suche, Auswahl, Aufklärung und Werbung von Kaderkandidaten für PKE der Linie VI, dargestellt am Beispiel der Güst Frankfurt/Oder/Autobahn. (Fachschulabschlussarbeit 1979); BArch, MfS, JHS 968/79.
- Ganschow; Schneider; Girke; Petzold: Zur Bestimmung des Wesens des Terrorismus und zur Charakterisierung seiner wichtigsten Erscheinungsformen in Westberlin, der BRD und anderen Staaten des Operativgebietes. (JHS-Dissertation, 1981); BArch, MfS, JHS 230/81.
- Groß, R.: Einige Grundsätze des operativ-taktischen Verhaltens zu Verhinderung von Terror- und Gewaltakten in den Fährhafen-GÜSt, die Bestimmung der wesentlichsten Handlungsmodelle und das Training der Varianten des Handelns. (JHS-Fachschulabschlussarbeit, 1978); BArch, MfS, JHS 565/78.
- Haeckel; Kreher: Die Gewährleistung einer zielgerichteten, vorbeugenden und unmittelbaren Abwehr von terroristischen Angriffen und schweren Provokationen und anderen gewaltsamen Handlungen an der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße. (Fachschulabschlussarbeit 1977); BArch, MfS, JHS 560/77.
- Hanf, K.: Erfordernisse bei der Erhöhung von Sicherheit und Ordnung an den Eisenbahn-Güst hinsichtlich der Abwehr terroristischer und anderer Gewaltakte durch die PKE in enger Zusammenarbeit mit den Organen des Zusammenwirkens. (Fachschulabschlussarbeit 1980); BArch, MfS, JHS 714/80.

- Kaeding, R.: Untersuchung zum Stand und die Möglichkeiten des Einsatzes der Kamera- und Fototechnik am Flughafen Schönefeld zur Beobachtung und Dokumentierung operativ-relevanter Personen im Gäst-Bereich unter dem Aspekt des frühzeitigen Erkennens und Einleitens von Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Handlungen. (Belegarbeit 1981); BArch, MfS, JHS LS VIII.
- Kirst, Alfred; Heine, Karl-Heinz: Die Angriffe des Gegners gegen den Tourismusverkehr der DDR in das sozialistische Ausland und die operativen Erfordernisse der wirksamen Gestaltung der Sicherung des Tourismus der Reisebüros der DDR in den Ballungszentren des sozialistischen Auslands durch Sicherungssysteme des MfS. (Abschlussarbeit); BArch, MfS, JHS 160-283/72.
- Krannich, Hartmut (Hptm., BV Suhl, Abt. VI, PKE Eisfeld): Erfahrungen, Erkenntnisse und Erfordernisse zur Erhöhung des operativen Inhaltes der Kontroll-, Abfertigungs- und Überwachungsprozesse in der Grenzpassage an den Grenzübergangsstellen des Bezirkes Suhl bei der Kontrolle, Abfertigung und Sicherung des Einreiseverkehrs von Bürgern der BRD zu einem Tagesaufenthalt in besonders festgelegte Kreise der DDR. (JHS-Diplomarbeit im 16. Fernstudienlehrgang, 8.10.1980); BArch, MfS, JHS MF 4463.
- Kröppelien, Robert: Das Zusammenwirken der Abteilung VI des MfS mit den Organen der Zollverwaltung. Ein objektives Erfordernis für die erfolgreiche Lösung der dem MfS übertragenen Aufgaben zur Absicherung des grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehrs. Dargestellt am Zusammenwirken im Bereich der Grenzübergangsstellen der Seehäfen des Bezirkes Rostock. (Hausarbeit JHS BV Rostock, Abt. VI, 1974); BArch, MfS, JHS MF VVS/ 160-1206/74.
- Kröppelien, Robert; Kublun, Siegfried (Oltn.; Hptm., jew. BV Rostock, Abt. VI): Die weitere Qualifizierung und Vervollkommnung der Kontrolle, Abfertigung und Überwachung des berufsbedingten grenzüberschreitenden Verkehrs aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin durch die Passkontrolleinheiten in den Seehäfen der Deutschen Demokratischen Republik. (Diplomarbeit, 1975); BArch, MfS, JHS MF 3814.
- Marks; Weller; Heining: Studie zur Lösung grundsätzlicher politisch-operativer Probleme zur komplexen Sicherung der Flughäfen der DDR und des Flugverkehrs. (Diplomarbeit 1978); BArch, MfS, JHS 338/78.
- Peterhänsel, Dieter (OSL, BV Gera, Abt. VI): Die Arbeit mit bestätigten Kräften in den an der Grenzübergangsstelle tätigen Organen und Institutionen zur effektiven Gestaltung der Sicherung und Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der Staatsgrenze West. (JHS Potsdam, Diplomarbeit, 1972); BArch, MfS, JHS MF VVS 160-284/72.
- Riechel, H.: Die Gestaltung des operativen Zusammenwirkens mit den Zollorganen beim Auffinden sprengstoffverdächtiger Gegenstände unter den spezifischen Bedingungen einer Straßengrenzübergangsstelle. (JHS-Fachschulabschlussarbeit, 1979); BArch, MfS, JHS 1137/37.

- Rieger, Heinz (Hptm.): Die Aufgaben und Anforderungen eines Zugführers der Passkontrolleinheit Marienborn/Autobahn für das gemeinsame abgestimmte Handeln mit dem Zugführer des Grenzkontrollamtes bei der Anfechtung und Verhinderung von staatsfeindlichem Menschenhandel (§ 105 StGB), ungesetzlichem Grenzübertritt (§ 213 StGB) und der Verhinderung von Sachschleusungen an der GÜSt Marienborn/Autobahn, wie sie sich aus der DA 3/75 und 5/75 des Genossen Minister für uns ergeben. 1976; BArch, MfS, JHS MF 11260.
- Rothe; Thiede: Grundfragen der Nutzung des Völkerrechts bei der Vorbeugung, Aufdeckung und Bekämpfung von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten gegen die DDR. (JHS-Dissertation, 1982); BArch, MfS, JHS 233/82.
- Rülke, D.: Die Arbeitsweise des Offiziers für Sicherheit und Terrorabwehr zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung an der Eisenbahngrenzübergangsstelle im Zusammenwirken mit den an der Grenzübergangsstelle tätigen Institutionen und Einrichtungen. (Diplomarbeit 1980); BArch, MfS, JHS 337/80.
- Schoene, W.: Erfordernisse und operativ-taktische Maßnahmen bei der Androhung von Sprengstoffanschlägen gegen das Territorium einer Grenzübergangsstelle. Dargestellt am Beispiel der GÜSt Marienborn/Autobahn. (JHS-Diplomarbeit, 1980); BArch, MfS, JHS 323/80.
- Schmidt, J.: Probleme der strafrechtlichen Beurteilung terroristischer Gewaltakte gegen die Ordnung an der Staatsgrenze West der DDR, unter besonderer Berücksichtigung der Begehungsform durch Geiselnahme. (Diplomarbeit, 1975); BArch, MfS, JHS 272/75.
- Ziegenhorn, Rudi: Die Abwehr von Terror- und anderen politisch-operativ bedeutsamen Gewaltakten gegen Grenzsicherungskräfte sowie deren Objekte und Einrichtungen an der Staatsgrenze der der DDR. (Dissertation, 11.5.1982); BArch, MfS, JHS 21922.
- Viererbe, Günter (Maj., BV Magdeburg, Abt. VI): Die weitere Qualifizierung der Informationsgewinnung bei der Durchsetzung der Dienstanweisung 3/75 des Genossen Minister unter Beachtung des vorgegebenen Informationsbedarfs im Prozess der Kontrolle und Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs an der Eisenbahn-Grenzübergangsstelle Oebisfelde. (Fachschulabschlussarbeit im 4. Fachschulfernstudienlehrgang, 25.1.1978); BArch, MfS, JHS MF 12214.
- Wunderlich, K.: Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Zusammenwirken zwischen Passkontrolleinheiten und Grenzzollämtern an der Staatsgrenze SÜD unter den Bedingungen der gemeinsamen Abfertigung mit den Organen der ČSSR, dargestellt am Beispiel der Grenzübergangsstelle Bozi Dar/Oberwiesenthal. (Fachschulabschlussarbeit 1979); BArch, MfS, JHS 1087/79.

## Sonstige

Anforderungen an die politisch-operative Vorkommnisuntersuchung und Wege zu ihrer weiteren Qualifizierung. (JHS-Lehrmaterial, 1979); BArch, MfS, JHS 89/79, I und II.

Die politisch-operative Bekämpfung von Terrorverbrechen, insbesondere von Attentaten, Anschlägen, Geiselnahme und Entführungen. (JHS-Studienmaterial, 1979); BArch, MfS, JHS 103/79.

Kriminalistische Fotografie und ihre Anwendung in der politisch-operativen Arbeit des MfS. (Lehrbuch, 1979); BArch, MfS, JHS 161/79.

Teichfischer, Fritz: Versuche der politisch-ideologischen Diversion westdeutscher Konzerne im Außenhandel der DDR mit Westdeutschland und Westberlin, 1963; BArch, MfS, JHS MF 532.